

Vorwort der Autoren

„Was also hatten wir jungen Leute von 1945 eigentlich gewollt und wollten es immer noch? Eigentlich etwas ganz Simples: Am Wiederaufbau Deutschlands mitwirken.“

Gerhard Elschner, Mitgründer der ersten CDU-Hochschulgruppe in Jena im Herbst 1945

Die Geschichte des RCDS beginnt in Jena in jenem denkwürdigen Herbst 1945, als sich Studenten, die mit viel Glück dem Grauen des Krieges entkommen waren, zusammensetzten, weil sie am Wiederaufbau Deutschlands mitwirken wollten. Das gleiche Ziel hatten Studenten überall in Deutschland. Weitere Gruppen bildeten sich. Wie selbstverständlich wirkte man an der Schaffung der studentischen Selbstverwaltung mit und verstand sich damit als Vorreiter der Demokratisierung. Wie selbstverständlich standen dabei christlich-soziale Ideen im Mittelpunkt der programmatischen Überlegungen. Mit der Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 wuchs das Bedürfnis nach einer eigenständigen Interessenvertretung auf Bundesebene und einer besseren Koordination der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Hochschulgruppen. So kam es schließlich im Februar 1951 zur Gründung des „Bundes Christlich-Demokratischer Studenten“, der wenige Zeit später in „Ring Christlich-Demokratischer Studenten“ umbenannt wurde. Ein neues Kapitel der Geschichte politischer Studentengruppen begann. Eine Vielzahl von Personen und Ereignissen verbinden sich seitdem mit dem Namen „RCDS“. „Der RCDS beweist Problemkompetenz, indem er Probleme erkennt, aufgreift und sie öffentlich thematisiert. Er beweist seine Lösungskompetenz, indem er praktische Lösungsvorschläge erarbeitet. Und schließlich zeigt er mit der Durchsetzung seines Lösungsvorschlages Erfolgskompetenz. Dies sind die Einzelstapen einer erfolgreichen politischen Arbeit, die nicht nur zurückgelegt, sondern auch in der Hochschulöffentlichkeit demonstrativ dargestellt werden müssen.“¹

Der schnelle Wechsel der Generationen im RCDS begünstigt das Vergessen. Traditionen sind jedoch für das eigene Selbstverständnis entscheidend. So entwickelte sich schon früh ein Interesse an der Verbandsgeschichtsschreibung. Auf Initiative des Bundesvorstandes entstanden 1961 „RCDS-Skizzen aus 15 Jahren christlich-demokratischer Studentenarbeit“ und 1971 die Broschüre „RCDS - entschieden demokratisch. Geschichte, Programm und Politik“ von Wolfgang Kirsch. 1981 wurde der Reader „30 Jahre RCDS – 30 Jahre Einsatz für Meinungspluralismus, studentische Interessenvertretung, Menschenrechte überall“ von Andreas Thomsen und 1991 das Civis-Sonderheft „RCDS- Verantwortung wagen. 40 Jahre Bundesverband Ring Christlich-Demokratischer Studenten.“ veröffentlicht. Zudem erschienen Publikationen der Landesverbände und der Gruppen, zuletzt 2000 die Broschüre „50 Jahre RCDS in Bayern“, herausgegeben von Markus Blume.

Höhepunkt der Verbandsgeschichtsschreibung bildet jedoch ohne Zweifel die Darstellung von Johannes Weberling: „Für Freiheit und Menschenrechte. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) 1945-1986.“, die im Jahre 1990 erschien. Da diese Monographie das Wirken der SBZ-Gruppen bis 1950 und die Politik des Bundesverbandes bis 1986 abschließend behandelt, habe die Autoren keinesfalls angestrebt, etwa über die Ergebnisse dieser Arbeit hinauszugehen. In den meisten Fällen haben wir die Ergebnisse Johannes Weberlings übernommen. In nur sehr wenigen Fällen weichen wir von seiner Darstellung ab. Für die großzügige Unterstützung unserer Arbeit sind die Autoren Johannes Weberling zu großem Dank verpflichtet.

Wir haben unsere Arbeit daher auf drei Komplexe beschränken können: Die Nutzung archivarischer Quellen in den Neuen Ländern, die Johannes Weberling 1985/86 noch verschlossen waren, die Einarbei-

¹ Christian Schede: RCDS am Ende?, in: CIVIS 1-2, Juni 1991, S. 67.

tung neu erschienener Literatur und die erstmalige Aufarbeitung der Politik des Bundesverbandes seit 1986. Ein vierter Schwerpunkt ergab sich aus der Notwendigkeit, auf die Flut der publizistischen Erzeugnisse zu den Studentenunruhen der sechziger Jahre im Rahmen unserer Möglichkeiten einzugehen. Diese klammern den RCDS in der Regel aus. Dieses Problem hatte 1986 schon Johannes Weberling erkannt: „Obwohl insbesondere seit der Mitte der sechziger Jahre eine fast unüberschaubare Zahl von Arbeiten verschiedenster Art zur Studentenbewegung allgemein sowie zur studentischen Politik veröffentlicht wurde, geht keine Ausarbeitung näher auf den RCDS ein. Ein Teil der Studien beschränkt sich auf allgemein gehaltene Darstellungen aus verschiedensten Blickwinkeln im überregionalen, regionalen oder lokalen Rahmen. Der RCDS wird dabei jedoch als ein „etablierter“ Faktor in der Hochschulpolitik lediglich zur Kenntnis genommen.“ Weiterhin haben wir versucht, weitere Vorläufer des RCDS zu identifizieren und einige spezielle Fragestellungen in Exkursen zu beleuchten.

Die Idee, im Hinblick auf das fünfzigjährige Bestehen des RCDS- Bundesverbandes einen weiteren Versuch einer Verbands-Chronik zu starten, entstand bereits 1999. Schnell wurde klar, dass eine Weiterschreibung der RCDS- Geschichte nur unter Einbeziehung früherer Entwicklungslinien möglich ist. Aus diesem Grund versucht dieses Werk, die Geschichte des RCDS in der Gesamtheit ihrer fünfzigjährigen Entwicklung darzustellen. In Anlehnung an Johannes Weberling kam es uns darauf an, Wegmarken des RCDS- Engagements nachzuzeichnen und in die gesamtgesellschaftlichen sowie hochschulpolitischen Ereignisse einzuordnen. Da sich der wichtigere Teil der politischen Arbeit des Verbandes auf der Ebene der Gruppen abspielt, wurde versucht, an ausgewählten Beispielen und Wahlergebnissen die Arbeit der RCDS- Gruppen einzubeziehen.

Während der Arbeit an dieser Darstellung waren die Autoren mit einer Reihe von Problemen konfrontiert, die bei der Ausarbeitung der nächsten Jubiläumspublikationen Beachtung finden sollten: Da die Zahl der überlebenden Zeitzeugen beständig abnimmt, sollte sich der Bundesvorstand des RCDS künftig in Zusammenarbeit mit dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung um die Sicherung von Nachlässen bemühen. In enger Zusammenarbeit mit den Gruppen sollte es außerdem zur Sicherung von Altakten der Gruppen kommen.

Aufgrund begrenzter Ressourcen waren die Autoren nur ansatzweise in der Lage, auf Archivalien von außerhalb des ACDP zurückzugreifen (Jena, Köln). Obwohl die Bestände des ACDP in vielen Fällen erschöpfend Aufschluss geben konnten, sollte in einem nächsten Schritt dazu übergegangen werden, Archivbestände der Universitäten und von Privatarchiven (Archive der Neuen Sozialen Bewegungen, Archiv von Michael Woudenberg) für den RCDS zu erschließen. Auf diese Weise könnten zahlreiche Lücken geschlossen werden, die in der Vergangenheit durch den unachtsamen Umgang mit Altakten entstanden sind. Ein weiteres Desideratum ist eine Auswertung von Zeitungen und Zeitschriften zum RCDS und seiner Vorläufer zwischen 1945 und 1959. Eine wichtige Ergänzung der Verbandsgeschichte könnte die Herausgabe von wichtigen Dokumenten zur Verbandsgeschichte durch den Bundesverband sein.

Die Darstellung eines fünf Jahrzehnte umfassenden Engagements kann notgedrungen nur eine Auswahl sein. In der vorliegenden Darstellung steckt das Bemühen in einer bewussten Auswahl die Entwicklungslinien ausgewogen und allgemeinverständlich darzustellen. Dazu gehörte jedoch auch der Mut zur Lücke. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, wurde möglichst sparsam mit Fußnoten umgegangen. In den Fällen, in denen wir von der Darstellung Johannes Weberlings abweichen, geben wir die genaue Fundstelle in den BDV-Protokollen an. In Fällen, in denen sich das Zitat aus dem Fließtext ergibt, haben wir auf Fußnoten verzichtet.

Der RCDS ist der älteste und traditionsreichste politische Studentenverband Deutschlands. Hier fanden viele interessante Ideen eine Struktur. Alle seine politischen Gegner hat der RCDS bisher überlebt. Auf der

Suche nach diesen Ideen versucht dieses Werk seine Leser mitzunehmen, um den RCDS zu einem dauerhaften Zukunftsprojekt zu machen.

Abschließend möchten wir besonders den folgenden Persönlichkeiten für ihre Unterstützung danken: Den Mitarbeitern des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung einschließlich des Zeitungsarchivs, sowie Dr. Johannes Weberling (Berlin), Dr. Joachim Schervier (Landshut), Dipl. Kfm. Dieter Ibielski (Königstein/TS.), Dr. Joachim Bauer (Universitätsarchiv Jena), dem amtierenden Bundesvorstand des RCDS und den Mitarbeitern der RCDS-Bundesgeschäftsstelle.

Jena, Washington D.C., im Oktober 2001

1. Die Vorläufer: Bis zur Gründung des Bundesverbandes

1.1 Politische Hochschulgruppen in der Weimarer Republik

Obwohl diese Traditionstränge im politischen Tagesgeschäft heute keine Rolle mehr spielen – wie sich auch die CDU als 1945 neu gegründete Partei versteht – ist die erstmalige Entstehung politischer Hochschulgruppen untrennbar verbunden mit der Demokratisierung der deutschen Universitäten nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Damit ist Konzept politischer Studentengruppen wesentlich älter, als es die Gründung des RCDS im Jahre 1951 vermuten lässt. Es ist demnach zunächst zu prüfen, inwieweit sich Vorläufer des RCDS unter den ersten politischen Studentenverbänden identifizieren lassen. Diese Frage hat auch insofern gewisse Bedeutung, solange nicht nur in hochschulpolitischen Sonntagsreden so genannte progressive Traditionen der deutschen Studentenschaft zitiert werden. Allerdings muss es dabei zu einer Begriffseingrenzung kommen: Es kann nicht Gegenstand dieser Darstellung sein, die politische Rolle der studentischen Verbindungen zu analysieren, die bis in die sechziger Jahre entscheidend in den gewählten Studentenvertretungen war. Angemerkt sei nur, dass diese in den zwanziger und dreißiger Jahren den weit aus größeren Teil der politisch aktiven Studenten an sich binden konnten. Es kann auch nicht darum gehen, die Geschichte der christlichen Studentenbewegung nachzuzeichnen (z.B. der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung), wie der Name RCDS vielleicht nahe legen würde. Es soll vielmehr schwerpunktmäßig um die parteinahen studentischen Vereinigungen gehen. Mit dem Ende der Demokratie und der studentischen Selbstverwaltung im Jahre 1933 endete dieser erste Abschnitt in der Geschichte der bürgerlichen Studentenverbände.

Die Entwicklung der politischen Hochschulgruppen zwischen 1919 und 1933 entspricht im Wesentlichen der allgemeinen politischen Entwicklung in diesen Jahren.² Die nach dem Ende des ersten Weltkrieges starke politische Mitte verfiel zunehmend der Polarisierung zwischen rechts und links, wobei sich die extreme Rechte mit dem 1926 gegründeten Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund schließlich durchsetzte. Daneben existierten politisierte Ableger der einstigen Jugendbewegung („Akademische Freischar“), militärische und völkische Organisationen. Diese verfolgten ein verschwommen-idealistisch-nationalistisches Konzept, das sich gegen alles Etablierte richtete. In den gewählten Studentenausschüssen dominierten anfangs Korporierte, nach 1928 die Nationalsozialisten: An der Universität in Jena waren im Sommersemester 1925 von 12 gewählten Vertretern 11 Korporierte und einer Sozialist. Analog zu den etwa 1000 Korporierten von etwa 2000 Studenten insgesamt betrug die Wahlbeteiligung 48 Prozent.³ Als deren Opposition kandidierte mancherorts eine „Liste der Nichtkorporierten.“ Insgesamt spielte jedoch die Mitarbeit in den studentischen Gremien für die politischen und semi-politischen Studentengruppen eine untergeordnete Rolle. So traten Organisationen wie der nationalistische „Stahlhelm-Studentenring „Langemarck“ „gar nicht erst bei Wahlen an.

Doch 1919 bildete sich auch eine Landschaft politischer Studentenverbände parallel zu den politischen Parteien. Die „Deutsch-Nationale Studentenschaft“ der konservativen Deutsch-Nationalen Volkspartei blieb zwar ein Experiment. Nach und nach wurde jedoch der zunächst überparteiliche, später mitte-rechts orientierte „Deutsche Hochschulring“ zur inoffiziellen Studentenorganisation der DNVP. Dieser war als Akademikerverband 1920 entstanden und rekrutierte seine Mitglieder zunächst aus Zentrum, DVP und DNVP. Der „Deutsche Hochschulring“ war Dachverband von 13 „Hochschulringen Deutscher Art“ (1920), sowie fünf kleinerer lokaler Verbände. Mit der Propagierung einer „Volksgemeinschaft“ sollten Ungerechtigkeiten, konfessionelle Gegensätze und soziale Spannungen überwunden und die Bedrohung

² Vgl. Golücke (1987), S. 347ff., S. 363f.

³ Fließ (1959), S. 268.

von außen abgewendet werden. Vorsitzender 1924/25 war Edmund Forschbach, später Mitglied des DNVP-Vorstandes, Mitbegründer der CDU in Köln und Chef des Bundespresseamtes (1954-1956). Eine 1922 gegründete Gegenorganisation namens „Deutscher Hochschulbund“ lehnte das Konzept der „Volksgemeinschaft“ ab und konzentrierte sich auf Hochschulpolitik. Hatte der DHR an Berliner Universität im Jahre 1920 im Studentenparlament eine Zweidrittelmehrheit, verlor der DHR im Zuge der Radikalisierung der Studentenschaft und seiner engen Anbindung an die DNVP nach 1925 seinen Einfluss.⁴

Die größte politische Studentenvereinigung um 1925 dürfte jedoch der „Reichsausschuss der Hochschulgruppen der Deutschen Volkspartei“ gewesen sein, die zwar bei Wahlen wenig erfolgreich war, aber innerhalb der Mutterpartei DVP größeren Einfluss hatte. Diese Vereinigung war 1922 als „Reichsstudentenausschuss der DVP“ gegründet worden. Davor hatte die DVP schon seit 1920 an einzelnen Universitäten Gruppen gegründet. Auftrieb erhielt der Verband nach 1925, als zahlreiche Gruppen neu bzw. wieder gegründet wurden (z.B. Jena am 11. November 1925). Seit den Kongressen in Halle und Köln (Januar bzw. September 1925) vertrat der Verband folgende „Zielformel“: „Die Hochschulgruppen der Deutschen Volkspartei wollen als Erziehungsgemeinschaft Verantwortlichkeit, selbstlose Pflichterfüllung und Gemeinschaftssinn als Grundlagen des Staatsbürgertum pflegen, als akademische Gemeinschaft an den Aufgaben der deutschen Hochschule mitarbeiten und in der Hochschulpolitik wirken für den studentischen Staat und den Zusammenschluss aller deutschen Studenten auf dem Boden der deutschen Kultur in der Organisation „Deutsche Studentenschaft“ wirken, als politische Gemeinschaft auf der Grundlage des Bekenntnisses zum Nationalliberalismus politische Bildung im akademischen Geiste der Hochschule vermitteln.“⁵ Damit hatte sich erstmals eine gemäßigte politische Partei ein Konzept für die Bildung von Hochschulgruppen gegeben.

Man strebte nach freier Entfaltung der Einzelpersönlichkeit, wollte politische Vorgänge diskutieren und Klassengegensätze überbrücken.⁶ In bewusster Abgrenzung zu den Korporationen verwendete man den Begriff „Erziehungsgemeinschaft“, da man weniger die private Lebensführung einzelner, als vielmehr auf intellektuellem und politischen Gebiet gemeinsam tätig sein wollte: „Hochschule heißt Erziehungsgemeinschaft“, so der damalige Vorsitzende der Vereinigung, Kurt Göpel. Außerdem sah der DVP-Parteivorsitzende Stresemann in den Jugend- und Studentengruppen seiner Partei ein Mittel zur Sicherung der demokratischen Verfassung. In einer Rede vor Studenten der Berliner Universität im Juli 1926 bezeichnete dieser es als Hauptaufgabe der Studenten, die nationale Einheit zu erhalten und die innenpolitische Situation zu konsolidieren. Dabei versuchte er, unter den potentiell monarchistischen Studenten für die Republik zu werben.

An verschiedenen Hochschulen wurden Gruppen gegründet, deren Mitglieder nicht älter als 30 Jahre sein sollten. Als zentrales Führungsgremium bestand ein Zentralvorstand (auch „Reichsausschuss“) in Berlin. Dieser hatte die Aufgabe, die Arbeit der Hochschulgruppen zu koordinieren, sowie die Parteileitung und die Reichstagsfraktion zu informieren und zu beraten. 1925 bestanden rund 20 Hochschulgruppen, 1929 bestanden in fast allen Hochschulorten Gruppen. An Hochschulwahlen nahm man schon seit 1920 (mit geringem Erfolg) teil, um nicht Sozialisten („gleichgültig, welcher Schattierung“) oder Demokraten (d.h. DDP-Studenten) das Feld zu überlassen. Man rief dabei dazu auf, für die „Versöhnung der Klassenunterschiede, für Arbeiterfrieden, für akademische Freiheit, gegen Verhetzung jeder Art“ einzutreten.⁷ Die Hochschulgruppe Berlin unterhielt 1926 zwei ständige Arbeitsgruppen (Kolonialpolitik, Wirtschaftspolitik), die von „fachlich hervorragend qualifizierten Mitgliedern der Partei“ geleitet wurde. Hier musste jeder Teilnehmer innerhalb eines Semesters ein bestimmtes Thema bearbeiten und der Gruppe vorstellen, ähn-

⁴ Golücke (1987), S. 120 f.; Forschbach (1984), S. 31ff.; Jungdeutsche Stimmen (1920);

⁵ Hochschulschriften der DVP 1 (1926), S. 3

⁶ Gründung der DVP-HSG Jena, UAJ, E Abt. II, Nr.2176, Bl.209; Bl.44/46.

⁷ DVP-HSG Jena, Wahlaufwurf am 3.6.1920, in: Fließ (1959), S. 144

lich eines Universitätsseminar.⁸ Die Münchener Gruppe organisierte Modell-Parlamentssitzungen, andere Gruppen Debattierklubs. Die Mitglieder mussten sich zum Programm bekennen, brauchten aber nicht Parteimitglieder zu sein. Durch unterschiedliche Veranstaltungen sollten die Mitglieder zu eigenen politischen Entscheidungen befähigt und das allgemeine Diskussionsniveau gehoben werden.

In einem Rundschreiben an alle Korporationen, das von korporierten Mitgliedern der DVP-Hochschulgruppen unterzeichnet war, warb man um Unterstützung und versuchte, Konkurrenzen zu umgehen. Ebenfalls grenzte man sich bewusst von den DVP-Jugendgruppen ab. Im Verhältnis zur Parteiorganisation entwickelte man die Formel, man fühle sich nicht „als Rekrutendepot der Partei“, sondern als „ein lebendig grünender Zweig am starken Baum der Deutschen Volkspartei.“⁹ Ziel war unter anderem, im Sinne der Partei geschulte Akademiker für öffentliche Auftritte heranzubilden. Innerhalb der verfassten Studentenschaft sprach sich der Verband für parteipolitische Neutralität aus und bejahte die Autonomie der Hochschule. Teile des RHDV arbeiteten im „Deutschen Studentenverband“ mit, der 1928 gegründeten Gegenorganisation zur nationalsozialistisch dominierten „Deutschen Studentenschaft.“

Eine weitere politische Studentenorganisation war der 1919 gegründete liberale „Reichsbund Deutscher Demokratischer Studenten“. Dieser bildete seit 1922 gemeinsam mit pazifistischen und sozialdemokratischen Studentenverbänden „republikanische Blöcke“, die im gleichen Jahr das „Kartell der Deutschen Republikanischen Studentenschaft“ und den „Deutschen Studentenbund“ gründeten. Gemeinsam mit dem „Sozialistischen Studentenbund“ der SPD war der RDDS auch seit 1927 Träger der „Freiheitlichen Studentenschaft“ und seit 1928 des „Deutschen Studentenverbandes“. Das Ziel aller dieser Gründungen, ein Gegengewicht gegenüber der zuerst nationalistisch, dann nationalsozialistisch dominierten „Deutschen Studentenschaft“ zu bilden, konnte jedoch nicht erreicht werden. Der RDDS hatte 1931 etwa zwanzig Gruppen mit etwa 500 Mitgliedern. Ziele des RDDS war die Erziehung der Studenten zu verantwortungsbewussten Staatsbürgern im demokratischen Sinn in einem sozialen Volksstaat. Am Ende der zwanziger Jahre und mit dem Ende der Deutschen Demokratischen Partei gab der Verband seine liberalen Grundpositionen zugunsten sozialistischer Ideen auf.

Ein weiterer bürgerlicher Verband war der „Reichsverband der Hochschulgruppen der Deutschen Zentrumsstudenten“, der innerhalb des katholischen Spektrums mit den katholischen Verbindungen konkurrierte. Dieser Verband war überwiegend an süddeutschen und rheinischen Hochschulen vertreten. Allerdings hatte er nur eine begrenzte politische Wirkung, da sich die katholischen Verbindungen mehrmals gegen ihn aussprachen.¹⁰ Eine linke Abspaltung dieses Verbandes war die „Arbeitsgemeinschaft republikanischer Zentrumsstudenten“. Ein während der Kanzlerschaft von Papens versuchter Brückenschlag zwischen katholischen Studentenverbänden („Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Studentinnenverbände, gegr. 1919) und ehemaligen Angehörigen des Hochschulrings scheiterte am Misstrauen der katholischen Verbände gegenüber den Ambitionen von Papens. Interessant ist hier vor allem der angestrebte Name „Studentenring“.¹¹ Studenten aus dem Umfeld des Zentrums oder seines Jugendverbandes „Windthorstbund“ hatten nach 1945 maßgeblichen Anteil bei der Bildung christlich-demokratischer Studentengruppen.

Wer über politische Aktionen von liberal-konservativen Studenten in der Weimarer Republik schreibt, kommt schließlich nicht umhin, nach deren Widerstand gegen die nationalsozialistische Machtergreifung zu fragen. Parallel zum Verfall der „Mutterparteien“ Zentrum, DVP, und DDP fand zwar der Verlust des ohnehin geringen Einflusses der jeweiligen Studentengruppen statt. Im Angesicht der Machtergreifung

⁸ Hochschulschriften der DVP 1 (1926), S. 15

⁹ Hochschulschriften der DVP 1 (1926), S. 13

¹⁰ Golücke (1987), S. 367

¹¹ so jedenfalls Ewald vom Rath, KV-Präsident, auf der 20. Studentenhistorikertagung 1960. Vgl. Civis 71, S. 122;

Hitlers kam es jedoch neben Anpassung und Resignation auch zu neuen Gruppenbildungen. Unter dem verheerenden Eindruck der „Harzburger Front“, einer Koalition von DNVP, NSDAP und diversen anderen rechten Gruppen sammelten sich auf Initiative von Edgar Julius Jung ehemalige Vorstandsmitglieder akademischer und studentischer Vereinigungen, vor allem aus dem katholischen Bereich, dem Umfeld des Hochschulrings und der DVP, um Aktionen gegen Hitler zu beraten. Jung schloss sein Referat mit den Worten: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Mensch mit einem solchen Verbrechergesicht in Deutschland Diktator wird. Wir müssen verhindern, dass Hitler auch nur einen Tag an die Macht gelangt.“ Als sich 1932 abzeichnete, dass diese Bemühungen zum Scheitern verurteilt sind, gehen Edgar Julius Jung und die ehemalige Führung des „Hochschulringes“ um Edmund Forschbach auf die ehemals bekämpften Politiker der Mitte zu. Besonders im Zusammenhang mit der Annahme von Hitlers „Ermächtigungsgesetz“ kommt es zu Treffen zwischen ehemaligem „Hochschulring“, Zentrumspolitikern und Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften. „Zum ersten Male fanden sich Politiker der Mitte und der Rechten zu gemeinsamer Abwehr gegen Hitler zusammen.“¹²

Dennoch: „Das Verhängnis nahm seinen Lauf. Wir hatten auf den Gang der Ereignisse keinen Einfluss.“¹³ Deshalb wären diese Details für die vorliegende Untersuchung wenig interessant, wenn es nicht einige Verbindungen zur später neu gegründeten Union und des ihr nahe stehenden Studentenverband gäbe. Zum einen zeichnet sich im ersten, nach 1933 entstandenen, Widerstandskreis bereits die für die Unionsgründung wichtige politische Koalition aus Wertkonservativen, christlichen Gewerkschaften, Liberalen und nicht zuletzt dem Zentrum ab. Verschiedene Biographien unterstreichen diese These. Edmund Forschbach, gehörte gemeinsam mit Robert Lehr, dem späteren Bundesinnenminister, Walther Hensel und anderen früheren DNVP-Mitgliedern dieses Widerstandskreises zur Keimzelle der Düsseldorfer CDU.¹⁴ Franz Etzel, vor 1933 junger DNVP-Aktivist und Mitglied des Kreises von Edgar Julius Jung von 1932, wurde 1958 Bundesfinanzminister. Sie alle waren zwischen 1932 und 1934 von Edgar Julius Jung zusammengebracht worden. Forschbach gehörte zudem zu den Zuarbeitern einer der ersten programmatischen Schriften der CDU. Diese erschien 1946 als Heft 1 der Schriftenreihe der Christlich-Demokratischen Partei des Rheinlandes unter dem Titel „Die Christlich-Demokratische Partei. Ihr Wesen und ihr Wollen.“ Auch der offizielle Autor der Schrift, der Verleger Theodor Scharmitzel (1878-1963), ein früherer Generalsekretär des katholischen Windhorstbundes, war Mitglied dieses Widerstandskreises und später Mitbegründer der CDU in Köln. Andere Namen, etwa der Jakob Kaisers oder Adam Stegerwald ließen sich nennen.

Weniger bekannten Namen stehen jedoch zumindest im Ansatz für den besonderen Beitrag, den ehemalige Funktionäre verschiedener christlicher oder liberal-konservativer Studentenvereinigungen zur Neuformierung der bürgerlichen Parteienlandschaft. Sucht man nach einer Antwort auf die Frage, warum die Gründung eines CDU-nahen Studentenverbandes nach 1945 aus dem Umfeld Konrad Adenauers starke Unterstützung erhielt, stößt man wieder auf Edmund Forschbach, der mittlerweile zu dessen Regierungssprecher avanciert war. Im RCDS-Magazin *Civis* schilderte er 1959 Details der ersten Widerstandskreise gegen Hitler und das Wirken Edgar Julius Jungs. Auch Theodor Scharmitzel, Mitgründer von Adenauers CDU-Kreisverband, war vor 1933 vor allem in der katholischen Akademikerschaft aktiv. Und schließlich stößt man auf die berühmte „Marburger Rede“, deren Wirkung vielen politisch Aktiven auch nach 1945 noch bekannt war. Autor der Rede war Edgar Julius Jung, der die Zeit seit 1932 genutzt hatte, um alle vorhandenen Widerstandsgruppen von der Linken bis zur Rechten zu koordinieren. Da die Rede im Rundfunk übertragen werden sollte, und Jung immer davon sprach, Hitler mit den eigenen modernen Mitteln der Propaganda schlagen zu wollen, kann man die Rede nicht nur als ein letztes Mittel, sondern auch als ein Signal zum Aufstand gegen die Diktatur interpretieren. Man hatte dabei vor, die politische Unzu-

¹² Forschbach (1959), S. 84

¹³ Forschbach (1959), S. 82

¹⁴ Kleinmann (1993), S. 30

friedenheit auszunutzen, die seit 1934 unter deutschen Studenten entstanden war („Die Studentenschaft war in offenem Aufruhr.“). Mit den Worten „Papen ist bei Hitler der Portier gewesen, jetzt soll er es bei mir sein.“ nutzte er dabei die prominente Stellung Papens aus.

Es hat dennoch nicht funktioniert. Die Rede wurde vom Vizekanzler von Papen am 17. Juni 1934 vor dem „Universitätsbund“ der Universität Marburg gehalten und nicht in Berlin, wie geplant. Sie wurde nur über Radio Frankfurt übertragen, und nicht reichsweit, wie vereinbart. Es war vorgesehen, die Rede in hoher Auflage im In- und Ausland zu verteilen, doch die Gestapo konfiszierte die Druckauflage. Dabei war der Inhalt brisant und für das Regime gefährlich. Verpackt in die übliche nationalistische Diktion, an die die Leute sich gewöhnt hatten, prangerte Papen die NSDAP-Methoden an: „Diese Leute unterdrückten jenes Fundament des Staates, das noch alle Zeit, nicht nur die liberalen Zeiten, Gerechtigkeit hieß. Ihre Angriffe richteten sich gegen die Sicherheit und Freiheit der privaten Lebenssphäre, die sich der deutsche Mensch in Jahrhunderten zähester Kämpfe errungen hat.“¹⁵ Zudem war die Rede proeuropäisch und anti-nationalistisch gehalten.

Aufgrund des innen- und außenpolitischen Widerstandes gegen das Hitler-Regime glaubte man, damit „den Stein ins Rollen bringen“ zu können. Doch Jung schaffte es nicht. Man erwartete das Eingreifen des Reichspräsidenten oder der Reichswehr. Es geschah jedoch nichts. Auch Papen, der nach 1945 von seiner angeblichen persönlichen Abrechnung mit Hitler sprach, verhielt sich passiv. Obwohl deutschlandweit Kopien der Rede kursierten, obwohl viel diskutiert wurde, geschah nichts. Es mutet aus heutiger Sicht zudem tragisch an, welche großen Hoffnungen Jung und seine Freunde in die Studentenschaft setzten. Die Hoffnung, dass Studenten eine soziale Gruppe sind, die etwas bewirken können, haben die ehemaligen Mitglieder dieses Widerstandskreises wohl auch nach 1945 nicht ganz aufgegeben. Hitler sprach von Jung als „einem Wurm, der zertreten werden muss“. Am 30. Juni 1934 rechnete Hitler mit seinen innerparteilichen Gegnern und dem konservativen Widerstand ab. Jung und andere wurden verhaftet und ermordet. Zwar war jetzt klar, dass Hitler nicht der Biedermann war, der er vorgab zu sein. Doch die Katastrophe nahm ihren Lauf.

Man kann daher festhalten: Obwohl sich die politische Situation bis 1945 so dramatisch verändert hatte, dass ein unmittelbares Anknüpfen an die (hochschul-)politischen Traditionen der Weimarer Republik weder möglich noch erwünscht war, konnten die Gründer des neuen Verbandes auf einen reichen Fundus an Ideen zurückgreifen. Im organisatorischen Bereich war dies die Unabhängigkeit von einer Partei bei gleichzeitiger programmatischer Nähe (DVP, Hochschulring). Im hochschulpolitischen Bereich war es die Bejahung der studentischen Selbstverwaltung unter demokratischen Vorzeichen und der Hochschulautonomie, sowie die Ablehnung dessen, was man später als „Allgemeinpolitisches Mandat“ bezeichnete. Außerdem scheint die Bezeichnung „Ring“ Traditionen der zwanziger Jahre zu entspringen (Hochschulring). Auf der Seite der CDU bestand von Anfang an, auch aufgrund personeller Kontinuitäten, zumindest ansatzweise ein Problembewusstsein für die politische Arbeit an den Universitäten und ein gewisses Verständnis für die Eigengesetzlichkeit eines politischen Studentenverbandes. So konnten innerparteiliche Widerstände gegen die RCDS-Gründung um 1950 leicht überwunden werden. Nicht zuletzt konnte die Erinnerung an die Bedeutung der „Marburger Rede“ für den studentischen Widerstand gegen Hitler gewisse Sympathien für den neuen Verband wecken, zumal einige der ersten Gründer Verfolgte des Nationalsozialismus gewesen sind. Außerdem hatte der gemeinsame Widerstand gegen Hitler entscheidend zur Gründung einer einheitlichen liberal-konservativen Partei beigetragen. Der Aufruf, eine neue Partei zu gründen, richtete sich daher fast automatisch an alle ehemaligen Mitglieder der vor 1933 existierenden liberalen, christlichen und konservativen Parteien. Dies wirkte sich naturgemäß auf die Gründung eines einheitlichen christlich-demokratischen Studentenverbandes aus.

¹⁵ Vgl. Forschbach (1959), S. 88

Auch wenn neue Herausforderungen politischer und ideologischer Natur sehr schnell die ersten programmatischen und personellen Ansätze in CDU und RCDS überlagerten, und auch wenn es im Rahmen der immer noch andauernden Kollektivschulddiskussion später nie als opportun erschien, sich auf vor 1933 existierende nichtsozialistische Organisationen zu berufen, waren zumindest bis in die fünfziger Jahre allen Beteiligten diese Zusammenhänge geläufig, wofür nicht zuletzt die Veröffentlichungen der „Marburger Rede“ und der Erinnerungen Edmund Forschbachs im Verbandsmagazin „Civis“ stehen.

1.2 Ein schwieriger Beginn: Das Jahr 1945

Das eigentliche Schlüsseljahr in der Geschichte des RCDS war nicht – wie man annehmen könnte – das Jahr 1951, als der Bundesverband und eine größere Anzahl Gruppen gegründet wurde. Es war dies das Jahr 1945. Nach dem Ende des Krieges, als Deutschland politisch und moralisch am Ende war, konstituierte sich in den entstehenden vier Besatzungszonen eine neue politische Bewegung, die Christdemokratie. Meist aus Widerstandskreisen und ehemaligen Mitgliedern der bürgerlichen Parteien und christlichen Gewerkschaften formierten sich kleine Gruppen, die unter den verschiedensten Bezeichnungen und unter unterschiedlichen Namen begannen, eine einheitliche, überkonfessionelle liberal-konservative Partei aufzubauen. Den Anfang machte der Kölner und der Berliner Gründerkreis im Juni 1945. Ziel war die Neuorganisation der Kräfte aus den „früheren republikanischen Mittelparteien“.

Die Entstehungsgeschichte der CDU und der CSU fand in der Bildung der christlich-demokratischen Studentengruppen ihre Entsprechung unter den Studenten. Ewald Ernst aus Dessau (1921-2001, Verhaftung 1947), war im September der CDU beigetreten: „Den Parteien war seit Sommer 1945 gestattet, Frauen und Jugendgruppen zu bilden. Man ermutigte mich, in einem kleinen Arbeitskreis jüngerer CDU-Mitglieder in Dessau mitzumachen. Wir trafen uns in der Geschäftsstelle, dem Stadttheater gegenüber gelegen, diskutierten unsere politischen Vorstellungen, versuchten zähhaft politische Bildungsarbeit, warben neue Mitglieder, lasen gemeinsam endlich zugängliche Literatur und gaben insbesondere Hilfestellungen in Notlagen“.¹⁶ In den deutschen Hochschulstädten waren diese Jugendgruppen Studentengruppen. Denn hier hielten sich im Herbst 1945 trotz der Schließung der Hochschulen zahlreiche Studenten auf. Diese waren teilweise schon vor Kriegsende immatrikuliert worden. Teilweise hofften sie auf Neuzulassung. Dazu kamen Studienanfänger. Aufgrund ihrer allgemeinen Interessendisposition und ihrer Suche nach geistiger Orientierung war zumindest ein Teil der Studenten eine der wenigen sozialen Gruppen, die schon im Herbst 1945 für politische Fragen aufgeschlossen und auch aufgrund der verzögerten Wiederaufnahme des Lehrbetriebes zeitlich in der Lage war, sich diesen auseinanderzusetzen. Der weit größere Teil der Studenten hatte nach Jahren der politischen Indoktrination genug von Ideologien und lehnte jetzt alles ab, was nur von weitem nach Ideologie roch. Darunter fielen sowohl die „re-education“ der Amerikaner als auch den „Antifaschismus“ der Russen. Konflikte mit der Besatzungsmacht über Reparationen, die Besetzung und die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse aus allen vier Zonen berichtet. Auch parteipolitisches und öffentliche Engagement wird von großen Teilen der Studentenschaft abgelehnt.¹⁷

Dennoch initiierte der politisch bewusstere Teil der Studentenschaft vielfältige politische Aktivitäten. Diese waren zwar 1945 in allen vier Zonen nicht gern gesehen, zeitweise sogar verboten. Man fürchtete analog zu den frühen dreißiger Jahren nationalsozialistische oder nationalistische Aktivitäten. Studentische Verbindungen blieben verboten. In der Regel bildeten sich dennoch während des Wiedereröffnungsprozesses der Universitäten Christlich-Soziale Hochschulgruppen oder CDU-Betriebsgruppen. Träger dieser Gruppen waren Mitglieder des ehemaligen Widerstandes, wie Georg Wrazidlo, ehemalige Mitglieder katholi-

¹⁶ Ernst, Ewald: Daten Fakten Erinnerungen 1945-1954. Bad Godesberg 1952. ACDP-535-001/4, S. S. 1945/-5-. Ewald Ernst war ab dem 5. April 1946 als Landesjugendreferent der CDU der Provinz Sachsen in Halle angestellt.

¹⁷ Vgl. Feige (1997), S. 1059.

scher Verbände, Kriegsversehrte, die ihr Studium schon in den letzten Kriegsjahren aufgenommen hatten, und junge Studienanfänger, die sich alle nicht länger vorschreiben lassen wollten, ob und wie sie sich politisch zu verhalten hatten. Die älteren Semester dominierten. Allerdings ist von diesen eher informellen Gruppen wenig überliefert. Neben politischen Zwängen sind die Ursachen dafür nicht zuletzt in der extremen Papierknappheit und den Notwendigkeiten des täglichen Überlebenskampfes der ersten Nachkriegsmonate zu suchen. Im Unterschied zur Situation im letzten Drittel der vierziger Jahre entsprachen die regen politischen Aktivitäten im Osten unmittelbar nach Kriegsende denen im Westen. Obwohl die Hochschulen bis zum Frühjahr 1946 noch geschlossen blieben (Ausnahme: Jena), bildeten sich schon vorher provisorische studentische Arbeitsausschüsse, die (soweit bekannt) paritätisch zusammengesetzt waren (z.B. Provisorischer Studentenausschuss, Hamburg, 15. Mai 1945; ähnlich Göttingen, August 1945; „Studentische Arbeitsgemeinschaft“, Oktober 1945, Leipzig), der auch studentische Vertreter der CDU angehörten.¹⁸ Die ersten Studentenwahlen überhaupt fanden in Göttingen im Dezember 1945 statt.

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurde das politische Engagement an Hochschulen als Teil der Jugendarbeit nach der Zulassung der CDU am 7. Juli 1945 zunächst noch geduldet, nach der Ablösung von Andreas Hermes und Walter Schreiber am 19. Dezember 1945 jedoch nicht mehr (Jena). Einen Eindruck der Situation in einer sicherlich damals typischen Mittelstadt-Universität vermitteln die Erinnerungen des Heimkehrers Gerhard Elschner, der im Wintersemester 1945/46 an der Universität Jena mit seinem Studium beginnen wollte.¹⁹ In Jena hatte die Universität den Krieg relativ intakt überlebt. Aus dem letzten Vorkriegssemester, dem WS 1944/45, waren etwa 1100 Studenten in der Stadt geblieben. Dazu kamen Studienbewerber, die ihr Studium entweder fortsetzen oder neu beginnen wollten. Um alle drei Gruppen entwickelte sich schon im Herbst 1945 eine langwierige Diskussion ob ihrer Zulassung. Und es bildeten sich politische Studentengruppen. Elschner erinnerte sich: „Anfang November 1945 trat ich zusammen mit meinem Studienfreund Peter Scholz, dem späteren Ministerialdirigenten beim Deutschen Bundestag, in die wenige Wochen zuvor gegründete neue Partei „Christlich-Demokratische Union Deutschlands“ (CDUD) in Jena ein. Wie viele unseres Jahrgangs 1923, hatten wir die letzten Jahre als Soldaten sehr ambivalente Gedanken und Gefühle gehegt: Wir waren längst gegen das herrschende NS-Regime eingestellt gewesen, aber ebenso zu Disziplin und Gehorsam erzogen, wie von Hause aus patriotisch gesinnt. Einen gewissen nationalen und vielleicht sogar nationalistischen Hochmut hatten wir uns in den Kriegserlebnissen gründlich abgewöhnt, waren uns aber in den letzten Kriegsjahren keineswegs sicher, wie der Krieg ausgehen würde. Wir sahen auch keinen sinnvollen Ansatzpunkt zum politischen Widerstand.“

Die großartigen Leute, die dann trotzdem aus moralischen Gründen aufbegehrten, erschienen uns zwar aller Ehren wert und hoch anzuerkennen. Auch in meiner wie Peters Lebensumwelt gab es am Ende des Krieges, eigentlich schon seit 1942, sehr viel Missmut. Enttäuschung und Verdrossenheit, schließlich sogar offene Verachtung der Nazis, doch niemand schien zu sehen, wie es anders werden könnte. Wem sein Leben lieb war, der hielt die Klappe, dass Desertieren lag außerhalb unserer moralischen Wertvorstellungen. Fehlte es uns an Zivilcourage? Ermangelte es uns an Opfer- und Einsatzbereitschaft? Ich glaube nicht. Nur wer selbst einmal unter einer Diktatur gelebt hat, kann unser Verhalten begreifen. Hier hatte es sich sogar - wie wir freilich erst später begriffen - um eine totalitäre Gewaltherrschaft gehandelt. Dennoch schämten wir uns tief, als uns die vielen Millionen Toten bewusst wurden, wir den Trümmerhaufen Deutschland und all die Verbrechen sahen, die wir, die Deutschen als Volk und Staat, verursacht und begangen hatten. Trotz unseres lebhaften Schamgefühles waren wir aber auch der Meinung, dass wir beide - wie die meisten sehr jungen Leute dieser Zeit - das alles nicht gewollt und persönlich „nichts dafür ge-

¹⁸ Krönig/Müller (1994), S. 147 Fn.

¹⁹ Elschner, Gerhard: Ein Neuanfang vor 50 Jahren, 1995, Manuskript im Besitz der Verfasser; Elschner gehörte 1947 zu den Mitgründern der Christlich-Demokratischen Hochschulgruppe in Göttingen, und war 1970-1973 Hauptabteilungsleiter Politik der Bundesgeschäftsstelle der CDU.

konnt“ haben. Aber wir hatten eben auch nichts ernsthaft dagegen getan. Das, so meinten wir, darf uns nicht noch einmal passieren.

Nun wollten wir uns nicht mehr länger wegducken und mitwirkend die Schäden beseitigen, die wir „irgendwie“ mitgeholfen hatten anzurichten. Wir diskutierten viel und lange, besonders auch in einem Kreis um den Redemptoristenpater Egmont la Bonté. Was die Kommunisten uns antrugen, sowohl die sowjetrussische Besatzungsmacht, als auch ihre deutschen Genossen, lehnten wir erst ganz spontan und später nach gründlicher Lektüre entschieden ab. Marx, Engels, Lasalle, Lenin, Stalin u. a., hatten uns nichts zu sagen; auch der wackere Thälmann nicht. Auch die Sozialdemokraten überzeugten uns nicht. Der Mief kleinbürgerlicher Vereinsmeierei einerseits und andererseits die schweifende und sehr spekulative Intellektualität - wofür ich heute Egon Bahr und Peter Glotz als typische Beispiele nennen würde - boten uns keine reale Orientierung. Außerdem lag schon die sozialistische Vereinigung mit der kommunistischen Verwandtschaft in der Luft.

Die Liberalen waren durch einige eindrucksvolle Persönlichkeiten vertreten. Darunter mein hoch geschätzter letzter Klassenlehrer Dr. Herbert Kühnert in Rudolstadt, kurzzeitig Landesvorsitzender der LDPD in Thüringen. Die Liberalen fanden jedoch bei uns zwei Gegenargumente: erstens waren sie uns zu unchristlich und antikirchlich, und zweitens trauten wir ihnen - selbst im Geiste Friedrich Naumanns - die Lösungen der gewaltigen sozialen Probleme nicht zu. Außerdem erschienen uns ihre meisten lokalen Repräsentanten als spießige und opportunistische „Bürger“ - was wir Kriegsheimkehrer damals noch ganz vorwurfsvoll meinten. Wir dagegen waren alle recht mittellos und geistig viel stärker suchend und nachdenklicher als diese. (...) Peter fragte als Erster nach der eben gegründeten, neuen Partei CDU. Bei den Katholiken, die wir kannten, gab es anfänglich größte Zurückhaltung. Sie wollten zumeist das alte Zentrum wieder beleben und rühmten dessen Entstehung und Geschichte im 19. Jahrhundert. Einige evangelische Kommilitonen nannten eine politische Gemeinsamkeit mit „den Schwarzen“ schlichtweg unmöglich. Pater Egmont La Bonté brachte zu einer Abendrunde einen Dozenten mit, dessen Namen ich leider vergessen habe, es könnte Gerhard Möbus gewesen sein. Beide argumentierten für einen Versuch mit der neuen Partei, die auch schon anderenorts entstanden sei. Peter und ich gaben wenige Tage danach unsere Beitrittserklärung zur CDUD ab. Was wegen der dürftigen Organisation gar nicht so einfach war. Noch im Dezember sollte der erste ordentliche Parteitag stattfinden. Aber die SMA (Sowjetische Militär-Administration) genehmigte diesen zunächst nicht, so musste er mehrmals verschoben werden. Auf ihm sollte der bislang nur provisorisch fungierende Gründungs-Vorstand satzungsgemäß gewählt werden. Inzwischen gab es neue Kandidaturen. Alle mussten bei der SMA angemeldet werden.

Ich entsinne mich nicht mehr aller Einzelheiten der Auseinandersetzungen um die Kandidaturen, nur dass diese Peter, mir und anderen jungen Neumitgliedern sehr missfielen. Auf einer Wahlversammlung vor dem Parteitag wurden Peter und ich aufgefordert, an der Entwicklung der „Betriebsgruppe der CDUD an der Friedrich-Schiller-Universität“ - nach sowjetischem Organisationsmuster, das die Besatzungsmacht vorge-schrieben hatte - aktiv mitzuwirken. Als Vorsitzender dieser Betriebsgruppe war ein Kommilitone [Kurt] Häfelein bestimmt worden, mit dem wir sehr kameradschaftlich harmonierten. Wir besuchten zusammen, meistens fünf bis acht Kommilitonen, viele politischen Versammlungen, zumal auch der Kommunisten, und meldeten uns fleißig zur Diskussion. Wobei ich den theoretischen Teil der Auseinandersetzung mit dem Marxismus übernommen hatte.“ Auch der ehemalige Breslauer Philologiestudent Hans Beitz (Jg. 1918) kam im Herbst 1945 nach Jena, wo er versuchte, sein unterbrochenes Studium fortzusetzen. Schon im September 1945 trat er in die CDU ein: „Die CDU schien den mächtigen Kommunisten noch ärgerlicher, noch gefährlicher als die LDP zu sein, denn sie unterschied sich nicht wie diese allein durch wirtschaftliche Prinzipien von der SED, sondern vor allem durch die Weltanschauung.“ Früh nahm dieser

auch zur Reichsleitung in Berlin Kontakt auf. Bald „leitete er als Vorsitzender die Hochschulgruppe der CDU“. Beitz bestätigte, dass es bereits 1945/46 unter Studenten zu ersten Verhaftungen kam.²⁰

Als provisorische Studentenvertretung fungierte in Jena die 1945 vom Landesamt für Volksbildung eingesetzte „von Vertretern aller politischen Parteien und demokratischen Organisationen gebildete studentische Vertretung“, der Antifaschistische Studentenausschuss.²¹ Auch hier bemühten sich demnach die CDU-Studenten. Eine Studentenversammlung am 2. November 1945 mit etwa 100 Teilnehmern in Jena setzte sich zu etwa 30 Prozent aus Mitgliedern der CDU zusammen. Die hier geäußerte Kritik an den Praktiken der kommunistisch gelenkten Landesverwaltung führt zur Auflösung des Antifaschistischen Studentenausschusses, der bis dahin nur aus KPD-Mitgliedern und Parteilosen bestand. Eine daraufhin eingesetzte „Studentische Arbeitsgemeinschaft“ ist bereits paritätisch aus allen Parteien zusammengesetzt (darunter zwei CDU-Vertreter).²² Ähnliches ereignete sich in Leipzig, wo die „Studentische Arbeitsgemeinschaft“ im Herbst mit der Hoffnung einer schnellen Wiedereröffnung der Universität gegründet worden war. Diese verstand sich als überparteiliche Institution und wollte der „Selbstverwaltung sowie der Selbstgestaltung des studentischen Lebens in der Stadt und demokratischen Erziehung der Studenten“ dienen. Vorsitzender war das SED-Mitglied Gerhard Stiller. Die CDU stellte mit Helmut Ranft den stellvertretenden Vorsitzenden und arbeitete (ebenso wie die Studenten der Liberaldemokratischen Partei) in der Hoffnung mit, die Vorbereitungen für die erste Studentenratswahl vorantreiben zu können.²³

Die in den meisten Publikationen zur RCDS-Geschichte wiederholte Behauptung, die RCDS-Gruppe in Jena sei die erste gewesen, lässt sich auch anhand der Universitätsakten verifizieren. Als die SMA im Juli 1946 nachfragt, welche Betriebsgruppen existierten heißt es zwar, „Die Betriebsgruppe der CDU ist vor einiger Zeit aufgelöst worden.“ Dennoch haben im Semester zwei Vorträge von „namhafte(n) Vertreter(n) der drei antifaschistischen Parteien an der Universität“ stattgefunden.²⁴ Da die Gruppe demnach 1946 aufgelöst worden ist, müsste sie bereits 1945 existiert haben. Zwischen der offiziellen Wiedereröffnung der Jenaer Universität am 15. Oktober 1945 und der Aufnahme des Lehrbetriebes Anfang Dezember fanden sich demnach die ersten Studenten zur Bildung einer christlich-demokratischen Hochschulgruppe zusammen, die sich im Rahmen der vorläufigen universitären und studentischen Gremien (Zulassungskommission, Studentischer Aktionsausschuss) engagieren wollten. Der erste Vorsitzende war demnach Kurt Häfelein, der zweite möglicherweise Hans Beitz.²⁵ „Was also hatten wir jungen Leute von 1945 eigentlich gewollt und wollten es immer noch? Eigentlich etwas ganz Simples: Am Wiederaufbau Deutschlands mitwirken. Aber da begann dann auch schon der politische Streit. Aufbau gewiss - aber nach welchen Plänen? Ordnung wohl - aber wie und welche? Und einfach ein „Wiederaufbau“ kam vielen von uns unmöglich und unerwünscht vor. Was sollte denn überhaupt „wieder“ erstehen? Das sich langsam „normalisierende“ Leben beantwortete viele solcher Fragen durch die Entwicklung von uns selbst. Erst die Politik Konrad Adenauers und Ludwig Erhards wies uns nach 1949 einen erfolgreichen Weg in die Zukunft.“²⁶

1.3 Die Entwicklung der Gruppen in den Westzonen 1946-1950

Auch aus den Westzonen wurde seit 1946, parallel zur Eröffnung der Universitäten, von christlich-sozialen Hochschulgruppen berichtet. Zunächst in der britischen Zone kam es seit 1946 zu Gründungen in Bonn, Köln, Göttingen (1947), Kiel, Münster und Aachen. Zulassungsbedingung war die parteipoliti-

²⁰ von Hornstein (1963), S. 185

²¹ UAJ, Bestand U, Abt. VII, Nr.1

²² Fließ, Gerhard (1981), S. 11f, S. 23; Gramsch (1998), in: John u. a. (1998), S. 112f, hat Elschner auch interviewt, und bestätigt diese Angaben.

²³ Vgl. <http://www.rcds-leipzig.de> (August 2001); Feige (1997), S. 1060;

²⁴ UAJ, Bestand BB, Nr.199

²⁵ nach Elschner, a. a. O., nach Weberling (1990), war dies der 1946 verhaftete Werner Neumann;

²⁶ Elschner (1995), a. a. O.

sche Unabhängigkeit dieser Gruppen. In Hamburg beteiligt sich der CDU-Student Hans-Christian Albrecht 1945/46 am Aufbau der studentischen Selbstverwaltung. In der französischen Zone durften politische Studentengruppen bis etwa 1949 nicht ins Leben gerufen werden. Interessierte Studenten konnten sich aber innerhalb der Parteien engagieren. In der amerikanischen Zone kam es zu frühen Hochschulgruppenbildungen in München (1946), Würzburg (1947), Erlangen (1946)²⁷, Eichstätt, ab 1947 in Marburg und Heidelberg.²⁸ In dieser Zone lehnten jedoch die Rektoren politische Hochschulgruppen ab. So beschloss die Hochschulrektorenkonferenz der amerikanischen Zone Ende 1946, im „Interesse freier und überzeugender Aussprache zwischen den Studenten ... parteipolitisch gebundene Organisationen der Studenten im Rahmen der Hochschule als unerwünscht“ anzusehen. Die Politisierung der Universität sollte nach den negativen Erfahrungen von Weimar verhindert werden. Wegen eines von der amerikanischen Besatzungsmacht verhängten Verbots traf sich die Christlich-Soziale Hochschulgruppe in Würzburg seit 1947 als „Circulus Academicus Rottendorfiensis“. Aber auch die Union selbst hatte anfangs ein ambivalentes Verhältnis zur Studentenpolitik, sollte doch die Universität nicht zur „Arena politischen Tageskampfes“ werden, wie es die Tagung des Kulturausschusses der gesamtdeutschen CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft in Kassel im Januar 1948 formulierte.²⁹ Erst 1949 wurden diese Beschränkungen gelockert und es kommt in Würzburg zur offiziellen Gründung einer Christlich-Sozialen Hochschulgruppe. 1950 drohte jedoch wieder die Auflösung, da die die Gruppe tragenden Priesterseminaristen auf Weisung des Bischofs die Hochschulpolitik aufgeben mussten.³⁰

Noch 1961 erwähnt der Nordrhein-Westfälische Ministerpräsident Franz Meyers in seiner Festrede zum zehnjährigen RCDS-Jubiläum diesen Zusammenhang und die „Zurückhaltung, welche sowohl unsere Hochschulen wie auch die Studentenschaft lange gegenüber politischen Zusammenschlüssen von Studenten gezeigt haben.“ In „manchen Einzelheiten“ sei die „Freiheit des akademischen Lebens“ nach 1945 durch die Besatzungsmächte und deutsche Stellen eingeschränkt gewesen, „aus der Not der Stunde heraus“. Der Gedanke, christlich-demokratische Hochschulgruppen zu gründen, sei in Westdeutschland auf „mancherlei Widerstand“ gestoßen.³¹ Wie sich Meyers richtig erinnerte, waren auch die aktiveren Teile der Studentenschaft in dieser Frage gespalten: Teilweise wollte man „Kampfinstrumente der Parteien“ verhindern. Teilweise forderte man, so der 1. Studententag der amerikanischen Zone im Juli 1947, dass „die studentische Jugend aus ihrer politischen Zurückhaltung ... heraustreten muss“, dass sie der „Vorwurf einer unpolitischen Geistigkeit nie wieder treffen darf.“³² Das universitäre Vereinsleben hatte jedoch großen Zulauf, denn die Gruppen füllten teilweise die Lücken, die die verbotenen Korporationen hinterlassen hatten. Wie in der SBZ standen Sicherheits- und Sozialbedürfnisse der Studenten im Mittelpunkt. Dies änderte sich mit dem ersten Generationswechsel in der Studentenschaft um 1948/49: „Während jedoch in der unmittelbaren Nachkriegszeit die auf einer in weitem Sinne politisch oder kirchlich orientierten Parteinahme basierenden Gruppen der Kriegsgeneration der Studenten entsprechen, ist eine Zeit, die weniger dazu auffordert, Stellung zu nehmen, Stellungnahmen zu klären und solidarisch zu vertreten, über Gruppenbildungen dieser Art, die im wesentlichen das Bedürfnis nach Reflexion, nach politischer und weltanschaulicher Befriedigung entstanden waren, zu einer nüchternen Tagesordnung übergegangen.“ Nach und nach traten zunächst wieder die Korporationen das Erbe der nach 1945 gegründeten Gruppierungen an.³³ Dies – und mangelnde Kommunikations- und Kooperationsmöglichkeiten – mag auch die Ursache dafür gewesen sein, dass man von einigen christlich-demokratischen Gruppen (z.B. Erlangen, Köln) bis 1951/52 nicht mehr hörte.

²⁷ Rothkegel, Christine: LMU München, in: RCDS Bayern (2000), S. 124; Erling, Johannes: Uni Erlangen, in: ebd., S. 116.

²⁸ Vgl. CiviS-Sonderdruck aus Nr. 67/68, Juli 1960; Weberling (1990), S. 27

²⁹ zit. n. Feige (1997), S. 1064

³⁰ Ufer, Eric: RCDS Bayern (2000), S. 137;

³¹ Meyers, Franz: Studentenverbände in Universität und Staat (Festrede). 1961, S. 8f.

³² Adam (1965), S. 43

³³ Adam (1965), S. 88

Nach und nach wurden seit 1945 in den westlichen Zonen erste voneinander abweichende Wahlordnungen für die studentischen Wahlen erlassen. Die ersten Hochschulwahlen fanden seit 1945 in den westlichen Zonen statt. Nach der Marburger Studentenschaftssatzung von 1947 wurden Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) direkt von den Fachschaften durch Personenwahl bestimmt. Erst nach 1964 wurde ein 40köpfiges Studentenparlament von allen Studenten jährlich direkt gewählt.³⁴ Das erste Frankfurter Studentenparlament (nicht AStA) wurde hingegen schon 1951 gewählt. Ab etwa 1950, während die politische Arbeit der CDU-Hochschulgruppen in der „DDR“ zwangsweise zu Ende ging, regte sich in den Universitäten im freien Teil Deutschlands neues politisches Leben. So wurde im Wintersemester 1950/51 der Christlich-Demokratische Hochschulring zu Münster gegründet.³⁵ Auch der bayrische Landesverband entstand zu dieser Zeit. Seit 1951 wird auch von den bayrischen Gruppen über stärkere Aktivitäten bzw. Neugründungen berichtet.³⁶

1.4 Die Entwicklung der Gruppen in der SBZ und Berlin 1946-1950

In der SBZ wurde die Arbeit der CDU-Studenten unter der Bezeichnung „Betriebsgruppe“ ab Anfang 1946 wieder geduldet, ab 1947 teilweise auch genehmigt. Bald zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen Ost und West: „Angriffe und Drangsalierungen gegen CDU-Mitglieder sind mir spätestens seit Februar/März 1946 bekannt geworden. Ohne Rechtsgrundlage, in hinterhältiger Weise wurde gegen sie vorgegangen.“³⁷ Nach der Schwächung der Mutterpartei durch den Rücktritt der ersten Parteiführung im Dezember 1945, sowie einer ersten Verhaftungs- und Fluchtwelle Anfang 1946 übernahmen die Hochschulgruppen der „Liberaldemokratischen Partei Deutschlands“ die Führung im nicht-sozialistischen Lager. Diese Partei hatte eine Reihe charismatischer Studentenpolitiker hervorgebracht: Das Idol der Leipziger Studenten war Wolfgang Natonek. Also wählte man LDP. In Rostock wählte man auch LDP – dort wirkte der landesweit bekannte Arno Esch. Aber auch jede CDU-Hochschulgruppe schuf sich ihr eigenes unverwechselbares Profil. Prominente waren hier beispielsweise Ernst Benda, Hochschulreferent der Berliner Jungen Union, Joachim Schwarz, Mitherausgeber der Zeitschrift „colloquium“, Hermann Mau, Leipziger Historiker, oder Peter Scholz, Jenaer Hochschulreferent der CDU.

In Berlin war es im Dezember 1945 zu Bildung einer überparteilichen „Studentischen Arbeitsgemeinschaft“ (Vorform einer studentischen Selbstverwaltung) gekommen. Bereits im September 1945 hatte der Lehrbetrieb in beschränktem Umfang begonnen. Erst am 20. Januar 1946 wurde die Universität jedoch offiziell wiedereröffnet. Im Wintersemester 1946/47 studierten daraufhin in Berlin insgesamt 4452 Studenten, davon waren 1362 neu zugelassen. Darunter befand sich seit dem Wintersemester 1946/47 auch der Jurastudent Ernst Benda, später Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, und Franz Amrehn, der spätere (zweite) Bürgermeister und CDU-Vorsitzende (1961-1969) von Berlin. Über Ernst Benda hieß es unter anderem: „Mehr als das Studium aber beanspruchten ihn als Mitglied der CDU-Hochschulgruppe und Pressereferent des Studentenrates die Auseinandersetzungen an der Universität Unter den Linden. Während der Studentenrat den „Widerstand gegen zunehmende kommunistische Beherrschungsversuche“ plant, werden immer wieder einzelne Studenten verhaftet.“

Als Benda mit einem Freund am Telefon über mögliche Gegenaktionen beratschlagt, schaltet sich plötzlich ein Dritter dazwischen: „Seien Sie bloß vorsichtig.“ Benda nimmt sich gerade noch die Zeit, seinen Freund zu verabschieden, dann nimmt er seine Sachen und die nächste U-Bahn gen Westen.“³⁸ Bis zu Bendas „Abreise“ war eine Menge passiert. Vom ersten Tag an gab es Auseinandersetzungen mit SED

³⁴ Keller (1997), S. 8-12.

³⁵ Civis 73, 20.1.1961, S. 176.

³⁶ Vgl. 50 Jahre RCDS in Bayern. München 2000.

³⁷ Ewald Ernst (1992), S. 1946/-2-

³⁸ Webpage der FU

und Besatzungsmacht. Die provisorische Studentenvertretung versuchte, auf restriktive Zulassungsentscheidungen Einfluss zu nehmen, schaffte dies aber selten, und verlor auch wegen mangelnder Legitimation durch Wahlen an Glaubwürdigkeit. Am 6. Februar 1947 fanden (wie überall in der SBZ) erstmals Studentenratswahlen statt. Dabei entfielen von 28 Sitzen 14 an Parteilose, 5 an die SPD, 4 an die SED, 3 an die CDU und 2 an die LDP. Auch der erste gewählte Studentenrat beschäftigte sich neben sozialen Themen überwiegend mit Zulassungsfragen.

In Jena existierte die CDU-Betriebsgruppe 1946 offiziell nicht: „Die Betriebsgruppe der CDU ist vor einiger Zeit aufgelöst worden.“³⁹ Dennoch existierte sie unter Führung von Kurt Häfelein als „Referat Akademische Jugend“ weiter. Die CDU-Hochschulgruppe beteiligte sich zudem weiter an den provisorischen studentischen Gremien. Aus der „Studentischen Arbeitsgemeinschaft“ (die dem Stadtjugendausschuss unterstand) entstand 1946 die „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Studenten“ (die der Zentralverwaltung für Volksbildung unterstand), ein provisorischer Studentenrat. Aufgrund zahlreicher Behinderungen seitens der SED kam es Anfang 1946 sogar zu einer Reise zum zweiten CDU-Vorsitzenden Ernst Lemmer: „Weil solche Vorkommnisse und die Behinderungen unserer Arbeit, etwa durch Verweigerungen von Veranstaltungsgenehmigungen, durch Benachteiligung bei der Raumvergabe, immer ärger wurden, uns auch zum Unterschied zu unseren Gegnern alle Geldmittel fehlten, entschlossen wir uns, eine Delegation nach Berlin zur damals so genannten „Reichsleitung“ der CDUD in der Jägerstraße zu entsenden. Wir wollten bei Jakob Kaiser, Ernst Lemmer, Georg Dertinger u. a. um Unterstützung für unsere Arbeit an der Universität Jena bitten. (...)“

Unsere Delegation wurde in Berlin erst von einem Referenten der „Reichsleitung“ empfangen, dann aber auch durch Lemmer und Dertinger. Ernst Lemmer war so verständnisvoll und menschlich, wie er auch später immer gewesen ist. Vor allem aber auch furchtlos. Er gab uns ein ganz klares, vor allem offenes Bild der Lage. Über die Verhältnisse in Berlin und im Alliierten Kontrollrat war er genau informiert. Lemmer sah den Kalten Krieg voraus und beurteilte unsere Aussichten als CDU - drei Jahre vor Gründung der Bundesrepublik - eher skeptisch. Die Entwicklungen in der französischen und auch britischen Besatzungszone machten ihm große Sorgen. Er befürchtete damals die zu starke Förderung von südwestdeutschem und rheinischem Separatismus durch die Besatzungsmächte. Von den Amerikanern und der bayerischen CSU sprach er sehr positiv: aber mit der einschränkenden Vermutung: „Die sind natürlich auch nicht mehr für die Erhaltung des Deutschen Reiches“. (...) Ich habe Ernst Lemmer später mehrfach wieder gesehen. Als er Bundespostminister war, hatte ich einmal die Gelegenheit, mit ihm in seinem Berliner Büro am Kurfürstendamm die Zeit um 1946 Revue passieren zu lassen. „Sie ahnen sicher nicht“, sagte er bei dieser Gelegenheit, „auf welchem Vulkan Sie damals saßen. Es hätte Sie und ihre Freunde leicht zerreißen können. Unter den Russen gab es hin und wieder auch ganz vernünftige Leute, mit denen man normal und menschlich reden konnte. Aber die Ulbricht-Leute waren rote Faschisten der schlimmsten Art, die auch vor Verbrechen nicht zurückschreckten. Und seine Nachfolger sind genau so.“ Ich konnte ihm dann bestätigen, dass es mich wenige Monate später in der Tat beinahe „zerrissen“ hätte.

Ich erinnere mich sehr deutlich an eine große Veranstaltung Anfang 1946 - noch vor unserer Delegationsreise - in der Aula der Universität mit dem obersten Thüringer KP-Funktionär Werner Eggerath, später abgeschoben als „DDR“-Botschafter nach Rumänien. Nach seiner Rede war vom Kontroll-Offizier Major Pawlow eine Diskussion angeordnet worden. Die verschiedenen Partei-Betriebsgruppen der Universität hatten dazu Redner melden müssen. Das Los war für unsere Gruppe auf mich gefallen. Major Pawlow und weitere uniformierte Offiziere nahmen an der Veranstaltung ebenso teil, wie viel deutsche Prominenz.(...) Ich weiß nicht mehr, war ich nach einigen Höflichkeitsformeln gegenüber dem Redner alles gesagt habe. Aber es muss ziemlich unklug gewesen sein. Ricarda Huch schüttelte ihr graues Haupt. Es ging doch jetzt

³⁹UAJ, Bestand BB, Nr.199

um unsere Zukunft, sagte ich wohl, um einen neuen Anfang. Der ließe sich doch nicht aus neuen Vorschriften des Denkens entwickeln, sondern nur aus freier Diskussion über die konkreten Probleme. „Sagen was ist“, zitierte ich Lenin. Dann schwang ich ein frisch erworbenes Exemplar des Kommunistischen Manifestes von Marx und Engels in die Höhe und erklärte, dass dies für uns kein Rezept für eine dankbare deutsche Zukunft sei. Es wäre ein ehrenwertes Dokument des vorigen Jahrhunderts, aber heute doch längst überholt. Zu meinem Unglück erhielt ich donnernden Applaus und zustimmende Zwischenrufe von der Mehrheit der anwesenden Studenten und auch einiger Dozenten und Professoren.“⁴⁰

Seit Herbst 1946 engagierten sich die Jenaer und Leipziger CDU-Studenten besonders in der Frage der Neuimmatrikulation von Studenten: „Als wir einen Vertreter für die „antifaschistische Zulassungskommission“ der Universität benennen mussten, entsandten wir Peter Scholz. Bei den Sitzungen der Kommission erfuhr er viel über die Machenschaften und Aktivitäten der Kommunisten und konnte uns auf dem Laufenden halten, oft auch warnen. Außerdem erhielt er als Kommissionsmitglied nun Sonderzuteilungen an Lebensmitteln und Spirituosen, die er weitgehend mit uns teilte. Bald hatte er fast täglich seinen Kopf in einer Schlinge. Er entzog sich den persönlichen Gefahren mit bewundernswerter Geschicklichkeit. Dabei stellte er fest, dass die sowjetischen Funktionäre des Universitätsoffiziers, einem Major Pawlow, sehr viel sachlicher und korrekter reagierten, als die deutschen Sozialisten. Peter erreichte zusammen mit den Russen mehrmals die Zulassung von jungen Leuten, die die deutschen Eiferer verhindern wollten: darunter waren gerade auch dekorierte, ehemalige Offiziere.“ Aber auch ideologische Fragen spielten 1946 eine Rolle: „In dieser Zeit wurde in unserer Gruppe sehr heftig diskutiert: Christlicher Sozialismus? Demokratie nach westlichem Muster? Was ist eigentliche und was bedeutet Freiheit? Pragmatismus? Konservativ oder sozial? Zumal jene, die ebenfalls Mitglieder einer der neuen demokratischen Parteien werden und einen „Persilschein“ haben wollten. Ein durchaus Streitiges Thema war damals auch noch die Überkonfessionalität der neuen Partei. Aber es ging auch um viele aktuellen Fragen. Etwa um die Bodenreform, die Reparationen und Demontagen, um die Wirtschaft und die miserable Versorgung, die Lehrerbildung, die Gewerkschaftsfrage, schließlich um die Wahlkampforganisation, erst für die entstehende Kommunalwahlen und dann die erste Landtagswahl. Wir Jungen hatten keine Ahnung, wie so etwas lief.“⁴¹

Zudem waren die CDU-Studenten in den Landtags- und Kommunalwahlkämpfen des Sommers 1946 aktiv. Man fuhr in die umliegenden Dörfer, um mit den Bauern zu diskutieren. Man ermutigte sie trotz der SMA-Verbote CDU Gruppen zu bilden.⁴² Auch die CDU selbst griff gerne auf „ihre“ Studenten zurück. „Da ich mit flottem Mundwerk in mehreren Versammlungen und universitären Veranstaltungen aufgefallen war, erhielt ich die Bitte, als „Redner der jungen Kriegsgeneration“ vor den Reden der Würdenträger aus Berlin, wie Professor Emil Dovifat, Hans Lukaschek, Ernst Lemmer und einigen anderen, in den Kundgebungen als Vorredner aufzutreten. Da ich kein Blatt vor den Mund nahm, erhielt ich rasch ziemlich viel Applaus. Dovifat warnte mich einmal, die Sowjets verstünden nicht viel Spaß, aber die deutschen Kommunisten seinen noch viel schlimmer und auch zu gewaltsamer Durchsetzung ihres politischen Willens entschlossen.“ Dabei spitzte sich der Konflikt zwischen SED einerseits und den demokratischen Kräften andererseits erneut zu: „Es dauerte nur wenige Wochen, bis ich die ersten Drohungen bekam. Ein uns wohlbekannter kommunistischer Funktionär, Lothar Pieckenhain, versuchte mich erst einzuschüchtern und dann für seine Jungsozialisten zu gewinnen. Meine prompte Absage nahm er sehr persönlich. Er hatte mir ein Stipendium, Lebensmittelzuteilungen und schließlich sogar ein Studium in Moskau in Aussicht gestellt. Ein junger Germanist, der Dozent Geerts, griff mich und meine Freunde öffentlich mit gefährlichen Unterstellungen an. Er verhinderte auch die Weiterarbeit einer von Peter Scholz und mir gegründeten Theatergruppe. So gab es noch mancherlei Zusammenstöße und sehr Streitige Diskussionen.“⁴³

⁴⁰ Elschner (1995), a. a. O.

⁴¹ Elschner (1995), a. a. O.

⁴² von Hornstein (1963), S. 185

⁴³ Elschner (1995), a. a. O.

Und auch der Druck durch Bespitzelung wird erhöht: „Einer von uns, der schwerkriegsbeschädigte N. wurde schwach, als er vom sowjetischen Geheimdienst unter Druck gesetzt wurde. Er war wohl - wenn ich mich recht erinnere - Stabsoffizier in einer Einheit gewesen, der auch Kriegsverbrechen vorgeworfen wurden. Er ließ sich als Spitzel verpflichten. Leider erfuhren wir das erst sehr viel später und nicht von ihm selbst. Unsere Arbeit wurde nicht nur ständig beobachtet. Wir wurden regelrecht verfolgt. Dafür gab es Anhaltspunkte, wie etwa die wiederholte Entwendung von Kollegmappen oder Notizblocks, die den Betroffenen Stunden später als gefunden zurückgegeben wurden: immer von uns bekannten kommunistischen Kommilitonen. Einmal stellten wir denen eine Falle. Nach einer Strafrechtsvorlesung von Richard Lange standen wir, wie so oft, beieinander, um Verabredungen zu treffen. Diesmal sprachen wir ganz laut über Termine und Aktionen, eine Kollegin machte erkennbar Notizen, legte ihre Mappe auf ihren Platz und ging weg. Wir beobachteten die absichtliche Wegnahme und stellten die rote Kommilitonin zur Rede, die sich auf einen „Irrtum“ herausredete. Das waren vergleichsweise harmlose Versuche. Sehr viel unangenehmer war es, wenn mehrere von uns nacheinander in die Büroräume des Kontrolloffiziers bestellt, und dort von NKWD/MWD-Offizieren verhört wurden. Auch gab es schon einige, allerdings nur kurzzeitige Verhaftungen.“⁴⁴

Im September 1946 fanden die ersten Kommunalwahlen in der SBZ statt, bei denen die demokratischen Parteien trotz erheblicher Behinderungen im Wahlkampf überraschend gut abschnitten, die Kommunisten aber verhältnismäßig schlecht. Das gleiche galt für die Landtags- und Kreistagswahlen vom 20. Oktober 1946.“ Die offensichtliche Stärke von CDU und LDP war den Kommunisten von Anfang an ein Dorn im Auge. Um den 15. September kam es zu einer weiteren Verhaftungswelle, die fünf der aktivsten Mitglieder der CDU-Hochschulgruppe trifft, darunter Gerhard Elschner und den Vorsitzenden Werner Neumann.⁴⁵ Elschner erinnert sich: „Kurze Zeit danach wurde ich verhaftet - einige Wochen vor der Landtagswahl. Angeblich wegen Waffenbesitz, Werwolf-Aktivitäten und Widerstandes gegen die Besatzungsmacht. Drei Monate sperrte mich der sowjetische Geheimdienst in eine so genannte Tageszelle des ehemaligen Gestapogefängnisses im Marstall in Weimar ein. Dieses Gefängnis im Marstall war bis 1951 unter kommunistischer Regie weiter in Betrieb. Die Tageszellen sollten der Bestrafung von Häftlingen bis zu drei Tagen dienen. Sie waren unter 2 Metern lang, etwa 1,80 bis 2 Meter hoch und unter einem Meter breit. An der Seite der Zelle ging von unten bis unter die Decke eine überdimensionierte Heizröhre. Eine helle Glühbirne brannte Tag und Nacht. Am Boden lag ein zerkrümelter Strohsack, der in der ganzen Zeit nur einmal ausgetauscht wurde. Am inneren Ende dieser Strafzelle ging ein Brett als Sitzbank quer durch alle vier oder fünf gleichartigen Zellen. An der Vorderkante des Brettes waren durch die Austrocknung Spalten entstanden, durch die wir uns Kassiber, Zeitungsteile und gelegentlich sogar - unglaublicher Leichtsinns - brennende Zigaretten gegenseitig zuschoben. Als ich dort einsaß, zwei Drittel der Zeit noch mit einem zweiten Mann zusammen, war die Heizröhre nicht mehr in Betrieb und zur einzigen Toilette am Ende eines längeren Ganges wurden wir Insassen der Tageszellen nur zweimal am Tage einzeln herausgelassen. Ein- oder zweimal bin ich während der drei Monate auf dem kleinen Innenhof vor dem Gefängnis alleine an die frische Luft geführt worden - zehn Minuten bei raschem Laufen im Kreise. Fünf- oder sechsmal wurde ich zu Vernehmungen aus dem Gefängnis geholt. Einmal am Anfang bei Tage, sonst nur nach Mitternacht. Zweimal bin ich dabei schmerzhaften Misshandlungen ausgesetzt gewesen.“ Elschner wurde am 10. Dezember 1946 überraschend wieder frei gelassen. Wenige Tage später floh Elschner in den freien Westen. „Die SED-Studenten waren mit meiner Entlassung nicht einverstanden und wollten erneut, wie es hieß, bei den Sowjets intervenieren. [Prof.] Draht war überzeugt, dass ich in Kürze wieder verhaftet würde und gab mir eine Empfehlung für Professor Rudolf Smend in Göttingen mit.“⁴⁶

⁴⁴ Elschner (1995), a. a. O.

⁴⁵ Civis-Sonderdruck aus Nr. 67/68, Juli 1960, S. 1

⁴⁶ Elschner (1995), a. a. O.

Der CDU-Landesvorstand bat am 9. Oktober 1946 Peter Scholz, der inzwischen als Vorsitzender der CDU-Hochschulgruppe Nachfolger Werner Neumanns geworden war, „uns die Gründe (falls Ihnen bekannt) wissen lassen könnten, die zur Verhaftung unserer Studenten geführt haben können.“⁴⁷ Seit Oktober 1946 bemühte man sich erneut um die offizielle Zulassung der CDU-Betriebsgruppe.⁴⁸ Außerdem beteiligte man sich an den Studentenratswahlen. Die für den Herbst 1946 vorgesehenen Studentenratswahlen waren kurzfristig verschoben worden. Weil die provisorische Studentenvertretung jedoch keine Möglichkeit mehr sah, ohne Legitimation durch Wahlen weiter zu arbeiten, beschloss sie auf Antrag der CDU-Hochschulgruppe am 27. November 1946 ihre Selbstauflösung.⁴⁹ Bei den am 6. Februar 1947 durchgeführten Wahlen zum ersten Jenaer Studentenrat erreichte die CDU vier Sitze (7 LDP, 6 SED). Zwei weitere Parteilose treten kurzfristig in die CDU ein. Damit war eine stabile bürgerliche Mehrheit erreicht worden. Zum ersten Vorsitzenden wurde daher cand. jur. Brendel (LDP) gewählt, der einige Monate später gleichfalls zur CDU übertrat.⁵⁰

In Leipzig war die für den Oktober 1945 vorgesehene Universitätseröffnung kurzfristig abgesagt worden und auf das Frühjahr verschoben worden. Sie fand dann am 5. Februar statt. Hier war die Ablehnung der Besatzungsmacht durch die Studenten besonders scharf ausgefallen.⁵¹ Die Leipziger CDU gründete Anfang 1946 einen sog. „Universitätsausschuss“, um Unions-Studenten konkrete Arbeitsmöglichkeiten zu bieten.⁵² Dieser war als Unterausschuss des Kulturausschusses beim Kreisverband angegliedert (die Gründung von politischen Organisationen außerhalb der Parteien war bekanntlich verboten), bot - zunächst unter dem Vorsitz von Hermann Mau - den offiziellen Rahmen für die Tätigkeit einer „CDU-Hochschulgruppe“ und tagte offen für alle Interessierten jeden Samstag in der Kreisgeschäftsstelle der Union. Auch in der provisorischen „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Studenten“ wirkten zehn CDU-Studenten weiter mit.⁵³ Als sich jedoch im Sommer 1946 der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft unter Vorpiegelung falscher Tatsachen die Unterschrift seines christdemokratischen Stellvertreters erschlich, um den damaligen Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zu stürzen, zogen sich die christlich-demokratischen Studenten aus diesem Gremium zurück.⁵⁴ Die ersten Leipziger Studentenratswahlen am 6. Februar 1947 entwickelten sich zu einem Debakel für die SED: Je sechs Sitze für Christdemokraten und Liberale sowie ein Parteiloser erbrachten gegenüber acht Mandaten für die SED eine klare bürgerliche Mehrheit im Studentenrat, der auf seiner ersten Sitzung gegen die Stimmen der SED den liberalen Studenten Wolfgang Natonek zu seinem Vorsitzenden wählte. Schriftführer wurde Helmut Ranft von der CDU.

Außerdem waren in der SBZ die Hochschulen in Freiberg (8. Februar 1946), Greifswald (15. Februar 1946) und Rostock (25. Februar 1946) eröffnet worden. Auch in Halle hat es seit 1946 eine CDU-Hochschulgruppe gegeben. Ehemalige Studenten erinnern sich – allerdings 50 Jahre später – „dass eine größere Gruppe von Jura-Studenten in der CDU und LDP organisiert waren. Es gab zwischen uns Studenten einen offenen Meinungs-austausch.“ Außerdem hatte eine Reihe von Studenten versucht, „über LDP und CDU zum Hochschulstudium zu kommen.“⁵⁵ Bei den ersten Studentenratswahlen war die SED auch hier mit ihrem Ergebnis keineswegs zufrieden. Sie erreichte in Halle 11 von 21, Greifswald 6 von 15 und Freiberg 4 von 7 Sitzen.⁵⁶ Bezüglich der Manipulationen der SED in Halle heißt es: „Wir haben in der LDP-Studentengruppe und in den LDP- und CDU-Frak-tionen versucht, diesen Aktivitäten (der SED) mit List

⁴⁷ Brief CDU-Thüringen an Peter Scholz, 9.10.1946, in: PAS/PAT

⁴⁸ Brief CDU-Thüringen an Peter Scholz, 24.10.1946, in: PAS/PAT

⁴⁹ Peter Scholz: Antrag auf Auflösung der Studentenvertretung [27.11.1946], PAS/PAT; Vgl. Weberling (1990), S. 20

⁵⁰ UAJ, Bestand U, Abt. VII, Nr.1, Bericht vom 3. Mai 1948

⁵¹ Vgl. Feige (1997), S. 1058.

⁵² Alle Angaben zur Entwicklung der CDU-HSG Leipzig vgl. www.rcds-leipzig.de (August 2001);

⁵³ Krönig/Müller (1994), S. 148f.

⁵⁴ Vgl. Krönig/Müller (1994), S. 148; www.rcds-leipzig.de (August 2001) mit teilweise falschen Daten;

⁵⁵ Krönig/Müller (1994), S. 108f., 129. Zu Halle anders Weberling (1990), S. 23.

⁵⁶ Kowalczyk (1997), S. 917

und Intelligenz entgegenzuwirken.⁵⁷ Themen im Studentenrat von Februar waren Lichtkontingente, Mensa, Beteiligung an Kundgebungen, Beiträge, Arbeitseinsätze, Schaffung eines Zonenrates, Fürsorge für Kriegsversehrte und Behinderte. Die bürgerliche Mehrheit wandte sich zudem gegen die überzogene Förderung von Arbeiterkindern, die sich in bevorzugten Zulassungen und Stipendien ausdrückt.⁵⁸ In Rostock entstand die CDU-Betriebsgruppe 1946/47.⁵⁹ Auch hier arbeiteten die Studentenvertreter anfangs in einem „Antifaschistischen Studentenausschuss“ und später in einer „Studentischen Arbeitsgemeinschaft“ mehr oder weniger paritätisch mit. Die ersten Studentenratswahlen Anfang 1947 führten zu einer knappen SED-Mehrheit.

Der SED war spätestens nach den Studentenratswahlen im Februar 1947 klar geworden, dass sie auf demokratischem Wege die Hochschulen nicht in ihren Griff bekommen konnte. Um den Zufluss bürgerlicher Studenten zu verhindern, wurden Zulassungsbestimmungen und Zusammensetzungen der Zulassungskommissionen verändert, Stipendien gesperrt und Studenten unter Druck gesetzt. Darüber hinaus erschwerte die Änderung der Wahlordnung hin zu verpflichtenden Einheitslisten die Aufstellung unabhängiger Kandidaten. Nachdem die Bürgerlichen jedoch trotz aller Schikanen in den Fakultätswahlen im März 1947 ihre Stellung gar noch ausbauen konnten, reagierte die SED mit einer zweiten größeren Verhaftungswelle im September 1947: Hermann Mau und mit ihm viele weitere christlich-demokratische Studenten wurden verhaftet. An dieser Stelle sollen nur einige Namen genannt sein⁶⁰:

Für die Universität Berlin stehen die Namen der Studentenratsmitglieder Manfred Klein, CDU-Vertreter im Zentralrat der „Freien Deutschen Jugend“ und Georg Wrazidlo. Georg Wrazidlo hatte schon 1944/45 zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus aufgefordert und war daher ins KZ Buchenwald verschleppt worden. Teile seiner Familie hatten in Oberschlesien die brutale Gewalt der sowjetischen Besatzer am eigenen Leibe erfahren müssen. Alles Totalitäre war ihm daher verhasst. Klein kam aus der katholischen Jugendarbeit und war im November 1945 nach kurzer Gefangenschaft Mitglied der CDU geworden. Gleichzeitig war er der Vertreter der CDU in der Anfangs überparteilichen FDJ. Georg Wrazidlo war der erste Vorsitzende der CDU-Hochschulgruppe an der Berliner Universität. Als Vorsitzender der studentischen Arbeitsgemeinschaft war er abgesetzt worden, weil er am 1. Mai vom Rektor die Entfernung roter Fahnen von der Universität verlangte. Klein war bei der SED in Ungnade gefallen, weil er die Gleichschaltung der FDJ nicht mittrug. Beide werden am 13. März 1947 vom sowjetischen Abwehrdienst (NKWD) verhaftet und Monate später vom sowjetischen Militärtribunal Berlin-Lichtenberg zu jeweils fünfundzwanzig Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt, und zwar im ersteren Falle wegen angeblicher „Untergrundbewegung an der Universität Berlin“ und in den anderen beiden Fällen wegen angeblicher Spionage. Wrazidlo kam erst im Oktober 1956 wieder frei.⁶¹ Für die Universität Leipzig ist der Zulassungsreferent Wolfgang Weinoldt (Jahrgang 1923) zu nennen, der nach seiner Verhaftung am 16. September 1947 vom Sowjetischen Militärtribunal Dresden wegen angeblicher Spionage und Agententätigkeit zu 15 Jahren Zwangsarbeiterlager verurteilt und nach Haft in Meiningen, Bautzen und Brandenburg 1954 entlassen wurde. Luise Langendorf wurde einundzwanzigjährig am 10. September verhaftet und wegen angeblicher Spionage zu 25 Jahren Zwangsarbeiterlager verurteilt und im November 1955 entlassen. Werner Ihmels verstarb drei Jahre nach seiner Festnahme am 3. Mai 1950 im „Gelben Elend“ in Bautzen. Hermann Mau wurde später entlassen und flüchtete in den Westen.

⁵⁷ Krönig/Müller (1994), S. 129

⁵⁸ Krönig/Müller (1994), S. 149; Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Kriterien „Arbeiter“ oder „Bourgeois“ wurden willkürlich angewendet. Entscheidend war der Beruf des Vaters vor 1939, nicht das gegenwärtige Einkommen oder Vermögen.

⁵⁹ Ammer (1969), S. 31, 39

⁶⁰ Die Autoren beschränken sich auf die Mitglieder der CDU-Hochschulgruppen, da alles weitere (leider) den Rahmen dieser Darstellung sprengen würde. Die Autoren sind ausdrücklich nicht der Auffassung, die Verschleppten Mitglieder der CDU seien „bessere“ Opfer gewesen.

⁶¹ Klein (1968), S. 39, 46; Weberling (1993), S. 12ff.

In Berlin erklärte die sowjetische Kommandantur auf Nachfragen des Studentenrates, dass Maßnahmen gegen geheime faschistische Tätigkeiten getroffen worden waren. Nachdem der Studentenrat seine Kampagne fortsetzte, empfing Generalleutnant Solotuchin, zuständig für die Hochschulen, einzelne Vertreter der Studentenschaft. In einem Gespräch machte er deutlich, dass für ihn bereits die Kritik an der UdSSR und die Einmischung in Politik Widerstand und faschistische Umtriebe darstellten. Auch die Disziplinarordnung, die im März 1947 veröffentlicht wurde, machte klar, dass die Universität kein Freiraum mehr war. Wer gegen die Anordnungen des Rektors verstieß oder wer das „Ansehen der Universität“ schädigte, verstieß gegen die Disziplin. Kritik war nicht mehr gefragt. Der „worst case“ war eingetreten. Die Kostgänger und Besucher des Salons „Eppstein“, einer studentischen Runde in der Privatwohnung eines amerikanischen Offiziers, verwirklichten nun den Plan, die Zeitschrift „Colloquium“ herauszubringen und Beziehungen zu knüpfen, um in Westberlin eine neuartige Lehranstalt zu begründen. Widerspruch und Widerstand im Osten schienen ihnen sinnlos und fahrlässig zu sein. Eine studentische Opposition an der Berliner Universität würde zermalmt werden durch die sowjetische Besatzungsmacht.⁶² Einer der Studenten war Joachim Schwarz von der CDU-Hochschulgruppe. In diesem Augenblick begann die Gründung der Freien Universität. In Berlin aber auch an den anderen SBZ-Universitäten kam es im Dezember 1947 zu neuen Konflikten über die Studienzulassung. Studienbewerber wurden vom Juli 1947 bis Ende 1948 in drei Gruppen eingeteilt: die erste umfasste Bewerber aus Arbeiter- und Bauernkreisen, Absolventen der Vorstudienabteilungen und anerkannte Opfer des „Faschismus“. Die zweite umfasste Personen, die neben fachlicher Eignung Mitglied einer kommunistischen Organisation waren. Zuletzt kam die Gruppe der „übrigen“ Bewerber, die nach fachlicher Eignung eingestuft wurden. Die offensichtliche Bevorzugung kommunistischer Kader erbitterte die CDU- und LDP-Vertreter in den Zulassungskommissionen auf das äußerste.

Bei den Wahlen zum zweiten Studentenrat an der Universität Berlin am 11. Dezember 1947 entfielen bei einer Wahlbeteiligung von 75,5% von dreißig Mitgliedern des neuen Studentenrats auf die SED 3, SPD 2, CDU 3, LDP 1 und Parteilose 21. In der Juristischen Fakultät wurde der Vorsitzende der CDU-Hochschulgruppe, Ernst Benda, gewählt.⁶³ Bald darauf spitzten sich die Auseinandersetzungen um die Universität zu. Im Januar 1948 begann die Studentenzeitschrift „colloquium“ eine Artikelserie unter der Überschrift „Wie lange noch? Kampf um die Universität“, in der die Wahlniederlage der SED und ihrer Mitglieder bei den Studentenratswahlen in Leipzig, Halle und Berlin kommentiert wurde. Die Folge ist die Exmatrikulation der Herausgeber der Zeitschrift, die Studenten Otto Hess (SPD), Joachim Schwarz (CDU) und Otto Stolz (SPD), worauf der Studentenrat in einem Schreiben an den Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, Paul Wandel, seine Überzeugung ausdrückte, dass die Exmatrikulation mit „rechtsstaatlichen Begriffen nicht in Einklang“ stehe.

Aber man sah zunehmend, dass sich in Berlin etwas Grundlegendes ändern musste, um die akademische Freiheit zu erhalten. Am 23. April 1948 kam es entsprechend der Einladung der Hochschulgruppen von SPD, LDP und CDU zu einer Protestkundgebung von 1500 Berliner Studenten im Hotel Esplanade im britischen Sektor.⁶⁴ Zuerst sprach ein Student aus Jena (möglicherweise der soeben geflohene Peter Scholz). Er beklagte Verhaftungen und Repressionen gegen die Studenten in der Ostzone. Dort sollte an den Universitäten eine willfähige Intelligenz erzogen werden. Kritik und Verantwortung wurden nicht geduldet. Zum Schluss seiner Ausführungen forderte er von der amerikanischen Besatzungsmacht, in Westberlin eine unabhängige Universität zu errichten. Danach sprach der exmatrikulierte Otto Stolz über seinen Missmut, dass die „deutsche Jugend“ jetzt durch die Kommunisten zum zweiten Mal instrumentali-

⁶² Vgl. Rabehl, Bernd: Die Gründung einer neuen Republik, Der Protest der Studenten gegen die Sowjets. ..., in: Berliner Zeitung/ BerlinOnline, 25.04.1998 (Kurzfassung)

⁶³ Vgl. Homepage der FU Berlin (Jubiläum); Kowalczyk (1997), S. 919, nennt für die Parteilosen 19 Sitze, die SED 3 (-1), die SPD 4 (-1) und lässt die Ergebnisse der „Bürgerlichen“ aus.

⁶⁴ Vgl. Rabehl (1998), a. a. O.

siert werden sollte. Deshalb sollte in den Westsektoren eine freie Universität gegründet werden, an der die kritische, junge Intelligenz aus Ost und West zusammenkommen könnte, um das geistige Fundament für ein demokratisches Deutschland zu legen.

Danach redete der gleichfalls exmatrikulierte Otto Heß. Nach seiner Überzeugung war die Krise um Berlin die Krise Europas. Die Sowjetunion hatte es darauf angelegt, die demokratischen Kräfte aus der Stadt zu drängen und in ganz Europa einzuschüchtern. Ihre Frontorganisationen standen überall bereit, unter der Hegemonie der kommunistischen Parteien die Macht zu übernehmen. Daher war der Kampf um Berlin nach seiner Auffassung ein Kampf um Europa. Es mussten Zeichen gesetzt werden, dass die Vereinigten Staaten für die Demokratie eintraten. Ein derartiges Signum konnte in der Gründung einer freien Universität in Westberlin liegen, wo eine junge Generation aus allen Teilen Deutschlands den Rückhalt einer geistigen Erneuerung fand. Jetzt ging es nicht mehr nur darum, in Ostberlin den Widerstand zu organisieren, sondern die USA dazu zu bringen, sich zur Freiheit zu bekennen und die Errichtung einer neuartigen Universität finanziell zu unterstützen.

Dass an der „alten“ Universität 26 von 30 Studentenräten zurückgetreten waren und der Rektor den Studentenrat der Berliner Universität am 4. Juni 1948 suspendierte, blieb aufgrund der Inanspruchnahme durch die Neugründung im Westen nur eine Fußnote der Geschichte. Ebenso der Rücktritt des letzten frei gewählten Studentenvertreters am 27. Juni 1949. Für die Traditionslinien des RCDS ist dabei beachtenswert, dass zu den „Auszüglern“ auch die Mitglieder der CDU-Hochschulgruppe gehörten, und damit die freiheitliche Tradition der ostdeutschen Studentenräte wenige Jahre später in den RCDS einbrachten. Auch in dem am Anfang Juni 1948 einberufenen studentischen Vorbereitungsausschuss für die Gründung einer Freien Universität wirken Angehörige der Hochschulgruppe der CDU mit. Im Oktober 1948 konstituierte sich zudem der „vorläufigen AStA“ der FU aus Mitgliedern des „Studentischen Komitees“ und studentischen Vertretern im Sekretariat. Am 18. November 1948 wird das „studentische Statut für die Freie Universität Berlin“ vom „vorläufigen AStA“ angenommen. Die Satzung sah die Institutionalisierung der studentischen Öffentlichkeit als Studentenparlament vor. An die Stelle des „Studentenrates“ traten der „Konvent“ als Legislative und der „Allgemeine Studentenausschuss“ als Exekutive. Der Vorsitzende des AStA sollte vom Konvent gewählt, der AStA in seiner Gesamtheit vom Konvent bestätigt werden.

Den Vorsitz der Leipziger Hochschulgruppe übernahm nach den Verhaftungen vom März 1947 Karl-Heinz Schollbach.⁶⁵ Am Anfang des Wintersemesters 1947/48 gehörten an der Universität in Leipzig 404 Studenten der CDU an (SED: 1549, LDP: 472). Bis jetzt hatte man allerdings immer noch nicht die offizielle Einrichtung einer Betriebsgruppe erreichen können. Die zunehmenden Aktivitäten der SED seit dem Sommersemester 1947 und zu erwartende Auseinandersetzungen im Studentenrat, veranlasste jedoch die CDU, sich jetzt verstärkt um eine eigene Betriebsgruppe zu bemühen - erfolglos.⁶⁶ Gleichzeitig setzte die SED die Entmachtung der Studentenräte fort. Anfang November brachte die SED im Sächsischen Landtag ein Gesetz ein, dass die Studentenräte die Zuständigkeit bei der sozialen Betreuung einschließlich der Stipendienvergabe entzog.⁶⁷ Trotz (oder gerade wegen?) dieser Maßnahmen erlitt die SED bei den Studentenratswahlen⁶⁸ am 12. Dezember 1947 mit acht von jetzt 30 Mandaten eine noch empfindlichere Niederlage. Sie bekam sogar weniger Stimmen als sie Mitglieder hatte und verfehlte die zur Verhinderung der Beschlussfähigkeit notwendige Sperrminorität von einem Drittel der Sitze. Die LDP erhielt elf, die CDU neun Sitze, dazu kamen zwei Parteilose. Zwar hatten die CDU ihr Wahlergebnis nur leicht von 28

⁶⁵ www.rcds-leipzig.de (August 2001).

⁶⁶ Feige (1997), S. 1063; An dieser Stelle wird allerdings das Vorhandensein des Anfang 1946 gegründeten „Universitätsausschusses“ der CDU Leipzig übersehen.

⁶⁷ zit. n. Feige (1997), S. 1064

⁶⁸ In Wahlkreisen, die Fakultäten entsprachen, wurden Kandidaten aufgestellt bzw. gewählt. Dazu wurden ein Hauptwahlausschuss und Wahlkreisausschüsse gebildet, die nach Parteienproporz zusammengesetzt waren.

Prozent auf 30 Prozent der Sitze verbessern können. Viel schwerer wog jedoch die überwältigende bürgerliche Mehrheit. Trotz Protesten und Drohungen von SED, FDGB und der Leipziger Militäradministration, die in Wolfgang Natonek ein „Idol der reaktionären Studentenschaft“ sahen, wurde dieser am 15. Dezember als Vorsitzender des Studentenrates bestätigt. Stellvertretender Vorsitzender wurde ein SED-Vertreter, Schriftführer blieb Helmut Ranft von der CDU. Gottfried Berger (ebenfalls CDU) kam als neuer Kassenwart hinzu. Um die Sperrminorität schließlich doch noch zu erhalten, gliederte die Landesregierung die Vorstudienanstalt, ursprünglich eine Institution für das Nachholen des Abiturs, als neue Fakultät der Universität an und schlug deren vier Vertreter der SED-Fraktion zu.

Auch in Jena geschah ähnliches: Hier zeichnete sich bereits vor den Studentenratswahlen am 16. Dezember 1947 ab, dass die kommunistischen Kräfte nicht länger gewillt waren, bürgerliche Mehrheiten hinzunehmen. Schon bei der Kandidatenaufstellung wurde daher versucht, nichtkommunistische Kandidaten gar nicht erst nominieren zu lassen. Dennoch wurden oftmals LDP- und CDU-Kandidaten nominiert, da auch SED-Mitglieder zur Wahl von „Bürgerlichen“ neigten. Allerdings mussten alle Kandidaten in einem zweiten Schritt durch das kommunistische Volksbildungsministerium bestätigt werden. Dabei passierte es oft, dass kurze Zeit später am Schwarzen Brett folgendes zu lesen war: „Infolge Ablehnung zweier, in der ersten Vollversammlung nominierten Kandidaten machte sich eine 2. Wählervollversammlung notwendig.“ Im Spätherbst 1947 waren darunter ausschließlich LDP- und CDU-Mitglieder sowie Parteilose. Das bedeutete nicht, dass die Studenten dies widerspruchslos hinnahmen: „Die Wähler des Wahlkreises 10 finden die Streichung des Kandidaten Kuehs ungerecht. Nach den Anordnungen des Hauptwahlausschusses sind alle immatrikulierten Studenten passiv und aktiv wahlberechtigt. Sie empfinden es als Eingriff in die Selbstverwaltung der Studentenschaft.“ Die überlieferten Vorstellungsreden vermitteln zudem einen weiteren Eindruck der damaligen Stimmung: Während der spätere Studentenratsvorsitzende Günter Binternagel (SED) hauptsächlich auf soziale Probleme abstellte, und dafür Sorge tragen wollte, dass „die Arbeiterstudenten an den Universitäten Deutschlands gleichberechtigt sind“ und dass eine „wirkliche Volksuniversität“ entsteht, meinte sein Kommilitone Herbert Schache (SED): „Ich bin Sozialist und gehöre als solcher der SED an. Über die Arbeit im Studentenrat sollte man nicht reden: Man soll handeln und nicht viele Worte machen.“ Der gleichfalls kandidierende Ott-Erich Seelig (CDU) begründete seine Kandidatur mit seinen Erfahrungen: „Ich stehe im 5. Semester. Ich bin mir meiner demokratischen Pflichten bewusst Eintreten für die Rechte meiner Mitstudenten unter Hintansetzung aller Parteipolitik. Über allem steht das Wohl der Studentenschaft.“⁶⁹

Bei den Wahlen in Jena am 16. Dezember 1947 verfehlte die SED ihr Ziel einer absoluten Mehrheit trotz aller Diskriminierung der Mitbewerber erneut: Sie erhielt nur 7 Sitze (+1, 44,44 Prozent), dagegen die LDP 6 Sitze (-1, 22,71 Prozent) und die CDU 6 Sitze (+2, 26,5 Prozent). Dazu kam ein Parteiloser. Wie in Leipzig war die SED zwar stärkste Fraktion geworden, die Bürgerlichen hatten jedoch insgesamt zugelegt. Die Jenaer CDU-Hochschulgruppe war damit außerdem vorübergehend zur stärksten CDU-Hochschulgruppe der SBZ geworden. Schon bei der konstituierenden Sitzung des Studentenrates im Januar 1948 brachen Konflikte aus, da sich CDU und LDP auf einen Kandidaten geeinigt hatten. Als die SED trotzdem auf ihrem Kandidaten bestand, musste die Sitzung abgebrochen werden. Erst im zweiten Anlauf gelang der SED ihres Kandidaten zum Vorsitzenden. Gleichzeitig erhöhte sich am Anfang des Jahres 1948 in Jena der Druck der SED auf die Studenten. In einem Artikel (vermutlich aus einer SED-Zeitung) vom Anfang des Jahres machte die Thüringer Ministerin Torhorst (SED) klar, wohin die Reise gehen sollte: „Andere Studenten in Jena, Mitglieder von Blockparteien, die sich als Studentenvertreter aufstellen ließen, erklärten in zynischer Form, dass sie sich durch die Richtlinien ihrer Partei durchaus nicht gebunden fühlten. Solche Studenten, für die Freiheit nichts anderes als Ungebundenheit und Zügellosigkeit bedeutet, können unter

⁶⁹zit. n. Protokolle der (genannten) Wahlkreise, in: UAJ, Bestand U, Nr.8, Studentenrat der Friedrich-Schiller-Universität, Studentenratswahlen betreffend, 1947-1950;

keinen Umständen die Studentenschaft von Jena, der über 3000 junge Menschen angehören, verantwortlich führen.⁷⁰ Erst am 30. März 1948 bestätigt die Ministerin die ihr genehmen Mitglieder des Studentenrates. Vor allem, weil es zum Streit um den Vorsitz kam, bestätigt die Ministerin Torhorst (SED) einige bürgerliche Studentenräte nicht.⁷¹ Die Ministerin ließ ausrichten, diese Studenten hätten „sich während der Verhandlungen zur Konstituierung des Studentenrates antidemokratisch verhalten (...). Sie sind durch andere Studenten zu ersetzen.“⁷² Hintergrund war die Unterstützung des abgesetzten Parteivorsitzenden Jakob Kaiser durch die Jenaer CDU-Hochschulgruppe.⁷³

Damit wird auch verständlich, warum sich die CDU Jena noch am 14.2.1948 brieflich von der Nennung einer Betriebsgruppe der CDU auf einem Plakat zur Vollversammlung der Studentenschaft distanzierte: „Wir gestatten uns den Hinweis, dass eine Betriebsgruppe unserer UNIONS-Studenten an der Universität noch nicht gebildet ist. Die Interessen unserer Mitglieder werden lediglich durch den Universitätsausschuss innerhalb unserer Ortsgruppe vertreten. Sobald die satzungsgemäß vorgesehene Bildung von Betriebsgruppen seitens der SMA Karlshorst bzw. der SMATH. Weimar ihre Genehmigung erfahren haben wird, werden Sie unverzüglich unterrichtet werden.“ Ängstlich erklärt die CDU außerdem das nachträgliche Überkleben der kritisierten Passage. „Nach Lage der Dinge aber war die Betriebsgruppen-Angabe auf den Plakaten irreführend, wofür wir die Verantwortung gegenüber der Besatzungsmacht hätten ablehnen müssen. Keinesfalls handelte es sich beim Überkleben des Eindrucks um eine Demonstration, wie sie nach unseren Informationen verschiedentlich unterschoben worden ist.“⁷⁴

Ein formeller Fehler bei der Rektorwahl (bzw. Willkür der SED) bot SMA und SED den Anlass, den neuen Rektor Hund nur unter der Bedingung zu bestätigen, dass dieser Versäumnisse nachhole und sich „reaktionärer und profaschistischer Elemente“ annehme. Mit diesem Befehl 36 vom 5. März 1948 hatte sich die SED eine Totalvollmacht verschafft, die Universität nach ihren Vorstellungen zu disziplinieren. Sofort wurde seitens der SED ein Plan aufgestellt, in dem es insbesondere auf LDP- und CDU-Mitglieder bezogen heißt: „Wir müssen Leute, die unbedingt von der Universität entfernt werden müssen, von allen Seiten aus bekämpfen und sie auf diese Weise innerhalb der Studentenschaft isolieren. Neben den Namen zweier Professoren befanden sich die Namen von 15 Studenten auf einer Liste, die die SMA geliefert hatte. Darunter befand sich auch das Studentenratsmitglied Albrecht Magen (CDU), der kurz darauf in den freien Westen floh. Aufgrund zahlreicher Mandatsniederlegungen durch Flucht in den Westen kam es am 5. Mai 1948 zu Nachwahlen, bei denen allerdings erneut bürgerliche Kandidaten die Oberhand behielten. Unter anderem wurden drei CDU-Mitglieder gewählt.“⁷⁵ Doch schon am 5. August 1948 fanden erneut Studentenratswahlen statt.

In Leipzig kam es am 18. Juni 1948 zur lange ersehnten offiziellen Gründung (bzw. Zulassung) der CDU-Betriebsgruppe durch eine Satzungsänderung der CDU Leipzig. Ihr gehörten auch Wissenschaftler an. Erster Vorsitzender blieb der Philosophiestudent Karl Heinz Schollbach. Zweiter Erster Vorsitzender wurde der Historiker und Bibliotheksrat Dr. Karl Buchheim. Weiter Vorstandsmitglieder waren Hildegard Plewa (2. Vorsitzende), Christine Dittmann (3. Vorsitzende), Helmut Ranft (Schriftführer), Helmut Raman (Kassierer) und Wolfgang-Günter Contius (Sekretär).⁷⁶ Vorrangiges Anliegen war die Unterstützung der

⁷⁰Der Artikel findet sich in: UAJ, Bestand U, Abt. VII, Nr.1

⁷¹UAJ, Bestand U, Abt. VII, Nr.1, Bericht vom 3. Mai 1948

⁷²UAJ, Bestand U, Nr.8, Studentenrat der Friedrich-Schiller-Universität, Studentenratswahlen betreffend, 1947-1950; Schreiben des Ministeriums vom 30.3.1948

⁷³ Dankschreiben von Jakob Kaiser, 18.1.1948, PAS/PAT.

⁷⁴UAJ, Bestand U, Abteilung VII, Nr.9, Schreiben der CDU Jena an den Kurator der FSU vom 14.2.1948; Vgl. Krönig/Müller (1994), S. 161ff (auch im Weiteren). Diese Zusammenhänge zeigen auch, dass solche unter existentiell politischem Druck entstandenen Aussagen keineswegs als Beweis für die Nichtexistenz christlich-demokratischer Studentengruppen herangezogen werden können.

⁷⁵UAJ, Bestand U, Nr.8

⁷⁶ Feige (1997), S. 1063

Mitglieder in wirtschaftlichen und sozialen Fragen.⁷⁷ In einer Resolution bekundete man, „mit Freimut, Toleranz und gutem Willen mit an der Verantwortung für den demokratischen Neuaufbau unseres Vaterlandes zu tragen“. Die einzige konkrete Forderung bezog sich auf eine „Immatrikulationspolitik, die endlich die in der Sächsischen Landesverfassung zugesagten Rechte auf gleiche Bildungsmöglichkeiten verwirklicht.“⁷⁸ Während der Gründungsveranstaltung war immerhin der Sächsische CDU-Vorsitzende Hugo Hickmann anwesend.

Im Wintersemester 1948/49 erhöhte die SED jedoch (nicht nur in Leipzig) den Druck auf die bürgerlichen Studentenvertreter weiter. Die Diskussionen in der Studentenratssitzung vom 11. November werden von einem Zeitzeugen so geschildert: „Gestern wieder Studentenratssitzung übelster Art. Wir stritten stundenlang um wirklich nicht entscheidende Dinge. Dabei scheute die Gegenseite auch vor dümmsten und rücksichtslosesten Angriffen, die auch den primitivsten Anforderungen Hohn sprechen, nicht zurück.“⁷⁹ Man beabsichtigte seitens der SED, das Wahlstatut erneut zu ändern, um sich endgültig die Mehrheit bei den bevorstehenden Urnengängen zu sichern. Die Vorlage wurde vom Studentenrat jedoch nur erheblich verändert beschlossen, woraufhin der Vorsitzende des Studentenrates Wolfgang Natonek am 12. November 1948 festgenommen und am 20. November die LDP-Hochschulgruppe aufgelöst wurde. Vor einem Verbot der christlich-demokratischen Hochschulgruppe schreckten die kommunistischen Machthaber noch zurück, weniger weil diese war mit über 600 Mitgliedern mittlerweile die größte Hochschulgruppe an den mitteldeutschen Universitäten war, sondern weil man sie noch für die „Nationale Front“ benutzen wollte – dem Pseudoparteienbündnis, das unter Anleitung der SED die „DDR“-Gründung legitimieren sollte.

Im selben Monat verfügte das Volksbildungsministerium eine Änderung der Anzahl der Studentenratsitze pro Wahlkreis zu Lasten „reaktionärer“ Fakultäten. Des Weiteren nahm man auf die Kandidatenaufstellung Einfluss. Besonders machte der SED zu schaffen, dass auch viele SED-Mitglieder bürgerliche Kandidaten unterstützten. Am 30. November protestierte die SED beim Kurator gegen die Kandidaturen zweier LDP-Kandidaten und des CDU-Kandidaten Hans Hoffmann. Dieser hatte sich in seiner Kandidatenrede gegen die „Reaktion“ gewandt, die „das Universitätsleben unter Parteidisziplin stellen will“ und beanstandet, dass Andersdenkende mit Stipendienentzug und Exmatrikulation bedroht würden. Zu Maßnahmen der SED bemerkte er: „Das sind Terrormaßnahmen, die 12 Jahre bis 1945 an deutschen Universitäten Mode waren.“ Aus diesem Grund gelobte er, sich für die Freiheit der Rede und des Studiums, für die Einheit der deutschen Studentenschaft, für die Sicherheit der Person sowie gegen politischen Terror, Neofaschismus und Reaktion einzusetzen.⁸⁰ Allen vier Studenten wurde daraufhin das passive Wahlrecht entzogen.

Damit stand die CDU-Betriebsgruppe in Leipzig –ungewollt– im November 1948 allein im Zentrum des demokratischen Widerstands. Zunächst versuchte man, über die sächsische CDU-Landtagsfraktion eine Änderung des undemokratischen Wahlmodus' zu erwirken. Als alle Bemühungen erfolglos blieben, wollte man zunächst nicht zu den Wahlen antreten, besann sich dann aber doch, um das Feld nicht ganz den Kommunisten zu überlassen. Gemeinsam mit den wenigen noch verbliebenen LDP-Anhängern wurden gegen die sozialistische Einheitsliste eigene Kandidaten aufgestellt, die am 8. Dezember 1948 nochmals immerhin neun bürgerliche Sitze (davon sechs CDU) gegen 16 SED-Mandate errangen. Damit hatte die SED jedoch zum ersten Mal die Mehrheit im Studentenrat und sollte diese nun auch nicht wieder abgeben. Dem neuen Studentenratsvorsitzenden wurden die Christdemokraten Gottfried Berger und Hans-Georg Jahn zur Seite gestellt. Alle Versuche dieser beiden, etwas über Natoneks Schicksal zu erfahren,

⁷⁷ <http://www.rcds-leipzig.de>

⁷⁸ Feige (1997), S. 1064

⁷⁹ Krönig/Müller (1994), S. 150

⁸⁰ Feige (1997), S. 1067; Uni Leipzig u. a. (1998), S. 119.

schlugen fehl.⁸¹

Nachdem eine offizielle Zulassung über Jahre nicht zu erreichen war, wurde die CDU auch in Jena im Sommer 1948 überraschenderweise zur Bildung von Betriebsgruppen an der Universität aufgefordert. Zu Beginn des Wintersemesters 1948/49 kam es daraufhin zur offiziellen (Wieder-) Gründung der CDU-Betriebsgruppe in Jena. Diese hatte 242 Mitglieder (von 3166 Studenten).⁸² Am 4. November 1948 informierte die CDU Jena den Studentenrat über die Gründung am 20. Oktober 1948.⁸³ Vorsitzender war cand. phil. Gerhard Pauly. Aufgrund einer Nachwahl war er 1948 Mitglied des Studentenrates geworden. Seit dem 2. Juni 1948 war er dessen 3. Vorsitzender, später war er 2. Vorsitzender.⁸⁴ Als Aktivitäten der Gruppe nennen die „Hochschulnachrichten“ ein Referat des CDU-Vorsitzenden von Sachsen-Anhalt, Prof. Erich Fascher, über Kulturpolitik und am 24. November 1948 ein Referat von Dr. Friese aus Weimar über „weltanschauliche Grundlagen der Unionspolitik“. Ein Teil der Aktivitäten fand jedoch bereits im Untergrund statt, so der Kontakt nach Berlin, für den Hans Beitz zuständig war. Dort beschaffte er in der SBZ verbotene Literatur und die verbotene Zeitschrift „Der Freie Student“, die mit der Post nach Jena geschickt wurden.⁸⁵ Die Zusammenarbeit zwischen der CDU-Hochschulgruppe und dem Studentenrat lief gut an: Zwar hatte die CDU Jena die Betriebsgruppe als Zusammenschluss aller CDU-Mitglieder an der Universität angekündigt. Die meisten der Aktivisten waren jedoch Studenten, die schon länger im Studentenrat mitgearbeitet hatten. So begrüßte der Studentenrat am 4. November 1948 den „Zusammenschluss der CDU-Studenten zu einer Gemeinschaft“. Der Studentenrat könne „die ihm gestellten Aufgaben nur erfüllen, wenn er von den Betriebsgruppen der demokratischen Parteien und Organisationen tatkräftig unterstützt wird.“⁸⁶ Zudem gab es weitere Anzeichen, wie eine weitere Entwicklung ohne Gleichschaltung durch die SED hätte aussehen können. Am 6. September 1948 informierte der Student (stud. rer. pol.) Heinrich Degenhardt den Studentenrat über sein Nachrücken in den Landtag und bietet dem Studentenrat seine politische Unterstützung an.⁸⁷

Ein schwerer Schlag gegen die akademische Freiheit in Jena war die Entlassung des Philosophen Prof. Leisegang am 29.10.1948. Die CDU war davon insofern betroffen, indem Leisengangs philosophische Auseinandersetzung mit dem Marxismus besonders unter jungen Christdemokraten Anklang gefunden hatte. Dies hatte die wohl politisch bedeutsamste Aktion der Jenaer CDU-Hochschulgruppe seit 1945 zur Folge, die öffentliche Erklärung der studentischen CDU-Mitglieder vom 4. November 1948, in der sie sich hinter den Philosophen stellen. Darin heißt es unter anderem: „Die unterzeichneten Studentenräte geben, zugleich im Namen der studentischen Mitglieder und Freunde der Christlich-demokratischen Union nachstehende Erklärung ab: Die Studenten der CDU erklären hierzu, dass sich unter den Hörern Prof. Dr. Leisengangs ein beträchtlicher Teil von Angehörigen der CDU befanden, die es sich für i h r e n Teil verwahren müssen, als „reaktionär“ bezeichnet zu werden. Diese Vorwürfe in ihrer Gesamtheit, auch die von Frau Minister Dr. Torhorst, müssen als sachlich unbegründet bezeichnet werden. Durch derartige Verlautbarungen wird die Öffentlichkeit irreführt. (...) Im Bewusstsein unserer Verantwortung warnen wir das Ministerium für Volksbildung, dem ernsten Ringen und Wollen der Studenten aus parteipolitischer Enge mit Misstrauen zu begegnen. Die Zusammenarbeit wird dadurch ernsthaft gefährdet. Wir verwahren uns entschieden gegen unbegründete und unsachliche Angriffe. Durch solche wird das Ansehen der Universität auf das Schwerste geschädigt. Sie entziehen einer ehrlichen Blockpolitik die Grundlage. Wir betonen, zugleich für alle studentischen Mitglieder und Freunde der Christlich-Demokratischen Union, den

⁸¹ Vgl. www.rcds-leipzig.de: Zu den Genannten kamen noch 2 Parteiose.

⁸² www.thueringen.de/de/lzt/thueringen/blaetter/parteien/content.html, 04.09.2001

⁸³ UAJ, Bestand U, Abt. VII, Nr.9

⁸⁴ Vgl. Hochschulnachrichten der FSU Jena, Winter-Semester 1948/49, Nr.1. Im UAJ, Bestand U, Abt. VIII., vgl. auch Bestand U, Nr.8.

⁸⁵ von Hornstein (1963), S. 189

⁸⁶ UAJ, Bestand U, Abt. VII, Nr.9

⁸⁷ UAJ, Bestand U, Abt. VII, Nr.1

ehrlichen Willen zur weiteren Mitarbeit, erwarten aber, dass unserer verantwortungsbewussten Stellungnahme ernste Beachtung geschenkt wird.“⁸⁸

Unterzeichnet war der Aufruf, der an den Wandzeitungen der Universität ausgehängt wurde, von den CDU-Mitgliedern des Studentenrates Pauly, Thiele, Braedel und Lerch.⁸⁹ Man bemerkte jedoch schnell, warum sich die Kommunisten in jenem Herbst gegenüber den bürgerlichen Studenten etwas nachsichtiger zeigten, da man schon im Dezember 1948 zum Eintritt in den prokommunistischen „Demokratischen Block“ gezwungen wurde. Damit es demokratisch aussah, brauchte man die anderen Betriebsgruppen als Feigenblatt. Seit längerer Zeit war die Gleichschaltung beschlossene Sache: Schon im Oktober hatte Kurator Bluhm (SED) der SED-Betriebsgruppe Richtlinien für die „studentische Erziehungsarbeit, Hochschule und Wissenschaft und Zweijahrplan“ angekündigt. Der Studentenrat, so war vorgesehen, sollte mithelfen, „ein neues Arbeitsethos und eine neue Disziplin zu schaffen, die der aktiven Mitarbeit der Studenten an der Realisierung des Zweijahresplanes förderlich sein können.“ Dies diene „vor allem der Entfaltung allen fortschrittlichen demokratischen Denkens und Handelns.“⁹⁰ Andere politische Organisationen kamen in dieser Konzeption nicht vor - ein geradezu klassisches totalitäres Konzept: Wer nicht für die FDJ war, war gegen sie und zugleich gegen den Frieden, die Völkerverständigung und sogar den Hochschulsport. Es kam außerdem zur Bildung einer „Kommission zur Unterstützung des Zweijahrplanes“, wogegen Studenten während einer Vollversammlung am 21. Oktober protestieren. Am 2. November 1948 kam es zum Rücktritt des Rektors und am 11. November 1948 zur Einführung des neuen Rektors. Am 17. Dezember 1948 müssen sich die bürgerlichen Parteien an der Gründung des „demokratischen Blocks“ an der Friedrich-Schiller-Universität beteiligen. Vertreter der CDU ist zunächst Gerhart Pauly, kurz darauf der (neue) Betriebsgruppenvorsitzende Büttner.⁹¹ Es wurde deutlich, da die Blockbildung von langer Hand vorbereitet war, dass die Zulassung der CDU-Gruppe an der Universität letztendlich geschah, um sie danach besser einbinden zu können. Nur im Zusammenhang mit der geplanten Gleichschaltung durch Blockbildung ist verständlich, warum in den wenigen Wochen zwischen Semesterbeginn und Blockbildung Eigenaktivitäten der Gruppe toleriert wurden.

In Rostock hatten die bürgerlichen Studenten schon bei der zweiten Studentenratswahl Anfang 1948 eine Niederlage hinnehmen müssen: Die LDP erhielt 2 Sitze, die CDU nur einen einzigen. Verhaftungen des Jahres 1948 betrafen auch die CDU. Allerdings war die Linientreue des Studentenrates nicht sicher. Am 1. Juni 1948 hatte er eine Resolution angenommen, mit der alle Fraktionen einschließlich der SED die Legalisierung der gängigen Praxis angriffen, Absolventen der Vorstudienanstalten und sonstige „Fortschrittliche“ bei der Immatrikulation zu bevorzugen. Daraufhin wurde der Studentenrat durch das Volksbildungsministerium aufgelöst.⁹² Dieses Beispiel zeigt auch die besonders schwierigen Ausgangsbedingungen an der Rostocker Universität.

Im Jahr 1949 kam schließlich das Ende der offenen Aktivitäten der CDU-Studentengruppen in der SBZ/„DDR“. In Jena war jetzt der „demokratische Block“ der Universität zum zentralen Gremium der verbliebenen Studentenfunktionäre geworden. Die Artikulation beschränkte sich jedoch auf Akklamation: So verurteilte der Block einmütig das Ruhrstatut von 1948 (7. Januar 1949), und stimmt einstimmig der Volkskongressbewegung und der Politik der Deutschen Wirtschaftskommission im Vorfeld der „DDR“-Gründung zu.⁹³ Der Bewegungsspielraum des Studentenrates tendierte damit gegen Null. Zusätzlich zur Blockpolitik kamen Konsultationen im Ministerium: Am 17. Januar 1949 werden Vorsitzender und Stell-

⁸⁸UAJ, Bestand U, Abt. VII, Nr.1, 4.11.1948

⁸⁹UAJ, Bestand U, Abt. VII, Nr.1. Die Angaben gehen aus diversen Listen und ungeordneten Schreiben hervor.

⁹⁰UAJ, Bestand C, Nr.172, Schreiben vom 26.10.1948

⁹¹UAJ, Bestand U, Abt. VIII, Studentenrat der FSU, Allgemeines, 1946-1952; Hochschulnachrichten der FSU Jena, WS 1948/49, Nr.1; Pauly zeichnet noch am 12.11. als Vorsitzender der Betriebsgruppe, vgl. UAJ, Bestand U, Abt. VII, Nr.9;

⁹² Feige (1997), S. 1065, Ammer (1969), S. 47

⁹³UAJ, Bestand U, Abt. VIII, Studentenrat der FSU, Allgemeines, 1946-1952

vertreter nach Weimar gebeten, zwecks Besprechung „über die Zusammenarbeit zwischen Hochschulabteilung [des Ministeriums für Volksbildung] und der Studentenvertretung“.⁹⁴

Die Studentenratswahlen von 1949 wurden in Jena erneut von einem paritätisch zusammengesetzten Hauptwahlausschuss geleitet. Je ein Mitglied kam vom FDGB, der FDJ, SED, CDU, LDP und der NDPD. Vertreter der CDU war der Betriebsgruppenvorsitzende Büttner.⁹⁵ Zwar war das demokratische Wahlrecht formal noch in Kraft. Geplant wurden jedoch Wahlen nach einer Einheitsliste. Kandidatenlisten wurden ausschließlich auf Vollversammlungen aufgestellt. Der SED nicht genehme Kandidaten wurden solange in ein Kreuzverhör genommen, bis sie von sich aus „freiwillig“ nicht kandidierten.⁹⁶ Am 3. Mai 1949 beschloss der Ausschuss, „dass das Anbringen von Plakaten, Anschlägen usw. und die Ausgabe von Handzetteln zur Beeinflussung der Wählerschaft seitens der politischen Parteien nicht gestattet ist.“⁹⁷ Dass die Zeichen für LDP und CDU kurz vor der „DDR“-Gründung auf Rot standen, dass sich das Engagement nicht nur nicht mehr lohnte, sondern auch gefährlich war, hatten die damals Beteiligten erkannt. Bei Wahlkreisversammlungen waren Zeichen des Boykotts erkennbar. Im Wahlkreis III (Medizinische Fakultät, Vorkliniker) lehnte das CDU-Mitglied Käferlein eine Kandidatur ab. Im Protokoll des Wahlkreises VIII heißt es, die CDU hätte „trotz Zusagen keinen Vertreter für Herrn Bady geschickt.“ Die Wahlbeteiligung erreichte zwar mit 90 Prozent einen neuen Spitzenwert. Davon waren jedoch 14,5 Prozent der Stimmen ungültig, was man nicht anders als stummen Protest interpretieren kann.⁹⁸ Im neuen Studentenrat kamen 12 Mitglieder von der SED, 6 von der CDU, einer von der NDPD und einer war parteilos.⁹⁹ Die LDP war offensichtlich wie in Leipzig verboten worden, weil der LDP-Vertreter Hermann Marx unter Protest über die Manipulationen bei der Kandidatenaufstellung seine Mitgliedschaft in der Wahlkommission niedergelegt hatte.¹⁰⁰

In Leipzig wurde im März 1949 das führende Mitglied der CDU-Betriebsgruppe Hans Hofmann exmatrikuliert, weil er kontinuierlich durch „antidemokratische“ Äußerungen aufgefallen war. Auch die Fürsprache des Sächsischen CDU-Vorsitzenden Hickmann änderte nichts an dieser Entscheidung.¹⁰¹ Dennoch arbeitete die Gruppe unter Karl Heinz Schollbach weiter und entwickelte sich nach dem Verbot der LDP-HSG zur (nach der SED) größten politischen Studentengruppe. Sie gliederte sich im Frühjahr 1949 in elf Unterbetriebsgruppen der Fakultäten und eine Unterbetriebsgruppe Dozenten. In Zusammenarbeit mit der sächsischen CDU-Landtagsfraktion und dem Unterausschuss für Hochschulfragen beim CDU-Hauptvorstand in Berlin versuchte man vergeblich, die Verschärfungen der Immatrikulationsrichtlinien und der Stipendienvergabe zu Lasten nichtkommunistischer Studenten zu verhindern und Kontakte zu anderen Gruppen aufrecht zu erhalten. So starteten die Studenten im Sommer 1949 den Versuch einer Partnerschaft zwischen Leipzig und Göttingen. Die CDU-Hochschulgruppe protestierte noch im Dezember 1949 gegen eine Grußadresse an Stalin zu dessen 70. Geburtstag. Dank dieser Kampagne unterschrieben weniger als 50 Prozent der Studenten diese Grußadresse. Doch auch in Leipzig nahmen die (offenen) Aktivitäten der CDU-Hochschulgruppe kontinuierlich ab.¹⁰²

In Rostock fanden im Februar 1949 noch einmal Studentenratswahlen statt. Auch hier war durch Manipulation von Wahlordnung und Verfahren für ein günstiges Verfahren vorgesorgt worden. Da aber der Widerstand schon vorher gebrochen worden war, änderte sich am Wahlergebnis wenig. Von 24 Sitzen erhielt

⁹⁴UAJ, Bestand U, Abt. VIII, Studentenrat der FSU, Allgemeines, 1946-1952

⁹⁵UAJ, Bestand U, Nr.8; Am 12.4.1949 wird stud. jur. Hans Marx als CDU-Vertreter genannt.

⁹⁶ Ammer (1969), S. 55

⁹⁷UAJ, Bestand U, Nr.8, Protokolle des Hauptwahlausschusses

⁹⁸UAJ, Bestand U, Nr.8, Protokolle der Wahlkreisveranstaltungen

⁹⁹ Fließ (1981), S. 66

¹⁰⁰ Krönig/Müller (1994), S. 35f

¹⁰¹ Feige (1997), S. 1067

¹⁰² Feige (1997), S. 1068; Universität Leipzig u. a. (1998), S. 9

die CDU zwei und die LDP einen Sitz.¹⁰³ Allerdings waren oppositionelle Studenten in den Untergrund gegangen. Seit 1949 wurde die gesamte kommunistische FDJ von Studenten unterwandert, die später im Westen oft in der CDU mitarbeiteten. Man besetzte zielgerichtet zahlreiche Funktionen der FDJ mit anti-kommunistischen FDJ-Mitgliedern, die daraufhin fast ausschließlich unpolitische Kulturveranstaltungen organisierten. Der spätere Präsident des Europäischen Parlaments Egon Klepsch (CDU) war damals Kadersekretär der FDJ. Bis die SED die Passivität der Rostocker FDJ aufgefallen war, vergingen viele Monate. Bis zum Juni/Juli 1950 sollte dies dauern. Im Zusammenhang mit der Aufdeckung der von oppositionellen Studenten unterwanderten FDJ wurde auch der Vorsitzende der CDU-Hochschulgruppe Gerhard Popp verhaftet. Teile der –Widerstandsgruppe arbeiteten innerhalb der FDJ dennoch bis 1951 weiter. Erst danach hörte die Widerstandsgruppe auf zu existieren.¹⁰⁴

Die Gleichschaltung der Studentenräte hatte 1949 zwar noch nicht zum Ende der politischen Studentengruppen geführt. Diese waren jedoch ihrer wichtigsten Funktion beraubt worden, so dass sie oft nur noch formal bestanden. Die Gleichschaltung hatte zur Folge, dass die studentische Beteiligung auch dort nachließ, wo sie seitens der neuen Machthaber erwünscht war. Mittlerweile waren zwar 85 Prozent der Jenaer Studenten Mitglieder der FDJ-„Hochschulgruppe“. ¹⁰⁵ Allerdings verhielt sich die Mehrheit eher passiv und beteiligte sich bestenfalls kulturelle Aktivitäten. Wohl eher eine Provokation waren die freundlichen Neujahrsgrüße der CDU-Hochschulgruppe an den Studentenrat am 27. Dezember 1949. Immerhin erfahren wir, dass der Name des (neuen) Vorsitzenden Schumann war. Dagegen waren einige CDU-Studenten in den Untergrund gegangen. In Jena kam es 1950 zu einer weiteren Verhaftungswelle unter CDU-Studenten. Darunter waren die Philologiestudentin Helga Kämpfe und Hans Beitz, die verbotene Literatur aus West-Berlin nach Jena geschmuggelt hatten. Beide wurden am 17. Februar 1951 zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und kamen erst 1956 wieder frei.¹⁰⁶ Daraufhin hatte die CDU-Hochschulgruppe ihre Aktivitäten einstellen müssen.¹⁰⁷

Andere übten passiven Widerstand: Bei den letzten Studentenrats-„Wahlen“ in der „DDR“ 1950, die schon nach Einheitsliste gewählt wurden, gewannen die SED und ihre Satelliten zwar überall alle Sitze. Allerdings war die Zahl der ungültigen Stimmen an den größeren Hochschulen unverhältnismäßig hoch: Berlin 41,5 Prozent, Halle 20 Prozent, Leipzig 26 Prozent, Jena 28 Prozent, Rostock 29 Prozent und in Greifswald 32 Prozent. Nur an den kleineren Hochschulen (Freiberg 13,5 Prozent, Weimar: eine Gegenstimme) waren die Proteste geringer ausgefallen.¹⁰⁸ So erhielt die sozialistische Einheitsliste in Leipzig 73,85 Prozent der gültigen Stimmen. Bemerkenswert bleibt jedoch, dass auf dem restlichen knappen Viertel der Stimmzettel allein die beiden einzigen nichtkommunistischen Kandidaten angekreuzt waren. Zwar saß mit Alfred Vogtmann als Kassenwart noch einmal ein CDU-Student im Vorstand des Studentenrates, jedoch war das Ende der Leipziger CDU-Hochschulgruppe nach dieser Wahl praktisch besiegelt. Zumindest ein Teil der Leipziger CDU-Hochschulgruppe arbeitete auch aktiv im Widerstand. So waren unter den Verhafteten der Widerstandsgruppe um den Volkswirtschaftsstudenten Herbert Belter der Zahnmedizinstudent Werner Eberle (CDU). Während Belter erschossen wurde, wurde Eberle zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und 1953 freigelassen. Man hatte vor allem gegen die Volkskammer-„Wahlen“ agitiert.¹⁰⁹ Durch Verhaftungen, Relegationen und politisch motivierte Zulassungsbestimmungen wurde die CDU-Hochschulgruppe in den kommenden Monaten endgültig zerschlagen.¹¹⁰

¹⁰³ Ammer (1969), S. 41, 47

¹⁰⁴ Ammer (1969), S. 76f, 86. Gespräch mit E. Klepsch im August 2001 in Brüssel.

¹⁰⁵ UAJ, Bestand U, Abt. VII, Studentenrat der FSU, Allgemeines, 1946-52

¹⁰⁶ von Hornstein (1993), S. 200

¹⁰⁷ <http://www.thueringen.de/de/lzt/thueringen/blaetter/parteien/content.html>, 04.09.2001

¹⁰⁸ Kowalczyk (1997), S. 923

¹⁰⁹ Uni Leipzig u. a. (1998), S. 13, 67

¹¹⁰ für Leipzig, vgl. <http://www.rcds-leipzig.de>

Die Entwicklungen in der neugegründeten „DDR“ gaben zudem keinen Anlass zu der Vermutung, dass sich an der ungeliebten deutschen Teilung sobald etwas ändern würde. Die Umgestaltung der Hochschulen wurde konsequent weiter geführt. Ein folgerichtiger Schritt war die endgültige Abschaffung der Studentenräte. Schon seit 1946 war der FDJ-Chef Erich Honecker bestrebt, die Studentenräte in die FDJ einzugliedern.¹¹¹ Am 1. August 1950 hatte sich die „Konferenz der Studentenräte“ durch Beschluss selbst aufgelöst. Wie auf Knopfdruck informierte der Vorstand des Jenaer Studentenrates am 24. Januar 1951, dass die „Weiterführung der Geschäfte endgültigen Abschaffung der Studentenräte des Studentenrates für das Sommersemester 1951 ... in keiner Weise mehr gewährleistet“ sei. „Wir sind deshalb mit der Bitte an die Verwaltung der Universität herangetreten, zunächst einmal die Hauptreferate (...) in die Verwaltung mit einzubeziehen.“ Mag das offizielle Schreiben strategischen Charakter haben – auch sonst wären nur noch wenige Studenten bereit gewesen, Zeit in fruchtlosen Diskussionen zu vergeuden. Schon am 26. Januar 1951 informierte das Ministerium für Volksbildung der „DDR“ die Studentenräte und Universitäten, dass die „Amtsperiode der im Februar 1950 gewählten Studenten- und Fakultätsräte um ein Jahr (bis 29. Februar 1952)“ zu verlängern sei. Dies sei „auf Wunsch zahlreicher Studierender“ geschehen. Damit ersparte man sich lästige Neuwahlen, förderte das personelle Ausbluten der Strukturen und konnte der gelassen entgegensehen. Allerdings war diese Anweisung schnell überholt: Der Jenaer Studentenrat übergab bereits am 31. Januar 1951 die wichtigsten Referate an die FDJ. Das Ferien- und das Stipendienreferat wurde an die Universitätsverwaltung übergeben.¹¹²

Nach 1948 wurde die Freie Universität in Berlin immer mehr zum Sammelpunkt der geflohenen Mitglieder der CDU-Hochschulgruppen. In einem Memorandum über die Situation dieser Universität von 1950 wurde hervorgehoben, dass man sich nicht nur in der Tradition der alten Berliner Universität sah, sondern auch die „freiheitlichen Studenten der Universitäten der sowjetischen Besatzungszone (...), denen ein weiteres Studium an diesen Universitäten auf Grund ihrer politischen Überzeugung verwehrt wurde“, aufzunehmen gewillt war. Die Hälfte der Studenten der Freien Universität kam damals aus der SBZ. Deshalb verwundert es auch kaum, dass die CDU-Hochschulgruppe „am stärksten vertreten“ war, und „durch ihre Vertreter die wesentlichsten Funktionen besetzt“ hatte.¹¹³

1.5 Die Vorgeschichte des Bundesverbandes 1947-1950

Bereits 1946 beauftragte der Vorsitzende der Jenaer CDU-Studentengruppe, der als „Sachbearbeiter für Studentenfragen“ fungierende Kurt Häfelein, seinen Kommilitonen Peter Scholz, mit den Studentenschaften in München, Heidelberg, Erlangen und Freiburg Kontakt aufzunehmen.¹¹⁴ Erstmals tauchte die Idee der Gründung eines „Rings Christlich-Demokratischer Studenten“ während des ersten Deutschlandtages der Jungen Union in Königstein (Taunus) im Januar 1947 auf, weil „nach Feststellungen der Jungen Union die Studenten nicht in ihren Reihen mitarbeiten wollten.“ Unter anderen war Peter Scholz, Vorsitzender der CDU-Hochschulgruppe in Jena, auf dieser Tagung anwesend. Seit dieser Zeit strebten die CDU/CSU-nahen Studentenvertreter nach einem eigenen Verband.¹¹⁵

„Da es in den Aufbaumonaten nur wenig Kontakte der Hochschulgruppen in der Sowjetischen Besatzungszone untereinander wie auch zu den Gruppen im Westen Deutschlands gab, ergriffen die Leipziger Anfang 1947 die Initiative zu einem gesamtdeutschen Treffen aller christlich-demokratischen Hochschulgruppen und luden für den 7. bis 10. März 1947 nach Marburg ein. Anwesend waren Vertreter aus Jena, Leipzig, Marburg, Münster, Bonn, Köln, Kiel, Göttingen, Heidelberg, Würzburg, Erlangen, München und

¹¹¹ Krönig/Müller (1994), S. 147; Aussage eines Zeitzeugen. So viel auch zu Thesen über „demokratischen“ Sozialismus!

¹¹²UAJ, Bestand U, Abt. VII, Studentenrat der FSU, Allgemeines, 1946-52

¹¹³Bericht Peter Scholz (?) an Franz Amrehn, in: ACDP, Nachlass Amrehn, I-295-1314, S. 6f.

¹¹⁴Anschreiben vom 27.3.1946, PAS/PAT.

¹¹⁵Civis 67/68, 31.7.1960, S. 49; Aufzeichnungen von Peter Scholz (Kopie im Besitz des Verfassers);

möglicherweise Rostock und Berlin. Auf dieser Konferenz wurde dann der „Arbeitsausschuss der Studenten der Union Deutschlands“ ins Leben gerufen. Vorsitzender Hermann Mau, der Initiator des Marburger Treffens. Unter seinem Vorsitz bildete man einen Ausschuss mit 13 Vertretern. Die Leipziger Gruppe wurde mit der Nachbearbeitung des Treffens beauftragt. Eine verstärkte Zusammenarbeit über die Zonengrenzen hinweg wurde beschlossen (insbesondere um studentischen Flüchtlingen aus dem Osten zur Immatrikulation an einer westdeutschen Hochschule und zur Weiterfinanzierung ihres Studiums zu verhelfen). In der darauf folgenden Zeit zeigte sich allerdings mehr und mehr, dass die politische Lage eine gesamtdeutsche Organisation christlich-demokratischer Hochschulgruppen unmöglich machte.“ Hermann Mau musste Ende 1947 nach seiner Freilassung aufgrund erneuter Verhaftungsgefahr Leipzig verlassen.¹¹⁶

Die Nachbearbeitung des Marburger Treffens durch Hermann Mau musste deshalb ausfallen, obwohl das Netzwerk noch einige Zeit funktionierte. Themen des Netzwerkes waren die Umgehung der Zulassungsbedingung zum Studium für CDU Mitglieder, Ferienkurse in Westdeutschland und Studentenratswahlen.¹¹⁷ Zwar gab es noch einige Gelegenheiten, um die Gründung eines nationalen Verbandes zu besprechen (gesamtdeutsche Studentenkonferenz in Halle im Juni 1947, JU-Tagungen in Berlin¹¹⁸, 2. Parteitag der Ost-CDU¹¹⁹), aber der Druck durch die SED war bereits zu stark geworden. Im Oktober 1947 unternahm Ernst Benda, Hochschulreferent der Berliner CDU, gemeinsam mit Hermann Mau einen weiteren Versuch, und kündigte eine Tagung der „Unionsstudenten“ für das Frühjahr 1948 an. Eine geplante Tagung in Eutin sei auf unbestimmte Zeit verschoben worden.¹²⁰ Dies scheiterte nicht zuletzt an der im Frühjahr 1948 eröffneten Kampagne gegen die Ost-CDU, die unter anderem zur Flucht von Peter Scholz nach Berlin führte.

Danach beschränkten sich die Versuche, eine nationale Verbandsebene zu schaffen, auf Berlin und die Westzonen. Seit 1948 hatten Mitglieder des CDH Marburg und des CDH Bonn auch die Frage nach einem überregionalen Zusammenschluss diskutiert. Der Vorsitzende der Bonner Gruppe verhandelte außerdem beim Goslarer Parteitag der CDU (1950) über die Gründung und Anerkennung des RCDS, denn auch hier musste um Unterstützung erworben werden.¹²¹ Als zukunftsweisend sollte sich jedoch ein Beschluss des Bundesvorstandes und des Deutschlandrates der Jungen Union erweisen, der auf Initiative von Studentenvertretern im Januar 1951 gefasst wurde. Dieser sah vor, die Arbeit an den Hochschulen „wieder bedeutend zu aktivieren“.¹²² Damit begann einer neuer Abschnitt der RCDS-Geschichte.

¹¹⁶ Civis-Sonderdruck aus Nr. 67/68, Juli 1960, S. 2; Vgl. <http://www.rcds-leipzig.de>

¹¹⁷ von Hornstein (1963), S. 188f gibt einen Zeitraum bis etwa 1949 an.

¹¹⁸ Einige schwer lesbare Notizen von Peter Scholz weisen daraufhin, dass die Verbandsgründung erneut im Juni 1947 in Berlin am Rande einer JU-Tagung besprochen worden ist.

¹¹⁹ im September 1947, bei der Vertreter aller existierenden SBZ-Hochschulgruppen anwesend waren. Dazu kamen Gäste aus den Westzonen. Vgl. auch von Hornstein (1963), S. 185.

¹²⁰ Ernst Benda and Peter Scholz, 17.10.1947, PAS/PAT.

¹²¹ Civis-Sonderdruck aus Nr. 67/68, Juli 1960, S. 2

¹²² Bericht von Fritz Flick (1951) über die Vorgeschichte der RCDS-Bundesverbandsgründung. Kopie im PAT.

2. Aufbaujahre: Die fünfziger Jahre

2.1 Die Entwicklung in der SBZ/DDR

Seit der Gleichschaltung der ostdeutschen Hochschulgruppen am Ende der vierziger Jahre, der Konsolidierung der westdeutschen CDU/CSU und der Neupositionierung der Hochschulen im Gefolge der deutschen Teilung konzentrierte sich die Arbeit der christlich-demokratischen Hochschulgruppen auf die Hochschulen des westdeutschen Teilstaates. Obwohl der Anspruch, ganz Deutschland zu vertreten, nicht aufgegeben wurde, hatten politische Entwicklungen, auf die die Hochschulpolitik keinen Einfluss hatte, den Rahmen vorgegeben. Dieser Rahmen war der Geltungsbereich des Grundgesetzes. Damit waren die verbliebenen politischen Hochschulgruppen obsolet geworden. Ein letztes Lebenszeichen der vergangenen politischen Kultur der Jenaer Studenten war die Neuwahl des Vorstandes der NDPD-Hochschulgruppe am 4.10.1951.¹²³ Danach hört man bis 1990 an dieser Hochschule nichts mehr von politischen Hochschulgruppen. Seit 1951 ließ die SED Neugründungen von CDU-Betriebsgruppen nicht mehr zu. Seit 1953 waren sie praktisch verboten, obwohl das Verbot nie veröffentlicht worden war.¹²⁴ Restaktivitäten einer CDU-Hochschulgruppe sind noch nachweisbar bis 1954 für Greifswald. Das Ende der Blockparteiaktivitäten an den Universitäten bis Mitte der fünfziger Jahre steht damit in einem unmittelbaren Zusammenhang.

Nur in einem Fall konnte bisher der immer wieder aufflammende studentische Widerstand der fünfziger Jahre in einen Zusammenhang mit christlich-demokratischen Ideen gebracht werden. In einem politischen Prozess gegen Studenten der TU Dresden im April 1959 waren immerhin 3 von 5 der Angeklagten Mitglieder der CDU. Diese hatten eine Widerstandsgruppe von mindestens 15 Mitgliedern gebildet. Anlass zum Widerstand gegen die SED war für sie höchstwahrscheinlich das Westreiseverbot für Studenten, gegen das sie eine Flugblattaktion durchgeführt hatten. Regelmäßig schmuggelten sie verbotene Bücher nach Dresden. Politische Ziele waren die Entmachtung der SED, Aufhebung des Zwangsunterrichts in Marxismus und Russisch, sowie Abrüstung, Auflösung des Geheimdienstes und wirtschaftliche Reformen. Ein Sechzehnpunkteprogramm ging von der Unantastbarkeit der Würde des Menschen und der Freiheit der Person aus, und forderte Meinungsfreiheit, Koalitionsfreiheit und andere staatsbürgerliche Grundrechte. Auch wenn der Name der Gruppe „Nationalkommunistischer Studentenbund“ nicht danach klingt, waren die Ziele den klassischen RCDS/CDU-Zielen eng verwandt. Der Staatsanwalt sah die Gruppe jedenfalls als eine Verschwörung von CDU-Studenten zum Umsturz der sozialistischen DDR in Zusammenarbeit mit westlichen Agenten.¹²⁵

Eine andere Frage ist die Wirkung der politischen Arbeit des gesamtdeutschen Referates des RCDS auf die politische Situation an den ostdeutschen Hochschulen. Nach wie vor studierten ausgesprochen „bürgerliche“ Studenten in den traditionellen Fächern wie Medizin oder Theologie, die bestenfalls oberflächlich der kommunistischen Ideologie zugänglich waren. Relativ unbemerkt hätten diese Studenten an den Berlin-Seminaren des Bundes-RCDS teilnehmen können. Obwohl nicht im einzelnen geklärt werden kann, auf welche Weise ostdeutsche Studenten auf die Angebote des gesamtdeutschen Referenten reagierten, kann man durchaus von zumindest von zahlreichen Kontakten zwischen Ost und West über das gesamtdeutsche Referat ausgehen. Doch auch dies wurde mit der Zeit schwieriger: Seit 1957 galt ein „Westreiseverbot“ für Studenten. Doch auch danach riss der Kontakt in die „DDR“ nicht ab. Mit Paketaktionen besonders um die Weihnachtszeit versuchte man, mit den Studenten der „Zone“ Verbindung zu halten. Die Bedeutung solcher Aktionen lässt sich ermessen, führt man sich die hohe Anzahl von Ost-Flüchtlingen

¹²³UAJ, Bestand U, Abt. VII, Nr.9

¹²⁴Richter (1991), S. 326f.

¹²⁵Müller/Körnig (1994), S. 306ff. Für eine endgültige Einordnung dieses Vorfalls wären jedoch weitere Recherchen erforderlich.

unter den RCDS-Mitgliedern und auch die große Zahl von durch die politischen Umstände getrennten Familien vor Augen.

Doch auch nach 1957 besuchten ostdeutsche Studenten noch den RCDS und gingen auf Veranstaltungsangebote ein. So berichtete der Stellvertretende Bundesvorsitzende und Gesamtdeutsche Referent Nemitz etwas nebulös auf der 9. Bundesdelegiertenversammlung, er habe „Kommilitonen aus der SBZ zu kurzfristigen Berlinbesuchen eingeladen. Diese Besuche haben lediglich das Ziel, dass unsere mitteldeutschen Kommilitonen die Verhältnisse im freien Berlin kennenlernen.“ Allerdings liest sich die abschließende Erklärung, es werde keine „Nachrichtenarbeit“ geleistet, es würden auch keine Informationen aus der SBZ entgegen genommen und es würde auch nicht zu Illoyalitätserklärungen „gegen die sog. „DDR“ aufgefordert“, eher wie eine Bemerkung, die sich möglichst schnell nach Ostberlin herumsprechen sollte, als ein Teil des Berichtes an die Delegierten. Auf der anderen Seite ist es schwer vorstellbar, dass Studenten aus der „DDR“ ohne Grund den Stellvertretenden Bundesvorsitzenden des RCDS besuchten.¹²⁶ Möglicherweise sollten ostdeutsche Teilnehmer nachträglich noch einmal geschützt werden. 1960 berichtete Nemitz, dass die neue Jugendweihebroschüre „Christentum und Jugendweihe“, die „einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Situation von Jugend und Kirche in der SBZ darstellt“, seit zwei Monaten „vergriffen“ sei. Die Kontakte in die „DDR“ hätten weiter zugenommen.¹²⁷

Dass das Ministerium für Staatssicherheit ein Auge auf diese „Feindtätigkeit“ geworfen hatte, ergibt sich aus den bisher zur Verfügung stehenden Akten zumindest für 1960. In einer längeren Darstellung (1961), die die „Feindtätigkeit innerhalb der wissenschaftlichen u. künstlerischen Intelligenz“ analysierte, ist auch von der „provokatorischen Tätigkeit gegen die DDR“ des RCDS die Rede, die darin bestehe, ostdeutsche Studenten mit Ferienplätzen mit „kultureller und wirtschaftlicher Bedeutung“ zu versorgen und Adressen für spätere Paketaktionen zu sammeln. Kontaktstellen würden unter anderem auf der „Grünen Woche“ eingerichtet.¹²⁸ Im Ergebnis lässt sich ein erheblicher Forschungsbedarf konstatieren. Zum anderen kann man bis 1961 von einer gewissen Zahl von sozusagen „informellen“ RCDS-Mitgliedern in der DDR ausgehen. Erst mit dem Bau der Mauer und der immer weiter perfektionierten Überwachung der DDR-Bevölkerung rissen die Verbindungen ab.

2.2 Die Gründung des Bundesverbandes

Schon im März 1947 hatten die Vertreter der christlich-demokratischen Hochschulgruppen beschlossen, ein weiteres Treffen und die Gründung überregionaler Strukturen baldmöglichst durchzuführen. Damit wurde ein Prozess eingeleitet, der mit der Gründung des Bundesverbandes im Jahre 1951 einen Höhepunkt, keinesfalls jedoch einen Endpunkt erreichte.

Doch am 24. Februar 1951 war es dann endlich soweit.¹²⁹ In Bonn trafen sich Vertreter aus Bonn und Köln, und beschlossen den Zusammenschluss der „christlich-demokratischen Hochschulringe“ sowie der „Studentengruppen der Jungen Union“ zum „Bund Christlich-Demokratischer Studenten Deutschlands“. Gleichzeitig wurde die Einrichtung eines vorläufigen Vorstandes („Ausschuss“) und die Einberufung einer Konferenz Christlich-Demokratischer Studenten zum Anfang des Sommersemesters 1951 beschlossen. Vorsitzender des „vorläufigen Ausschusses“ wurde Fritz Flick aus Bonn. Dass sich diese Tagung auf die vorhergehende Marburger Tagung bezog, wird nicht zuletzt an der Freudschen Fehlleistung des Protokollanten sichtbar, der in der Überschrift als Datum den 24. Februar „1947“ angibt. Die Gründung des BCDS war allerdings auch deshalb zustande gekommen, weil es sonst keine christlich-demokratische Stimme im

¹²⁶ Vgl. Protokoll der 9.o.BDV, S. 16

¹²⁷ Vgl. Protokoll der 10.o.BDV, S. 20, 24

¹²⁸ BStU, VVS 76/58, 1961, S. 7f.

¹²⁹ Vgl. hierzu Weberling (1990), S. 51

einen Tag später gegründeten „Ring Freier und Politischer Studentengruppen und Gemeinschaften“ gegeben hätte.

Vom 25. bis 27. August 1951 tagte dann im Bundeshaus in Bonn (!) die erste ordentliche „Bundesarbeits-tagung“ des Verbandes (später die erste Bundesdelegiertenversammlung der offiziellen Zählung). In der Zwischenzeit hatte der vorläufige Vorstand Kontakt mit zwanzig Gruppen aufgenommen, von denen immerhin sechzehn vertreten waren: FU Berlin, TU Berlin, DHfP Berlin, Bonn, Erlangen, Freiburg, Göttingen, Hamburg, Heidelberg, Köln, Mainz, Marburg, München, Münster, und Stuttgart.¹³⁰ Nur Ernst Benda (FU Berlin) war (vermutlich) schon an der Marburger Tagung beteiligt, konnte sich jedoch nicht bei der Wahl zum Vorsitzenden gegen Fritz Flick durchsetzen. Die politischen Gewichte hatten sich auch im RCDS zugunsten von Bonn verschoben. Schon vorher hatte sich der Name „Ring Christlich-Demokratischer Studenten“ eingebürgert. Warum der Begriff „Ring“ gewählt wurde, ist nicht mehr nachzuweisen, aber er tauchte (einer immer wieder kolportierten Geschichte zufolge) schon während der Gründungsversammlung der Jungen Union in Königstein (Taunus) im Januar 1947 auf. Andererseits war der Begriff „Ring“ gerade unter Akademikern schon länger in Gebrauch, wo er stets die Eigenständigkeit der ihn tragenden Gruppierungen betonte (z.B. Ring akademischer Freischaren (1920), Deutscher Hochschulring (1922), Ring Katholischer Deutscher Burschenschaften (1924, auch „Ring-Verband“), sowie Ring Freier und Politischer Studentengruppen und Gemeinschaften (1951), während der Begriff „Bund“ an einen engeren Zusammenschluss erinnert und zudem Verwechslungen mit Einrichtungen der Bundesrepublik oder den „Bündischen“ auf diese Weise vermieden werden konnten.¹³¹

War die Gründung des RCDS zunächst als lockerer Zusammenschluss existierender Gruppen gedacht, zeichnete sich schon bald ab, dass es zu einem eigenständigen Verband kommen würde. Ursachen dafür mögen die Vernachlässigung von hochschul- und kulturpolitischen Fragen durch andere Institutionen, die ältere deutsche Tradition eigenständiger politischer Hochschulgruppen, der Ehrgeiz einzelner Funktionäre oder die wachsende Bedeutung der Wahlen zur studentischen und akademischen Selbstverwaltung gewesen sein. Eine weitere, nicht zu unterschätzende Ursache für die Gründung des Verbandes war die voranschreitende Normalisierung und Formalisierung des öffentlichen und akademischen Lebens. Seit der Herausbildung eines neuen Hochschulrechts ab dem Ende der vierziger Jahre legten die westdeutschen Universitätssatzungen fest, dass studentischen Vereinigungen parteipolitische Betätigung verboten war. Nicht ohne weiteres konnten daher politische Gruppen auf akademischem Gelände aktiv werden.¹³² Dies erklärt zudem, warum nach 1947 schon länger existierende Hochschulgruppen zeitweise aus den Akten verschwinden, dennoch weiter existierten und dass es dann um 1951 zu einer Gründungswelle kam, die jedoch als formal-juristischer Akt einer Etablierung bestehender Gruppen als parteipolitisch unabhängige „Christlich-Sozialer Hochschulring“ im gleichfalls unabhängigen RCDS-Bundesverband anzusehen ist. Nur mit dieser Konstruktion war es anfangs möglich, Aktivitäten in der Universität zu entfalten und die zahlreichen Vorteile einer im Rektorat registrierten offiziellen studentischen Vereinigung in Anspruch zu nehmen.

Dies zeigt unter anderem das Beispiel des CDH in Köln. Noch im Jahre 1961 lehnte der Kölner Rektor die Eintragung einer RCDS-Gruppe in die Matrikel nicht nur wegen der bereits bestehenden CDH-Gruppe ab, sondern auch weil man „offenbar die Bildung einer Stoßtruppe der lokalen CDU“ bezwecke. Auch 1963 hatte der Kölner Rektor noch „Bedenken“, nachdem die Kölner Gruppe als eine der letzten den Namen „RCDS“ angenommen hatte. Bis 1965 ließ sich die Universitätsverwaltung Zeit, um die Namensänderung anzuerkennen. So ist auch zu verstehen, dass Seine Magnifizenz der Rektor der Universität Köln kurz vor Weihnachten 1951 ein Brief eines gewissen Lothar Albertin erreichte, in der dieser die am 7.

¹³⁰ Weberling (1990), S. 53

¹³¹ Vgl. Golücke (1987), a. a. O.

¹³² Vgl. Weberling (1990), S. 241

Dezember erfolgte Konstituierung der „Christlich-Sozialen Hochschulgruppe“ anzeigte, obwohl diese schon einige Jahre existierte und im Februar 1951 an der RCDS-Gründung beteiligt war: „Sie ist Mitglied des „Ringes Christlich-Demokratischer Studenten“, der seinen Sitz in Bonn hat, und Gruppen an den meisten Universitäten der Bundesrepublik einschließlich Berlins umfasst.“ Ein Protokoll der Mitgliederversammlung und die Satzung des RCDS-Bundesverbandes lagen bei.¹³³ Dieser Zulassungsantrag wurde anschließend im Senat der Universität beraten, nachdem noch weitere Unterlagen nachgereicht worden waren und der Universitätsrichter die Satzung geprüft hatte. Die Hochschulgruppe hatte zuvor noch erklärt, sie stehe „vorbehaltlos auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie und fördert das politische Verantwortungsbewusstsein ihrer Mitglieder.“ Die Aufnahme von Neumitgliedern erfolge „grundsätzlich nach der charakterlichen Eignung ohne Rücksicht auf soziale und rassische Gesichtspunkte. Ein besonderer studentischer Ehrbegriff wird abgelehnt.“ Nachdem der Senat die Gruppe am 23. Februar zugelassen und weitere Satzungsänderungen empfohlen hatte, wurde ihr ein Aushänge- und ein Briefkasten zugewiesen.

Die Umstände dieser Eintragung sind symptomatisch für die hochschulpolitischen Diskussionen der fünfziger Jahre: die liberalen Leitungen der Hochschulen wollten zur Demokratisierung beitragen, erinnerten sich jedoch zu gut an die verhängnisvolle Politisierung der Studenten in der Weimarer Republik durch nationalsozialistische Gruppen. Auch über das Verhältnis der zunächst noch verbotenen Kooperationen wurde innerhalb und außerhalb des RCDS erbittert diskutiert, ein Konflikt „der bis in die Mitte der fünfziger Jahre häufig alle anderen politischen Streitfragen an den Universitäten überschattet.“¹³⁴ So wurde dieses Thema bereits auf der ersten Bundesarbeitstagung des 1951 diskutiert, wobei man sich nur darauf einigen konnte, die Entscheidung zur Zusammenarbeit den örtlichen Gruppen zu überlassen. Trotz eines entsprechenden Grußwortes des Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers entschied sich auch die vierte Bundesdelegiertenversammlung 1954 dafür, bestenfalls für die Mitarbeit der Korporierten in der Demokratie zu werben, da diese in der Weimarer Republik versagt hätten. Neben politischen Gründen gab es sicher auch eine Reihe pragmatischer Gründe, weswegen die lokalen Vertreter nicht bereit waren, sich durch zu enge Verbindung zu den Korporierten in den Augen des jeweiligen Rektors zu kompromittieren.

Schon kurz nach der provisorischen Gründung im Februar 1951 wurde dazu übergegangen, zu Gruppen Gründungen zu ermutigen, oder bestehende Gruppen einzubeziehen. „Es soll jedoch keineswegs die außerordentlich gute Arbeit, die oftmals von einigen wenigen Vertrauensleuten vor allem im Rahmen verschiedener studentischer Gemeinschaften in unserem Sinne geleistet wurde, in irgendeiner Weise beeinträchtigt werden.“¹³⁵ Welcher Art die Gruppierungen waren, die unter dem Eindruck der Gründung des Bundesverbandes ermutigt wurden, sich als Christlich-Demokratische Hochschulgruppe zu konstituieren, zeigt das Beispiel Frankfurt. So wurde die CDH Frankfurt (Main) am 18. Juni 1952 beim Register der studentischen Vereinigungen an der Universität angemeldet. Hier gingen die Aktiven aus einem „Franz-Hitze-Kreis“ der katholischen Studentengemeinde hervor.¹³⁶ Franz Hitze (1851-1921) war als erster Professor für christliche Sozialwissenschaften der Universität Münster einer der Begründer der katholischen Soziallehre. Er war Mitglied des Reichstags (Zentrum) und des Preußischen Abgeordnetenhauses. In der verfassungsgebenden Weimarer Nationalversammlung wirkte er maßgeblich an der Sozialgesetzgebung mit. Demnach handelte es sich bei diesem Kreis um eine politische, christlich-soziale Studentengruppe.

¹³³ Albertin an Rektorat, 18.12.1951, in: Rektoratsakten der Universität Köln, Kopie im PAT; Auch die weiteren im Zusammenhang mit der CSHG Köln genannten Akten entstammen dieser Quelle.

¹³⁴ Adam (1965), S. 87

¹³⁵ Bericht über die Gründung des RCDS, Autor wahrscheinlich Fritz Flick, 1951, Kopie im PAT

¹³⁶ RCDS Frankfurt (1992), S. 18f. Wobei noch zu klären ist, ob nicht auch in der „Gemeinschaft demokratischer Studenten im BCSV“ als Vorläuferorganisation anzusehen ist, der neben Arbeitsgemeinschaft für Publizistik, Liberaler Aktion und SDS den Frankfurter „Ring freier und politischer Studentenvereinigungen“ bildete. Eine Gruppenpartnerschaft, die zwischen den CDU-Hochschulgruppen in Leipzig und Göttingen bis 1953 bestand, wurde auf Göttinger Seite offiziell vom „Bund demokratische Studenten Göttingen“ getragen. Das Verbandsmagazin des BDS nannte sich „Nebelhorn“ (!). Vgl. Krönig/Müller (1994), S. 167 Fn.

Das Beispiel zeigt, dass bereits existierende relativ politisierte christlich-soziale studentische Gruppierungen offenbar unter dem Eindruck der Bundesverbandsgründung einen neuen Anlauf unternahmen, das universitäre CDU-Verbot durch die offizielle RCDS-Gründung auszuhebeln.

Weitere Ergebnisse der Gründungskonferenz des RCDS waren neben der Wahl eines siebenköpfigen Bundesvorstandes Beschlüsse über die innere Ordnung des Verbandes (Satzung, Geschäftsordnung), die Einrichtung eines Kuratoriums, die Einrichtung eines Fachausschusses aus elf Referaten, und die Einrichtung einer Bundesgeschäftsstelle in Bonn und eines Ostbüros in Berlin als Anlaufstelle für DDR-Studenten (und –Mitglieder). Die ersten Jahre bis 1954 sind von Johannes Weberling als „turbulente Aufbaujahre“ bezeichnet worden. Während eine erste Geschäftsordnung im Umlaufverfahren beschlossen werden konnte, scheiterten andere Initiativen am Desinteresse der Mitglieder. Auch die Resonanz auf Gruppenrundbriefe war gering. Die Vorstellungen über die zukünftigen Aktivitäten und Ziele des Verbandes gingen auseinander. Im Prozedere demokratischer Verbände war man noch unerfahren. Streitigkeiten zwischen Berliner Gruppen belasteten die Arbeit des Gesamtverbandes. Zumindest war ein gewisses Problembewusstsein vorhanden, diente doch das erste Seminar des Bundesverbandes nicht nur der politischen Bildung, sondern auch der „Weckung eines Gemeinsamkeitsbewusstseins“. Ergebnisse von ad hoc-Arbeitsgruppen sollten Grundsteine für die Festlegung eigener Grundsatzpositionen bilden.¹³⁷ Erfolgreicher waren erste Aktivitäten im internationalen Bereich: Zwei „Mettmann-Treffen“ im Jahre 1952 brachten Mitglieder des RCDS mit Studenten aus Frankreich, Belgien und Italien zusammen.

Die frühen fünfziger Jahre waren für Studentenpolitiker keine ruhigen Jahre. Erste studentische Protestaktionen richteten sich 1952 gegen das Auftreten der (nationalsozialistischen) Sozialistischen Reichspartei oder die Aufführung von Unterhaltungsfilmen des berühmten Regisseurs Veit Harlan, dem Produzenten antisemitischer Propaganda vor 1945. Auch der RCDS beteiligte sich als Mitglied des Ringes Freier und Politischer Studentenverbände am 25. Januar 1952 in Göttingen an Protesten gegen die Aufführung von Harlan-Filmen. Gegendemonstranten skandierten Rufe wie „Aufhängen“, „Niederknüppeln“, „Judensöldling“ und griffen die studentischen Demonstranten tätlich an. Am 21. Juni 1952 demonstriert der RFPS gegen eine geplante Sonnenwendfeier der SRP-Jugend auf dem Bonner Markt. Als Mitglieder des Frankfurter Studentenparlamentes im Wintersemester 1951/52 unterstützen die RCDS-Parlamentarier am 9. Januar 1952 eine Resolution dieses Parlaments gegen das antisemitische Unrecht der Vergangenheit. Fast alle anderen westdeutschen Studentenvertretungen schlossen sich dieser Resolution an, die sich für schnelle und gerechte Wiedergutmachung, die beschleunigte Annahme eines Strafrechtsergänzungsgesetzes, das antisemitische Aktionen unter Strafe stellt, sowie diesbezügliche Lehrpläne an Schulen einsetzt. Der anwesende Rektor Professor Horkheimer, einst selbst verfolgt, schrieb etwas später an „seine“ Studentenvertreter, er sei durch den Willen der Studenten, „durch die Tat etwas zur Versöhnung beizutragen (...) viel zu bewegt [gewesen], als dass ich selbst nochmals hätte sprechen können. Aber es ist mir ein tiefes Bedürfnis, Ihnen noch ganz persönlich für die Erfahrung dieses Abends zu danken.“ Ähnliche Aktionen von Studentenvertretungen mit RCDS-Beteiligung gegen die Unterstützung oder Verharmlosung nationalsozialistischen Unrechts folgten.¹³⁸

Seit etwa 1953 erleichterte die zunehmende Identifizierung mit Adenauer und die Herausbildung eines eigenständigen politischen Profils der Gesamt-CDU, die jetzt mehr war, als die Summe ihrer Landesverbände, die Herausbildung einer eigenen Identität als RCDS, hatten doch von den geschätzten 800 bis 1000 Mitgliedern etwa 100 am Bundestagswahlkampf teilgenommen. Die Erfahrungen der ersten Jahre seit 1951 führten zudem dazu, dass auf der 3. Bundesdelegiertenversammlung im August 1953 eine tief greifende Reform der Verbandsstruktur beschlossen werden konnte. Die neue Satzung sah Landesverbände,

¹³⁷ Weberling (1990), S. 56f

¹³⁸ Adam (1965), S. 83ff; RCDS Frankfurt (1992), S. 19.

einen dreiköpfigen Bundesvorstand und einen angestellten Geschäftsführer vor. Die Struktur der Landesverbände entsprach dabei nicht der Anzahl der Länder: Neben Bayern existierten die Landesverbände Südwest, Mitte, Nordrhein-Westfalen, Berlin wurde 1953 gegründet. Die Zahl der Gruppen wuchs auf 27. Entscheidend für die weitere Entwicklung wurde zudem die Wahl des 28jährigen Konrad Kraske zum Bundesvorsitzenden, der in den drei Jahren seiner Amtszeit entscheidende Weichenstellungen vornehmen konnte, die letztlich zur endgültigen Konsolidierung des RCDS führten.

2.3 Konsolidierung: 1953 – 1956

Ab etwa 1954 begannen die neuen Strukturen zu funktionieren. Eine gewisse Routine stellte sich ein. Im Mai 1954 tagte in München der erste Bundesausschuss des RCDS, der sich aus den Vorsitzenden der Landesverbände und dem Bundesvorstand zusammensetzte. Langsam verbesserte sich zudem die finanzielle Lage. Gemeinsam mit Johannes Groß und Peter Fränz, Mitglieder der Traditionsgruppe Marburg, hatte man den Start des neuen Verbandsmagazins „Civis“ vorbereitet, das im gleichen Jahr zum ersten Mal erschien. Im Zusammenhang mit dieser Zeitschrift nahm auch der Bundesvorstand der CDU erstmals von der Existenz des RCDS und dessen Unterstützung der Außenpolitik der Bundesrepublik Kenntnis (Februar 1955). Bis dahin kamte man zwar den Verband. In den Protokollen des CDU-Bundesvorstandes – ein Indiz für die Perzeption des RCDS in der CDU-Spitze – tauchte er jedoch bis dahin nicht auf. Das Verhältnis der CDU-Spitze zu Studenten insgesamt blieb jedoch ambivalent. So trieb einzelne CDU-Vorstandsmitglieder 1955 schon wieder die Angst um, die „jungen Leute, die den „Civis“ herausgeben“, könnten von der kommunistischen Infiltration der Universitäten erfasst werden.¹³⁹ Neben dem Rundbrief „Ring-Nachrichten“ stand damit ein weiteres Kommunikationsmittel zur Verfügung. Die 4. Bundesdelegiertenversammlung stand damit im Zeichen der Konsolidierung. Mit jetzt 34 Mitgliedsgruppen war der RCDS in nur vier Jahren zum größten politischen Studentenverband geworden. Kraske führte aus, dass sich der Zusammenhalt im Verband verbessert habe. Als zukünftige Aufgaben definierte er die „gedankliche und werbende Arbeit der Gruppen in den Hochschulen“, die Vorbereitung seiner Mitglieder zur Übernahme politischer Verantwortung und die bessere Fundierung christlich-demokratischer Ideen.¹⁴⁰ Ganz in diesem Sinne war auch das sich anschließende Referat „Braucht unsere Politik eine neue Orientierung?“ gehalten. Zahlreiche inhaltliche Beschlüsse zu innen- und europapolitischen Fragen deuteten an, dass der Verband sich nunmehr verstärkt in die politischen Auseinandersetzungen einmischen würde.

Diese ließen nicht lange auf sich warten: Mit dem Beitritt Deutschlands zur NATO startete eine der intensivsten politischen Debatten der fünfziger Jahre. An der Frage eines „deutschen Wehrbeitrages“ zur NATO schieden sich die Geister. Eine Umfrage unter Frankfurter Studenten über die Wiederbewaffnung 1951/52 ergab, dass 33 Prozent diese unterstützten, 42 Prozent dagegen seien, 17 Prozent meinten: „Kommt darauf an.“ und acht Prozent unentschieden waren.¹⁴¹ Ein Riss ging mitten durch die Studentenschaft. Die Verbände des RPFS hatten sich im Frühjahr 1953 noch einmal zu einer einheitlichen Position entschließen können. Man forderte gemeinsam die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte, Aufrechterhaltung der staatsbürgerlichen Rechte während der Dienstzeit, Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung und eine allgemeine Wehrpflicht von 18 Monaten. Eine gemeinsame Denkschrift vom Januar 1954 erkannte die Notwendigkeit militärischer Verteidigung für ein demokratisches Staatswesen an. Im Juli 1954 hatten RCDS-nahe Studentenvertreter auf der Delegiertenversammlung der VDS sich auch mit ihrer Auffassung durchsetzen können, dass der VDS für diese Diskussion nicht zuständig sei, da allgemeinpoltische Themen parlamentarischen Körperschaften zugewiesen wären. Dieses Vorgehen hatte der sich damals schon radikalisierende Sozialdemokratische Deutsche Studentenbund (SDS) als „Knebelung der Mei-

¹³⁹ Buchstab (1990), S. 296f

¹⁴⁰ Vgl. Weberling (1990), S. 62

¹⁴¹ Adam (1965), S. 105

nungsfreiheit“ bezeichnet, seit 1955 sprach sich der SDS verstärkt gegen die Wiederbewaffnung aus.¹⁴² Daraufhin plante der VDS für das Wintersemester 1954/55 die Durchführung einer allgemeinen Studentenfragung über das „Wie“ der Wehrpflicht. Als einige (linke) Verbände daraufhin einwendeten, dies komme einer Anerkennung der Wehrpflicht gleich, wurde eine vierte Frage über das „Ob“ neu aufgenommen: „Sind Sie der Ansicht, dass in der Bundesrepublik deutsche Streitkräfte aufgestellt werden sollten?“

Dagegen erhoben sich von verschiedenen Seiten Proteste, darunter vom RCDS, der Katholischen Deutschen Studenten-Einigung und dem Konvent Deutscher Korporationsverbände. Der Vorwurf war, dass der VDS damit zur Hilfstuppe der Volksbefragungen von SPD und DGB gemacht würde. Daraufhin folgte die Mehrheit der AStA-Vertreter in der VDS der Auffassung des RCDS. Im Februar 1955 gab daraufhin der VDS den Plan einer Befragung zugunsten einer Resolution auf, die die freie Wahl des Zeitpunktes der Ableistung des Wehrdienstes durch Studenten forderte. Gegen diesen Vorschlag wendete sich nur noch der RCDS. Im Ergebnis wurde von der Bundesregierung beschlossen, Studenten nach zweisemestrigem Studium vom Wehrdienst zurückzustellen.¹⁴³ Damit wurde der VDS-Vorschlag obsolet. Der Versuch, den VDS als Organ der studentischen Selbstverwaltung für allgemeinpolitische Zwecke zu missbrauchen, konnte damit abgewehrt werden.

Konrad Kraske meinte einige Jahre später, dass die „Frage der deutschen Wiederbewaffnung das zentrale Thema aller Auseinandersetzungen“ war. „Der RCDS hat sich dabei allerdings nicht nur auf Diskussionsbeiträge beschränkt, sondern sich in seinen „Grundsätzen zur Wehrpolitik“ von 1954, an denen ich selbst aktiv mitarbeiten konnte, unmissverständlich zur Politik der Bundesregierung bekannt. Der RCDS ist in seinen Grundsätzen davon ausgegangen, dass ein Beitrag der Bundesrepublik zur Verteidigung der gesamten freien Welt notwendig sei, und wir haben daraus die Konsequenzen gezogen und in einer sicherlich nicht populären Eindeutigkeit den Verteidigungsgedanken unterstützt. (...) ohne unsere Stimme wäre auf unseren Hochschulen ein völlig verzerrtes Bild über die wirkliche studentische Meinung zu diesen aktuellen Fragen entstanden. Ich bin davon überzeugt, dass in den folgenden Jahren bis hinein in die Gegenwart die Diskussionen auf unseren Hochschulen wesentlich sachlicher geworden ist.“¹⁴⁴

Diese Ereignisse und die angebliche Nähe des RCDS zu den Verbindungen hatte auch insofern Konsequenzen, da SDS und LSD ihre Positionen in der Verteidigungspolitik als Argument benützten, um den „Ring Politischer und Freier Studentenverbände“ zu verlassen, was 1955 zu dessen Auflösung führte.¹⁴⁵ Während Bundesdelegiertenversammlungen des RCDS sich deutlich für eine deutsche Armee ausgesprochen hatten und die Mitgliederversammlung des VDS des Jahres 1956 noch einmal betont hatte, dies falle nicht in ihr Aufgabenfeld, ergriff der Vorstand der VDS die Initiative und sprach sich deutlich gegen Wiederbewaffnung und Wehrpflicht aus. Hingegen betonte der RCDS, „dass deutsche Streitkräfte der Erhaltung der demokratischen Ordnung und der Sicherung des Friedens zu dienen bestimmt sind.“¹⁴⁶ Dies war der Ausgangspunkt der Ideologisierung der deutschen Hochschulpolitik, die später unter dem Signum „Achtundsechzig und die Folgen“ die Demokratie bis in ihre Grundfesten erschüttern sollte.

Andere Fragen, bei denen der RCDS der Verfassten Studentenschaft ein gewissermaßen politisches Mandat durchaus zubilligte, waren gesamtdeutscher Natur. Diese Rolle wurde der Studentenschaft im Allgemeinen zugebilligt, weil die Mythen der antinapoleonischen Befreiungskriege und des Wartburgfestes noch

¹⁴² Vgl. Weberling (1990), S. 63. Der SDS nannte sich erst nach 1961 (Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD mit dem SDS) in „Sozialistischer“ Deutscher Studentenbund um.

¹⁴³ Adam (1965), S. 106

¹⁴⁴ Mut zum politischen Engagement, in: *Civis* 74, S. 194

¹⁴⁵ Weberling (1990), S. 64

¹⁴⁶ zit. n. Adam (1965), S. 107

lebendig waren, und damit Studenten traditionell als Motoren der deutschen Einheit galten. Ganz auf dieser Linie lagen zahlreiche deutschlandpolitische Seminare, die der RCDS seit 1955 vor allem in Berlin durchführte. Zu den deutschlandpolitischen Aktivitäten des RCDS gehörten 1955 eine Ferienaktion, bei der 300 ostdeutschen Oberschülern Ferienplätze in Westdeutschland vermittelt wurden. Damit erntete man einiges an Anerkennung, nicht zuletzt bei der CDU. 1955 lehnte der Bundesvorstand der CDU einen Antrag der Jungen Union ab, den RCDS in der CDU-Satzung als einen Teil der jungen Generation („enge Verzahnung aufrechterhalten“) anzusehen, die nach Meinung der Jungen Union prinzipiell in allen Gremien durch die Junge Union vertreten würde.¹⁴⁷ Erstmals 1956 brachte der RCDS einen Antrag auf einem CDU-Bundesparteitag ein. Dieser forderte den Ausbau der geisteswissenschaftlichen Fakultäten und wurde einstimmig angenommen. Im selben Jahr setzte sich Konrad Adenauer persönlich im Bundesvorstand der CDU für den RCDS ein: Da die SPD auf die Studenten zugehe, sollte „von uns einmal untersucht werden, was man da machen kann.“¹⁴⁸ Konrad Kraske beendete seine vergleichsweise lange Amtszeit anlässlich der sechsten Bundesdelegiertenversammlung unter dem selbstgewählten Motto „Freiheit als Aufgabe“. Auf dieser Konferenz stand dann jedoch neben zwei Referaten zum Thema wieder Verbandsinternes im Vordergrund, was deutlich machte, dass die Dynamik des Verbandes einer völligen Konsolidierung im Wege stand und sich eine neue Studentengeneration aufmachte, auf die Erfordernisse der hochschulpolitischen Entwicklung neue Antworten zu finden.

2.4 Vom ersten Programm bis zum Bau der Mauer: 1957-1961

Betrat man Mitte der neunziger Jahre das Archiv der Bundesgeschäftsstelle des RCDS in der Friesdorfer Straße in Bonn, hatte man den Eindruck eines soeben gegründeten Verbandes. Nur wenig erinnerte nach mehreren Umzügen an eine glorreiche Vergangenheit. Mit einer Ausnahme: Die „Leitsätze des RCDS zur Hochschulreform und Studienförderung“ von 1957 war an prominenter Stelle vorhanden und von den seitdem amtierenden Bundesvorständen immer wieder konsultiert worden.¹⁴⁹ Ein recht unscheinbarer vergilbter nur zweiseitiger Sonderdruck aus der Nummer 35/36 des Verbandsmagazins „Civis“ mit 23 Abschnitten stellte dieses Ergebnis der Bundesdelegiertenversammlung von Göttingen auch nach Meinung von Johannes Weberling „den Beginn eines neuen Abschnittes in der Verbandsarbeit“ dar.¹⁵⁰ Zeitgleich hatten LSD und studentische Verbindungen Hochschul- und Gesellschaftsreformpapiere vorgelegt. Es wurde deutlich, dass sich die Mitglieder jetzt voll und ganz mit „ihrem“ Verband identifizierten, dass sich so etwas wie eine RCDS-Identität herausgebildet hatte. Dafür sprach nicht nur, dass sich die Delegierten mit großer Mehrheit erstmals hinter ein Programm gestellt hatten. Die Jahresbilanz des ausscheidenden Wilfried Gaddum beinhaltete auch Seminare mit insgesamt 550 Teilnehmern und 35 universitäre Großveranstaltungen. Dazu kamen ein Beschluss, nach dem von jetzt an alle Gruppen unter dem Namen RCDS firmieren sollten¹⁵¹ und ein großes Interesse an programmatischen Debatten, die die Satzungsdebatten bei weitem in den Schatten stellten.

Äußerer Anlass dieses ersten politischen Programms des RCDS war eine als notwendig erachtete Positionsbestimmung im Vorfeld des Deutschen Studententages von 1958. Es zeichnete sich ab, dass sich im Zeichen voranschreitender Ideologisierung vieles nicht mehr von selbst verstehen würde. Eigentlicher Anlass war jedoch die beginnende Umgestaltung der Hochschullandschaft unter dem Label „Hochschulreform“, die zur Einrichtung eines Wissenschaftsrates „zur Gewährleistung einer wirksamen Förderung von Wissenschaft und Forschung“ und zur seit 1957 beginnende Finanzierung der Studenten durch den Staat

¹⁴⁷ Buchstab (1990), S. 693f

¹⁴⁸ Buchstab (1990), S. 1092

¹⁴⁹ zit. nach Civis-Sonderdruck aus Nr.35/36 (1958); Vgl. Jacobsen/Dollinger (1968), S. 26

¹⁵⁰ a. a. O., S. 67

¹⁵¹ Umbenennungen z. B. SS 1959 in Münster, WS 1959/60 in Marburg (vorher jeweils „Christlich-Demokratischer Hochschulring“);

fürte („Honnefer Modell“).¹⁵² Wenn die Präambel des Programms „Folgerungen aus der veränderten gesellschaftlichen Situation“ verlangte, die „zum Nutzen des ganzen Volkes“ ausfallen sollten, so war damit nichts anderes gemeint, dass das Wirtschaftswunder auch dazu führen sollte, dass entsprechende finanzielle Mittel Wissenschaftlern und Studenten bereitgestellt werden sollten. Dies war nicht als Einbahnstraße gemeint, hatte der Aufschwung der deutschen Wirtschaft doch auch eine erhöhte Nachfrage nach „akademisch gebildeten Kräften“ zur Folge.

Dennoch rief der RCDS nicht zur euphorischen „Zerschlagung aller bestehenden Formen“, sondern zur Anpassung des Bewährten „an die heutigen Erfordernisse“ auf. Die Universität sei „im wesentlichen unversehrt aus den geistigen, politischen und soziologischen Umwälzungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hervorgegangen“. Sie sei nach wie vor „in der Lage, das ihr gesetzte Ziel, der Erkenntnis und Vermittlung der Wahrheit zu dienen, in Forschung und Lehre zu verwirklichen.“ Ausgangspunkt der Überlegungen bildete die notwendige Überwindung „der mangelnden Anteilnahme der Öffentlichkeit und der politischen Kräfte“ am Schicksal der Hochschulen. Damit zeichnete sich ab, dass Universitäten künftig weniger als Bildungsstätten weniger Eliten, als vielmehr aller Begabten angesehen werden würde. Obwohl sich der RCDS gegen Hochschuleingangsprüfungen und für das Abitur als alleiniges Zugangskriterium aussprach, forderte er erweiterte Möglichkeiten im Rahmen des „zweiten Bildungsweges“. Zudem sollten hochqualifizierte Fachschulabsolventen Zugang zur Hochschule erhalten.

Innerhalb der Hochschule wurden „echte“ Mitwirkungsrechte in der Selbstverwaltung gefordert. Den politischen Studentengruppen falle die Aufgabe zu, „Studenten zur politischen Entscheidung anzuregen. Die Universität wird den politischen Studentengruppen nicht gerecht, wenn sie in ihnen nur den in den Hochschulraum hinein verlängerten Arm politischer Parteien sieht und ihre Arbeit mit Misstrauen verfolgt. Sie sollte diese Gemeinschaften in ihrer Aufgabe unterstützen, das Ressentiment gegenüber dem politischen Engagement zu beseitigen.“ Grundsätzlich wurde auch die Vergrößerung des Lehrkörpers und der Ausbau „höherer Fachschulen“ gefordert. Als Draht zur Außenwelt wurden verstärkte Kontakte zu „den im Beruf stehenden Akademikern“ vorgeschlagen. Obwohl Hochschulen staatliche Einrichtungen bleiben sollten, sollte der Einfluss des Staates auf „bloße Aufsichtsfunktionen“ beschränkt werden.

Im abschließenden Kapitel zur Studienförderung, immerhin ein Drittel des Programms, sprach sich der RCDS für das „Honnefer Modell“ aus. Als Ziel wurde „Breitenförderung“ bevorzugt, Leistungskriterien wurden für die Vergabe von Zuschüssen als unabdingbar angesehen. Allerdings trat der RCDS zugleich „drohenden versorgungsstaatlichen Tendenzen entgegen.“ Das Förderungssystem dürfe nicht zur Einschränkung der Lehr- und Lernfreiheit führen. Der „subsidiäre Charakter staatlicher Hilfe“ müsse gewährleistet bleiben. Zunächst müsse versucht werden, die Familien in die Lage zu versetzen, „ihren Gliedern das Studium zu ermöglichen. Auch soll auf eine zumutbare Selbsthilfe des Studenten nicht verzichtet werden.“ Indirekte Förderungsmaßnahmen bei Mensa- oder Wohnheimbau wurden unterstützt. Oberziel der Studienförderung sei das schnelle Erreichen der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Akademiker.¹⁵³

In gewisser Weise stellten die „Leitsätze“ auch den Versuch dar, die immer weiter eskalierenden Auseinandersetzungen innerhalb des VDS und der Studentenverbände in ruhigeres hochschulpolitisches Fahrwasser umzuleiten, erkennbar an der zeitgleichen Veröffentlichung ähnlicher Papiere durch nahe stehende christliche und katholische Verbindungen. Die Verbände hatten sich letztmals 1957 zu einer gemeinsamen Aktion aufrufen können (gegen die finanzielle Unterstützung der rechtsradikalen „Deutschen Soldatenzeitung“ durch das Bundesministerium für Verteidigung).¹⁵⁴ In der Zwischenzeit war

¹⁵² Das „Honnefer Modell“ für bedürftige und geeignete Studenten war eine Mischform von Stipendium und Darlehen mit den Grundsätzen der zumutbaren Eigenleistung des entsprechenden Studenten, seiner Eltern bzw. Ehegatten. Das H.F. baute zudem auf Leistungsnachweisen auf. Nach mehreren Anpassungen wurde das H.F. 1971 durch das BAFöG ersetzt. Vgl. Golücke (1987), S. 225f.

¹⁵³ Alle Zitate aus: Leitsätze des RCDS zur Hochschulreform und Studienförderung. In: Civid, Sonderdruck aus Nr.35/36 (1957).

tung“ durch das Bundesministerium für Verteidigung).¹⁵⁴ In der Zwischenzeit war die wehrpolitische Diskussion um den deutschen Beitrag zur NATO nahtlos in die „Kampf dem Atomtod!“-Bewegung übergegangen, die seit 1958 die Politik des RCDS beeinflussen sollten. Erneut tauchte die innenpolitisch gefährliche (Stalin-)Idee eines neutralen Gesamtdeutschlands aus der Versenkung auf. Ausgehend von Berlin wurden seit April 1958 an 14 Universitäten Anti-Atom-Demonstrationen veranstaltet und dabei versucht, studentische Gremien für diese Zwecke zu instrumentalisieren. Nunmehr mit aller Kraft musste der RCDS dem zunehmenden Missbrauch studentischer Gremien für allgemeinpolitische Zwecke entgegenwirken. Damit war man erfolgreich: Noch einmal konnte so erreicht werden, dass sich die VDS mit der Hochschulreform auseinandersetzte und sich nicht für parteipolitische Scheingefechte instrumentalisieren ließ. Eine erste „Anti-Atomtod-Resolution“ konnte auf dem Studententag von 1958 abgewehrt werden.¹⁵⁵ Da zu viele Fäden der Anti-Atom-Bewegung in Ostberlin zusammenliefen, war es strategisch durchaus geschickt, die Unterschiede zwischen den Universitäten in Ost und West zum Thema der achten Bundesdelegiertenversammlung des RCDS zu machen, die zudem im geteilten Berlin stattfand. Diese Bundesdelegiertenversammlung war auch langfristig politisch bedeutsam, da nicht der spätere SPD-Fraktionsvorsitzende und damalige Kölner RCDS-Vorsitzende Hans-Ulrich Klose, sondern Dieter Ibielski aus Mannheim mit einer Stimme Mehrheit zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde.

Mittelfristig waren der RCDS und andere gemäßigte Kräfte innerhalb des VDS auch in ihrem Einsatz gegen die Anti-Atomtod-Bewegung erfolgreich: „Der RCDS Würzburg unter neuer Führung wurde zur Speerspitze gegen die damals um sich greifende studentische „Atomtod-Bewegung“, die in bekannten Würzburger Hochschullehrern fanatische Befürworter hatte. Stürmisch verlaufende Podiumsdiskussionen, Flugblattaktionen, der RCDS schärfte durch die Profilierung sein Profil und gewann an Zuspruch.“¹⁵⁶ Allerdings nahm mit dem Abflauen dieser Bewegung auch das Interesse an anderen politischen Fragen ab.¹⁵⁷ Unschönes Ergebnis der Protestsaison seit 1958 war die zunehmende Radikalisierung des SDS, was sich auf die studentischen Möglichkeiten im Rahmen der Hochschuldiskussion negativ auswirkte. Der Linksruck des SDS führte diesen zudem zur Aufnahme offizieller Beziehungen zu kommunistischen Verbänden, obwohl die Unterdrückung demokratischer Grundfreiheiten im Ostblock keineswegs nachgelassen hatte. Gescheiterte Gespräche mit dem SDS, der dabei war, sich den Gedanken einer neutralen deutschen Konföderation zu eigen zu machen (eine Idee der DDR-Führung), führten dazu, dass sich der RCDS verstärkt mit Grundwertefragen auseinandersetzte.

So zeichnete sich bereits Ende der fünfziger Jahre die Frontstellung der siebziger Jahre ab. Während der RCDS die Bedeutung wirklicher Hochschulreformen für den einzelnen Studenten unterstrich (9. BDV), wichen linke Verbände zunehmend auf allgemeinpolitische Themen aus. Je mehr offenkundig wurde, dass antiwestliche Positionen und Emotionen unter Studenten Zulauf hatten, je mehr arbeitete man im RCDS an der Herausarbeitung eigener Grundwerte. Anstelle von Kontakten zu offiziellen kommunistischen Vertretern des Ostblocks sollte der persönliche Kontakt zu den ostdeutschen und osteuropäischen Kommilitonen gesucht werden. So nutzte man das kommunistische Weltjugendfestival 1959 in Wien zur Kontaktaufnahme mit polnischen und ungarischen Studenten. Pins, die an den Ungarn-Aufstand erinnerten, wurden verteilt. Dem zunehmenden Internationalismus der Linken im Zusammenhang mit der Dekolonisierung Afrikas und Südostasiens um 1960 setzte man eigene entwicklungspolitische Akzente entgegen. So wurden Studenten aus Entwicklungsländern 1960 erstmals zu einem Seminar nach Berlin eingeladen. Mit der Gründung der „Internationalen Union Christlich-Demokratischer und Konservativer Studenten“ (ICCS) am 13. Mai 1961 hatte man erstmals ein eigenes Forum der internationalen Zusammenarbeit.

¹⁵⁴ Adam (1965), S. 86. Hier ist von der „Aktionsgemeinschaft politischer Studentenverbände, bestehend aus ISSF, LSD, RCDS, SDS, die Rede, die laut Weberling (a. a. O.) erst im Dezember 1959 gegründet wurde.

¹⁵⁵ Weberling (1990), S. 69f

¹⁵⁶ Konrad, Walter, in: 50 Jahre RCDS in Bayern. München 2000, S. 26

¹⁵⁷ Vgl. Weberling, S. 71ff

Schließlich stand die 11. Bundesdelegiertenversammlung 1961 unter dem Motto „Hochschule und Entwicklungsländer“.

Daneben beschäftigte sich der RCDS weiter mit deutschlandpolitischen Themen: 1960 wurde das RCDS-Memorandum zur gesamtdeutschen Arbeit veröffentlicht, das sich für eine Intensivierung der politischen Bildungsarbeit im Westen und praktische Maßnahmen im Osten (Paketaktionen, Ausweitung persönlicher Kontakte) sowie intensivere Pressearbeit zu entsprechenden Themen zum Ziel setzte.¹⁵⁸ Symbolisch wurde 1961 der Verbandssitz von Bonn nach Berlin verlegt. Nochmals wurde in einem Weißbuch dargelegt, warum man Kontakte zu kommunistischen Staatsjugendverbänden ablehnte. Zwischen August 1959 und Juli 1960 nahmen 338 Studenten an Berlin-Seminaren teil, darunter 47 ausländische Kommilitonen.¹⁵⁹ Allerdings war die Euphorie bereits 1960 verflogen: „Wiedervereinigung ist ein Fernziel geworden, das wir nicht erzwingen können.“ Neue Themen kündigten sich an: „Aus der Enttäuschung über diese Entwicklung ist die Schulfrage entstanden – wissenschaftlich verfrüht, politisch falsch, menschlich jedoch verständlich“, die zu einer „unerquicklichen“ parlamentarischen Auseinandersetzung im Deutschen Bundestag geführt habe.¹⁶⁰

Weiterhin konnte man die intensivere Mitarbeit in den Gremien der studentischen Selbstverwaltung zur Kenntnis nehmen. Damit konnte das Verhältnis zum VDS verbessert werden. 1961 hatte der RCDS mit 52 Gruppen und etwa 2500 Mitgliedern einen neuen Höchststand erreicht. Schattenseite dieser Entwicklung war jedoch die zunehmende Belastung des Bundesvorstandes mit administrativen Aufgaben, während sich programmatische Initiativen verzögerten, zumal das Interesse an hochschulpolitischen Fragen auch im Verband wieder abgenommen hatte.¹⁶¹ Nimmt man die Arbeitskreise der Bundesdelegiertenversammlung zum Maßstab, hatten sich bis 1960 vier Arbeitsschwerpunkte gebildet: Hochschulfragen (Hochschulrecht, Studienordnungen, Mobilität), Selbstverwaltung (einschließlich Studienfinanzierung), Universität und Entwicklungsländer, sowie Gesamtdeutsche Fragen. Außerdem hatte der RCDS auf Seiten der CDU mittlerweile bemerkenswerte Anerkennung erfahren. Seit 1959 arbeitete ein RCDS-Vertreter im CDU-Kulturausschuss mit. 1960 konstatierte man im CDU-Bundesausschuss, der RCDS arbeite „ganz vorzüglich“. Rednerauftritte hätten sich gelohnt. An manchen Universitäten hätte der RCDS die meisten Mitglieder. Adenauer bedauerte, dass nur die sozialistischen Studenten das Ohr der Presse hätten.¹⁶² Der Bundestagsabgeordnete Berthold Martin aus Gießen war von Bundeskanzler Adenauer für den RCDS „freigestellt“ worden. Zu einer Veranstaltung des RCDS in Würzburg am 6. Juni 1961 mit Bundeskanzler Adenauer und Innenminister Gerhard Schröder erschienen 3000 Studenten aus allen Teilen des Bundesgebietes. Der Bundesvorsitzende Ibielski hatte immer wieder die Möglichkeit, persönlich mit Adenauer zusammenzutreffen.¹⁶³

2.5 Querschnitte: Studieren in den Fünfzigern

In der ersten Dekade seiner Existenz hatte der RCDS eine bemerkenswerte innere Stabilität erreichen können. Dabei entwickelte er sich von einem Provisorium zu einer zumindest im studentischen Rahmen mitbestimmenden Kraft. Mit wechselndem Erfolg konnte der Verband die damaligen Studenten erreichen. Wer waren die Studenten der fünfziger Jahre? Die Studentenzahlen hatten sich in zehn Jahren fast verdoppelt: Gab es im Wintersemester 1949/50 etwa 108.000 Studenten, waren es zehn Jahre später schon etwa 191.000. Während die Universität München 1960 bereits 18.000 Studenten hatte, waren es in Gießen

¹⁵⁸ Text u. a. in: *Civis* 69, 15.09.1960, S. 79

¹⁵⁹ *Civis* 69, 15.09.1960, S. 78

¹⁶⁰ *Bewerunge, Lothar: Gesamtdeutsche Bildungsarbeit – aber wie?* In: *Civis* 65/66, 31.5.1960, S. 18

¹⁶¹ *Weberling* (1990), S. 81

¹⁶² *Buchstab* (1994), S. 611

¹⁶³ *Ibielski*, in: *Civis* mit Sonde 1/2001, S. 49f. Demnach waren es sogar 5000 Teilnehmer.

nur 1645.¹⁶⁴ Damals begegneten sich „die Kriegs- und die Aufbaugeneration und die ersten Nachkriegsab-solventen und erlebten das, was man bald „Wirtschaftswunder“ nannte, personifiziert in Ludwig Erhard. An der Spitze des Staates standen Männer, denen der allgemeine Respekt galt: Theodor Heuss und Konrad Adenauer. Die Niederlage des Krieges glaubte man überwunden und die NS-Vergangenheit durch die akute Teilung von Volk und Staat gesühnt. Nicht kritisches Hinterfragen oder moralisches Anklagen bestimmte das Verhältnis der Generationen zueinander, sondern praktisches Umgehen miteinander und der gemeinsame Wille, aus dem mittlerweile ausgebrochenen „Kalten Krieg“ nicht beschädigter herauszu-kommen als aus dem verlorenen Weltkrieg.“¹⁶⁵

Während sich viele Studenten nicht für Politik interessierten, waren andere umso aktiver: „Die Mitglieder des RCDS waren [in Bayern] meistens auch in der Jungen Union aktiv, was sich aber nur bei denen fortsetzte, die jeweils in den Universitätsstädten lebten. Sonst gab es bei Mitgliedern und Vorständen eine starke Fluktuation. Zu den studentischen Vereinigungen, die von ihren Grundgedanken dem RCDS nahe standen, war außer Personalunion kein allzu guter Kontakt. Die Verbindungen wollten sich aus damals allzu verständlichen Gründen aus der Tagespolitik heraushalten. Es kam auch hinzu, dass die damaligen Studenten – ohne BAFöG – versuchten, möglichst schnell in einem Beruf Fuß zu fassen. Die Absolvierung eines Jurastudiums in sieben Semestern war keine Seltenheit.“¹⁶⁶

Die Erfahrung der politischen Passivität der Studenten am Ende der fünfziger Jahre führte zu entspre-chenden Überlegungen beim RCDS: „Die Erfahrung, dass politische Hochschulgruppen nur winzige Pro-mille-Sätze der Studentenschaft repräsentieren und AStA-Wahlen sich wie in Entwicklungsländern über Tage erstreckten, um dann günstigenfalls eine Wahlbeteiligung von 15 Prozent zu erreichen, veranlasste uns schließlich, die Zehnjahresfeier unseres bayerischen Landesverbandes (...) unter das Motto zu stellen „Civis academicus – Civis politicus“.“¹⁶⁷ Öffentliche Streitgespräche mit liberalen und sozialistischen Vertretern geführt und Vortragsveranstaltungen mit unterschiedlichsten Referenten organisiert, darunter Regierungsmitglieder (1952, Frankfurt), Angehörige von Teilnehmern des Aufstandes am 20. Juli 1944 (1959, München), Bundeswehroffiziere (1959, Göttingen, Hamburg), CDU/CSU-Sicherheitspolitiker (1959, Berlin), Algerische Studenten (1960, Münster) oder ein sowjetischer Botschaftsrat (1960, Köln).¹⁶⁸ Dazu kamen allmählich beginnende internationale Aktivitäten. Beim RCDS in Münster traf man sich am Ende der fünfziger Jahre zum „Politischen Tee“ (in Freiburg zum „Teeabend“), wo zum Beispiel Herr Lindeiner –Wildau MdB im Sommer 1960 zum Thema „Sinn und Aufgabe der Universität und des Stu-denten“ sprach.¹⁶⁹ Häufig setzte man sich mit dem Nationalsozialismus auseinander. So konnte man im Sommersemester 1960 beim RCDS in Göttingen einen Vortrag über „Die Geburt des Nationalsozialismus aus dem Geiste des 19. Jahrhunderts“ hören, in dem der Bogen von der Entwurzelung der Menschen durch die Zerschlagung tradiertter Ordnungen im 19. Jahrhundert zu den „Perversionen des 20. Jahrhun-derts, Nationalsozialismus und Kommunismus“, die mit „jeder verpflichtenden Ethik“ brachen, gespannt wurde. Der Vortrag endete mit einem Appell an die politische Verantwortung der Teilnehmer.¹⁷⁰

Offiziell waren alle Studentenschaften „verfasst“ und Mitglied im Verband Deutscher Studentenschaften (VDS). Dieser gab sich betont überparteilich, was der parteipolitischen Neutralität vieler Studentenvertre-ter (auch solcher des RCDS in studentischen Gremien) entgegenkam. Offensichtlich traten RCDS-Vertreter hier im Namen ihrer Universität auf, nie als Abgesandte des Verbandes, obwohl anzunehmen ist, dass die Wahl eines „Schwarzen“ aus Proporzgründen wichtig war, so dass jeweils ein „Schwarzer“ mitge-

¹⁶⁴ Bundesgebiet, einschließlich Saarland, vgl. Civis 72, 23.12.1960, S. 137

¹⁶⁵ Schickel, Alfred, in: 50 Jahre RCDS in Bayern. München 2000, S. 27f

¹⁶⁶ Wittmann, Fritz, in: 50 Jahre RCDS in Bayern. München 2000, S. 22

¹⁶⁷ Schickel, Alfred, in: 50 Jahre RCDS in Bayern. München 2000, S. 29

¹⁶⁸ Vgl. Civis, Jg. 1959, 1960; RCDS Frankfurt (1992), S. 19

¹⁶⁹ Civis 69, 15.09.1960, S. 78

¹⁷⁰ Civis 67/68, 31.7.1960, S. 56

wählt wurde. Immerhin wird das Mitglied der Gruppe Frankfurt A. von Keussler 1954 als hessischer Landesdelegierter in den Vorstand der VDS gewählt.¹⁷¹ Anlässlich des Deutschen Studententages im gleichen Jahr organisierte der bayrische Landesverband einen Empfang für anwesende RCDS-Gruppen bei Ministerpräsident Hans Ehard.¹⁷² Als 1961 der VDS-Sozialreferent und ehemalige Berliner AStA-Vorsitzende Jürgen Wohlrabe (1960 als RCDS-Mitglied von linken Vertretern mitgewählt) im Gespräch als neuer VDS-Vorsitzender war, wurde das nicht nur vom „Civis“ als Zeichen zunehmender Politisierung aufgefasst. Die SPD begann sofort, ihren eigenen Pressedienst gegen diese „Gleichschaltung“ in Stellung zu bringen.¹⁷³ Bis 1960 hatte es der VDS immerhin auf 12 ordentliche Delegiertenversammlungen gebracht. Zudem waren bis 1960 sechs „Deutsche Studententage“ organisiert worden. Als Thema des sechsten Studententages 1960 war zunächst „Die kulturpolitische Verantwortung der Studenten“ vorgeschlagen worden, was vom RCDS als „ohne tieferen Sinn“ qualifiziert wurde. Zuvor hatte man den RCDS-Vorschlag „Student und Wiedervereinigung“ abgelehnt. An dieser Veranstaltung nahmen dann immerhin rund 750 Studenten teil, die aus zahlreichen politischen und kulturellen Veranstaltungen wählen konnten. Andere VDS-Aktivitäten fanden nur geringe Resonanz: Die Einweihung eines Gedenksteines anlässlich des vierzigsten Jubiläums der Gründung der Deutschen Studentenschaft in Würzburg 1959 wurde selbst von den Würzburger Studenten ignoriert.¹⁷⁴

Wohl erstmals 1960 beschloss die zehnte Bundesdelegiertenversammlung herauszufinden, wie viele RCDS-Mitglieder in der studentischen Selbstverwaltung tätig sind.¹⁷⁵ Wahlerfolge des RCDS stellten sich häufig im Bündnis mit anderen Gruppen ein. In Frankfurt (Main) konnte die CDH 1953 mit acht von 36 Studentenparlamentssitzen (ca. 22 Prozent) den Parlamentspräsidenten, den zweiten Sprecher des Studentenparlaments, den AStA-Vorsitzenden Karl-Heinz Reiniger („Sprecher“) und den Pressereferenten stellen. Bis 1955 kann der CDH die Position des AStA-Sprechers verteidigen. Die übrigen AStA-Mitglieder sind entweder Mitglieder des CV oder Unabhängige.¹⁷⁶ Die Wahlbeteiligung lag zwischen 32 Prozent (1952) und 42 Prozent (1953), um dann 1954 auf rund 38 Prozent abzusinken. Da die Wahlbeteiligung 1956 weiter abgesunken war, erklärt der Rektor die Wahlen für ungültig. Die Wahlwiederholung führt dann zwar zu einer Beteiligung von 51,56 Prozent der Studenten. Der RCDS ist jedoch im neuen AStA, bestehend aus SDS und Korporierten (!), bis auf den Sozialreferenten nicht mehr vertreten. Nachdem der Sprecher für kurze Zeit von den Linken gestellt wurde, gehörte dieser seit 1959 einer Verbindung an.

Der Gruppe Münster gelang es 1959, durch einen Zusammenschluss mit dem Katholischen Hochschulring und dem LSD, sechs Vertreter in das Studentenparlament zu entsenden. Daraufhin stellte der RCDS den Parlamentspräsidenten, den AStA-Vorsitzenden und den gesamtdeutschen Referenten.¹⁷⁷ In Marburg kandidierten 1961 drei Listen, die jeweils von den verschiedenen studentischen Gruppierungen gebildet wurden. Während sich der Ring Freier Studenten sich aus Sozialisten und LSD zusammensetzte, bildeten die Korporationen den Marburger Informationsring (MIR). Der RCDS bildete – gemeinsam mit den Europäischen Föderalisten und anderen den Marburger Ring. Zwei Kandidaten waren unabhängig, und zwei weitere stellte der neu gegründete Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB). Während der linke RFS die „schwarze Hand“ nach der Selbstverwaltung greifen sah, und den ostdeutschen „Parlaments“-Präsidenten Dieckmann als Referenten einlud, gewannen MIR und MR die Wahl und damit zehn von 15 Sitzen. Drei

¹⁷¹ RCDS Frankfurt (1992), S. 22

¹⁷² Pöhnlein, Gottfried, in: RCDS Bayern (2000), S. 24

¹⁷³ Da irrten die Astrologen, in: Civis 76, 15.4.1961, S. 243f.

¹⁷⁴ Civis 65/66, 31.5.1960, S. 24; Civis 56, 15.8.1959, S. 47

¹⁷⁵ Die Beschlüsse von Kiel, in: Civis 71, 23.11.1960, S. 127.

¹⁷⁶ RCDS Frankfurt (1992), S. 20f.

¹⁷⁷ Civis 56, 15.8.1959, S. 48

der AStA-Mitglieder kamen dabei vom RCDS, nur zwei vom SDS. Daraufhin wurden alle AStA-Referate mit Vertretern des gemäßigten Lagers besetzt.¹⁷⁸

Schließlich beeinflusste der Kalte Krieg die politische Debatte nicht unerheblich. Da die Möglichkeit der Wiedervereinigung im Mittelpunkt vieler politischer Konzeptionen stand, versuchten die ostdeutschen Machthaber immer wieder, die öffentliche Meinung in dieser Frage durch die Entsendung von FDJ-Delegationen an westdeutsche Hochschulen in ihrem Sinne zu beeinflussen. So kam es 1960 zur Reise einer FDJ-Gruppe nach München: Schriftlich hatte die FDJ-Hochschulgruppe der Universität Jena „angeboten“, an der Ehrung der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ an der Universität München teilzunehmen. Wider Erwarten sagte der AStA zu. Einer der Teilnehmer war der spätere PDS-Bundestagsabgeordnete Ludwig Elm. Am 22. Februar 1960 betraten die Abgesandten der FDJ die Münchener AStA-Geschäftsstelle. Rektor und AStA erklärten sich daraufhin mit einer Kranzniederlegung einverstanden. Allerdings hatte Rektor Ulmer aus Sicht der FDJ „bestimmte politische Vorbehalte, die jedoch nicht zu einer sachlichen Diskussion führten, da Prof. Dr. Ulmer offensichtlich nicht den Wunsch dazu hatte.“ Daraufhin fanden Gedenkfeier und Kranzniederlegungen statt, wobei der FDJ-Kranz zu Protesten im Rektorat führte. Aber schon am Nachmittag war der Kranz entfernt worden. Wahrscheinlich hatten RCDS-Mitglieder, als alle Proteste nichts fruchteten, die Aktion auf eigene Faust durchgeführt. Schließlich lenkte der Rektor ein und verbot die nochmalige Niederlegung des Kranzes. Auf jeden Fall war die Absicht der FDJ aufgegangen: AStA und Rektor hatten mit ihrem opportunistischen Nachgeben nach allen Seiten dem SED-Regime eine propagandistische Steilvorlage geliefert. Konnte man doch erneut nachweisen, dass der „Adenauer-Staat“ nichts gegen diese „ungeheuerliche faschistische Provokation“ unternahm, und „Faschismus und Krieg“ Vorschub leistete.¹⁷⁹

So war auch die Strategie der gezielten Provokation des SDS der sechziger Jahre in Wirklichkeit ein Kind der fünfziger Jahre. Oft verliefen derlei Besuche weit weniger dramatisch: Einem abgerissen und übernächtigt aussehenden FDJ-Funktionär aus Leipzig, der auf der VDS-Mitgliederversammlung in Heidelberg agitieren sollte, überreichte ein westdeutscher Student einen Mensabon, mit den Worten: „Gehen Sie erst mal was essen, Mann, so können Sie doch nicht diskutieren. Nachher brechen Sie uns hier noch zusammen!“¹⁸⁰ Auch dies gehörte zum politischen Alltag der fünfziger Jahre.

¹⁷⁸ Der Marburger Studentenausschuss entsprach einem direkt gewählten Studentenparlament, der die einzelnen Referenten und den Vorstand zu wählen hatte. Dies wurde erst 1964 geändert. Vgl. Civis 77, 10.5.1961, S. 21f

¹⁷⁹ Elm (1979), S. 33f.

¹⁸⁰ Bewerunge, Lothar: Gesamtdeutsche Bildungsarbeit – aber wie? In: Civis 65/66, 31.5.1960, S. 18

3. Wilde Zeiten: 1961 – 1970

3.1 Verband unter Druck: 1961-1964

Eine ganze Reihe von Entwicklungen am Anfang der sechziger Jahre brachten den RCDS in eine schwierige Lage. Der Bau der Berliner Mauer bestätigte zwar den RCDS in seiner Ablehnung des kommunistischen Regimes. Für viele zeigte sich jedoch darin die Machtlosigkeit der CDU-geführten Bundesregierung, mit der der RCDS identifiziert wurde. Dazu kam, dass die Gemeinsamkeiten zwischen den hochschulpolitischen Verbänden weiter abnahmen. 1960 wurde der „Sozialdemokratische Hochschulbund“ (SHB) gegründet. Er sollte ein Gegengewicht zum radikalisierten früheren Studentenverband der SPD, dem „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) darstellen, welcher sich immer mehr von der SPD und ihrem (damals neuen) Godesberger Programm entfernte und von dem sich die SPD im selben Jahr getrennt hatte. Jedoch begann auch der SHB ab 1965 vom Kurs der Mutterpartei abzudriften.¹⁸¹ In einer bis heute (2001) faktisch geltenden „Höchster Vereinbarung“ zwischen diversen linken und linksliberalen Studentenverbänden vom 30. Mai 1964 verpflichteten sich diese zudem zur ausschließlichen Zusammenarbeit untereinander, um den Einfluss der Korporierten, aber auch des RCDS, in den studentischen Gremien zurückzudrängen. Andererseits war ein Teil der Parteiführungen von CDU und CSU nicht bereit, die Rolle des RCDS als Sensor in der Hochschule anzuerkennen. Erste Konflikte waren die Folge. Immerhin war die Radikalisierung der Studenten schon 1962 so weit fortgeschritten, dass der ehemalige Leipziger Studentenratsvorsitzende Wolfgang Natonek, der erst 1956 aus der Haft entlassen worden war, bei der Darstellung der Situation in der „DDR“ und seiner eigenen niedergebrüllt und als Lügner bezeichnet wurde.¹⁸²

Dies machte sich zunächst vor Ort nicht bemerkbar, da weitere Koalitionspartner und eine hohe Zahl Unabhängiger weiterhin zur Zusammenarbeit mit dem RCDS bereit war. Zumindest für die Universität Frankfurt galt 1962, dass die Verbindungen, die in den fünfziger Jahren bestenfalls geduldet waren, ihre Stellung inzwischen verbessern konnten: „In den meisten Fällen wird nach der Alternative korporiert - nicht korporiert abgestimmt. (...) Die (partei-) politischen Hochschulgruppen stehen dabei ganz im Schatten der Verbindungen.“¹⁸³ Daher stagnierte der politische Einfluss des RCDS: Mit der Abwahl des am 30. Januar 1963 neu gewählten Vorsitzenden des AStA der Freien Universität nach nur einer Woche endete in Berlin die Zeit, in der der RCDS den Vorsitzenden dieses Gremiums stellte. Auch mit dem Argument, der RCDS sei zu verbindungsnahe, wurde er daraufhin in den darauf folgenden Wahlen vernichtend geschlagen.¹⁸⁴ Auf der anderen Seite wurde der Vorsitzende des Frankfurter RCDS 1963 zum AStA-Vorsitzenden gewählt, ein Jahr später geht der AStA wieder verloren.¹⁸⁵ Zu den politischen kamen organisatorische Probleme: Der RCDS-Bundesverband hatte immer wieder Schwierigkeiten, Bundesreferate zu besetzen und Bundesgeschäftsführer zu finden (1962).¹⁸⁶ Außerdem wird die mangelnde Unterstützung durch die CDU beklagt.¹⁸⁷

Ein oftmals übersehener Aspekt, der seinen Beitrag zur Politisierung und Radikalisierung der Studentenschaften geleistet haben dürfte, war die staatlicherseits betriebene Strukturreform der studentischen Gremien, wie das Beispiel Marburg zeigt.¹⁸⁸ „Habemus Parlamentum“, frohlockte die Studentenzeitung „Marburger Blätter“ anlässlich der Wahl zum ersten Marburger Studentenparlament vom 14. bis 16. Dezember 1964. Damit bekam die Studentenschaft der Marburger Philipps-Universität als eine der ersten „eine Sat-

¹⁸¹ Homepage der Juso-HSG Greifswald, Mai 2001

¹⁸² Krönig / Müller, S. 427

¹⁸³ RCDS Frankfurt (1992), S. 27

¹⁸⁴ Weberling (1990), S. 85

¹⁸⁵ RCDS Frankfurt (1992), S. 28f.

¹⁸⁶ Weberling (1990), S. 83

¹⁸⁷ RCDS Frankfurt (1992), S. 31f

¹⁸⁸ Vgl. hierzu insbesondere Keller (1997), a. a. O.

zung mit einer parlamentarischen Willensbildungsstruktur. „Erst seitdem wählten alle immatrikulierten Studenten jährlich ein Parlament von 40 Abgeordneten nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Das Studentenparlament wiederum wählte das ausführende Organ der Studentenschaft, den Allgemeinen Studentenausschuss (AStA). Bis zu diesem Zeitpunkt wurde der fünfzehnköpfige AStA direkt gewählt (Studentenratsmodell). Vorbild war das „Berliner Modells“ der Freien Universität, wo bereits seit 1948 ein studentischer Konvent bestand. Diejenigen, die in den 60er Jahren auch für die Studierenden in Marburg auf die Einführung eines Studentenparlaments drangen, dachten dabei auch an einen selbst gegebenen Auftrag, die Studentenschaft „politisch zu erziehen“. Allerdings ging es jetzt nicht mehr (wie 1948 in Berlin) um die Überwindung der geistigen Folgen des Nationalsozialismus, sondern um einseitige sozialistische Indoktrination.¹⁸⁹ Dazu kam die damals populäre Idee der „Gruppenuniversität“: Gegenstände der universitären Selbstverwaltung sollten im Interesse beteiligter Gruppen (Professoren, akademische Mitarbeiter, Studenten) nach den Regeln politischer Willensbildung entschieden werden. Innerhalb der universitären Teilgruppe Studentenschaft sollte ein „Parlament“ die Verschiedenheit der hochschulpolitischen Konzeptionen sichtbar machen und zum Ausgleich bringen.¹⁹⁰ Ein ähnliches Modell, welches die Personenwahlen durch Listenwahlen ersetzt, wurde 1967 an der Universität Frankfurt (Main) eingeführt. Anders als in Marburg wurde hier das Studentenparlament auf 22 Sitze (1971) verkleinert.

1962 kam es im RCDS erneut zu einem Generationswechsel. Dies wurde durch die Rücktritte des stellvertretenden Bundesvorsitzenden und zweier Referenten unterstrichen. Das einstige Verbandsmagazin „Civis“ mutierte zu einer politischen Zeitschrift, die zwar ein hohes intellektuelles Niveau zeigte, das jedoch über den RCDS nur noch am Rande berichtete. Kontinuitätsprobleme auf allen Verbandsebenen sollten nicht zuletzt durch die Schaffung eines Altmitgliederverbandes gelöst werden. Auf der 12. Bundesdelegiertenversammlung 1962 wurde zudem ein Arbeitskreis „Christliche Politik“ zugunsten eines Arbeitskreises „Strukturfragen“ gestrichen. In diesem Zusammenhang ist wohl auch die endgültige Verschiebung der Bundesdelegiertenversammlungen vom Ende des Sommersemesters auf das Ende des Wintersemesters (ab der 14. BDV 1964) zu sehen. Mit einer Gedenkfeier in der ehemaligen Haftanstalt Plötzensee setzte sich der Verband auf der BDV von 1962 unter der Überschrift „Student im Widerstand“ mit dem Schicksal der Hochschulen in Mitteldeutschland auseinander. Die Rede des ehemaligen Mitgliedes der Berliner CDU-Hochschulgruppe Manfred Klein, der wegen seiner Aktivitäten acht Jahre in Haft verbringen musste, war ein Schritt, sich einer politischen Verantwortung und damit auch der eigenen Identität zu stellen, die aus dem Freiheitskampf früherer Verbandsgenerationen resultierte. Ein hochschulpolitisches Schwerpunktthema war die mögliche juristische Anfechtbarkeit des so genannten „Honnefer Modells“ für die Studienförderung. Dabei setzte sich der RCDS für eine „solide, tragfähige Grundlage in unserer Rechtsordnung“ ein, insbesondere die „Bereinigung der Kompetenzzweifel“, und verlangte die „Einordnung der Studienförderung in ein umfassendes System der Begabtenförderung.“ Die Rückzahlung der Studiendarlehen sollte steuerlich abzugsfähig sein.¹⁹¹ Eine Stellungnahme setzte sich 1962 auch mit einer möglichen Neufassung des Rechts der Studentenschaften und der Studentenwerke auseinander. Darin forderte der Bundesvorstand eine weitgehendere Autonomie der Studentenschaften.¹⁹²

1963 war auch das Jahr einer ersten großen Kontroverse zwischen RCDS und CSU. Nachdem der CSU-Vorsitzende Strauss wegen der „Spiegel-Affäre“ aus dem Bundeskabinett ausscheiden musste, wollten sich Mitglieder der Münchener RCDS-Gruppen in der Zeitschrift „Argus“ des bayrischen Landesverbandes zur Affäre äußern. Daraufhin wurde der Druck der Auflage vom bayrischen RCDS-Landesvorsitzenden – offensichtlich auf Weisung von Strauss – gestoppt. Der Streit eskalierte weiter, als der Argus-Redakteur und Sprecher aller vier Münchener Gruppen Fischer den Rücktritt von Strauss forderte. Trotz Vermitt-

¹⁸⁹ Vgl. Keller (1997), a. a. O.

¹⁹⁰ Keller (1997), a. a. O.

¹⁹¹ Vermerk Dieter Ibielski, Anfang Juni 1962, in: PAI.

¹⁹² ZA 9/936, 6.5.1962

lungsversuche des Bundesvorsitzenden Vogt wurde daraufhin die HfP-Gruppe, offensichtlich auf Betreiben von Strauss, aus dem bayrischen RCDS ausgeschlossen. Der Streit ging zudem wegen des überzogenen Auftretens von Strauss auf der bayrischen Landesdelegiertenversammlung in die Annalen ein, als dieser nicht davor zurückschreckte, im RCDS engagierte HfP-Studenten wegen ihres fehlenden Abiturs, ihrer nichtbayrischen Herkunft oder ihrer Mitgliedschaft in der CDU persönlich anzugreifen. Wohl aufgrund von Alternativen mussten RCDS-Mitglieder als Blitzableiter für die Frustrationen von Strauss herhalten, der sich am Ende seiner bundespolitischen Ambitionen sah und die relativen RCDS-Artikel (unberechtigterweise) als Teil einer CSU-internen Intrige einschätzte.¹⁹³

Dieser Streit überschattete auch die danach stattfindende 13. Bundesdelegiertenversammlung 1963 in Kehl. Der auf Betreiben des Bundesvorsitzenden zustande gekommene Kompromiss eines Zusammenschlusses von HfP- und Uni-Gruppe wurde von den Delegierten nicht mitgetragen. Daraufhin verließen die meisten bayrischen Delegierten für drei Tage die Versammlung. Das eigentliche Thema dieser Konferenz, „Student in Europa“, trat dabei in den Hintergrund. Dabei hatte es eine nicht zu unterschätzende Bedeutung: Erstmals begannen sich mit dem deutsch-französischen Vertrag (1963) Konturen der Europäischen Einigung abzuzeichnen. In diesem Zusammenhang forderte man auch mehr Bemühungen um die Völker Osteuropas. Eine Zusammenarbeit mit offiziellen Studentenverbänden aus kommunistisch beherrschten Ländern wurde hingegen weiterhin abgelehnt. Seit 1963 machte sich der RCDS-Bundesvorstand auch wieder Hoffnungen, dass etwas Bewegung in die Bildungsdiskussion kommen würde, da der neue Bundeskanzler Erhard in seiner Regierungserklärung von 1963 auf deren Bedeutung ausdrücklich hingewiesen hatte. CDU und CSU hatten außerdem beschlossen, 1963 einen dritten kulturpolitischen Kongress einzuberufen und 1965 den vom RCDS initiierten hochschulpolitischen Kongress durchzuführen. Aus diesem Grund hatte der Bundesvorstand eine zwölköpfige Kommission unter Götz von Riesenbeck beauftragt, die hochschulpolitische Studie „Gedanken zur Hochschulreform“ zu entwickeln. Auf 35 Seiten beschäftigte sich diese Untersuchung mit philosophischen Grundlagen der Universität, legte Vorschläge des RCDS zur Hochschulreform dar und bekräftigte die Notwendigkeit der staatlichen Ausbildungsförderung. Zwar konnte das Papier während der 13. Bundesdelegiertenversammlung nicht abschließend beraten werden. Sein Inhalt wurde jedoch mit einigen Änderungen zur Verbandsmeinung erklärt.¹⁹⁴

Außerdem beschloss die Konferenz die Einrichtung der Arbeitskreise „Politische Theorie in der zweiten Phase der CDU/CSU“, „Wehrfragen“ und „Außenpolitik“. Die Einrichtung eines Arbeitskreises zur Politischen Theorie bildete den Ausgangspunkt für die intensive Diskussion politischer Theorie, die einige Jahre später (1969, 1976) zu ausformulierten eigenen Grundsatzprogrammen und substantiellen Beiträgen zur Programmdiskussion der CDU münden sollte. Mittelfristig entstand so bis zur Übernahme des Parteivorsitzes von Helmut Kohl (1973) ein neues Profil des RCDS als „intellektuelle Speerspitze der CDU“. Mitglieder des Arbeitskreises, der Ende Februar 1964 erstmals tagte, waren Günter Baudisch (Tübingen), Albert Baumhauer (Berlin), Gerhard Hoppe (Gunzenhausen), Erich Immesberger (Hamburg), Johannes Kramp (Bad Godesberg), Kurt Löblein (Würzburg), Peter Radunski (Berlin), Ulrich Reeps (Düsseldorf), Werner Riek (Bonn), Frieder Schäuble (Freiburg), Hans-Günther Schmalenberg (Münster), Leo Schütze (Bonn), Johann Friedrich Staats (Berlin), Max Stich (Kiel), Kurt Struppek (Bonn), Horst Teltschik (Berlin) und Wolfgang Weltin (Freiburg).¹⁹⁵

Daneben profilierte sich der Verband zunehmend außenpolitisch: Auf zahlreichen Delegationsreisen konnte man unter anderem Kontakte zu Verbänden der Dritten Welt knüpfen. Ausgeweitet wurde zudem die Mitarbeit in ICCS und die Zusammenarbeit mit israelischen Studenten. Der ehemalige Bundesvorsitzende Dieter Ibielski wurde 1964 zum Generalsekretär des am 13. Mai 1961 in Wien gegründeten Dach-

¹⁹³ Vgl. Dokumentation der RCDS-Gruppen Uni und HfP München, 1963;

¹⁹⁴ RCDS (Hg.): Gedanken zur Hochschulreform, 1963, PAI.

¹⁹⁵ Weberling (1990), S. 88 (Fn.389)

verbandes „International Union of Christian Democratic and Conservative Students“ gewählt, der bis dahin etwa zehn gleichgesinnte europäische Verbände umfasste. Die 14. Bundesdelegiertenversammlung fand dann 1964 folgerichtig unter dem Motto „Neue Wege in er Außenpolitik“ statt. Eine Vorlage des Arbeitskreises Außenpolitik mit dem Thema „Außenpolitik in einer sich wandelnden Welt“ wurde kontrovers diskutiert. Im Ergebnis unterstützte man die Idee eines direkt gewählten europäischen Parlamentes sowie verstärkte Kontakte zu osteuropäischen Ländern unter Ausschluss der „DDR“. Eine einheitliche (etwa proeuropäische) Linie verfolgte der Verband damit jedoch noch nicht.

3.2 Radikalisierung ohne den RCDS: 1965-1968

Seit 1965 geriet der RCDS weiter unter Druck. Zum einen erfasste die Studentenschaft ein Radikalisierungsschub, der mit der Politisierung der studentischen Gremien einherging. Die letzten Koalitionspartner gingen verloren. Auf der anderen Seite erschien auch die CDU als ein Auslaufmodell. Während Teile der Parteiliten jetzt wieder auf den RCDS zugingen, befürchteten andere die Unterminierung der Christdemokratie von links durch den RCDS. Obwohl Studentenproteste entgegen mancher Mythen seit den fünfziger Jahren bundesdeutscher Alltag waren, trafen die Ausmaße der Studentenproteste die deutsche Öffentlichkeit und ihre Politiker relativ unvorbereitet. Der RCDS musste jetzt vor allem versuchen, nicht völlig an die Wand gedrückt zu werden, wurde er doch nach und nach von allen Unterstützen verlassen. Dies gelang jedoch nur zum Teil. Zumindest gelang es immer wieder, trotz linker Übermacht einzelne ASten zurückzuerobern. Dies wiegt umso schwerer, führt man sich das völlige Ende der Aktivitas zahlreicher Korporationen in dieser Zeit vor Augen.

Wie das Marburger Beispiel zeigt, begünstigte das neue Wahlrecht nicht nur die Politisierung der Studenten. Es begünstigte auch die Kandidaturen von Listen, da für die AStA-Wahlen Koalitionen erforderlich waren, wobei größere Listen die attraktiveren Koalitionspartner waren. Nicht mehr gefragt war hingegen die Zusammenarbeit aller gewählter Vertreter im Sinne einer praktischen Lösung der durch das Hochschulgesetz zugewiesenen Aufgaben. Die Trennung von Exekutive und Legislative hatte den Bedeutungsverlust der Studentenparlamente zur Folge, der sich schnell darin zeigte, dass viele Sitzungen wegen Beschlussunfähigkeit erst gar nicht eröffnet werden konnten. Da die Wahl des AStA nur mit der absoluten Mehrheit der Mitglieder des Studentenparlaments möglich war und selten eine Liste im Alleingang die absolute Mehrheit schaffte, musste es zu wechselnden parlamentarischen Bündnissen für diese Wahl kommen. In Marburg rankten sich diese zunächst meist um die gemäßigt-linke Liste unabhängiger Studenten (LUST), die mal den Marburger Korporationsring (1964), mal die ebenfalls von Verbindungsstudenten gebildete Arbeitsgemeinschaft für Fragen der Hochschulpolitik (AfFH) (1965/66) oder das linksgerichtete Marburger Hochschulpolitische Forum (MHF) (1965-68) als Koalitionspartner bevorzugte. Erst im Sommersemester 1968 wurde der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) gleichauf mit der korporierten AfFH-Liste stärkste Fraktion und konnte den AStA-Vorsitzenden stellen. Die Studentenrevolte der 60er Jahre hatte sich damit auch in Marburg bemerkbar gemacht. Ganz unabhängig von den Veränderungen der politischen Gewichte veränderte sich das Wahlergebnis des RCDS. Hatte man 1961 noch 20 Prozent der Sitze erreichen können, waren es 1964, als man erstmals als RCDS antrat, nur noch etwa 13 Prozent. Große Gewinner waren links-unabhängige Listen. Dieser Trend kehrte sich ab 1966 um und kulminierte in 11 Sitzen 1969-1970, als man den AStA stellte. Damit legte der RCDS bei Wahlen im Verlauf der Studentenrevolte zu, während sich die linksextremen Listen auf Kosten der Unabhängigen erweiterten.¹⁹⁶

Eine andere Entwicklung erlebte der RCDS in Frankfurt. Nachdem der SDS 1968 die Szene dominierte, schlossen sich die demokratischen Gruppen zum „Aktionskomitee Demokratischer Studenten“ zusammen, darunter der RCDS. Daraufhin besetzt das ADS 1969 einige AStA-Ausschüsse. 1970 gewinnt eine

¹⁹⁶ Vgl. zu Marburg Keller (1997), a. a. O.

SHB-ADS-Koalition den AStA. Darauf skandieren SDS-Vertreter: „Wer hat uns verraten – Sozialdemokraten!“. Die erneute Kandidatur als Kritische Union/RCDS im Dezember 1970 führt allerdings zu einem Wahlfiasco von 5,2 Prozent der Stimmen, ein Jahr später immerhin zu 8 Prozent.¹⁹⁷ An der 1967 neu eröffneten Universität Regensburg konnte der RCDS hingegen „die Wahl zum ersten Studentenparlament überzeugend gewinnen.“¹⁹⁸

Auf Bundesebene versuchte der RCDS, von der jetzt in Gang gekommenen hochschulpolitischen Diskussion zu profitieren. So stand die 15. Bundesdelegiertenversammlung 1965 unter dem Motto „Bildung als politische Aufgabe“. Nach einführenden Referaten und Beratungen in den Arbeitskreisen Hochschulreform, „Schulreform und Lehrerbildung“, Studentenschaftsrecht, Ausbildungsbeihilfegesetz und Nah-Ost-Beziehungen fasste die Konferenz umfangreiche Beschlüsse zur Hochschulpolitik. Insbesondere forderte man die Verabschiedung eines Ausbildungsbeihilfegesetzes und bestand auf Reforminitiativen seitens des Staates, da die Hochschulen ihrerseits die erforderlichen Reformen nicht durchgeführt hätten. Insbesondere wurde eine Straffung der Studienordnungen und des Studiums sowie sozialpolitische Maßnahmen zur Erleichterung des Studiums gefordert. Diese Themen setzten sich in den Beratungen der Landesverbände fort, als neue Hochschulgesetze beschlossen werden sollten (z.B. Schleswig-Holstein). Außerdem schloss man sich erstmals Forderungen der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft nach breitestmöglicher Eigentumsstreuung an. Strukturell änderte sich 1965/66 vor allem die Anzahl der Referate und Arbeitskreise. Lediglich das Presse- und das Finanzreferat wurden beibehalten. Arbeitskreise wurde für Kultur- und Außenpolitik eingerichtet. Der Theorie-Arbeitskreis wurde fortgeführt.

Erstmals seit längerer Zeit arbeitete der RCDS 1965 wieder enger mit der VDS zusammen, die in einer „Aktion 1. Juli“ auf Mängel des Bildungswesens hinwies und eine Aufwertung der Bildungspolitik anstrebte. Kernfrage war die nach wie vor rechtlich unklare und sinkende Studienförderung nach dem Honnefer Modell. Die CDU reagierte auf diese Aktion mit einer kulturpolitischen EntschlieÙung ihres Bundesvorstandes. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier kommentierte die RCDS-Aktion und die EntschlieÙung der CDU-Spitze in einer CDU-Bundesvorstandstagung auf die folgende Weise: „Die RCDS-Leute haben auch einige weniger gute, und einer von diesen weniger guten Leuten hat uns diesen ganzen Quatsch beschert mit dem 1. Juli. Nun möchten die Leute von diesem ganzen Unsinn wieder herunter. Wir kämen herunter nach der Meinung dieser Leute, wenn wir rechtzeitig sagen, in Gottes Namen DM 320,- (Unruhe. – Zuruf: Jetzt DM 280,- Kraske: Nein. DM 250,- ohne Büchergeld.)“ Konrad Kraske redete in der betreffenden Sitzung als nächster: „Ich habe den Herren gesagt: Ihr seid ja der reinste Interessenverband, ihr müsst Euch ja schämen! (Unruhe und Bewegung). Sie sehen es nicht so, aber sie meinen, wenn es uns alle anderen vormachen und ihr da oben an der Spitze so weiche Brüder seid, ihr habt zum Schluss immer mit dem Kopf genickt, warum sollen wir es anders machen? Gebt uns jetzt eine Chance, die ganze Sache mit der Straße abzudrehen. Die einzige Chance ist: Was kriegen wir?“¹⁹⁹ Nachdem sich jüngere Vorstandsmitglieder gegen den Gerstenmaier-Vorschlag aussprachen, sind es vor allem Adenauers Vertrauter Dufhues, Gerstenmaier selbst, der ehemalige RCDS-Vorsitzende Kraske und das ehemalige Mitglied des Jung-Kreises Franz Etzel, die sich für die Belange des RCDS einsetzen.

Weiterhin versuchte man, sich außenpolitisch zu profilieren. Diese Bemühungen konzentrierten sich einerseits auf den Dachverband ICCS, der seit 1965 die Forderung nach deutscher Einheit in Frieden und Freiheit unterstützte. Andererseits korrespondierten internationale Aktivitäten zunehmend mit dem „Internationalismus“ der extremen studentischen Linken. Ende 1965 hatten diese das Thema „Vietnam“ entdeckt und organisierten erstmals am 5. Februar 1966 eine größere Demonstration gegen den Krieg in Vietnam. Heute weiß man, dass es dem die Veranstaltung organisierenden SDS vor allem um Provokation ging:

¹⁹⁷ RCDS Frankfurt (1992), S. 36f.

¹⁹⁸ Männle, Ursula, in: RCDS Bayern (2000), S. 35

¹⁹⁹ Buchstab (1998), S. 960ff.

Antiamerikanische Demonstrationen ausgerechnet im freien Teil Westberlins lösten erwartungsgemäß einen Proteststurm in Berliner Zeitungen aus, der die Wirkung der Proteste in den Medien erheblich vergrößerte. Durch gezielte Verunsicherung sollte eine Situation geschaffen werden, in der ein sozialistisches Gesellschaftsmodell durchgesetzt werden könnte.²⁰⁰ Dieser Zusammenhang wurde vom RCDS erkannt: Mit der Gründung eines „Aktionsausschusses Frieden und Freiheit in Südvietnam“ versuchte er, auf den Zusammenhang zwischen Einheit und Freiheit hinzuweisen und die amerikanische Präsenz in Südvietnam als Voraussetzung für eine demokratische Entwicklung in diesem Land hinzuweisen – sicher auch vor dem Hintergrund der Situation in Deutschland. Die 16. Bundesdelegiertenversammlung (1966) zeigte, dass die Mitglieder das verstärkte allgemeinpolitische Engagement des Bundesvorstandes mittragen. Mit der Einrichtung eines Arbeitskreises „Vietnam“ wurde dieses Thema integrales Bestandteil der Arbeit des Bundesverbandes. Den Aktivitäten des SDS und anderer Gruppen wurde eine Spendensammelaktion zugunsten jugendlicher Kriegsoffer und eine bundesweite Informationskampagne entgegengesetzt. Es sollte damit deutlich gemacht werden, dass die Freiheit in Südvietnam weniger durch die US-Präsenz, als vielmehr durch die Invasion des kommunistischen Nordens bedroht sei. Obwohl der Hilfeauftrag des Aktionskomitees von einer großen Anzahl Prominenter mitgetragen wurde, stand der RCDS damit auf verlorenen Posten, da die breitere Unterstützung der CDU fehlte. Hier hatte man offensichtlich die möglichen politischen Langzeitfolgen für die deutsche Innenpolitik unterschätzt.²⁰¹

1966 stellte der Arbeitskreis „Politische Theorie in der zweiten Phase der CDU/CSU“ seine in zweijähriger Beratung entstandenen „30 Thesen zu künftigen Aufgaben und zur Gestalt der CDU“ vor. Als Hauptziel wurde der CDU die Erarbeitung eines Aktionsprogramms mit einer umfassenden und ganzheitlichen gesellschaftspolitischen Konzeption, nachdem der wirtschaftliche Wiederaufbau im Wesentlichen abgeschlossen sei. Daneben wurden umfangreiche strukturelle Vorschläge gemacht, die auf die Schaffung einer verbesserten Kampagne- und Politikfähigkeit der Bundespartei hinausliefen. Einer großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD wurde – noch – eine Absage erteilt. Damit war der RCDS der einzige Verband, der seiner Mutterpartei ein Parteireformprogramm nahe gelegt hatte.²⁰² Die hochschulpolitischen Vorschläge der 16. Bundesdelegiertenversammlung lassen sich schlagwortartig mit Ablehnung der Inanspruchnahme des allgemeinpolitischen Mandats durch Organe der Verfassten Studentenschaft, Hochschulreform auf der Basis der Freiheit und Einheit von Forschung und Lehre, Ausbau der höheren Fachhochschulen und Interdisziplinarität zusammenfassen. Außerdem wählte die Konferenz den ehemaligen Vorsitzenden des RCDS Konrad Kraske zum Ehrenvorsitzenden.

Schließlich eskalierte 1967/68 die Studentenrevolte. Dazu trugen bundespolitische Entwicklungen nicht unwesentlich bei. Mit der Integration der SPD in die Bundespolitik schien für Linksextremisten das Ende der CDU-Herrschaft für alle Zeiten zum Greifen nahe. Die „neue Ostpolitik“ Kiesingers wurde von vielen als Eingeständnis des Scheiterns der Hallstein-Doktrin gewertet, was die traditionelle Adenauersche Außenpolitik im Grundsatz in Frage stellte. Da die SPD als Opposition ausfiel, maßte sich eine „Außerparlamentarische Opposition“ die Rolle als Wächter des Grundgesetzes an. Zuerst reagierten die Spitzengremien des RCDS nur auf die neue Situation in der Deutschlandpolitik: Anfang 1967 legte der Arbeitskreis Deutschlandpolitik das Papier „Der RCDS und innerdeutsche Politik“ vor. Die Landesdelegiertenversammlung NRW tagte unter dem Motto „Deutschlandpolitik in Bewegung“. Die 17. Bundesdelegiertenversammlung 1967 diskutierte deutschlandpolitische Themen. Erst an zweiter Stelle stand die Auseinandersetzung mit Grundsatzpositionen, an dritter Stelle kam die Auseinandersetzung mit den Studentenunruhen. Dies verwundert zunächst. Dennoch kann man die Rede des Bundesvorsitzenden Schönbohm über Grundwerte auch als einen neuen Ansatz ansehen, die Herausforderung durch die Linke weniger als Problem innerer Sicherheit, als vielmehr als ideologische Herausforderung begreifen – eine Auffassung, der der

²⁰⁰ Weberling (1990), S. 94; Schönbohm, Runge, Radunski (1968), S. 78ff.

²⁰¹ Weberling (1990), S. 98

²⁰² Christ und Welt, 10.11.1967, S. 9

damalige rheinland-pfälzische CDU-Landesvorsitzende Helmut Kohl als Gastredner ausdrücklich zustimmte.

In den darauf folgenden Diskussionen sagte der Verband extremistischen Versuchen, Schwächen der großen Koalition demagogisch zu nutzen, den Kampf an. Dieser sollte im Rahmen der Gesetze und auf Basis eines christlich-demokratischen Politikkonzeptes stattfinden. Dabei wurde das unbeschränkte „politische Mandat“ für Studentenschaften weiterhin abgelehnt. Damit war der RCDS zum letzten größeren Studentenverband geworden, der zwar politisch aktiv bleiben wollte, sich jedoch Radikalisierungstendenzen aller Art entgegenstellte. Dennoch machen die Beratungen der Bundesdelegiertenversammlung des Jahres 1967 neue Akzente sichtbar, die zeigten, dass auch innerhalb des RCDS zumindest Fragen wiederholt wurden, die zuerst links gestellt wurden. So ist von einer angeblichen „Erstarrung“ des Parteiensystems die Rede. Angesichts der Diskussionen um den „Springer-Konzern“, gemeint ist der mittelständische Verlag Axel Cäsar Springers, meint man, die Bundesregierung auffordern zu müssen, die Konzentration und Monopolisierung der Presse zu untersuchen, wobei man allerdings den (finanziellen) Hintergrund dieser SDS-Kampagne – das Interesse des Verlegers Augstein und anderer, in Berlin eigene Zeitungen zu installieren – damals nicht kennen konnte.²⁰³ Bei der Diskussion um die „Notstandsgesetzgebung“, eine juristisch eher harmlose Ergänzung der bestehenden Polizeigesetze, wollte man „übermäßige Perfektionierung“ vermeiden. Es zeigte sich hier, dass die studentische Linke zumindest bei der Themensetzung vorübergehend die Arbeit des RCDS beeinflussen konnte.

Ein gewisses Medienecho löste im Sommer 1967 der Offene Brief des Bundesvorsitzenden Schönbohm an den genesenden Rudi Dutschke aus, in dem dieser Dutschkes Urlaubsinterview mit der UFA-Wochenschau kommentierte: Der Ausspruch, Dutschke wolle keinen Urlaub nehmen, „bereitet mir einige Sorgen, da ich um Ihre Arbeitskraft und Gesundheit fürchte. (...) Denn große Aufgaben müssen von Ihnen noch bewältigt werden:

- So warten wir schon lange auf Erläuterungen über das Aussehen des von Ihnen geforderten Rätessystems, denn Ihre Anhänger lauschten Ihnen bisher vergeblich.
- Und ich z.B. wüsste gern etwas über die Struktur des angestrebten zukünftigen Gesellschaftssystems, dass unser präfaschistisches ersetzen soll.
- Andere wieder warten schon seit Jahren mit steigender Spannung auf die Vollendung Ihrer Doktorarbeit. (...)
- Und nicht zuletzt sollten Sie sich einmal des Berliner SDS annehmen, der ja ideologisch aus dem Tritt geraten und in die verschiedensten Gruppierungen gespalten ist.²⁰⁴

Während der darauf folgenden 18. Bundesdelegiertenversammlung von 1968 verfestigte sich auch bei den Delegierten der Eindruck, dass man sich vom SDS das Gesetz des Handelns habe aufdrängen lassen. Zur Verbesserung der Arbeit des Bundesvorstandes wurde beschlossen, einen Politischen Beirat zur Erarbeitung theoretischer Grundlagen der RCDS-Arbeit zu etablieren. Zur Sicherung der inneren Kohärenz wurde eine Regelung über den Ausschluss von Gruppen in die Satzung eingefügt. Zu weitergehenden Reformen konnte sich die Konferenz jedoch trotz intensiver Diskussion zahlreicher Vorschläge nicht durchringen. Inhaltlich konnte man zumindest klarstellen, dass die politische Arbeit zukünftig gleichberechtigt auf Allgemein- und Hochschulpolitik konzentriert würde. In Bewegung gekommen waren darüber hinaus die deutschlandpolitischen Positionen: Zwar wurde die Anerkennung der „DDR“ als Staat abgelehnt, jedoch beschlossen, das „Ziel der Wiedervereinigung im klassisch nationalstaatlichen Sinne zugunsten des Aufge-

²⁰³ Der ehemalige SDS-Führer Bernd Rabehl führte im März 2001 während einer Podiumsdiskussion in Kloster Banz, anlässlich der BDV des RCDS, aus, der SDS habe damals von Augstein und anderen Geld für eine Kampagne gegen Springer erhalten.

²⁰⁴ Wulf Schönbohm, 29.8.1967, ZA

hens der zwei derzeit bestehenden deutschen Teilordnungen im Rahmen einer dauerhaften gesamteuropäischen Staatenorganisation aufzugeben.“²⁰⁵

Was waren die Ursachen für diesen Gesinnungswandel? Zieht man in Betracht, dass entsprechende Anträge von Berliner Gruppen gestellt wurden, und geht man davon aus, dass die Delegierten den Berliner Delegierten in Sachen Deutsche Einheit einen gewissen Kompetenzvorsprung zugebilligt haben dürften, wird es nicht allein der Zeitgeist gewesen sein, der die Delegierten zu ihrer Entscheidung brachte. Zumindest war der Berliner RCDS soweit von der Staatssicherheit unterwandert worden, dass er sich im Mai 1968 endgültig spaltete. Da laut Aktenüberlieferung die Staatssicherheit zu jener Zeit nur an einem Aspekt der RCDS-Arbeit Interesse zeigte, nämlich der Positionierung zur deutschen Frage, wird man von entsprechenden „Maßnahmen“ ausgehen können.²⁰⁶ Doch darf nicht übersehen werden, dass der Verband der Argumentation der Berliner Gruppen in seinem wesentlichen Punkt (Anerkennung der DDR) nicht gefolgt ist. Kontakte mit der DDR wurden gesucht, ohne diese formell anzuerkennen. Demnach hätte der RCDS einen wesentlichen Beschluss gegen die Wiedervereinigung gefasst, ohne sich dessen bewusst zu sein.²⁰⁷

Im Verlauf der Auseinandersetzungen an den Hochschulen konnte sich der RCDS seit 1966 jedoch immer weniger behaupten. Gegen die aus der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung entlehnten modernen Protestformen wie Sit-in oder Go-in hatten traditionelle Veranstaltungsarten wie „Politischer Tee“ oder Vortragsveranstaltungen keine Chance. Besonders nach der Erschießung des Studenten Ohnesorg am 2. Juni 1967 wurden die meisten Hochschulen Westdeutschlands vom Sog der Radikalisierung ergriffen. Otto Roegele, damals Professor in München erinnert sich: „Stundenlange „Vollversammlungen“ blockierten die Unterrichtsräume, obwohl, wie jedermann sehen konnte, nur ein paar Funktionäre der „Roten Zellen“ darin kampierten. (...) Es gab fast täglich Störungen durch Studenten, die nicht zum Fach gehörten, durch Nichtstudenten, durch Krawallmacher und Humoristen aus eigener Berufung, die durch die Universität zogen, um mit Dozenten und Hörern über die Zukunft der Menschheit oder die Gräueltaten des Faschismus zu diskutieren, auch wenn die „Darstellungsformen des Feuilletons“ auf dem Lehrplan standen.“ Chancenlos war man gegen die tagelange Besetzung von Hörsälen oder Instituten. Selbst die Polizei hielt sich zurück, „weil sie Querelen über das Hausrecht fürchtete.“ Die Enttarnung ostdeutscher Einflussagenten kam nicht überraschend. In München wurde 1969 Roegeles Institut für Zeitungswissenschaften besetzt. Trotz Aufforderung des Rektors, das Haus zu verlassen, ließen sich „die Störtruppen in aufgelöster Ordnung im ganzen Haus nieder, mit Verpflegung, Decken für die Nacht und viel Bier versehen. Auch die Farbbeutel verrichteten ihr Werk.“ Wände wurden mit Parolen beschmiert, Telefone herausgerissen und Karteikästen ausgeschüttet. Nur die herbeigerufene Polizei konnte mit der Räumung des Gebäudes den Spuk beenden. „Es war, aufs Ganze der Universität gesehen, die Chance der Faulen, der Verrückten, der Staatsausbeuter, die auf Kosten der Redlichen, Fleißigen, Begabten und (nicht zuletzt) der Verführten Erfolg suchten.“²⁰⁸

Eine umfangreiche psychosoziale Studie eines eher linken Autors kam sogar zu dem Ergebnis, dass die Aggressionen linker Funktionäre während der Studentenrevolte von der Überzeugung bestimmt waren, die eigenen, in Wirklichkeit durch gestörte Familienverhältnisse verursachten, Psychosen seien gesellschaftlich bestimmt. Hauptsächlich hätten linke Aktivisten die staatliche Ordnung zum Feindbild erklärt. Als Ergebnis einer Umfrage unter Studenten in Heidelberg, auf der die Studie aufbaute, war herausgekommen, dass damals ein enger Zusammenhang zwischen der Ausprägung von Psychosen und politischer Orientierung

²⁰⁵ Protokoll 18.BDV 1968

²⁰⁶ BStU, HA XX, Information Nr.56/68, 23.2.1968, S. 1

²⁰⁷ so jedenfalls der Bundesvorsitzende Simon in einem Interview, in dem er wesentliche Punkte seiner eigenen Beschlusslage übergeht. BStU, Staatl. Rundfunkkomitee, Abt. Information, Mitschrift „Rundschau am Mittag“ (RIAS), 4.3.1968, S. 2f.

²⁰⁸ Roegele, Otto B.: Rote Zellen der Gewalt, in: Rheinischer Merkur 5/2001, S. 4.

bestand. Während hier der „die bürgerlichen Ordnungsnormen, Tradition, Moral und Kultur voll bejahende konservative Typ“ beispielsweise ein im wesentlichen ungetrübtes Verhältnis zu den eigenen Eltern beschrieb, neigte der „gegen die bürgerlichen Ordnungsnormen kämpfende, antiautoritär linksradikale Typ“ zu ambivalenten Einstellungen gegenüber den Eltern. Nicht selten wurden dabei Vernachlässigung, Inzest und Gewalt genannt. Im Ergebnis kam der Autor zu seiner These einer „Revolution der Gestörten“. Der RCDS fühlte sich seinerzeit in seinen Überzeugungen bestätigt. Im linken Lager führte die Studie – ausgelöst durch einen Spiegel-Artikel – zu einer heftigen Kontroverse.²⁰⁹

Insofern lag der Bundesvorsitzende Schönbohm gar nicht daneben, als er die Tumulte anlässlich der Rektoratsübergabe in München als „infantilen, unreflektierten Aktionismus“ bezeichnete, der die berechtigten studentischen Forderungen in der Öffentlichkeit diskreditierte.²¹⁰ Vor diesem Hintergrund musste der Bundesvorstand des RCDS dennoch versuchen, neue Formen der Arbeit zu installieren. „Positive Aktionen“, unterstützt durch eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit, sollten Studenten die Vorteile evolutionärer Veränderungen verdeutlichen und zur Mitarbeit anregen. Allerdings unterschätzte man die Tragweite der Entwicklung an den Hochschulen, wenn man sich im Sommersemester 1967 mit einer „Aktion aufs Land“ beschäftigte, in der sich RCDS-Mitglieder für den Hochschulbesuch der ländlichen Schulabgänger engagierten. Ein großes Handicap war auch die Gruppenautonomie, die dazu führte, dass sich Gruppen nicht an Aktionen des Bundesverbandes beteiligten und dass der Verband nicht geschlossen auftreten konnte. Als jedoch deutlich wurde, dass die SDS-Proteste nur Mittel zum Zweck einer revolutionären Umgestaltung Deutschlands waren, kam man im Wintersemester 1967/68 allmählich zur Überzeugung, dass nur ein eigenes Konzept und die Bekanntmachung der verfassungsfeindlichen Ziele des SDS durch innerverbandliche Schulung Wirkung zeigen könnten. Schwerpunkt war dabei der Kampf gegen die Instrumentalisierung der ASten. Ein erstes Schulungsseminar fand im Oktober 1967 in Limburg statt. Dem Ziel besserer Schulung dienten auch die seit 1968 regelmäßig stattfindenden Gruppenvorsitzendenkonferenzen. Seit dieser Zeit entstanden zudem eine Reihe von Publikationen, die auf die Gefahren des Linksextremismus für die Demokratie hinwiesen, und Schulungsmaterialien, die Wege zur Behauptung an den Hochschulen aufzeigten. Ein wichtiger Beitrag in der ideologischen Auseinandersetzung bildete auch die Schrift des Bundesvorsitzenden Schönbohm über die „Thesen der APO“, die „Argumente gegen die radikale Linke“ liefern sollte. Darin wurden die Unwissenschaftlichkeit und der Irrealismus marxistischen Denkens auf nur 80 Seiten in Thesen dargestellt, ein Beitrag den bis dahin weder ein Verband noch eine Institution geleistet hatte.

Nach dem Attentat eines Arbeiters auf den Berliner SDS-Führer Rudi Dutschke radikalisierte sich die Studentenschaft weiter. Es kam zu gewalttätigen Anschlägen auf Mitarbeiter und Gebäude des Springer-Verlages, den man zum „wirklichen Schuldigen“ am Attentat erklärt hatte. Die zweite und dritte Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag im Mai führte zu Demonstrationen mit 50.000 Teilnehmern (Bonn). Studenten streikten daraufhin in 25 Hochschulen. Institute und Universitäten wurden ab dem 20. Mai 1968 besetzt. Die IG Metall initiierte ein Komitee „Notstand der Demokratie“(!), das mit dem SDS zum Generalstreik aufrief. In dieser Situation begann der Politische Beirat Ende April 1968 mit der Diskussion eines „Gesamtkonzeptes des RCDS zur Reform der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland“. Zur selben Zeit tagte eine erste Gruppenvorsitzendenkonferenz. Mit Flugblattaktionen versuchten RCDS-Mitglieder dem linksextremen Terror entgegenzutreten. Dennoch erstaunt es nicht, dass auch im RCDS jetzt vor dem Hintergrund linker Übermacht eine Diskussion zum Selbstverständnis des Verbandes aufbrach. Zur Klärung inhaltlicher Positionen diente nicht zuletzt das seit Oktober 1968 erscheinende neue Verbandsmagazin „Sonde“ mit dem ehemaligen Bundesvorsitzenden Schönbohm als verantwortlichem

²⁰⁹ Grossarth-Maticsek (1975): Die Thesen können hier nicht einmal ansatzweise dargestellt werden. Insgesamt unterschied der Autor weitere sechs Typen politischen Verhaltens und bestätigte das Klischee der überwiegenden Herkunft liberal-konservativer Studenten aus intakten moderat-religiösen Elternhäusern sowie die Bedeutung der frühkindlichen Sozialisation für die spätere politische Sozialisation.

²¹⁰ Presseerklärung vom 26.11.67, ZA

Redakteur. Mit dem Papier „Hochschule '69“, einer Konzeption zur Hochschulreform, lag auf der dritten Gruppenvorsitzendenkonferenz im November 1968 ein Reformvorschlag vor. Damit sollten zum einen dringende Probleme im Hochschulbereich gelöst werden. Zum anderen sah man Hochschulreformen als adäquates Mittel zur Beseitigung der Ursachen des Massenprotestes an.

Vorerst blieb der RCDS den Beweis der Vorzüge „systemimmanenter“ (evolutionärer) Reformen schuldig, da man seitens der Parteien und Hochschulbürokratien nicht auf studentische Vorschläge einging.²¹¹ Stellungnahmen zur Hochschulreform erzielten ein nur „bescheidenes Echo“. „Die Reformer werden allenfalls als eine Art lästiger studentischer Interessenvertretung aufgefasst.“²¹² Der Verband hatte in dieser Zeit, als er sich als einziger politischer Studentenverband für die Verteidigung der freiheitlichen Verfassung Deutschlands an den Universitäten engagierte, nur wenig Unterstützung. Selbst CDU und CSU verweigerten oft dringend nötige politische oder materielle Unterstützung.²¹³ So war es dem RCDS 1967 nicht möglich, von der CSU unzensurierte Flugblätter zu produzieren- man produzierte sie deshalb außerhalb der Landesleitung. Ähnliches geschah in Berlin. Der bayrische Kultusminister lehnte es ab, 1967 die bayrische RCDS-Vorsitzende Ursula Männle zu empfangen: „Erst als Steine flogen, sprach er mit den Linken, was uns sehr erbitterte.“ Auch in Kreis- und Ortsverbänden wurde das RCDS-Engagement nicht gerne gesehen.²¹⁴ Dies führte unter anderem zum Wechsel des bayrischen RCDS-Vorsitzenden Dahme zur FDP (1969). Dies sollte sich erst mit der Einsetzung der Bund-Länder-Kommission zur Bildungsplanung Anfang 1969 und mit der Wahl der neuen CDU-Führung 1970 ändern.

3.3 Reformen im RCDS: 1968-1970

Ein Medizinstudent (Jg. 1945) trat Ende der sechziger Jahre in den RCDS ein, weil er „die einzige Alternative, weil er die einzige hochschulpolitische Gruppe ist, die diesen Staat nicht völlig negiert.“ Auf die Frage, ob er denn alles an diesem Staat bejahe, antwortete er: „Ich weiß, dass auch in diesem Staat einiges geändert werden muss, z.B. gibt es viele Verhaltensformen, die um ihrer selbst willen erhalten werden, z.B. unsere puritanische Moral. (...) Ich bin nicht eindeutig auf eine Partei fixiert, aber die CDU sichert mir die ideale Ausgangsbasis. Ich weiß, wenn viele Leute so wie ich aufträten, könnte man das Konzept der Partei auf einen besseren Nenner bringen.“ Die SPD arbeite mit ihrer Unterstützung der Mitbestimmung denen in die Hände, die mit ihrer Faulheit „das gesellschaftliche System unfähig“ machen würden.²¹⁵ 1968 war das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Einige Universitäten, etwa im Rheinland, wurden erst nach 1968 vom Studentenprotest erreicht. Ab 1970 hatte sich die studentische Linke so weit radikalisiert, dass terroristisch-extremistische Strömungen (Marxisten, Troztkisten, Maoisten und Kommunisten) dominierten. Dies gipfelte in der endgültigen Auflösung des SDS, der sich vorher in zahlreiche Fraktionen aufgespalten hatte. Angesichts dieser Situation, stand der RCDS vor keiner geringeren Frage, als sich neu zu erfinden. „Politische Tees“ waren jetzt nicht mehr mehrheitsfähig. Dabei kam dem RCDS zu Gute, dass einige seiner ehemaligen Funktionäre mittlerweile maßgeblich die Reform der CDU mitgestalteten und die Geradlinigkeit vieler RCDS-Aktiver im Angesicht extremistischer Mehrheiten bis hin zur persönlichen Gefährdung dem Verband in der Öffentlichkeit und bei den Parteien mehr und mehr Respekt verschaffte. Jetzt endlich begannen einige maßgebliche CDU- und CSU-Vertreter die Bedeutung eigener Studentenarbeit zu verstehen.

Obwohl sich die Flut der Publikationen über die Folgen von „68“ kaum überblicken lässt, ist es dennoch schwierig, zu einer ausgewogenen Darstellung der Ereignisse zu kommen, da die meisten Darstellungen

²¹¹ Weberling (1990), S. 110

²¹² Christ und Welt, 10.11.1967, ZA

²¹³ Weberling (1990), S. 103

²¹⁴ Männle, Ursula, in: RCDS Bayern (2000), S. 34f

²¹⁵ Grossarth-Maticek (1975), S. 251f.

aus der Feder der damals aktiven linken Aktivisten geflossen sind, während Darstellungen damals studierender Unbeteiligter oder Gegner der „68er“ eher spärlich auszumachen sind. Es ist wohl kein Zufall, dass die Rolle des RCDS in Darstellungen linker Provenienz in der Regel nicht beleuchtet wird. Gerd Langguth, der spätere RCDS-Bundesvorsitzende, meint zur Rolle der Protestbewegung jener Jahre, dass sie „in Deutschland stärkere und langfristige Folgen“ hatte „als zum Beispiel in Frankreich. Das lag hauptsächlich daran, dass die junge Bundesrepublik im Gegensatz zu den klassischen Demokratien noch nicht gefestigt war.“ Auch die in Westdeutschland besonders enge Verbindung zwischen linkssozialistischer Bewegung und jugendkulturellem Aufbegehren habe dazu beigetragen, der Studentenrevolte besondere Wucht zu verleihen. Entgegen dem Tenor der aufstandsverherrlichenden Darstellungen kritisiert Langguth, die Aktivisten hätten sich für eine ideologische Elite gehalten und wären von ihrer eigenen moralischen Überlegenheit zutiefst überzeugt gewesen. Dabei hätten die Studentenvertreter eine problematische Einstellung zur Demokratie und zur Gewalt gehabt. „Viele Professoren und Studenten, die den Aktivisten nicht passten, wurden damals systematisch fertig gemacht“, erinnert sich Langguth. „Selbst Rudi Dutschke, der im Rückblick gern idealisiert wird, wollte sich damals nicht von der Gewalt der Antiautoritären distanzieren, sondern sprach von erlaubter Gegengewalt.“ Auch die Ziele der linken Studenten hält der ehemalige RCDS-Vorsitzende für zweifelhaft. Die Utopien der 68er - wie zum Beispiel die Rätedemokratie - wären ohne gewaltsame Eingriffe in das Leben anderer Menschen gar nicht durchsetzbar gewesen. Langguth räumt zwar ein, dass die Revolte auch positive Resultate gehabt habe. Allerdings seien diese Folgen eher unbeabsichtigt gewesen. Langguth ruft daher dazu auf, eine politische Bewegung eher an ihren Zielen und nicht an ihren - oft unbeabsichtigten - Folgen zu messen und die in den Medien allzu häufige Mythologisierung und Verharmlosung der 68er zu beenden. „Die Aktivisten jener Jahre glaubten, eine moralische Elite zu sein. An diesem Anspruch müssen sie sich heute messen lassen.“²¹⁶

Nachdem der SDS bis Ende 1968 sich auf „Gewalt gegen Sachen“ beschränkte, kam es seit dem Prozess gegen den Anwalt Horst Mahler im November 1968 mehr und mehr zu „Gewalt gegen Personen“ mit zahlreichen Verletzten. Weil es innerhalb des SDS über die Gewaltfrage zu keiner Einigung kommen konnte, stellte diese Eskalation der Gewalt gleichzeitig den Beginn des Zerfalls der Studentenbewegung dar.²¹⁷ Die anhaltende Erfolglosigkeit des SDS in seinen allgemeinpolitischen Zielen führte außerdem dazu, dass dieser sich wieder auf die studentischen Gremien umorientierte. Im VDS hatte der SDS bis 1968 noch keine Mehrheit erreicht, womit der Dachverband als Plattform für SDS-Agitation bislang nicht missbraucht werden konnte. Zwar konnte der RCDS seine Positionen mit Hilfe von Koalitionspartnern wie der Deutschen Studenten Union im Wintersemester 1968/69 noch einmal festigen. Danach kam jedoch der Einbruch. Weil die Politisierung die Studentenschaften erreichte, damit politische Listen in den Studentenparlamenten dominierten, hingegen nicht gebundene Vertreter so gut wie nicht mehr vorhanden waren, und der Linksruck der Studentenschaft zum vorläufigen Ende korporierter Listen geführt hatte, konnten sich linksradikale Gruppen erstmals auf der 52. Delegiertenversammlung des VDS im März 1969 durchsetzen. Daraufhin trat der bisherige VDS-Vorsitzende Christoph Ehmman zurück. Wenige Wochen später erhob die VDS die sozialistische Gesellschaftsordnung zum Verbandsziel. So wurde es dann möglich, dass dem einzigen Fachschaftssprecher des RCDS in München Räume und Mittel gesperrt wurden, da der RCDS nicht für Studenten, sondern für das staatsmonopolistische Großkapital arbeite. Professoren sahen Vorlesungssprengungen weiter tatenlos zu. Der damalige Rektor bat den RCDS „händeringend“, auf allgemeine und geheime Wahlen zu verzichten, weil rote Zellen und K-Gruppen es so wollten.²¹⁸

Diese Zustände wirkten sich auch auf den RCDS aus. Der Wille der Mitglieder zur hochschulpolitischen Arbeit nahm dramatisch ab. Auf seiner 19. Bundesdelegiertenversammlung 1969 dominierten daher au-

²¹⁶ Vgl. Wagner, Ingo: „Ich war ein alternativer 68er“, in: Mindener Tageblatt, www.mt-online.de, 01.03.2001. Ähnlich äußerte sich Langguth auch in einer Podiumsdiskussion anlässlich der RCDS-Bundesdelegiertenversammlung im März 2001 in Kloster Banz.

²¹⁷ Vgl. Weberling (1990), S. 110, mit weiteren Nachweisen;

²¹⁸ Bauer Thomas, in: RCDS Bayern (2000), S. 47

ßenpolitischen Beschlüsse. Das vom Politischen Beirat vorgelegte Gesellschaftsreformprogramm wurde zwar diskutiert, aber nur teilweise verabschiedet. Man war sich zwar einig, dass der kompromisslose Kampf gegen die Radikalen der Ausgangspunkt für eine vernünftige Reformpolitik sein müsste, hatte aber wenig Erfolg mit den gewählten Mitteln. Ein alternativ zur VDS gegründeter „Initiativausschuss Deutscher Studentenschaften“, später umgewandelt in die „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenschaften“ (gegründet 1969 mit 5 Mitgliedern) scheiterte. Eine Anti-Radikalismus-Aktion gegen die NPD war zwar ein wichtiges Signal. Dennoch bildete die NPD in den Hochschulen nur eine verschwindend geringe Minderheit. Die Einstellung der Zeitschrift „Civis“ im Mai 1969 beraubte den RCDS eines wichtigen Sprachrohres. Erneute Auseinandersetzungen mit der CSU führten zur Einstellung der finanziellen Unterstützung an den bayrischen Landesverband. Alles in allem bot der RCDS zur Jahresmitte 1969 kein gutes Bild.

Erst im Wintersemester 1969/70 sah man wieder etwas Licht am Ende des Tunnels. Bei den Studentenvahlen erzielte der Verband mit etwa 25 Prozent der Stimmen ein gutes Ergebnis. So stellte der RCDS 1969/70 den AStA an der Universität Marburg – bis heute „eine einmalige Episode in der politischen Geschichte des Marburger Studentenparlaments“.²¹⁹ Auf der außerordentlichen Bundesdelegiertenversammlung im Oktober 1969 gab sich der RCDS mit den „39 Thesen zur Reform und zu den Zukunftsaufgaben deutscher Politik“ erstmals ein Grundsatzprogramm. Zunehmend mischte sich der RCDS in die Diskussionen innerhalb der CDU/CSU ein. Dabei lehnte man sich an die Forderungen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft zur Vermögensbildung an. Im Februar 1970 organisierte man erstmals eine Internationale Studentenkonferenz mit 300 Teilnehmern, die als erste ihrer Art eine hohe Aufmerksamkeit durch die Öffentlichkeit erfuhr. Nachdem der SDS immer schneller zerfiel und sich am 21. März 1970 auflöste, war auch der Höhepunkt der Studentenbewegung überschritten. Neue Schwierigkeiten entstanden, als zum einen weitere Koalitionspartner entfielen, als der gemeinsame Feind nicht mehr vorhanden war. Zum anderen musste ein neues bundespolitisches Konzept entwickelt werden, nachdem sich CDU und CSU auf Bundesebene in Opposition befanden. Dazu kamen regionale Probleme: Als direkte Reaktion auf den Zerfall des SDS zerfiel das demokratische Frankfurter Bündnis ADS. Daraufhin war der Frankfurter RCDS bis etwa 1972 nur wenig aktiv.

Schließlich hatte ab 1970 eine neue, kulturell anders geprägte Studentengeneration mit sich auszumachen, was für sie christlich-demokratische Hochschulpolitik künftig sein sollte. Bei der Herausarbeitung eines neuen RCDS-Selbstverständnisses traten im gesamten Verband erhebliche Spannungen auf: „Auf der einen Seite schwankte man auf Gruppenebene zwischen der Betonung christlich-demokratischer Positionen und einer weitgehenden Anpassung an linke politische Positionen, auf der anderen Seite resignierten viele aktive Mitglieder.“²²⁰ Dies führte unter anderem zur Einstellung der Arbeit bei etwa einem Drittel der Gruppen. Die schwierige Situation des Verbandes zeigte nicht zuletzt der Ablauf der 20. Bundesdelegiertenversammlung, die von Personal- und Geschäftsordnungsstreitigkeiten überschattet wurde. Einer der Stellvertreter wurde nicht entlastet. Allerdings gelang mit einer Stellungnahme zu ministeriellen Thesen für ein Hochschulrahmengesetz ein neuer Anfang als studentischer Lobbyverband. Außerdem sprachen sich die Delegierten für die Schaffung einer Zentralstelle für Studienplätze, das Ende der Zulassungsbeschränkungen zum Studium, die Abschaffung aller Studiengebühren, Reformen in der studentischen Krankenversicherung sowie die Reform der Studentenwerke aus. Ein neuer Aspekt war die Betonung der Fachschaftsarbeit. Schließlich konnte eine neue Satzung angenommen werden.

Trotzdem war 1970 der Tiefpunkt bereits durchschritten. Mit der Wahl von Gerd Langguth, der bis 1974 amtierend sollte, begann eine neue Epoche der Verbandsgeschichte. Umgehend leitete dieser eine Neupositionierung des Verbandes auf mehreren Ebenen ein. Auf der ideologischen Ebene wurde die Klärung des

²¹⁹ Keller (1997), a. a. O.

²²⁰ Weberling (1990), S. 115

Selbstverständnisses und der Strategie angestrebt. Im Mittelpunkt der praktisch-politischen Arbeit stand die Präsentation des RCDS als hochschulpolitisches Kompetenzzentrum. Ein breit angelegtes Seminarprogramm hatte die Professionalisierung der politischen Arbeit und die Information über politische Grundlagen zum Ziel. Regelmäßige Informationspakete und Publikationen sowie die Intensivierung der Gruppenbesuche durch Bundesvorstandsmitglieder dienten der Motivation und der Information der Aktivist*innen. Nicht zuletzt das eindeutige Bekenntnis der CDU zu „ihrem“ Studentenverband seit etwa 1971 erleichterte viele dieser Projekte. Diese Bemühungen des ersten Langguth-Vorstandes führten zur Wiederbelebung zahlreicher Gruppen und zur erhöhten Aktivität bestehender Gruppen. Dabei stellte sich heraus, dass viele der neuen Mitglieder bewusster in den RCDS eingetreten waren, als frühere Studentengenerationen. Weil der RCDS sich für realistische Reformziele einsetzte, die gegenüber der sozialistischen Weltrevolution auf dem Campus in den Hintergrund geraten waren, trat zum Beispiel der spätere bayrische Landesvorsitzende Thomas Bauer 1969 in den RCDS ein: „Diesem Meinungsdruck eine realistische, reformerische und freiheitliche Alternative entgegenzusetzen, war mein Grund, zum RCDS zu gehen.“²²¹ Der RCDS wurde mit dieser neuen Generation christlich-liberal.

²²¹ Bauer Thomas, in: RCDS Bayern (2000), S. 47

4. Als Opposition der Opposition: 1970-1981

4.1 Die Ära Langguth: 1970-1974

„Wir vom RCDS stellten eine exotische Rarität dar. Der Landesverband fasste formell eine Anzahl kraftloser Konventikel von Würzburg bis Regensburg zusammen. De facto wusste man kaum von einander. Um auf dem Campus dem Orkan des Zeitgeistes standzuhalten, brauchte man Courage und ein trappistisches Vergnügen an der Einsamkeit.“ so zumindest Günther Müchler, der 1970 zum bayrischen Landesvorsitzenden gewählt wurde. „Und was die Unionspartei selbst anging, so mussten diese sich erst von ihrem Schrecken über die Unbotmäßigkeit des Bildungsnachwuchses erholen.“²²² Doch bei genauerer Betrachtungsweise entsteht ein durchaus differenziertes Bild. Am Anfang der siebziger Jahre waren in den Studentenparlamenten fast ausschließlich Mitglieder politischer Studentengruppen anzutreffen. An den (west-)deutschen Hochschulen hatten sich drei politische Blöcke herausgebildet: Bürgerliche (RCDS, DSU, SLH, Liberale), Sozialisten (Juso-HSG, SHB bis 1971, GEW, HSU) und Kommunisten (z.B. MSB Spartakus seit 1971). Damit war ein Politisierungsgrad wie nie zuvor erreicht worden. Der Anteil der Bürgerlichen blieb konstant bei etwa 35 % (1970: RCDS ca. 25%; 1977: RCDS 22 %, SLH 23%), mit Ausnahme des Jahres 1971, als ihr Anteil unter 30 % fiel. 1979 entstand in Düsseldorf auch zum ersten mal eine Koalition zwischen Juso-HSG und RCDS, was aber die Ausnahme blieb.²²³ Abweichungen von diesem Trend waren unter anderem Frankfurt, wo der RCDS als Kritische Union/RCDS antrat und 1971 nur 8 Prozent der Stimmen erzielte, 1973 etwa 14 Prozent (3 Sitze) und 1974 genau 15,4 Prozent und Marburg, wo der RCDS von 25 Prozent (1970) auf 10 Prozent (1973-1976) abfiel und erst Ende der siebziger wieder knapp unter seinen früheren Spitzenwerten lag (1979: 22 Prozent).²²⁴

Ein großes Problem für den RCDS der siebziger Jahre war immer wieder die Abwesenheit potentieller Koalitionspartner. Koalitionen mit dem Sozialliberalen Hochschulverband erreichten selten die magischen 50 Prozent.²²⁵ Der 1960 gegründete Sozialdemokratische Hochschulbund driftete wie vor ihm der SDS seit 1965 vom Kurs der Mutterpartei ab. In seinem Grundsatzprogramm von 1972 sprach er sich offen für die Kooperation mit dem DKP-Studentenverband „Marxistischer Studentenbund (MSB) Spartakus“ und eine „antimonopolistische Strategie“ aus. 1974 verbot die SPD dem SHB die Bezeichnung als „sozialdemokratisch“. Die Ablehnung der prinzipiellen Aktionseinheit des SHB mit dem MSB-Spartakus war zwar die hauptsächliche Motivation für die Entstehung der Juso-Hochschulgruppen seit März 1973.²²⁶ Allerdings waren auch diese von Anfang an bemüht, jede Zusammenarbeit mit dem RCDS zu vermeiden – Anlass für die Anti-Volksfront-Kampagne des RCDS. Zunehmend nahmen die Juso-HSG jedoch an Koalitionen mit Linksextremen teil, von denen sie sich immer weniger unterschieden. Da die Juso-Gründung auf Betreiben der SPD erfolgte, kann sogar davon ausgegangen werden, dass dieser Kurs vorgegeben war, wohl um die linke Konkurrenz kleinzuhalten. Es gab Beispiele, in denen die lokale SPD Koalitionen mit dem RCDS untersagte. So sah der Bundesausschuss der Jusos noch 1974 den SHB als „zweite Vertretung der Jungsozialisten neben den Juso-Hochschulgruppen“ und seit 1979 im SHB „nur noch eine eigenständige Organisation im sozialdemokratischen Spektrum.“²²⁷ Auch der Bundeskongress der Jusos 1979 stand ganz im Zeichen von Marx. Der Juso-Bundesvorsitzende Gerhard Schröder erklärte, er versuche, „Die Gesetzmäßigkeiten dieser Ordnung und die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Gesellschaft zu erkennen. Wir bedienen uns dabei der von Marx entwickelten Theorie. Marxismus ist für uns (...) eine Wissenschaft, die geeignet ist, gesellschaftliche Wirklichkeit und gesellschaftliche Entwicklung zu bestimmen,

²²² Müchler, Günther, in: RCDS Bayern (2000), S. 38

²²³ Golücke (1987), S. 348

²²⁴ Keller (1994), a. a. O. Vgl. Kap. 4.3

²²⁵ Deutsche Zeitung, Christ und Welt, 14.3.1975

²²⁶ Vgl. Homepage der Juso-HSG Greifswald, Mai 2001

²²⁷ Vgl. Homepage der Juso-HSG Greifswald, Mai 2001

zugleich aber eine Anleitung zu politischem Handeln im Interesse der „ungeheuren Mehrheit“, also der arbeitenden Bevölkerung, enthält.²²⁸ Diese parteitaktischen Spiele innerhalb der Linken führten dazu, dass rationale Interessenvertretung an vielen Universitäten lange nicht mehr möglich war.

Die zumindest deklaratorische Verfolgung einer pragmatischen Linie verführte dennoch viele Studenten zur Wahl der Jusos. Abweichend vom tatsächlichen Programm wurde unter anderem gefordert, studentische Politik müsse „sich an realen studentischen Problemen orientieren. Dabei hat eine sozialistische Organisation nicht die Funktion einer Avantgarde der politischen Bewegung, sondern muss die Probleme der Betroffenen initiieren und mittragen. Aktionen müssen Ausdruck politisierter Betroffenheit sein, nicht die bloße Ausführung von Vorstandsbeschlüssen einiger Organisationen. Es gibt keine Interessenhomogenität von Arbeitern und Studierenden. Studierende sind gesellschaftspolitischer Teil der Intelligenz und damit klassenmäßig nicht einzuordnen. (...) Die von Lenin übernommene Trennung von gewerkschaftlichem und politischem Kampf, die MSB und SHB betreiben, muss von den Jusos kritisiert werden. Reine Interessenvertretung von Studenten lässt sich nur in ein antimonopolistisches Weltbild einordnen.“ Man lehnte außerdem „kurzfristige, meist materiell begründete Fragestellungen“ als zu wenig ab, und vertrat „einen umfassenden Politisierungsanspruch über die Zusammenhänge von Hochschule und Gesellschaft“.²²⁹

In dieser Situation nutzte der RCDS-Bundesvorstand den 20. Geburtstag des Bundesverbandes zur Herausgabe einer Broschüre, mit der die Diskussion um die Zukunft des Verbandes, insbesondere um dessen Selbstverständnis zu Strategie, angeregt werden sollte. Darin wurde der RCDS als Gegenpol zur extremen Linken an den Hochschulen definiert. Indirekt verabschiedete man sich damit auch konzeptionell vom Ideal der Überparteilichkeit, die seit der Entstehung der strukturellen Mehrheit linker und linksextremer Gruppen schon länger obsolet geworden war. Folgerichtig konstatierte man eine besonders enge Beziehung zur CDU. Der seit 1970 amtierende Bundesvorsitzende Langguth konnte neben den genannten Schulungs-, Motivations- und Serviceangeboten des Bundesverbandes auch die inhaltliche Akzente setzen, die die Identität des Verbandes für Jahrzehnte prägen sollten. Die damit ausgelöste Konsolidierung zeigte sich seit der 21. Bundesdelegiertenversammlung nicht zuletzt darin deutlich, dass der Verband wieder wuchs: Nach der Aufnahme von fünf Gruppen ging man von 53 aktiven Gruppen bei 68 formal existierenden Gruppen aus.²³⁰ Insgesamt unterstützte der Verband die Linie Langguths, was sich in der einstimmigen Entlastung und deutlichen Wiederwahl ausdrückte. Weiterhin vorhandene Unstimmigkeiten waren eher vom politischen Wettbewerb um Führungsämter, als von inhaltlichen Differenzen verursacht worden.

1971 bis 1973 wurde der Bundesverband als Servicezentrale für die Gruppen weiter ausgebaut: Mit der Verschickung von Informationsmaterialien sollte die Gruppenarbeit erleichtert werden. Unter anderem informierte man über die Hintergründe kommunistischer Verbände wie MSB Spartakus. Außerdem wurden Strategieseminare organisiert, auf der das weitere Vorgehen thematisiert wurde, war doch der Verband in der Vergangenheit zu oft uneinheitlich aufgetreten. Alle Aktivitäten wurden jedoch weiterhin durch finanzielle Engpässe behindert. Auch auf Landesebene zeigte sich erneut größere Aktivität: So kommentierte der Landesverband NRW 1971 die von Bildungsminister Rau vorgelegten „Thesen“ zur Gesamthochschule. Die Wahl des Bundesvorsitzenden Langguth in den CDU-Vorstand (1971) war im Verband umstritten. Auf der anderen Seite zeigte sich darin die Wertschätzung der neuen CDU-Spitze unter Rainer Barzel für die Arbeit des Verbandes. So führte Langguth auch aus, dass alle Möglichkeiten genutzt werden müssten, um die Unionsparteien zu einer studentenfreundlicheren Haltung zu bewegen.²³¹ Eine solche Haltung zeichnete sich nach 1970 bei beiden Unionsparteien ab. War deren „Nervenkostüm“ vor 1970

²²⁸ Fuchs, Jürgen: Kurzbericht über den Bundeskongress der Jungsozialisten vom 30. März bis 1. April in Aschaffenburg. 1979. ZA

²²⁹ Vgl. Homepage der Juso-HSG Greifswald, Mai 2001

²³⁰ Weberling (1990), S. 118

²³¹ Weberling (1990), S. 120

„äußerst schwach“, und verlangte man damals „blinde Gefolgschaft“, dachte der RCDS auf der anderen Seite nicht daran, für die CSU „den Lautsprecher abzugeben.“ Nach 1970 ging man dazu über, das Verhältnis zu JU und den Parteien als „kritische Nähe“ zu qualifizieren. Allmählich entstand eine engere Zusammenarbeit zwischen Kultusministerium und RCDS. In Gesprächen mit Franz Josef Strauss und Max Streibl und in der Öffentlichkeit legte man „Wert auf Autonomie, Toleranz und eigene Meinung“. Da der RCDS der einzige Verband blieb, der für CSU-Positionen auch in von Linksradikalen beherrschten Gremien war und nicht nach links driftete, normalisierte sich das Verhältnis zur CSU schnell.²³² So wurden RCDS-Vertreter allein im Dezember 1973 in Bremen, Münster, Bonn, Tübingen und Reutlingen tätlich angegriffen. In Bonn „attackierten linksextreme Studenten RCDS-Mitglieder mit Tritten und Hieben und nahmen einzelne RCDS-Vertreter in den Würgegriff.“²³³

Auch in der zweiten Hälfte von Langguths vierjähriger Amtszeit wuchs der Verband weiter: So waren auf der 22. Bundesdelegiertenversammlung 56 stimmberechtigte Gruppen anwesend. Ein Jahr später waren es bereits 77 Hochschulgruppen – bis zur Wiedervereinigung ein Spitzenwert. Auf dieser Konferenz propagierte Langguth auch erstmals seine Definition des RCDS als „progressive Alternative einer studentischen Interessenvertretung gegenüber einer reaktionären Linken.“ Pikanterweise konnte man jetzt auch zahlreiche SPD-Mitglieder in seinen Reihen begrüßen. Zum Wachstum kam die Konsolidierung: Die Herausgabe der Zeitschrift Demokratische Blätter (1972-1990) zeugt von der finanziellen Konsolidierung. Die Einstellung des (nichtstudentischen) Geschäftsführers Norbert Kühne (1972-1986) trug entscheidend zur organisatorischen Konsolidierung bei. Dies war auch erforderlich, denn mit dem Wachstum des Verbands wuchs auch seine Heterogenität, was das Risiko interner Streitigkeiten erhöhte, wie der chaotische Verlauf der 23. Bundesdelegiertenversammlung zeigen sollte. Auf der anderen Seite konnte der RCDS in einige ASten zurückkehren (Bochum 1973, Würzburg 1973/74), da mit dem Sozialliberalen Hochschulverband (gegr. 1968) ein neuer Koalitionspartner entstanden war. Da dies mit der zunehmenden Ablehnung der öffentlichen Meinung für sozialistische Experimente in den Universitäten und dem restriktiven Bundesverfassungsgerichtsurteil für ein „progressives“ Niedersächsisches „Vorschaltgesetz“ einherging, wurde dieser Abschnitt der Hochschulgeschichte zuweilen sogar als „konservative Tendenzwende“ bezeichnet. Demnach sei ein Teil der linksradikalen Studenten(-funktionäre) durch diese Entwicklung entmutigt worden und hätte sich daraufhin zurückgezogen.²³⁴

Inhaltlicher Schwerpunkt seit etwa 1972 war die Hochschulpolitik. Auf einer außerordentlichen 24. Bundesdelegiertenversammlung im November 1973 konnten die liegen gebliebenen Anträge diskutiert und beschlossen werden. Wichtig zu nennen ist hierbei insbesondere die Auseinandersetzung mit dem zweiten Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes. In Bayern kam die Novelle des Landeshochschulgesetzes (1973) hinzu, wo der RCDS durch eine erfolgreiche Klage das Quorum durch den Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig erklären ließ – allerdings wurde daraufhin nur das für Professoren abgeschafft.²³⁵ Während der 25. Bundesdelegiertenversammlung 1974 in Münster sprach man sich gegen die im HRG-Entwurf vorgesehenen Regelstudienzeiten und die fehlende Festschreibung der Verfassten Studentenschaften aus. Weiterhin forderte man in einem „Sozialprogramm des RCDS“ („Ein Studium frei von Not“) eine familienunabhängige, kostendeckende und darlehensfreie Studienförderung. Aufgabe studentischer Sozialpolitik sei es, „durch ausgleichende Maßnahmen Chancengerechtigkeit zu verwirklichen“.²³⁶ Mit der Wahl von Ulrich Schröder endete die Ära Langguth. Bis zum Ende seiner Amtszeit kämpfte Langguth auch an der ideologischen Front. In zahllosen Hochschulen wurde seinem Vortrag „RCDS - die progressive Alternative zur reaktionären Linken“ („reaktionär sind diejenigen, die von einem Klassenkampfdenken eines

²³² Müchler, Günther/ Büttner, Karl-Peter, in: RCDS Bayern (2000), S. 39ff

²³³ FAZ, 7.12.1973

²³⁴ Vgl. Krause u. a. (1980), S. 33f.

²³⁵ Bauer Thomas, in: RCDS Bayern (2000), S. 47

²³⁶ Beschlüsse der 25.o.BDV in Münster 1974, B1, S. 2

vergangenen Jahrhunderts ausgehen“) interessiert bis aggressiv abwehrend zugehört. Oft waren diese Vorträge zudem Ziel linksradikal-gewalttätiger Überfälle.²³⁷ Letzte Maßnahmen dieser Amtszeit waren zwei so verschiedene Dinge wie der Beginn der Grundsatzdebatte, die 1976 zu einem neuen Grundsatzprogramm führen sollte, und die Einführung eines gewählten Bundesschatzmeisters (Werner Kaldeich) als Ratio der seit 1971 anhaltenden Diskussion der Finanzierung des RCDS.

4.2 Studentenpolitik und Grundwerte 1974-1981

Der neue Bundesvorstand setzte die Linie Langguths zunächst fort: Zu den Informationsmaterialien trat 1974 ein „Abiturienteninfo“ hinzu, die Grundwertediskussion wurde intensiviert. Erfolgreich war bundesweit eine Informationskampagne, in der einzelne RCDS-Mitglieder Abiturienten über ihr zukünftiges Studium informierten. Eine weitere, damals sensationelle, Neuerung war die Einführung eines computer-gestützten kostenlosen Studienplatztauschverfahrens. Damit sollten Studenten in die Lage versetzt werden, schließlich doch an der für sie günstigsten Hochschule zu studieren, da dies mit dem Verfahren der ZVS nicht gewährleistet war. Das Verfahren wurde von Renate Fichtner, Andrea Streck und Helmut Rafalski entwickelt und über die Jahre vom stellvertretenden Geschäftsführer Bernhard Albrecht (1973-1986) und später von Ludwig Hennecke weiter verbessert, dass eine hohe Erfolgsquote sichergestellt werden konnte. Nicht zu unterschätzen ist dabei die große Außenwirkung des Studienplatztausches, durch den über die Jahre tausende Studenten mit dem RCDS erstmals in Berührung kamen.²³⁸ Ein weiterer sozialpolitischer Schwerpunkt in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre waren Wohnraumaktionen, mit deren Hilfe nicht nur Wohnraum für Studenten beschafft werden sollte, sondern man auch auf die Schwachstellen ideologielastiger Studentenvertretungen aufmerksam machen konnte. Teilweise organisierten RCDS-Gruppen seit 1975 sogar Neubauten von Studentenwohnheimen. Ein juristischer Sieg konnte gegen den MSB Spartakus errungen werden, nachdem diesem 1974 unter anderem gerichtlich untersagt worden war, weiterhin über den RCDS zu behaupten, er würde für die „Verherrlichung unseres Systems“ aus der „Kasse der Großkonzerne“ bezahlt, der RCDS sei der „Polizeiagent in unserem Lande“, arbeite „Hand in Hand mit der Staatsanwaltschaft“, bedrohe Kommilitonen durch „Spitzelaktionen“, führe „Namen- und Bilderlisten von Kommilitonen, um ihre Identifizierung ... zu gewährleisten“ und würde „Kontakte und Absprachen mit Neofaschisten“ unterhalten.²³⁹

Auch hochschulpolitisch knüpfte man an die Vorarbeiten des Vorgängervorstandes an. So kam es im Januar 1975 in Münster zu einem ersten Studienreformkongress. Der Bundesvorsitzende Schröder stellte darin das völlige Scheitern aller bisherigen Reformbemühungen fest, setzte sich aber dennoch für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Hochschulautonomie und staatlicher Lenkung ein. Als Beitrag des RCDS wurden auf dem Kongress Grundsätze für die Studienreform und Leitlinien für die medizinischen, ökonomischen, juristischen und pädagogischen Studien erstellt. Die Studienreformdiskussion bestimmte die Beratungen der 26. Bundesdelegiertenversammlung wesentlich mit. Nach der Vorbereitung in Arbeitsgruppen wurden detaillierte Studienreformpapiere für Naturwissenschaften, Fachhochschulen, Wirtschaftswissenschaften und Jura diskutiert und teilweise beschlossen. Auch Schröders Nachfolger Hans Reckers knüpfte an die Schwerpunkte seiner beiden Vorgänger an. Mit dem Beschluss des Hochschulrahmengesetzes durch eine Große Koalition im Dezember 1975 wurde ein Kompromiss erreicht: Zahlreiche Reformen wurden jetzt möglich. Sozialistische Umgestaltungen im Sinne des SDS waren jetzt nicht mehr zu erwarten. Damit hatte sich die langfristige Strategie des RCDS durchgesetzt.

Ein wichtiger Schritt für die ideologische Positionsbestimmung des Verbandes war die Annahme eines neuen Grundsatzprogrammes im Jahre 1976, das in zweijähriger Arbeit vorbereitet worden war. Dessen

²³⁷ Der Vortrag wurde 1974 als korrigiertes Manuskript vom RCDS gedruckt. FAZ, 9.12.1973

²³⁸ Weberling (1990), S. 124 (Fn.)

²³⁹ General-Anzeiger Bonn, 6.8.1974

Menschenbild lag das Personalitätsprinzip der christlichen Soziallehre mit den Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Subsidiarität und das aufklärerisch-liberale Prinzip der Toleranz zugrunde. „Im RCDS haben sich demokratische Studenten zusammengeschlossen, um studentische Interessen in Hochschule und Gesellschaft wirksam zu vertreten und politische Konzeptionen zur Gestaltung einer offenen solidarischen Gesellschaft zu entwickeln.(...) Der RCDS bemüht sich, seine Grundwerte zu einem Leitbild der Gesellschaft zu konkretisieren, das den Bezugsrahmen für konkrete politische Entscheidungen abgibt.(...) Aufgrund der Übereinstimmungen in den wesentlichen politischen Grundwerten ist der Hauptansprechpartner unter den Parteien die CDU bzw. die CSU.“ Damit hatte sich der RCDS endgültig von linksliberalen Experimenten verabschiedet, die zumindest immer wieder diskutiert worden waren. Vielmehr hatte eine Rückbesinnung auf die Soziallehre der katholischen Soziallehre eingesetzt – wobei auch pragmatische Gründe wie die Notwendigkeit logischer Formulierungen im Programm – eine Rolle gespielt haben mögen. Das Grundsatzprogramm, seit Mitte der neunziger Jahre vor allem wegen seiner wirtschaftspolitischen Aussagen zunehmend kritisiert, sollte erst 2000 von einem Programm anlehnen, das die wichtigsten Passagen aus dem Programm von 1976 besonders auf Veranlassung vieler Delegierter übernommen hatte. Damit hatte der Verband einen bemerkenswerten Konsolidierungsgrad erreicht. Auf das CDU-Grundsatzprogramm von 1978 hat das neue RCDS-Programm gleichfalls Einfluss gehabt.²⁴⁰

Ein weiterer Schwerpunkt der Amtszeit von Hans Reckers waren die Neugründung der „Vereinigten Deutschen Studentenschaften“, in der die RCDS-geführten Studentenvertretungen mit ihrem Antrag erneut scheiterten, ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Satzung zu verankern. Damit einhergingen „Volksfrontbündnisse“ zwischen den Juso-Hochschulgruppen und dem Liberalen Hochschulverband (seit 1972) einerseits und Extremisten aller Couleur andererseits. Diese bestanden nicht nur an einzelnen Hochschulen, sondern auch in der VDS selbst. Die Ablehnung der Ordnung des Grundgesetzes schien bei allen diesen Gruppen en vogue zu sein. Fehlende Stellungnahmen der „Mutterparteien“, die der RCDS mit einer „Volksfront-Aktion“ erzwingen wollte, zeugten einmal mehr vom Desinteresse dieser Parteien an der studentischen Selbstverwaltung jenseits progressiv klingender Deklarationen. Im Februar 1977 zählte der RCDS-Bundesvorsitzende dem Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, 32 Fälle auf, in denen Volksfrontbündnisse den Ton angaben, obwohl fast überall RCDS-Juso-ASTen möglich gewesen wären.

Im Juni 1977 folgte eine zweite Auflage dieser Kampagne durch den neuen Vorsitzenden Friedbert Pflüger. Gemeinsam mit Helmut Kohl wurden auf einer Pressekonferenz 24 Fälle von Volksfrontbündnissen präsentiert. Pflüger kritisierte außerdem, dass die Studentenverbände der Regierungsparteien SPD und FDP kein Interesse an der Erhöhung der Wahlbeteiligung zeigten, da sie an der Änderung des bestehenden Zustandes nicht interessiert seien. Begleitet wurde die Kampagne von einer kleinen Anfrage von CDU/CSU, in der nach staatlichen Zuschüssen für die VDS und die Verfassungstreue dieser Organisation Auskunft gegeben werden sollte.²⁴¹ Flexible Linksbündnisse, in denen Kommunisten unter der Tarnbezeichnung „Gewerkschaftliche Orientierung“ firmierten, und der beginnende Verfall des SLH führten jedoch dazu, dass der RCDS einige seiner ASTen ab 1976/77 wieder verlor, obwohl er leichte Zugewinne verzeichnen konnte und etwa 25 Prozent der Studentenvertreter stellte. Die radikale Haltung der VDS führte dazu, dass der RCDS seine Mitarbeit in der VDS seit der 28. Bundesdelegiertenversammlung 1977 wieder einstellte. Dies betraf allerdings nur noch fünf von 180 Studentenvertretungen.²⁴² Auch im Umfeld des RAF-Terrors seit 1977 kam es zu keinem Zusammenwirken der politischen Studentenverbände.

²⁴⁰ so Schönbohm (1985), S. 142

²⁴¹ Tagesspiegel, 29.6.1977

²⁴² Tagesspiegel, 5.4.1977

Seit 1977, mit den Bundesvorsitzenden Pflüger, Heckelmann (bzw. seinem Stellvertreter Schervier) und Eisel intensivierte der RCDS seine Mitarbeit in seinem Dachverband European Democrat Students (1961 als ICCS gegründet), der seit Anfang der siebziger Jahre versuchte, zum Dachverband aller nichtsozialistischen politischen Studentenverbände Europas zu werden. In Zusammenarbeit mit EDS begann der RCDS seit 1977 erstmals mit der öffentlichen Erörterung von Menschenrechtsfragen. So setzte man sich für die Freilassung politischer Gefangener in Chile und der Sowjetunion, und für Menschenrechte auf Zypern und in Portugal ein und engagierte sich gegen die Aushöhlung der Demokratie auf Malta durch die sozialistische Regierung des Dom Mintoff ein. Im Rahmen von EDS engagierte man sich auch im Vorfeld der ersten Direktwahl zum Europaparlament, wobei man einen eigenen Forderungskatalog erarbeitete und gemeinsam mit 12 Partnerverbänden auf einer EDS-Konferenz in Bonn (1977) als „Manifesto for the European Elections“ verabschiedete. Im Sommer 1979 war der RCDS Gastgeber der III. EDS-Summer University in Bernried (Oberbayern), an der etwa 190 Studenten aus etwa 20 Ländern teilnahmen. Im selben Jahr führte auch der bayrische RCDS einen Europakongress durch. Der Bundesverband organisierte ein Europahearing.

Am Ende der siebziger Jahre wurde die RCDS-Arbeit jedoch nach wie vor von der erdrückenden Übermacht linker und linksextremer Gruppen an den Hochschulen überschattet. Wie man heute weiß, stellten vor allem finanzielle Mittel des ostdeutschen Regimes die Funktionsfähigkeit der linksextremen Gruppen sicher. Auf der linken Seite des politischen Spektrums hatte sich zudem ein bestimmter Typ des hauptamtlichen Studentenfunktionärs etabliert, der in der Regel schon aufgrund seines hohen Lebensalters den meist jüngeren und schnell studierenden RCDS-Mitgliedern überlegen war. Zu keiner Zeit bestand daher eine realistische Chance auf schnelle Änderung der Verhältnisse. Zwar bestand keine Alternative zu der 1978 beschlossenen Strategie des „Demokratischen Dialogs“ – vor allem zu Gewaltfreiheit und Verfassungstreue. Dieser Dialog hätte jedoch nur um den Preis der Selbstaufgabe zu Bündnissen mit der Linken geführt – dies wie auch die Selbstaufgabe der Linken stand außer Frage. Nur in einem Teilbereich konnte hier der RCDS 1978 einen Erfolg verzeichnen: Mit rhetorischer Unterstützung des damaligen DGB-Vorsitzenden Vetter und unter der Überschrift „Gewerkschaften: Partner im Dialog, nicht im Klassenkampf“ erreichte man, dass SHB und MSB die Praxis beenden mussten, als „gewerkschaftliche Orientierung“ aufzutreten. Allen Beteiligten war der kommunistische Charakter dieser Listen klar geworden.²⁴³ Nicht durchsetzen konnte sich der RCDS auch mit der erneut 1979 erhobenen Forderung eines Bundesstudentenparlaments, das nach Verhältniswahlrecht gewählt werden sollte.

Erfolgversprechender war 1978 die Konzentration auf Felder, die für den einzelnen Studenten zwar wichtig waren, von weltverbessernden linken Studentenvertretern jedoch außer Acht gelassen wurden. So entwickelte man realistische Gegenpositionen zur Regelstudienzeit, setzte sich erneut für eine ausreichende Ausbildungsförderung ein, wies auf Menschenrechtsverletzungen auch im kommunistischen Machtbereich hin, und machte auf die Probleme behinderter Studenten aufmerksam. Die behindertenpolitischen Anliegen der 29. Bundesdelegiertenversammlung sollten in den achtziger Jahren in die „legendäre“ Behindertenarbeit des Referenten Hans Herbst münden. Auf einem zweiten hochrangig besetzter hochschulpolitischer Kongress im Januar 1979 konnte man sich erneut als Interessenvertreter der Studenten präsentieren. Dieser bildete den Auftakt der RCDS-Kampagne gegen die Zwangsexmatrikulationen bei Überschreitung der Regelstudienzeit. Über 200 Studentenvertreter des RCDS hatten verschiedene Politiker in einem offenen Brief zu einer Kehrtwende in der Hochschulpolitik aufgerufen. Insbesondere der Bundesvorsitzende Eisel machte die Mitarbeit in der „Aktionsgemeinschaft gegen die Regelstudienzeit“ zu einem der Schwerpunkte seiner Amtszeit.

²⁴³ Weberling (1990), S. 136

Diese Bemühungen, wie auch Eigenaktivitäten der Gruppen führten zu einem Zugewinn des RCDS bei den Studentenwahlen 1979/80. Andererseits fehlte mit dem Verfall des SLH an vielen Stellen erneut ein Koalitionspartner. Ein Strategiepapier „Wege aus der Orientierungskrise“, als Leitantrag der 31. Bundesdelegiertenversammlung nur in seiner Intention, nicht in seinem Wortlaut angenommen, sollte dem Verband Ideen für die kommende Dekade und Reformvorschläge liefern. Dabei wurde die Interesselosigkeit der Studenten an der studentischen Selbstverwaltung als Ausdruck einer „Orientierungslosigkeit der jungen Generation“ interpretiert.²⁴⁴ Schließlich wurde das Ende der siebziger Jahre von den Auseinandersetzungen um die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauss überschattet, der in der Vergangenheit nicht als RCDS-Förderer aufgefallen war, und die sich in den Verband hineinzogen.²⁴⁵ Andererseits konnten originelle Aktionen der Gruppen wie die Aufstellung von Wohnwagen in Aachen zur Demonstration studentischer Wohnungsnot (1980), oder die bayrische Kampagne gegen Studiengebühren (1980/81) solche Defizite wieder ausgleichen.

4.3 Exkurs: Erfolge und Misserfolge des RCDS bei Wahlen

Wahlen werden gemeinhin als Indikator politischen Erfolges in der Demokratie angesehen. Das Anfangs skizzierte Bild von den drei Blöcken soll daher anhand einiger Beispiele aufgeschlüsselt werden. Insgesamt ergeben sich drei bedeutende Hochschultypen, an denen der RCDS in den siebziger Jahren präsent und teilweise erfolgreich war. Dies sind zum ersten kleine neu gegründete Hochschulen, für die das Beispiel Ulm steht. Zum anderen sind dies die traditionellen, nach 1969 radikalisierten Universitäten, für die das Beispiel Marburg steht. Zum dritten steht das Beispiel der Universität Frankfurt (Main) für einen Typ der radikalisierten großstädtischen Massenuniversität.

Die medizinisch-naturwissenschaftliche Universität in Ulm wurde 1973 neu gegründet. Auch hier entstand im April 1973 die „Juso-AG an der Uni Ulm/Donau“.²⁴⁶ Daneben existierten an der Universität Ulm die maoistische „Gruppe um den Roten Pfeil“, die bald ihren Namen in „Kommunistische Studentengruppe (KSG)“ änderte, der DKP-nahe „Marxistische Studentenbund Spartakus (MSB Spartakus)“, der sich bei Wahlen häufig als „Gewerkschaftlich Orientierte Liste (GOL)“ bezeichnete, und der RCDS, der von den Jusos in Ulm auf die folgende Weise charakterisiert wurde: „Auf dem rechten Flügel der Ulmer Studierendenschaft bildete sich einige Zeit später der CDU-nahe „Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS)“. Dieser konservative Hochschulring wirkte in seinen ersten Jahren gegenüber Uni-Leitung und Landesregierung angepasst und wurde von Karrieristen geführt, die sich durch ihre Hetztiraden gegen alles Linke profilieren wollten. Nach Meinung dieser Gruppe ging beispielsweise die „Volksfront an den Hochschulen“ vom linksliberalen LHV, über die Juso-HSG bis zum MSB Spartakus und anderen Kommunisten. Vollversammlungen sah der RCDS als „Diktatur einer Minderheit“ an und lehnte kategorisch das Imperative Mandat, also die Bindung studentischer Vertreter an Basis-Beschlüsse, und das Politische Mandat, d. h. die unbeschränkte Darstellung studentischer Politik im gesellschaftlichen Kontext, ab.“²⁴⁷

Sitzverteilung im Studentenparlament der Universität Ulm ab 1973²⁴⁸

	1973	1974	1975 I	1975 II	1976	1977
KSG (GDL) (FUN)	5		3			
MSB/GOL	4	4 (18,9%)	7		2 (11,9 %)	2 (11,2 %)
Juso HSG (Gemeinsame)	1	7 (35,9%)	6		4 (18,1 %)	5 (25,0 %)

²⁴⁴ so Stefan Dingerkus im Vorwort des genannten Papiers im Mai 1980.

²⁴⁵ Weberling (1990), S. 142f.

²⁴⁶ Vgl. Witt, Bernhard: 20 Jahre Juso-HSG Ulm (Teil 2), in: Homepage der Juso-HSG Ulm, Mai 2001

²⁴⁷ Witt, Bernhard: 20 Jahre Juso-HSG Ulm (Teil 2), in: Homepage der Juso-HSG Ulm, Mai 2001

²⁴⁸ nach Witt, a. a. O. Die AStA-Koalition ist jeweils fett gedruckt.

Demokratische Linke ab 1977)						
Linke Unabhängige (GDL)	6		4		3 (16,3 %)	
Judos Rechte Unabhängige	1			2		
UNI, Liberale Aktion						2 (9,3 %)
AS/SLH		3 (16,%)		5	5 (20,9%)	7 (30,2 %)
RCDS	3	6 (28,7%)		10	7 (32,7%)	5 (24,2 %)
gesamt	20	20	20	17	21	21
Wahlbeteiligung (%)	53	46,5	35,6	12,6	62,3	56,8

Koalitionspartner des RCDS war hier vor allem die „Alternative Sachlichkeit (AS)“, die ab 1976 unter dem Namen „Sozialliberaler Hochschulverband (SLH)“ firmierte. Der SLH propagierte den „Sozialliberalismus“ als eigenständige Theorieform und „Weiterentwicklung sowohl des Liberalismus als auch des Sozialismus“. Die AS wehrte sich als Dauerkoalitionspartner des RCDS gegen das Imperative Mandat, setzte sich jedoch. Das unabhängige Spektrum war in Ulm weit gefächert. Um 1973 bildete es die stärkste Gruppe und umfasste vor allem Fachschafts-Engagierte, die sich keiner HSG anschließen wollten, sowie so genannte „Spontis“. Die gemäßigte „Unabhängige Initiative“ (UNI) trat nur 1975 an und koalierte mit dem RCDS, ebenso die Nachfolgeliste Liberale Aktion. 1974 kandidierte RCDS und AS zusammen gegen ein Bündnis aus Juso-HSG, KSG und MSB zu den AStA-Wahlen. Das Links-Bündnis war zustande gekommen, obwohl kurz zuvor der MSB-AStA über den Misstrauensantrag von KSG und Jusos gestürzt war. Der Grund für die Einigung war nach rückschauender Darstellung von Heiner Lempp (Juso-HSG): „Es war uns allen klar, dass wir einen rechten AStA verhindern wollten und es noch mal durch eine 3er Koalition zu einem linken AStA kommen kann“. Dieser „Volksfront-AStA mit den Jusos als Steigbügelhalter der Kommunisten“ (RCDS-Zitat) erhielt 57 %.

Im selben Jahr wurde die Direktwahl durch ein Votum des Studentenparlaments ersetzt. Nächster Streitpunkt war die Wahlordnung. Obzwar der Vorschlag von KSG und Juso-HSG in einer Urabstimmung knapp das erforderliche Quorum verfehlte, wurde zunächst im offenen Gegensatz der vom Rektor erlassenen Wahlordnung das Studentenparlament gewählt. RCDS und AS beteiligten sich nicht an dieser „illegalen Privatwahl“, weshalb nur 33 % der Studenten ihre Stimme abgaben - deutlich weniger als in den Jahren zuvor. Dies war der Juso-HSG zu wenig, weshalb sie sich kurz darauf der SP-Wahl gemäß dem „Wahlordnungsdiktat des Rektors“ (KSG-Zitat) stellte. Als einzige Gruppierung boykottierte die KSG diese Wahl. Bei den darauf folgenden Wahlen stand es 9 zu 11 für die linken Listen. Als Oppositionsfraktion bekämpfte der RCDS allgemeinpolitische Resolutionen aller Art. Im Zusammenhang mit einer solchen Resolution verließen beide bürgerliche Fraktionen im Dezember 1974 den Sitzungsraum.

Eine 1975 in Urabstimmung angenommene Satzung stand im bewussten Gegensatz zum 1973 novellierten Landeshochschulgesetz. Der RCDS und sein Koalitionspartner weigerten sich deshalb, diesen Urabstimmungsbeschluss anzuerkennen, weshalb 1975 zwei Studentenparlamentswahlen abgehalten wurden. Damit existierten ein „Satzungs-SP“, zu welchem ausschließlich linke Gruppen antraten (und das die höhere Wahlbeteiligung hatte) und das von RCDS und AS getragene „Rektor-SP“. Daraufhin wurde im Rahmen einer einstweiligen Verfügung den illegalen linken Vertretern untersagt, die Amtsgeschäfte aufzunehmen. Somit mussten sich diese als „Studentenvertretung“ (SV) mit einem „Geschäftsführenden Ausschuss“ anstelle eines AStAs konstituieren. Damit isolierten sich jedoch die Linken von den Studenten. „Gefrustet beschloss die SV am 11.06.75 schließlich mit knapper Mehrheit ihre Selbstaflösung.“²⁴⁹

²⁴⁹ Vgl. Witt, Bernhard: 20 Jahre Juso-HSG Ulm (Teil 2), in: Homepage der Juso-HSG Ulm, Mai 2001

Die bürgerliche Koalition hatte offensichtlich gute Arbeit geleistet und wurde mit einem Wahlergebnis von 53,6 Prozent honoriert. Mit einer stabilen Mehrheit konnten unter anderem neue Satzungen beschließen und die Abläufe formalisieren. „Dies löste natürlich den Protest der oppositionellen Gruppen aus, welche nunmehr im April 76 aus dem SP auszogen.“ Obwohl es zu Meinungsverschiedenheiten der Koalitionspartner kam, wurden beide Listen 1977 mit leichten Gewinnen wieder gewählt. Allerdings hatte der RCDS zwei Sitze an den SLH abgeben müssen, was einer linken Kampagne gegen das konservative Universitätsverständnis des vom RCDS gesellten AStA-Vorsitzenden geschuldet war.

Wie die Universität Ulm ein Beispiel für die Neugründungen der sechziger und siebziger Jahre darstellt, steht die Universität Marburg für die mittelstädtischen Traditionsuniversitäten.²⁵⁰ Hier wurde 1970 der RCDS-AStA einer Gruselkoalition aus Marxistischem Studentenbund (MSB) Spartakus und Sozialistischem Hochschulbund (SHB) abgelöst die von Mai 1970 bis Juni 1980 über parlamentarische Mehrheiten verfügte. Beide Gruppen konnten eine Dekade lang den AStA bilden - von 1976-1979 mit Unterstützung der neu gegründeten Juso-Hochschulgruppe und des Hochschulverbands der Jungdemokraten. Der MSB Spartakus war aus dem in Marburg besonders starken „traditionalistischen“ Flügel des SDS hervorgegangen und stand in enger Verbindung zur DKP.

Sitzverteilung im Studentenparlament der Universität Marburg 1970-1981²⁵¹

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Maoisten etc.			3	6	5	7	3		6			
SDS, MSB	10	14	11	13	12	12	12	9	6	9	6	7
SHB	18	17	12	9	10	9	8	6	3	6	4	4
Spontis, Grüne									10	6	11	14
Juso-HSG							7	7	8	10	8	5
Jungdemokraten			5	5	5	5	3					1
Liberale, SLH				3	4	3	3	3	4	6	4	3
Unabhängige	1											
RCDS	11	9	9	4	4	4	4	5	7	9	7	6
gesamt	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40
Wahlbeteiligung %	54	40	55	48	49	39	40	39	58	38	37	38

Im Studentenparlament und im AStA verfolgten MSB und SHB eine Politik der „Gewerkschaftlichen Orientierung“ (GO): Für die studentische Interessenvertretung sollte der soziale Interessenkampf der Gewerkschaften als Vorbild dienen. Gesellschaftstheoretischer Hintergrund der neuen Strategie war die Vorstellung, dass sich die Interessen einer wachsenden Mehrheit der Studierenden an die der Arbeiterklasse annäherten. „Die hochschulpolitische Arbeit von MSB und SHB war zwar von der Theorie des Marxismus-Leninismus abgeleitet, in der Praxis aber war die Arbeit der Studentenschaftsorgane recht eng auf die unmittelbaren sozialen Belange der Studierenden bezogen. Im Mittelpunkt der „gewerkschaftlich orientierten“ Politik des Studentenparlaments in den 70er Jahren standen Beschlüsse zu „Massenkämpfen“ der Studentenschaft wie etwa der „Marburger Sozialkampf“ 1973 gegen die Erhöhung der studentischen Sozialbeiträge von 73,- auf 104,50 DM oder der Teilnahme am bundesweiten Sternmarsch gegen BAföG-Kürzungen 1974.“²⁵² Erst 1980 gelang einer anderen Strömung der Durchbruch: 1979 wurde erstmals ein Vertreter der „Spontis“ Parlamentspräsident. 1980 trat die Grün-Bunt-Alternative Liste (GBAL) zur Parlamentswahl an und wurde mit 11 von 40 Parlamentssitzen auf Anhieb stärkste Fraktion (bis 1989).²⁵³ Vor

²⁵⁰ Keller, Andreas: Das Marburger Studentenparlament 1964-1997, in: alma mater philippina, Ausgabe Sommersemester 1997, S. 8-12.

²⁵¹ nach Keller (1997), a. a. O.

²⁵² Keller (1994), a. a. O.

²⁵³ Keller, Andreas: Das Marburger Studentenparlament 1964-1997, in: alma mater philippina, Ausgabe Sommersemester 1997, S. 8-12.

diesem Hintergrund war es für den RCDS sicherlich einfacher, in Ulm christlich-demokratische Hochschulpolitik zu betreiben.

Auch in Frankfurt als drittem Beispiel konnte der RCDS/Kritische Union seine Ergebnisse stetig verbessern: Hatte man 1974 noch 14,4 Prozent erreicht, waren es bei den Konventwahlen im gleichen Jahr 21 Prozent, womit man die Wahl des Rektors beeinflussen konnte, und auch 1980 und 1981 lagen die Wahlergebnisse deutlich über 20 Prozent. Dazu beigetragen hatten verstärkte Aktivitäten im Servicebereich und in der Hochschulpolitik wie auch Veranstaltung mit Unionspolitikern, die regelmäßig von randalierenden Linken gestürmt wurden („mit Fahrradketten, Stuhlbeinen und Mikrofonstangen“).²⁵⁴ Weitere Hochburgen des RCDS waren Würzburg und Regensburg, wo es immer wieder zu bürgerlichen ASten beziehungsweise Sprecherräten kam. In Würzburg hatte der RCDS schon 1968 den AStA-Vorsitzenden stellen können, war 1974 am Übergangssprecherrat beteiligt und stellte bis 1977 den Sprecherrat. In Regensburg stellte man 1973 die stärkste Fraktion im Studentenparlament mit 9 von 27 Sitzen (etwa 33 %). 1975, 1977 und 1979 siegte der RCDS erneut und stellte den Sprecherratsvorsitzenden.²⁵⁵

Nach den eigenen Ermittlungen des RCDS konnte der Verband die bundesweite Zahl seiner Mandate von etwa 100 beim Amtsantritt von Gerd Langguth auf über 400 (18,9 Prozent der Stimmen) im Jahre 1976 steigern. Damit repräsentierte der Verband etwa ein Viertel der deutschen Studenten und war an etwa 14 ASten beteiligt.²⁵⁶ Die Meinungsforscher ermittelten für den RCDS insgesamt folgende Prozentzahlen: Am Ende der siebziger Jahre kannten immerhin 30 Prozent der Studenten den RCDS (40 Prozent Jusos-HSG). 15 Prozent bezeichneten sich als dem RCDS nahe stehend (8 Prozent Jusos-HSG), was die Zahl der studentischen CDU-Wähler um zwei Prozent übersteigt. Schließlich bezeichneten sich 1,2 Prozent als Mitglieder des RCDS. Danach hätte der RCDS 1979/80 etwa 10.000 Mitglieder gehabt.²⁵⁷ In einer ZUMA-Umfrage von 1976 in 18 Hochschulen kannten 74,7 Prozent den RCDS, unterstützten ihn 17,2 Prozent der Studenten und 21,3 Prozent sprachen sich für die CDU aus.²⁵⁸ In einer Untersuchung von fünf Hochschulen mit hoher RCDS-Aktivität im Juni/Juli 1979 fallen diese Werte ähnlich aus: Hier war der RCDS aufgrund der Präsenz bei 96,8 Prozent bekannt. Während 17 Prozent der befragten studentischen Wähler angeben, bei Bundestagswahlen CDU/CSU wählen zu wollen, erreicht der RCDS 11,9 Prozent Zustimmung. Zusammen mit seinen beiden einzigen potentiellen Koalitionspartnern (SLH 8,8 Prozent, LHV 14,5 Prozent) lag der RCDS demnach bei 35,2 Prozent. Zum Vergleich: Grüne und Alternative erreichten nach dieser Umfrage 31,4 Prozent. Es zeigte sich auch, dass die Wahlbeteiligung in den Hochschulen wenig Einfluss auf das RCDS-Ergebnis hatte: Während die Wahlbeteiligung in Hamburg bei 79 Prozent lag, war lag der Anteil des RCDS bei nur 7,6 Prozent. In Bonn waren die Wahlergebnisse noch höher (88,1 Prozent). Der Anteil des RCDS und der Liberalen Aktion lag bei 52 Prozent. Beide stellten den AStA.²⁵⁹

Eine abschließende Frage, die sich den Autoren während der Recherche stellte, ist der Einfluss der ostdeutschen Staatssicherheit auf die Verhältnisse im RCDS. Die Durchsicht der bisher aufgefundenen Akten über den RCDS lässt hierzu bisher folgende Aufschlüsse zu. Seit den Weltjugendfestspielen in Wien 1959 wurde der RCDS in die Observation der westdeutschen politischen Organisationen einbezogen („Operation Freundschaft“). Seit 1968 nahm die Intensität der Beobachtung zu, seit 1970 nahm sie wieder ab. So berichtete ein IM „Hans Peter“ über die Verhältnisse der Gruppe TU Berlin (1970). Interessant waren dabei die Themen Ostkontakte und Wiedervereinigung. Besonders die Berliner Gruppen wiesen in ihren Reihen IMs auf, daneben kurzzeitig Heidelberg und Göttingen (1976). Gerade die „progressiven“ Berliner

²⁵⁴ RCDS Frankfurt (1992), S. 38ff.

²⁵⁵ Hoffmann, Markus: Uni Regensburg, in: RCDS Bayern (2000), S. 132f; Ufer, Eric: Uni Würzburg, in: ebd., S. 138f.

²⁵⁶ Vgl. SZ, 21.11.1975, Münchner Merkur, 10.2.1976

²⁵⁷ Jaide/Veen (1989), S. 201f.

²⁵⁸ Münchner Merkur, 10.2.1976

²⁵⁹ Vgl. Krause u.a. (1980), S. 2, 221, 227, 230f; Die Hochschulen waren FU Berlin, Frankfurt (Main), Bonn, Heidelberg, Uni Hamburg. Der RCDS wird teilweise als „die Konservativen“ bezeichnet.

Gruppen waren es, die Anfang der siebziger Jahre die negative Einstellung des Gesamtverbandes zur „DDR“ unterminierten. Eine Kampagne des Jahres 1977, die von einer Fachschaft der TU gegen den RCDS geführt wurde, kann aufgrund ihrer Auswertung durch den Staatssicherheitsdienst als von dieser Behörde gesteuert eingeschätzt werden. In den siebziger Jahren interessierte jedoch vor allem der Bundesverband. Hier interessierte vor allem die Finanzierung. Die Struktur der durch die Staatssicherheit ausgewerteten Akten deutet wiederum daraufhin, dass Informationen eigener Spione an den linken „Berliner Extradienst“ und den MSB weitergeleitet wurden. Der Autor des 1981 erschienenen „Anti-RCDS-Buchs“ Bernd Gäbler (heute bei „Die Woche“ und WDR) war 1975 Präsident des Marburger Studentenparlaments, als hier eine MSB/SHB-Koalition die Mehrheit hatte. Es enthält zahlreiche Informationen, deren möglicher Ursprung in der Auslandsspionage der Staatssicherheit zu suchen ist. Zumindest die Schwerpunkte dieses Machwerkes entsprechen den Schwerpunkten der „RCDS-Akte“ im Archiv für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes.

5. Opposition, Regierung, Revolution: Die achtziger Jahre

5.1 Von der „Alternative zur reaktionären Linken“ zur „Regierungsjugend“

Als 1989 die deutsche Einigung vollendet wurde²⁶⁰, endete auch für den RCDS eine Periode der Neu- und Selbstdefinition. Mit dem Leitantrag zur Bundesdelegiertenversammlung 1991 schloss er diese Phase der Entwicklung ab. Mit dem Jahr 1989 neigte sich in den Universitäten auch ein Politikstil der direkten Konfrontation dem Ende entgegen. Mit ihm verschwanden alte Themen und ihre Deutungen. Neue Konfliktfelder entstanden. Altes und Neues, Moderne und Postmoderne, hatten jedoch eines gemein: Sie wurden an der Sollbruchstelle Deutsche Einheit geprüft. Dabei erkannte besonders die politische Linke, dass ihr politischer Entwurf einer neuen Orientierung bedurfte. Zeitgleich mit dem Beginn der neuen Dekade tauchte ein neues Phänomen in der deutschen Studentenpolitik auf: Die so genannten „Basisgruppen“, auch „Spontis“ genannt, die sich in ihrer Organisationsform als neue Herausforderung für die etablierten Hochschulgruppen präsentierten. Diese neue „spontaneistische“ Studentenbewegung setzte seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre „anstelle von zentral gesteuerten „Massenaktionen“ auf dezentrale Aktionsformen, anstelle eines dogmatischen Marxismus auf undogmatische Politik „in erster Person“.“²⁶¹ Zudem trugen sie die Atmosphäre der Unstetigkeit, die sich in den siebziger Jahren gebildet hatte, in die achtziger Jahre hinüber²⁶². So versammelten sich 1978 etwa 20000 junge Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet unter dem Motto „TUNIX“ in Berlin und „verkündeten diffus den Beginn einer neuen offensiven Bewegung in der Bundesrepublik. Die ‚Ausreise aus dem Modell Deutschland‘ (so der Aufruf von TUNIX) hatte bereits lange vorher stillschweigend eingesetzt“²⁶³.

Die Basisgruppen wollten der „Politik von oben“ eine basisdemokratische Politik entgegensetzen. Basisdemokratie hieß für sie: „Die Basis sind die Menschen, die an der Wirklichkeit leiden“²⁶⁴. So beanspruchten auch alle Basisgruppen ein allgemeinpolitisches Mandat für eine „Demokratie durch alle“ und einen „Freiraum Hochschule“. Ihre Aktionsformen reichten vom Politischen Widerstand, über zivilen Ungehorsam bis zu konkreten Einzelkritikpunkten. Da ihr Ausgangspunkt die Kritik an der Demokratie war, die den „Nährboden gab für die Entstehung des Faschismus“, verbanden sie auch gesellschaftliche und technische Entwicklungen damit. Die Basisgruppen standen unter dem Eindruck, dass eine verstärkten staatlichen Repression gegen Widerstände in der Gesellschaft bereits eine Rückkehr des Faschismus in Deutschland andeute.²⁶⁵ Daher waren auch der neue computerlesbare Personalausweis, die Verkabelung und die neuen Medien Wege in einen totalen Überwachungsstaat. Auch die „kapitalistische Hochschulreform“ bestehend aus HRG und Regelstudienzeit müsse bekämpft werden.

Gerade die Beteiligung der Basisgruppen an den ASten stellte sich als große Herausforderung für den RCDS dar. Zählte man 1976 nur 5 mitwirkende Basisgruppen in der studentischen Selbstverwaltung entwickelten sich ihre Zahl bis 1982 auf 21.²⁶⁶ Zwar offenbarten sich einige Mängel²⁶⁷ in der Struktur, doch trotz dieser Grenzen der Aktionsfähigkeit, besaßen „die Basisgruppen bundesweit doch beachtliche Organisationsstrukturen.“²⁶⁸ Dies zeigte sich in der Kooperation mit den Grünen, denen sie Foren in den Hochschulen boten, und in ihrer gegenseitigen engen personellen und inhaltlichen Verknüpfung. Beson-

²⁶⁰ Vgl. Protokoll der 44.o.Bundesdelegiertenversammlung 1991, Leitantrag.

²⁶¹ Keller (1997), a. a. O.

²⁶² „Fasst man ... zusammen, so ist z. B. bei den Basisgruppen in Braunschweig, Darmstadt, Gießen und Tübingen eine Kontinuität bis zur Studentenrevolte feststellbar.“, in: Weberling (1984), S. 25.

²⁶³ ebenda, S. 15.

²⁶⁴ Wahlprogramm der LUST- Bonn, Jan. 1984, so zitiert in: Weberling (1984), S. 36.

²⁶⁵ ebenda, S. 48.

²⁶⁶ 1976 (5 Beteiligungen), 1977 (9), 1978 (10), 1979 (12), 1980 (13), 1981 (18), 1982 (21), 1983 (20).

²⁶⁷ Ihre Organisation war spontaneistisch. Dies führte manchmal zu deutlichen organisatorischen Schwierigkeiten.

²⁶⁸ Weberling (1984), S. 31.

ders auch durch die indirekte Möglichkeit Informationen in der neugegründeten „tageszeitung (taz)“ zu verbreiten, traten die Basisgruppen in direkte Konkurrenz zum RCDS. Das neue Phänomen der Basisgruppen traf den RCDS in einer schwierigen Phase der Umstrukturierung. Einhergehend mit dem Anstieg der AStA-Beteiligung der Basisgruppen waren die Resultate des RCDS gesunken. Besonders der Verlust des AStA in der Bundeshauptstadt Bonn im Wintersemester 1980/81 stach heraus. Neben der internen Situation des RCDS lässt sich die Entwicklung am Niedergang des potentiellen Koalitionspartners SLH festmachen²⁶⁹.

So wurde 1979 in Marburg mit dem späteren grünen Landtagsabgeordneten Frank Schwalba-Hoth von der Linken Liste erstmals ein Vertreter der „Spontis“ Präsident des Studentenparlaments. In Verbindung mit der grün-alternativen Wahlbewegung gelang den „spontaneistischen“ Studierenden wenig später der Durchbruch: 1980 trat die Grün-Bunt-Alternative Liste (GBAL) zur Parlamentswahl an, wurde mit 11 von 40 Parlamentssitzen sofort stärkste Fraktion und verlor diese Position erst 1989 wieder. Gemeinsam mit der Juso-Hochschulgruppe, von 1985 an mit weiteren linken Gruppen, konnte die GBAL in Marburg in den gesamten achtziger Jahre den AStA stellen. Die Grün-Bunten strebten eine intensive Zusammenarbeit der Studentenschaft mit außeruniversitären sozialen Bewegungen an. Deren Anliegen wurden in neuen AStA-Referaten wie „Ökologie“ oder „Antirepression“ bearbeitet, deren Einrichtung das Studentenparlament beschloss.²⁷⁰

1981 erschien das von einigen Genossen des MSB Spartakus geschriebene Buch „RCDS. Eine Offenbarung - Das Anti-RCDS-Buch“: „Darin fand der aufmerksame Leser Anleitungen für die Arbeit gegen den reaktionären RCDS, dem klugen Leser wurde aber schon sehr bald klar, dass der Verfasser die darin aufgeführten Anschuldigungen selbst in Perfektion betrieb: Ideologiegebundenheit, Diskussionsunfähigkeit, Obrigkeitshörigkeit, antidemokratisches Verhalten usw.“²⁷¹

Das neue Bundesvorstandsteam startete in das dreißigste Jahr des Bundesverbandes mit der Zielstellung, die Meinungsführerschaft über Themen an den Hochschulen zu erlangen. Die Idee war, einerseits durch Arbeit, Auftreten und Aussagen Mehrheit der Jugendlichen vom Sinn und der Notwendigkeit für das Engagement für die freiheitliche Grundordnung zu überzeugen. Andererseits sollte die CDU als unabhängiger Studentenverband immer wieder auf die grundwertbezogene und langfristig orientierte Politik ansprechen. Im Kontrast zur der bestehenden Spannungslage zwischen dem Erstarken der Basisgruppen auf der einen Seite und dem angespannten Verhältnis zur Union auf der anderen Seite, schien diese Strategie an zwei wichtigen Punkten anzusetzen. Dazu intensivierte man die inhaltliche Debatte durch eine außerordentlichen Bundesdelegiertenversammlung und erhöhte die Aktionen.

Das Erlangen der Meinungsführerschaft an den Hochschulen stellte sich als kompliziert heraus und konnte nur in der langfristigen Perspektive ein überzeugendes Konzept darstellen. Nach den allgemeinpolitischen Kämpfen der siebziger Jahre zeigte der rapide Anstieg der Studentenzahlen in den Hochschulen seine Wirkung (1980: 800.000; 1984: 1,3 Mio.).²⁷² Mit dem Öffnungsbeschluss und dem ersten HRG standen die Hochschulen vor der Situation, mit ähnlichem finanziellen Mitteln das dreifache Aufkommen an Studenten zu meistern. Dies eröffnete konkrete dringende Probleme für die Studenten und deren Interessenvertretungen.

²⁶⁹ Der Sozialliberale Hochschulverband (SLH) propagierte den „Sozialliberalismus“ als eigenständige Theorieform. Er war Dauerkoalitionspartner des RCDS an den Hochschulen (Vgl. Uni Ulm).

²⁷⁰ Keller (1997), a. a. O.

²⁷¹ Weber/ Regorz (1992), S. 20. Einer der Verfasser dieses Buches über „die Strichjungen der bürgerlichen Klassenjustiz“ ist heute Chefredakteur bei der Wochenzeitung „Die Woche“ ist.

²⁷² Vgl. Golücke (1987), S. 433.

Der RCDS reagierte darauf in mit einer Aktion, die die studentischen Wohnraumsituation thematisierte. Im Wintersemester 1980/81 hatte eine latente Wohnungsnot eingesetzt. Der RCDS stellte dazu einen Maßnahmenkatalog vor. Der Einsatz führte im Sommer 1981 dazu, dass vier Ministerpräsidenten und der Präsident des Deutschen Städtetages einen Aufruf des RCDS an die Bevölkerung mittrugen, die Studenten bei der Wohnraumsuche zu unterstützen.

Für den RCDS spielte neben dem Hauptthema Ausbildungsförderung, dass mit einer Kampagne im Wintersemester 1980/81 verbunden in dem Leitantrag „Bildung sichert Zukunft“ mündete, besonders die eigene Selbstdefinition eine wichtige Rolle. Die seit der Gründung des Verbandes bestehende positive Spannungslage im Verhältnis zur Union hatte im Gefolge der Kanzlerkandidatur Franz Josef Strauss´ zu einer angespannten Situation geführt, die innerverbandlich fortwirkte.²⁷³ Der CDU- Generalsekretär Geißler fasste dieses Verhältnis - sicherlich auch in Anspielung auf den Bundestagswahlkampf 1980- anlässlich des dreißigsten RCDS Jubiläum wie folgt zusammen: „Manchem mag die eine oder andere politische Aussage des RCDS oder einzelner Hochschulgruppen des RCDS nicht gefallen. Aber dem RCDS gefällt auch nicht alles, was in der CDU gesagt wird.“²⁷⁴

Ein weiteres wichtiges Feld des RCDS-Engagement war die Menschenrechtsarbeit. Dies fand Anfang der achtziger Jahre neben der Unterstützung für Kambodscha und die Demokratie in Malta besonders in dem Einsatz für die polnischen Studenten ihren Ausdruck. Im Dezember 1981 wurde in Polen das Kriegsrecht ausgerufen. Der RCDS reagierte darauf mit der Unterstützung für den studentischen NZS. Dieser Verband war der studentische Ableger der Gewerkschaft Solidarnosc. Im Januar 1982 gründet man das „Komitee Solidarität mit dem polnischen Volk“. Auch eine Demonstration am 9. Mai 1982 signalisierte die Unterstützung. Wenn die Mittel eines Studentenverbandes immer nur beschränkt bleiben können, so begründete dieser spontane und bedingungslose Einsatz für die polnischen Studenten eine lange Freundschaft zwischen dem RCDS und dem NZS.

Unter diesem Eindruck der polnischen Entwicklungen bestimmte der Verband auf der 34. Bundesdelegiertenversammlung vom 5. bis 7. März 1982 in München „Freiheit“ als Thema für das Sommersemester 1982. In so genannten „Freiheitswochen“ und mit der Unterstützung eines EDS-Minibusses, der im Mai durch Europa tourte, ergriff man Partei. Den Höhepunkt dieser Aktivitäten stellte die erstmals veranstaltete Ferienakademie des Bundesverbandes in Kooperation mit dem Landesverband Bayern statt. Unter dem Leitthema der Einigung Europas diskutierte u.a. mit dem Bundesverband der Jüdischen Studenten in Deutschland (BJSJ).

5.2 Der Regierungswechsel und die Folgen

Die nach dem Sommer folgenden Wochen sollten den RCDS in eine Situation führen, auf dessen Entwicklung er nur unzureichend vorbereitet war. Mit Kündigung der Koalition durch die FDP und der Wahl Helmut Kohls zum sechsten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland entstand 1982 für die christlich-demokratische Bewegung eine neue Situation. Hatten gerade im Zuge der Neuausrichtung der CDU Mitte der siebziger Jahre viele RCDSler eine entscheidende Rolle gespielt²⁷⁵, so wurde der RCDS vom Regierungswechsel überrascht.

²⁷³ Der RCDS-Bundesverband hatte zu erst für eine abermalige Kandidatur Helmut Kohl votiert und schwenkte dann auf die Unterstützung Ernst Albrechts um. Nach der Nominierung von Strauss distanzieren sich einige RCDS- Gruppen in Norddeutschland und NRW von der Union. zur bayrischen Sicht, Vgl. Hermann, Joachim, in: RCDS Bayern (2000), S. 57.

²⁷⁴ Vgl. den Reader „30 Jahre RCDS- 30 Jahre Einsatz für Meinungpluralismus, Studentische Interessenvertretung, Menschenrechte überall“, S. 51.

²⁷⁵ Interessant ist hierfür ein Artikel der Bonner Rundschau, der sich bereits 1985 unter der Schlagzeile: „Sprungbrett für hoffnungsvolle Politiker“ mit den personellen Verflechtungen zwischen RCDS und CDU auseinandersetzt. 17.7.1985.

Die Chance an der apostrophierten „geistig-moralischen Wende“ mitzuwirken und ihre wissenschaftliche Untermauerung zu unterstützen, sollte in der gesamten Zeit der Regierung Kohl eine unbewusst-wichtige Rolle für den RCDS spielen. Die Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner an den Hochschulen, die theoretische Entzauberung des gewaltsamen Widerstandsrechts und die ethische Verknüpfung eines pragmatischen Regierungsstils mit den Grundsätzen christlicher Ethikvorstellungen wurden Aufgaben, zu denen sich der RCDS im Laufe der ersten Regierungsjahre mit zeitlicher Verzögerung zuwandte.

Dass sich der RCDS in der Wahrnehmung der Studenten im Laufe der christlich-demokratischen Regierungsjahre zur studentischen Regierungsjugend entwickelte, erschwerte manche Debatte und Darlegung des eigenen Standpunktes unter den Studenten, da man immer wieder mit den Vorschlägen der Regierung konfrontiert wurde. Von diesen Schwierigkeiten spürte der RCDS auf seiner 35. Bundesdelegiertenversammlung im März 1983 in Bonn noch nichts. Fünf Tage nach der Bundestagswahl war die Euphorie unter den RCDSlern groß. Man erhoffte sich mehr Einfluss- und Mitsprachemöglichkeiten in der bundesdeutschen Bildungspolitik. So verabschiedete man auch das Hambacher Modell zur Ausbildungsförderung. Nachdem zum 1. Oktober 1982 der Regierungswechsel vollzogen war, traten neben der „Sofortmaßnahme Wohnungsbau“ besonders das wichtige politische Projekte der Ausbildungsförderung in den für den RCDS in den Vordergrund.

Der Verband hatte auf die neuen Herausforderungen einer sich wandelnden Bildungs- und Hochschullandschaft mit der Neuformulierung seiner bildungspolitischen Grundsätze bereits im Sommer 1981 in einer inhaltlichen Form reagiert. Der Leitantrag „16 Düsseldorfer Thesen des RCDS zur Bildungspolitik in den achtziger Jahre“ wurde auf der außerordentlichen Bundesdelegiertenversammlung in Düsseldorf beschlossen. Tags zuvor beging der RCDS ein besonderes Ereignis. Unter den Augen von zahlreichen Gästen gratulierten der spätere Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Rainer Barzel dem Verband zum 30jährigen Bestehen. Die Feier stand unter dem Motto: „30 Jahre RCDS- 30 Jahre Einsatz für Meinungspluralismus, studentische Interessenvertretung und Menschenrechte überall“.

Die Ringen um die zukünftige Bildungspolitik der neuen Regierung setzte bereits bei der Debatte um die Frage der Studiengebühren ein. Der RCDS engagierte sich entschieden gegen die Einführung. Diese Grundsatzfrage wurde auf dem CDU Parteitag Ende Mai durch einen RCDS- gestützten Antrag mit großer Mehrheit zugunsten des Verbandes entschieden. Damit konnte man einen ersten wichtigen Erfolg in der Arbeit erringen. Allerdings blieb die Frage der Studiengebühren bis 1990 eine dauerhaft aktuelle.

Die einsetzende Debatte um den Nato-Doppelbeschluss zog auch den RCDS in die Diskussion über das Widerstandsrecht und die Argumente der so genannten Friedensbewegung. Die aktive Auseinandersetzung des RCDS begann auf dessen zweiter Teilnahme am Evangelischen Kirchentag²⁷⁶ in Hannover im Juni 1983. Unter dem Motto „Ja des Christen zum NATO Doppelbeschluss“ kam es zu hitzigen Debatten, die sich auch im Zuge des Wintersemesters fortsetzten. Der Bundesvorstand bot den Gruppen dafür unterschiedliche Materialien zur Argumentation an.

Die Auseinandersetzung um den Nato-Doppelbeschluss gestaltete sich schwierig, weil besonders die sich als moralische Regierung fühlende Linke vom Recht der Straße Gebrauch machte. Um so weniger verwunderte es, das die bundesdeutsche Friedensbewegung und die 300 000 Teilnehmer starke Bonner Friedensdemonstration von den „ganzen Mumien aus der DKP- Kulturszene“²⁷⁷ initiiert und organisatorisch beherrscht wurde. Es waren „so viel Leute dabei, die im Grunde nur für die Abrüstung im Westen sind, aber der Meinung sind, dass dieselben Waffen im Osten für den Frieden da sind, für die Menschheit, für

²⁷⁶ Die erste Teilnahme des RCDS fand zwei Jahre vorher statt.

²⁷⁷ So Wolf Biermann in einem Interview, in: Die Welt v. 1.10.1982.

den Humanismus, für die Rettung des Sozialismus.“²⁷⁸ Damit wies Biermann auf einen wichtige Punkt der Argumentation der Friedensbewegung hin: die Aufgabe der Deutschen Einheit.²⁷⁹

Der RCDS beantwortete für sich die Frage mit einem von der Bundesfachtagung Geisteswissenschaften formulierten Antrag „Deutschlandpolitik der Zukunft“. Im Zusammenhang mit dem 30. Jahrestag des Aufstandes vom 17. Juni 1953 entstanden so die Leitlinien einer aktiven Deutschlandpolitik. Dieses Papier, das später als Hauptantrag auf der 36. Bundesdelegiertenversammlung verabschiedet wurde, enthielt die vier zentralen Aussagen des Fortbestandes des Völkerrechtssubjektes Deutsches Reiches in den Grenzen von 1937, den Gewaltverzicht in Europa, die gesamtdeutsche Solidarität und einen demokratischen Patriotismus jenseits von nationalem Chauvinismus. Damit korrigierte man eine zwar vergessene, aber anders lautende Beschlusslage Ende der sechziger Jahre.

Dies war der inhaltliche Ausgangspunkt einer Debatte des RCDS, die der ehemalige Bundesvorsitzende Heckelmann 1985 wie folgt umschrieb: „Für die Union brechen schwere Zeiten an, die sie nur dann bestehen kann, wenn sie den Linken nicht die deutsche Geschichte alleine überlässt, der falschen Legendenbildung durch eine ihrerseits offensive Diskussion frühzeitig entgegenwirkt, wieder ein schlüssiges Konzept zur Deutschland- und Ostpolitik entwickelt und die Gefährlichkeit der Strategie „Frieden und Sicherheit durch Einheit“ aufzeigt.“²⁸⁰

5.3 Neue Wege in der Hochschulpolitik

Nach der Formulierung der bildungspolitischen Grundsätze war es das Vorhaben des auf der 35. Bundesdelegiertenversammlung gewählten Bundesvorstandes, diese Vorstellungen mit einem hochschulpolitischen Programm zu komplettieren. Diese Ankündigung musste aus Mangel eines kompletten Papiers auf der 36. Bundesdelegiertenversammlung vertagt werden. Anstelle dessen wurden neben dem deutschlandpolitischen Antrag die „9 Würzburger Thesen“ zur allgemeinen Hochschulpolitik verabschiedet. Aus diesem Grund beschloss die Bundesdelegiertenversammlung entsprechend eindeutig eine außerordentliche Bundesdelegiertenversammlung am Ende des Sommersemesters. Auf dieser Bundesdelegiertenversammlung sollte über ein hochschulpolitisches Programm diskutiert werden. Zugleich wollte man sich dem Thema der internationalen Arbeit des RCDS widmen, nachdem es zu einigen Unstimmigkeiten mit dem europäischen Dachverband gekommen war. Diese Festlegungen wurden Ende März vom Bundesausschuss zeitlich konkretisiert. Die neue Bundesregierung hatte die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes angekündigt. Die auf der 36. Bundesdelegiertenversammlung versteckt angebrachte Kritik an der Arbeit des Bundesvorstandes wurde im Laufe des Sommersemesters stärker. Besonders unzufrieden schienen die Gruppen und Landesverbände über eine fehlendes Arbeitskonzept zu sein, das für ein gemeinsames Agieren wichtig war. Gerade die Chance im eigentlichen Kernbereich der Verbandsarbeit der Hochschulpolitik Profil zu zeigen, wollten man sich nicht entgehen lassen. Als Mitte Mai ein Neun-Punkte-Katalog zur Novellierung des HRG vorgelegt wurde, war dies der Beginn des Bundesvorstandes dieser Kritik zu begegnen. Auch das am 22. Juni 1984 in Bonn veranstaltete RCDS-Symposium „Wettbewerb um Studenten“ liest sich als Reaktion einerseits in die außerverbandliche Offensive zu kommen. Andererseits schien es auch die innerverbandlichen Stimmen beruhigen zu wollen.²⁸¹

Im Sommersemester hatte der RCDS weitere Stimmenverluste hinnehmen müssen. Einzig der mitgestellte AStA an der TH Aachen konnte verteidigt werden. Von der angestrebten „Meinungsführerschaft des RCDS“ war nicht viel übrig geblieben. Angesichts dieser schwierigen Situation schien der Verband auf ein reinigendes Gewitter zu warten. Die 37. außerordentliche Bundesdelegiertenversammlung vom 23. bis

²⁷⁸ ebenda.

²⁷⁹ Vgl. Weberling (1985).

²⁸⁰ So Heckelmann: „Die Linke und ihr Vaterland“ (S. 29-42) in: Weberling (1983)

²⁸¹ Das Symposium wurde in Verbindung mit der außerordentlichen Bundesdelegiertenversammlung einen Tag zuvor veranstaltet.

24. Juni 1984 in Bonn übernahm diese Rolle. Zu Beginn der Bundesdelegiertenversammlung wurde von mehreren Landesvorsitzenden ein konstruktives Misstrauensvotum gegen den Bundesvorsitzenden eingebracht, welches an Verfahrensmängeln scheiterte. So erneuerte man die Kritik mit einer Vertrauensfrage gegen den gesamten Bundesvorstand. In der Einzelabstimmung wurden dem Bundesschatzmeister und dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden mit großer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen. Der amtierende Bundesvorsitzende dagegen musste mit 17 ja, 22 nein und 4 Enthaltungen eine Niederlage hinnehmen.

An diesem Ereignis lässt sich losgelöst von den konkreten Umständen eine wichtige Entwicklung des RCDS nachvollziehen. Der Verband, der sich aus den individuellen Gruppengründungen im Jahr 1951 zusammengefunden hatte, bestimmte zunächst sein Selbstverständnis aus dem Handeln der autonomen Gruppen. Diese wichtige Grundkonstante der politischen Struktur des RCDS entwickelte sich im Zuge der stärkeren bundesweiten medialen Ausrichtung der Politik im Allgemeinen und der Bildungspolitik im speziellen weiter. Die öffentliche Wahrnehmung des Verbandes konzentrierte sich immer stärker auf seine aktive Interessenvertretung auf der Landes- und Bundesebene, deren Chancen auf direkten Einfluss nach dem Regierungswechsel gestiegen waren. Zentralisierungstendenzen und der verständliche Wille zur Konzentration von Verantwortlichkeiten schufen deshalb immer wieder Konfliktsituationen in der Geschichte des RCDS.

5.4 Internationale Irrwege

Ende Mai war eine RCDS- Minibus mit der Unterstützung der EDS unter dem Motto „Mehr Freizügigkeit für Studenten in Europa“ durch Deutschland gefahren. Dabei war die originellste Forderung die nach der Einführung eines europäischen Studentenausweises. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Verhältnis des RCDS mit seinem europäischen Dachverbandes bereits merklich abgekühlt. Bereits 1981/82 hatte der RCDS seine Mitarbeit bei EDS kurzzeitig eingestellt. Daher verwundert es nicht, wenn der zweite große Debattenpunkt auf der 37. außerordentlichen Bundesdelegiertenversammlung die EDS- Mitgliedschaft war. Der bisher bestehende Satzungspunkt der Mitgliedschaft wurde durch eine allgemein gefasste Bestimmung ersetzt.²⁸² Der Bundesausschuss beschloss den Austritt des RCDS im Juni 1984. So verließ der RCDS auf der Jahrestagung im August 1984 in Griechenland den EDS.

Dieser Vorgang war immer umstritten. So bezeichnete der spätere Bundesschatzmeister Erbach diesen Schritt ein halbes Jahr später als „zweifelhaft“. Demnach gelang es dem RCDS nach seiner Meinung nicht, dass „essentielle Grundforderungen“ des RCDS ihren Niederschlag in der EDS-Arbeit fanden. „Die Ursache dafür hat der RCDS jedoch vornehmlich bei sich selbst zu suchen“²⁸³. Einschränkend muss hinzugefügt werden, dass auch andere Organisationen, mit denen der RCDS eng zusammenarbeitete, EDS verließen und 1987 eine neue Organisation „United Students for Europe“ gründeten. Der RCDS kehrte jedoch schon 1985 zu EDS zurück, nicht weil sich grundlegendes geändert hatte, sondern weil man keine Alternative zur angestrebten Zusammenarbeit aller bürgerlicher Strömungen sah. Schließlich fand in dem neuen Schwedischen Vorsitzenden Mattias Bengtsson einen verlässlichen Partner für einen Neuanfang, der die 39. Bundesdelegiertenversammlung in einer Weise überzeugte, dass man beschloss, wieder EDS-Vollmitglied zu werden.²⁸⁴ Nicht zuletzt zeigte sich der Neuanfang in der Wahl des aus Hamburg stammenden RCDS-Mitgliedes Bettina Machaczek in den Vorstand von EDS im Sommer 1986.

²⁸² Vgl. Protokoll zur außerordentlichen Bundesdelegiertenversammlung.

²⁸³ Jürgen Erbach: Für einen starken RCDS- Perspektiven einer zukünftigen RCDS- Politik. 01/1985 (internes Papier), S. 23.

²⁸⁴ Der RCDS wurde zuerst am 22. Juni 1985 observer member. Das Datum der Aufnahme als Vollmitglied ließ sich bisher nicht ermitteln, vermutlich war dies die Sommeruniversität im August 1986 in Zypern. Vgl. dazu auch Thuss, Holger: For Freedom and Democracy. European Democrat Students 1961-2001 (im Druck).

Diese Bundesdelegiertenversammlung war eine wichtige Wegmarke der achtziger Jahre. Einerseits beschränkte sie den RCDS für ein Jahr in seiner internationalen Arbeit auf bilaterale Kontakte. Gerade im Jahr der zweiten Wahlen zum Europaparlament darf dies als ein schwieriger Schritt bezeichnet werden. Andererseits leitet die Bundesdelegiertenversammlung einen Wandel im Selbstverständnis des RCDS ein. Die neu entstandene Situation als erster studentischer Partner der Bundesregierung auf der einen und gleichzeitig als Sündenbock für studentischen Missmut mit dem Regierungshandeln verlangte vom RCDS eine neue Strategie, neue Konzepte und ein eigenständiges Profil. Der 16 Jahre andauernde Balanceakt zwischen eigener Unabhängigkeit und regierungsnaher Kooperation nahm hier seinen Ausgangspunkt. Wichtig blieb die Erkenntnis, dass der RCDS in der Fokussierung auf die Bildungspolitik als Kernbereich in Kombination mit wichtigen allgemeinpolitischen Fragestellungen seine eigentliche Stärke unter Beweis stellen kann.

Die Gelegenheit zum kritischen Dialog bot sich dem RCDS im folgenden Wintersemester zur Genüge. Nachdem der Bundesvorstand den Gruppen umfangreiche Materialien zur HRG-Debatte zur Verfügung stellte, erreichte der im November der Referentenentwurf des Bundesministeriums die Öffentlichkeit. In Zusammenarbeit mit SLH und dem Cartellverband der katholischen Studentenverbindungen (CV) hielt der RCDS einen Tag später eine Pressekonferenz ab. Innerverbandlich glätteten sich die Wogen mit der Zuleitung des hochschulpolitischen Programmentwurfs im Oktober 1984 ein wenig. Das Programm wurde nach intensiver Debatte auf der 38. Bundesdelegiertenversammlung mit großer Mehrheit angenommen. Neben diesen Themen beschäftigte sich der RCDS weiter mit dem Widerstandsrecht im demokratischen Rechtsstaat und zum ersten Mal ausführlich mit der Gentechnologie und ihrer ethisch-moralischen Verantwortbarkeit. Sollte dieses Thema fünfzehn Jahre später zu einer wichtigen gesellschaftlichen Debatte werden, der sich auch der RCDS mit der Neuauflage eines Grundsatzprogrammes²⁸⁵ 2000 stellte, waren die gentechnologischen Entwicklungen und Herausforderungen 1984 für viele noch wissenschaftliches Niemandsland. Dies zeigte sich auch in der geringen Resonanz für ein Seminar unter dem Motto „Chancen und Risiken der Gentechnologie“, das Mitte November 1984 in Bonn abgehalten wurde.

5.5 „Einsatz für Meinungspluralismus und studentische Selbsthilfe“

Unter dem Motto: „35 Jahre RCDS- Bundesverband – 35 Jahre Einsatz für Meinungspluralismus, für studentische Selbsthilfe und für Menschenrechte“ beging der RCDS auf der 39. Bundesdelegiertenversammlung in Bonn sein Jubiläum. Die Feier markierte eine wichtige inhaltliche und strukturelle Zwischenstation des Verbandes auf dem Weg zur Fortentwicklung und Anpassung an gewandelte Zeit. Der auf der 38. Bundesdelegiertenversammlung in Osnabrück gewählte Vorstand hatte sich zum Ziel gesetzt, die internen Debatten schnell beizulegen, um in gemeinsamer Stärke die äußere Schlagkraft des Verbandes zu erhöhen. Dazu änderte man die Aufmachung der „Demokratischen Blätter“, schufen eine eigene Redaktion für das RCDS- Magazin und wandelte den Gruppenrundbrief in „RCDS-Intern“ um.²⁸⁶ Neben der Beruhigung der innerverbandlichen Debatte und den organisatorischen Veränderungen hatte man sich schnell auf die inhaltlichen Auseinandersetzungen zu konzentrieren. Im hochschulpolitischen Bereich musste man sich mit der 9. Änderungsnovelle des BAföG, mit der die Förderung vieler Angehöriger des zweiten Bildungsweges abgeschafft werden sollte, und den Beratung zur HRG- Novelle auseinandersetzen. Mit der Kampagne, in der man Wiederholung der ärztlichen Vorprüfung forderte, konnte man das neue Konzept erfolgreich testen. So traf der Bundeskanzler, der es sich nicht nehmen ließ, dem RCDS persönlich zu gratulieren, auf einen erstarkten RCDS. In seiner Rede kritisierte Kohl die SPD, die „Volksfrontbündnisse mit

²⁸⁵ Vgl. Protokoll der 54. o. Bundesdelegiertenversammlung.

²⁸⁶ Auch das Ende 1986 eingeführte neue Verbandseblem und die Umstrukturierung der Bundesgeschäftsstelle waren wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung des RCDS und seine Professionalisierung. So wurde u.a. die Adressverwaltung auf Computer umgestellt und die Arbeitsfelder zwischen Bundesvorstand und BSW deutlicher aufgeteilt. Es hatte wiederholt Kritik an der allgemeinpolitischen Ausrichtung des RCDS gegeben. Mit der Gründung des BSW trug man der Tatsache Rechnung, dass die wichtigen sozialen Leistungen des RCDS aber auch die progressiven allgemeinpolitischen Aktivitäten nicht unter dem Hammer juristischer Streitigkeiten begraben werden sollten. Die Richtigkeit der Entscheidung bewies sich im Jahre 1998 als dem RCDS Bundesverband die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde.

Extremisten²⁸⁷ einginge. Ebenso sprach er sich mit deutlichen Worten gegen eine Änderung der Präambel des Grundgesetzes mit dem darin enthaltenen Wiedervereinigungsgebot aus. „Wir sind nicht käuflich in den Prinzipien der Einheit der Nation“²⁸⁸. Die Reaktionen der RCDSler darauf waren sehr positiv. Kritikwürdiges fanden sie lediglich bei den hochschulpolitischen Themen: Einerseits thematisierten sie das Absinken der Gefördertenquote im BAföG. Andererseits verlangten sie einen aktiven Kampf gegen die Akademikerarbeitslosigkeit.

Als der Bundesvorstand so in eine zweite Amtszeit startete, setzte er mit diesem Thema der ersten Amtszeit fort. Die bereits angedeutete Erhöhung der Studentenzahlen im Zuge des Öffnungsbeschlusses führte zu einem schwierigen Problem der Hochschulen und ihrer Absolventen. Der rapide Anstieg der Akademikerarbeitslosigkeit wurde zu einem wichtigen Thema des RCDS, das er mit dem scheinbar mangelnden Interesse für die Bildungspolitik verband und zu einer „Offensive für die Bildungspolitik“ im Wintersemester 1985/86 ausgebaut hatte. Bestandteile dieser Aktion waren umfangreiche Materialien für die RCDS-Gruppen, der Leitantrag für die 39. Bundesdelegiertenversammlung „Perspektiven der Akademikerbeschäftigung- Herausforderung an die Soziale Marktwirtschaft“ und eine gemeinsame Erklärung der Bundesvorstände des RCDS und der Mittelstandsbewegung der CDU/CSU über die Verantwortung der mittelständischen Wirtschaft für die Beschäftigung von Akademikern, die u. a. in einem Plädoyer für Verkürzung der gymnasialen Oberstufe auf 12 Jahre mündete²⁸⁹.

5.6 Guter Service und neue Aktionen

Eine wichtigen Beitrag zur positiven Entwicklung des Verbandes hatte eine Aktion, die bereits im Vorfeld der 38. Bundesdelegiertenversammlung organisiert wurde und den RCDS über Jahre hin in der öffentlichen Wahrnehmung deutscher Hochschulpolitik verankern sollte. In den USA hatte sich diese Methode der Einbeziehung der Studenten bei der Fortentwicklung des Leistungsstandards der Hochschulen bereits erfolgreich bewährt. Vom 10. bis 14. Dezember 1984 rief der RCDS zu einer bundesweiten „Prüf-den-Prof.- Aktion“ auf. Zehn unterschiedliche Aspekte sollten die Studenten mit einer Note zwischen eins und sechs bewerten. Von den 121 481 Fragebögen kamen 26 576 zurück, was bei diesem ersten Versuch als sehr erfolgreich bewertet wurde. Die Westdeutsche Rektorenkonferenzen (WRK) stand diesem Instrument reserviert gegenüber, gab jedoch zu „Überlegungen in diese Richtung“²⁹⁰ angestellt zu haben. Dennoch, äußerte der Präsident der WRK, Theodor Berchem, war „das, was sich der RCDS da aus der Hüfte geschossen hat, nicht dazu angetan, das Verhältnis von Lehrenden und Lernenden weiter zu stabilisieren“. Auch die linken Studentenverbände und -zeitungen brachten ihrer Abneigung gegenüber dieser Ausprägung des Leistungsprinzips zum Ausdruck. „Sie [die RCDSler] wollen auch höchstpersönlich das Ellenbogenprinzip in die Fachbereiche und Seminare tragen.“²⁹¹

Aus den Resultaten der Befragung entwickelte der RCDS einen Forderungskatalog zur Verbesserung der Lehre. Mag dieser pragmatische Einsatz für studentische Belange ein Grund für die Wiedergewinnung der ASten in Clausthal und an der Fern-Universität Hagen gewesen sein, stagnierten die Wahlergebnisse des RCDS dennoch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. So stiegen die Ergebnisse in Baden-Württemberg von durchschnittlich 25,5 Prozent (1986) auf 29,7 Prozent (1987), um bis 1990 wieder auf etwa 17,5 Prozent zu sinken. In Bayern fielen die Wahlergebnisse von 29,03 Prozent (1986) auf 19,44 Prozent (1989), um dann allerdings wieder auf 23,18 Prozent (1992) anzusteigen.²⁹²

²⁸⁷ Vgl. dpa-Bericht: Kohl deutliches Wort zur deutschen Frage, vom 8.3.1986. S. 1.

²⁸⁸ ebenda.

²⁸⁹ Der Antrag auf Verkürzung der gymnasialen Schulzeit wurde auf der Bundesdelegiertenversammlung 1987 jedoch abgelehnt. Vgl. Protokoll der 40. o. Bundesdelegiertenversammlung.

²⁹⁰ Binder, Elisabeth: Prüfstand, Die Zeit, 6.9.1985.

²⁹¹ So zitiert die UZ vom 17.1.1985 die „roten blätter“ in ihrer aktuellen Ausgabe.

²⁹² Erhebungen der genannten Landesverbände, ACDP, Bestand RCDS, Nr.0190.

Der Höhepunkt der RCDS-Sozialarbeit wurde in den achtziger Jahren gleichermaßen erreicht. Dies war die Behindertenarbeit des RCDS. Bundesweite Hearings zur Lage behinderter Schüler, Studenten und Hochschulabsolventen²⁹³, Vorschläge bei der Novellierung zum Schwerbehindertengesetz 1984, sowie Fachtagungen unter anderem „Für eine menschengerechte Hochschule“, die in eine gleichnamige Broschüre mündete, waren das Ergebnis der unermüdlichen Arbeit des Behindertenreferenten Hans Herbst seit 1977. Durch ihn verfügte der RCDS als einziger Studentenverband über eine „Individualberatungsstelle für behinderte Kommilitonen“. Dieser Einsatz wurde am 23. Mai 1985 vom Bundespräsidenten von Weizsäcker mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande geehrt²⁹⁴ und auf der 39. Bundesdelegiertenversammlung besonders gefeiert.

Die Bundesdelegiertenversammlung stellte ebenso den Startschuss für einen Verkaufsschlager des RCDS dar- die Praktikantenbörse. Auf vorgesehene 780 000 Studienplätze kamen 1985 1,3 Millionen Studenten. Dabei hatten sich die Berufsaussichten für Akademiker drastisch verschlechtert. Aus ehemals 5000 (1973) arbeitslosen Akademikern wurden bis 1985 115.000²⁹⁵. Zugleich gingen einige Unternehmen dazu über, im direkten Kontakt mit Hochschulinstituten Studenten zu betreuen. Der RCDS reagierte mit der Einführung der Praktikantenbörse, um zu erreichen, „dass Anbieter und Nachfrager zusammengebracht und auch generell Multiplikatoren der Wirtschaft dafür sensibilisiert werden, dass über Praktikantenplätze dem oft beanstandeten Fehlen des Praxisbezugs beim Studium entgegenwirkt werden kann“²⁹⁶.

Die Praktikantenbörse startete im Wintersemester 1986/87 in Zusammenarbeit mit der Zeitung „Die Welt“. Ab dem 14. Oktober veröffentlichte sie die zur Verfügung stehenden Praktikantenplätze. Dieser aktive Lösungsvorschlag zum näheren Praxisbezug der Studenten stellt neben dem Studienplatztausch und der Evaluation der Lehrleistung unter dem Stichwort „Prüf-den-Prof.“ einen der wichtigsten Beiträge des RCDS zur Veränderung der deutschen Hochschullandschaft dar. Das spätere Übernehmen von anderen Organisationen und Firmen, die sich ausschließlich mit der Vermittlung von Praktika beschäftigen, bestätigten die Herangehensweise des RCDS, aus der Überlegung, was die Studenten an konkreter Unterstützung benötigen, eine pragmatische Lösung und eine politische Forderung abzuleiten. Die Praktikantenbörse ist wohl der größte Exportschlager des RCDS, auf den er leider heute in der öffentlichen Wahrnehmung kein Patent anmelden kann.

5.7 Mit Strategie zum Erfolg

Die innovative Einführung der Praktikantenbörse offenbarte eine weitere Veränderung der deutschen Hochschullandschaft. Das Anwachsen der Studentenzahlen und der Anstieg der Akademikerarbeitslosigkeit war für viele Studenten eine Motivation, verstärkt über ihre berufliche Zukunft nachzudenken. Ein Studium bedeutete nicht mehr den sicheren Eintritt in eine erfolgreiche berufliche Laufbahn. Der selbstverständliche politische Einsatz der siebziger Jahre wandelte sich in eine bewusste Auswahl des persönlichen Engagement. Diese Entwicklung traf sich mit einer postmaterialen Strömung, in der sich ein Teil der Bevölkerung von der deutschen Einheit verabschiedete und neuen politischen Ideen und Bewegungen, wie dem Umweltschutz angeschlossen hatte. Was sich in den Demonstrationen zum Nato-Doppelbeschluss noch als Fortführung einer alten Protestkultur ausnahm, entwickelte sich unter dem Deckmantel pazifistischer, ökologischer und postmaterialer Strömungen zu einer neuen bundesdeutschen gewaltsamen Basisdemokratie in den Hochschulen weiter, indem die Lebensangst der Menschen beispielsweise auf die Rüstung und die Umweltbedrohung projiziert wurde. „Die Resonanz alternativer politischer Konzeptionen ist

²⁹³ z. B. Jan.1984.

²⁹⁴ Vgl. Rede von Christoph Brand Bundesdelegiertenversammlung 1986, S. 11 und Protokoll der 39.ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung, S. 3..

²⁹⁵ Zahlen werden u.a. von Bundeskanzler Dr. Kohl auf der 35.Jahrfeier erwähnt. siehe dpa-Bericht: Kohl- deutliches Wort zur deutschen Frage, vom 8.3.1986. S. 2.

²⁹⁶ Stellenausschreibung zur Praktikantenbörse, Nov. 1985, S. 4.

ohne das Phänomen Angst nicht zu erklären.²⁹⁷ Außerdem flammten tot geglaubte historische Debatten unter dem Stichwort „Geschichtspolitik“ wieder auf²⁹⁸.

Unter diesen Voraussetzung musste auch der RCDS neben der inhaltlichen Auseinandersetzung eine passende Strategie vorweisen. Der alte Göttinger Strategiebeschluss aus dem Jahre 1978 musste den neuen Gegebenheiten angepasst werden, oder wie es der damalige Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler auf der GVK formulierte, der RCDS musste eine Vision entwickeln. Den Ausgangspunkt für diese Diskussion bildete der Strategiekongress vom 11. bis 13. Juli 1986 in Bonn. Bereits im Januar 1985 hatte Jürgen Erbach unter Mithilfe von Christian Meyer-Storck eine Broschüre veröffentlicht, die sich mit den aktuellen Entwicklungen an den deutschen Hochschulen auseinandersetzte und konkrete Vorschläge für den RCDS darlegte. Gerade der bundesweite Rückgang der Wahlbeteiligung, die Stärkung der links-alternativen unorthodoxen Gruppierungen und die Verminderung des RCDS-Einflusses sollten zu einer Konkretisierung der RCDS-Politik führen, so der Autor. Es müsse um eine Grundlegung politischer Handlungsprinzipien von RCDS-Arbeit gehen. „Eine realistische Politik weiß um ihre Fehlerhaftigkeit.“ Miteinander statt gegeneinander sollte eine RCDS-Politik sein, die auf den Prinzipien der Transparenz, der Kollegialität und der Subsidiarität aufgebaut sein muss. Denn nur „Gemeinsam schaffen wir es“. Dementsprechend hieß die Broschüre, die den Auftakt zur Strategiedebatte setzte, „Für einen starken RCDS“²⁹⁹.

Deutschland sah sich mit einer doppelten Haltung konfrontiert, die der bayrische RCDS-Landesvorsitzende Wiehle in den Strategieberatungen des RCDS umschrieb mit dem „Mangel an demokratischer Tradition, da die Demokratie in Deutschland nicht erkämpft sei“ auf der einen und dem Schuldkomplex der Deutschen, dass ein Selbstbewusstsein als demokratische Nation verhindere. Hinzuträte der Vorrang von Partikular- und Parteiinteressen. „Der RCDS hat seit 1968 sein Potential zum großen Teil aus Studenten rekrutiert, die linken Antidemokraten eine vernünftige Studentenpolitik entgegensetzen wollten. Das Erreichen des Zusammenschlusses eines breiten Potentials auf Basis der Ablehnung des Gegners hat seine Spuren hinterlassen, nicht nur im Namen der ‚Demokratischen Blätter‘ gegen die ‚roten Blätter‘: Viel zu oft orientieren wir uns aus einer vorweggenommenen Defensivhaltung an der Frage: ‚Was sagen die Linken?‘“³⁰⁰

Die innerverbandliche Ausrichtung bereitete der RCDS mit einem Strategieseminar vom 6. bis 8. Februar 1987 vor, auf dem der Leitantrag für die 40. Bundesdelegiertenversammlung unter dem Titel „Für eine grundwertebezogene Politik- Die ethischen Herausforderungen der Zukunft annehmen, Skizzen zu einer politischen Strategie des RCDS“ diskutiert wurde. Im Einsatz für die Zukunftschancen, die Verbesserung der Hochschulausbildung, die bedarfsgerechte soziale Absicherung der Studenten wollte man Lobbyarbeit für Studenten in der Öffentlichkeit und der Politik machen. Das Ziel wurde deutlich formuliert: man wollte zum Sprachrohr des normalen Studenten werden. Es galt für die schweigende Mehrheit die häufig zitierte Schweigespirale zu durchbrechen. Im Bewusstsein einer längerfristigen Perspektive schwor man den Verband auf eine Grundsatz ein, der in immer wiederkehrenden Debatten den Weg des RCDS begleitet: die Allgemeinpolitik. Man war sich einig, dass ein Verzicht auf Allgemeinpolitik, das politische Spektrum innerhalb der Gruppen auseinanderdriften lassen und die Gründung anderer politischer Studentengruppen im christlich-demokratischen, konservativen Spektrum Vorschub leisten würde.

Im Zusammenhang mit dem Strategieantrag wurde auch eine interne Erhebung gemacht, was die Motive zur Mitarbeit im RCDS sind und welche politischen Gegner aus Sicht der einzelnen Gruppen an den

²⁹⁷ so der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Stoiber, auf der LDV Bayern 1985, in: SZ vom 28.1.1985.

²⁹⁸ Historikerstreit.

²⁹⁹ Vgl. dazu: Jürgen Erbach: Für einen starken RCDS, Bonn 1985.

³⁰⁰ Wolfgang Wiehle: Überlegungen zur Strategie des RCDS, S. 5.

Hochschulen existieren³⁰¹. In der Auswertung der Motivlage wurde die Vielfalt der RCDS- Arbeit deutlich. Sagten die einen aus, dass sie im RCDS sind, um auf der Grundlage der Werte andere hiervon zu überzeugen, stellten andere die Politik gegen die „Linken“ heraus. Ein Großteil betonte „die Mischung aus Service und inhaltlicher Arbeit, durch die sich was bewegen lässt und die Spaß macht“³⁰². Das die Arbeit des RCDS auch für nicht-traditionell Kreise attraktiv war, offenbart der Vertreter der Gruppe Münster, der äußerte „Habe mit den RCDSlern geredet und denen Vorwürfe gemacht, dann das Grundsatzprogramm gelesen und zugestimmt“³⁰³.

Interessant ist in dieser verbandsinternen Erhebung auch die Informationen über den politischen Gegner. Bezeichneten ungefähr die Hälfte der Anwesenden die Juso-MSB- Koalition als Gegner, machen Unabhängige, „kritische Fachschaftler“ und „grüne Gruppen“ 1/3 der Opponenten aus. Hieran offenbart sich ein gewandeltes Selbstverständnis hochschulpolitischen Engagements, dass seinen Ausgangspunkt zu Beginn des Jahrzehnts genommen hatte und sich nun stärker entfaltete.

5.8 Gewalt an den Hochschulen

Die 40. Bundesdelegiertenversammlung stand unter den Eindrücken des Sommersemester 1986, in dem die deutschen Hochschulen von einer Welle von Gewalt überzogen worden waren, darunter viele gewaltvolle Störungen von RCDS-Veranstaltungen. Bereits bei seinem Amtsantritt 1985 hatte der neue Bundesvorsitzende Christoph Brand die Grün-Alternativen zu den politischen Hauptgegner erklärt. Er beschrieb den „totalen Machtanspruch“ und die proklamierte „Irrationalisierung der Politik“ als Gefährdung für die parlamentarische Demokratie³⁰⁴. Diese deutliche Kritik erneuerte Brand auf der 39. Bundesdelegiertenversammlung, indem er die „wirtschafts- und wachstumsfeindliche Haltung“ und das „nicht geklärte Verhältnis zu Gewalt und Demokratie“ als die „größte Gefahr für unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“³⁰⁵ bezeichnete. Auch sei die „grüne Bildungsideologie“ zum Scheitern verurteilt, wie Forderungen nach Integration aller Bildungsgänge, Abschaffung von Noten und Versetzung, die drastische Reduzierung der Pflichtschulstunden und das Streikrecht für alle Schüler deutlich machen würden³⁰⁶.

„Geschützt hinter einem Wall von Polizei- Plastikschilden hat CDU- Generalsekretär Heiner Geißler am Mittwochabend versucht, mit Studenten in der Göttinger Universität zu diskutieren. Seine Ausführungen zu Arbeitslosigkeit, Südafrika, Afghanistan oder die ‚neue Partnerschaft von Mann und Frau‘ gingen jedoch im ohrenbetäubendem Protestgeschrei und Pfeifkonzerten der rund 1200 Anwesenden unter. Während der Rede Geißlers hagelte es faule Eier und Stinkbomben. Feuerwerkskörper detonierten und im Saal gab es Schlägereien. Die Polizei setzte mehrfach Tränengas ein.“³⁰⁷ Diese vom RCDS organisierte und vom Grünen- Kreisvorstand Göttingen als „kontrollierte Provokation“³⁰⁸ bezeichnete Veranstaltung stellte einen unrühmlichen Höhepunkt in der politischen Auseinandersetzung Mitte der achtziger Jahre dar. „Der Psychoterror ist inzwischen zu einem politischen Instrument der Linken geworden.“, erklärte Geißler im Anschluss dazu. Nach weiteren Vermittlungsversuchen und abermaligen Störungen startete der RCDS Anfang August eine Initiative „Studenten gegen Gewalt“, die sich gegen die so genannten „Volksfrontbündnissen“ wandte und für eine demokratische Diskussionskultur an den deutschen Hochschulen warb. Die Auseinandersetzung mit den Volksfrontbündnissen war ein dauerhafte gewesen.

³⁰¹ Andreas Mengelkamp: Auswertung Strategieseminar, 6.-8.2.1987.

³⁰² so die Gruppe Würzburg, Mengelkamp S. 2.

³⁰³ Mengelkamp, S. 2.

³⁰⁴ Vgl. dpa- Bericht vom 9.2.1985.

³⁰⁵ zit. n. Die Grüne Gefahr, Der Spiegel, Nr.15, 7. 4.1986.

³⁰⁶ dpa- Bericht: RCDS: Grüne ohne zukunftsweisendes Bildungskonzept, 9.6.1986. siehe auch: Paul Reitze: Die Grünen propagieren Wildwuchs, in: Die Welt, 13.6.1986.

³⁰⁷ dpa-Bericht: CDU-Generalsekretär Geißler niedergeschrien, 15.1.1986.

³⁰⁸ dpa-Bericht: Geißler in Göttingen niedergeschrien- CDU-Politiker sieht Erfolg, 16.1.1986, S. 2.

Den Höhepunkt der Auseinandersetzungen markierte eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem Generalsekretär der CDU, Geißler, auf dem eine Dokumentation zur Verstrickung der SPD in linksradikale Bündnisse unter dem Namen: „Mit Kommunisten und Grünen in die neunziger Jahre“ vorgestellt wurde. Darin beschrieb der RCDS die Verstrickungen zwischen kommunistischen Gruppen und der basisdemokratischen grünen Bewegung. Das diese Dokumentation des RCDS 15 Jahre später noch einmal Objekt der Begierde in der aufbrandenden Debatte um die damalige Gewaltneigung von Kabinettsmitgliedern werden würde, ahnte damals noch niemand. Es offenbarte dennoch das Missverständnis mancher heute führender Politiker zu rechtsstaatlichen Gepflogenheiten.

5.9 Alte Erinnerungen und Möllemann im Visier

In der Überzeugung ihr „persönliches Stahlgewittererlebnis“³⁰⁹ in den wilden Zeiten 1968 erlebt zu haben, trafen sich Mitte Mai 1988 ehemalige RCDSler. Sie waren als ehemalige Gruppenvorsitzende, Mitglieder eines Landes- oder Bundesvorstandes in Bonn zusammengekommen. Zwei Referate bildeten den inhaltlichen Schwerpunkt des Treffens. Der außenpolitische Berater des Bundeskanzlers, Horst Teltschik, sprach zum Thema „20 Jahre außen- und deutschlandpolitische Diskussion“. Der Leiter der Grundsatz- und Planungsabteilung der CDU, Wulf Schönbohm, zum Thema „Reform oder Revolution?- Eine innenpolitische Bilanz der APO- Zeit und ihre Folgen“. Neben den Diskussionen tauschte man vor allem alte Erinnerungen und Anekdoten aus. „Viele konnten sich noch daran erinnern, dass beispielsweise der heutige CSU-Generalsekretär Peter Gauweiler am Rande einer RCDS- Tagung 1968 in Königswinter davon abgehalten werden musste, aus Zorn über den Bayernkurier den Rücktritt des CSU- Vorsitzenden Franz- Josef Strauss zu fordern“³¹⁰. Wulf Schönbohm resümierte: „Wir haben damals gelernt, dass Reformen mit Augenmaß eine Überlebensfrage für eine freiheitliche Gesellschaft sind und haben deshalb tapfer die Reformtrompete geblasen, deren Ton nicht immer durchdrang, aber kontinuierlich zu hören war“³¹¹.

In diesem Verständnis versuchte der neu gewählte Bundesvorstand mit bildungspolitischen Forderung in die Offensive zu gehen. „Wir fordern eine Abschaffung des Volldarlehens bei BAföG und zumindest eine Wiedereinführung eines Teilstipendiums bei gleichzeitig drastischer Erhöhung der Zahl der geförderten Studenten“³¹². Damit erneuerte der RCDS die Kritik, die WRK, DSW und der Verband gemeinsam seit zwei Jahren erhoben. Um den Zustand der Ausbildungsförderung zu verbessern, präsentierte der RCDS sein eigenes Modell. Jeder förderungsberechtigte Student sollte weiterhin bis zu 350 DM als Volldarlehen erhalten. Der darüber hinaus gehende Betrag dagegen sollte als Vollzuschuss gewährt werden. Man wollte vor allem den Studenten helfen, „die wegen der niedrigen Einkommen der Eltern gegenwärtig mit der höchsten Verschuldung konfrontiert würden“³¹³. Damit trat der RCDS in offene Opposition zu dem von Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann favorisierten Modell des Bildungssparens.

Auch bei der Debatte um Studiengebühren musste der RCDS harte Überzeugungsarbeit leisten. Im Sommer 1987 diskutierte man mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten über die geplante Einführung von Studiengebühren für so genannte Langzeitstudenten. Dabei empfahl der RCDS sein Modell des „Studentenstatus 2“³¹⁴. Danach sollte der rechtliche Status von „Bummelstudenten“ nach einer bestimmten Höchststudienzeit geändert werden. So stand die Nutzung der hochschulinternen Möglichkeiten für diese Studenten weiter offen. Allerdings entfielen andere finanzielle Vergünstigungen.

³⁰⁹ so Prof. Christian Hacke, ehemaliger RCDS- Landesvorsitzender Berlin, in: Martin Wegner: „Klassentreffen“ einmal anders, in: RCDS- Magazin 5/88, S. 9.

³¹⁰ ebenda.

³¹¹ ebenda, S. 10.

³¹² RCDS rügt Koalition, in: dpa- Bericht, 9.3.1987.

³¹³ RCDS legt eigenes BAföG- Modell vor, in: dpa- Bericht, 23.4.1987.

³¹⁴ CDU- Studenten lehnen Studiengebühren ab, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 22.8.1987.

Nach den enttäuschenden Entwicklungen in der Bildungspolitik stellte der RCDS den Bildungsminister ein schlechtes Zeugnis aus. Ein Jahr nach der Bundestagswahl erinnerte man mit einer breit angelegten Informationskampagne an die Reform der Ausbildungsförderung und die Einrichtung einer studentischen Interessenvertretung. Zugleich thematisierte man öffentlich das Missverhältnis zwischen Erhöhung der Studentenzahl und dem Absenken des Bildungshaushalts³¹⁵. Der Ton des RCDS verschärfte sich im Laufe des Jahres 1988³¹⁶. Ausgangspunkt dafür war die Tatsache, dass nach Untersuchungen des DSW auf die knapp 800 000 Studienplätze bereits 1,4 Millionen kamen. Der RCDS thematisierte diese Entwicklung im Zusammenhang mit der Verlängerung der Studienzeiten.

Als wichtige Aktion beschäftigte sich der RCDS mit einer folgenschweren Panne bei der bundesweiten ärztlichen Vorprüfung Mitte März 1988. Durch eine Nachlässigkeit wurden die Fragenkataloge im Kölner Versorgungsamt vertauscht: insgesamt 2 Prüfungslokale legten daher zunächst falsche Unterlagen aus. „Die Studenten betraten temingerecht das Prüfungslokal und hatten über einen Zeitraum von ca. 15 Minuten Gelegenheit, unbehelligt Einblick zu nehmen“³¹⁷. Danach wurden in einer bundesweiten Telefonaktion der Studenten Prüfungsinhalte ausgetauscht. Ein Rechtsgutachten stellte die Verletzung der Chancengleichheit und eine Beeinträchtigung der Durchschnittsergebnisse um ca. 1 Prozent fest. Der RCDS machte sich für eine bundesweite Korrektur stark und rief am 19. April 1988 zu Widersprüchen und Klagen auf. Es wurde ein Telefon in der „RCDS- Physikums- Zentrale“ eingerichtet und Betroffene beraten. Eine Dokumentationsreihe „Neues zum Skandal- Physikum ergänzte das Engagement.

Nachdem der RCDS deutlich mit dem Ex- RCDSler und amtierenden Bildungsminister Möllemann aneinander geraten war, unterstützte man ihn in seinen Bemühungen um eine gegenseitige europäische Anerkennung der Diplome. Darin zeigte sich ein europapolitisches Engagement des RCDS, dass nach den schwierigen Zeiten Mitte der achtziger Jahre die EDS- Summer University im August 1988 nach Bonn und Berlin brachte. Die Studenten diskutierten nach einem Eröffnungsvortrag von Bundesumweltminister Töpfer über ein vereintes und freies Europa sowie die Beachtung der Menschenrechte in Ost und West. Die 120 Studenten aus 15 Nationen sahen ein letztes Mal ein geteiltes Deutschland. Als sie Berlin besuchten, konnten sie sogar mehr als einen Blick auf die Mauer werfen, ohne die heraufdämmernden Ereignisse des Jahre 1989 zu erahnen. Schließlich wurde auf der in Berlin stattfindenden Jahreskonferenz das RCDS-Mitglied Bettina Machaczek zur Vorsitzenden gewählt. Doch die Freiheit lag schon in der Luft. Unter diesem Motto thematisierte der RCDS im Sommersemester 1989 die Wahlen zum Europäischen Parlament und die Entwicklungen in Osteuropa. „Eine zweiwöchige Tour mit zwei Euro-Mobilen des RCDS an über 20 bundesdeutschen Hochschulen warb für Europa.“³¹⁸ Auf der folgenden Bundesdelegiertenversammlung bekräftigte der Verband noch einmal seine pro-europäische Orientierung: „Wir wollen das geeinte Deutschland in einem vereinten Europa.“³¹⁹

³¹⁵ Vgl. RCDS klagt über die Bonner Bildungspolitik, in: FAZ, 29.1.1988.

³¹⁶ RCDS verlangt von Möllemann Taten, in: Die WELT, 23.6.1988.

³¹⁷ Harm Adam: Folgeschwere Panne bei Medizin- Prüfung, in: RCDS- Magazin 5/88, S. 3.

³¹⁸ Christian Schede: RCDS am Ende?, in: CIVIS: 40 Jahre RCDS. S. 64.

³¹⁹ Auszug aus dem Europapolitischen Antrag, siehe: Protokoll der 42.o. Bundesdelegiertenversammlung, E1.

6. Die Revolution in der „DDR“ und der Neuanfang im Osten

6.1 Die ersten Veränderungen

Sicherlich wird es noch viele Historiker beschäftigen, worin sich die Aufstände in den kommunistischen Staaten des Jahres 1989 von vorherigen Aufständen unterschieden. Sicherlich war es eine Kombination aus einer wirtschaftlichen Abschwungphase, einer neuen Öffnungspolitik der Sowjetunion unter der Führung von Gorbatschow und auch das engagierte Handeln der westlichen Alliierten. Auf Deutschland bezogen lässt sich eines jedoch bereits jetzt festhalten: Die deutsche Wiedervereinigung hatte gravierende Folgen für die deutsche Studentenpolitik. Ein eingespieltes System von miteinander konkurrierenden Hochschulgruppen wurde ebenso wie die Parteien von den Entwicklungen der revolutionären Umbruchsituation mitgerissen und umgeformt.

Das die Hochschulen immer ein Ausgangspunkt für Veränderungen und gesellschaftlicher Kritik gewesen war, zeigte sich erneut 1989, allerdings nicht in Deutschland. Als im Sommer 1989 im fernen China die Studenten auf die Straße gingen, schien es, dass die Zeit des Kommunismus gekommen war. Auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking wurde, einem chinesischen Sprichwort zufolge, wieder „Bitternis gegessen“ - es herrschte Angst. Vorsicht schien auch in der Bundesrepublik Deutschland am Platze: „Mindestens 50 Spitzel der so genannten Erziehungskommission aus Peking sollen in den vergangenen Tagen in der Bundesrepublik eingetroffen sein, um chinesische Studenten, Wissenschaftler und Wirtschaftsfunktionäre auszuhorchen und auf die neue Parteilinie einzuschwören.“³²⁰ Gleichzeitig erhielten viele Chinesen über die Botschaft in Bonn Post von der Erziehungskommission. „In den Briefen lag die Rede Deng Xiaopings vor den Militärkommandanten, in der er das Massaker auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ rechtfertigte, sowie eine regierungsamtliche Darstellung der Ereignisse. Auftrag an alle Brief- Adressaten: Die Rede Dengs auswendig lernen und weitergeben.“³²¹

Doch gerade die gewaltsame Niederwerfung stellte die deutschen Studentenverbände vor eine neue Situation. Auf die deutlichen Fernsehbilder reagierten sie durchaus verschieden. Der Bundesvorstand des SHB bekundete in einer Erklärung Verständnis für das Massaker unter den chinesischen Studenten.³²² Der RCDS verurteilte wie immer den kommunistischen Terror und engagierte sich mit voller Kraft für pragmatische Lösungen. Neben einer gemeinsamen bundesweite Unterschriftenaktion mit der Liberalen Hochschulgruppe, dem Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen und dem Kartellverband katholischer Studentenvereine³²³ bestanden die ersten Schritten darin, ein Sorgentelefon und ein Spendenkonto für die chinesischen Studenten einzurichten. Außerdem unterstützte der RCDS die Arbeit und Gründung des Verbandes der chinesischen Studenten und Wissenschaftler in der Bundesrepublik Deutschland, der sich Ende Juni 1989 zusammenfand. Der gewählte Vorsitzende Bo Li wurde im Rahmen eines RCDS- Seminars mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Norbert Lammert zusammengebracht. Dieser sicherte zu, einen Stipendienfonds durch das Außenministerium einzurichten, um die Weiterfinanzierung der Studien zu sichern.³²⁴ Gemeinsam mit der MIT und JU forderte der RCDS die Bundesregierung auf, „auf dem 15. Weltwirtschaftsgipfel die anderen Staaten durch gemeinsamen diplomatischen Druck auf die chinesischen Machthaber zu gewinnen, sowie sich dafür einzusetzen, dass auf eine Überein-

³²⁰ Dirk Hoeren: Peking schickt Spitzel, in: Hamburger Abendblatt, 1.7.1989.

³²¹ ebenda.

³²² In dem Juni 1989 Rundbrief des SHB bezeichnete der Verband das Massaker von Peking als „Konterrevolution“, vgl. Marco Finetti in: Mehr Service statt Politik, in: Die ZEIT, 16.2.1990.

³²³ Vgl. „Göttin der Demokratie“ aufgebaut, in: General- Anzeiger Bonn, 16.6.1989.

³²⁴ Vgl. Lammert: Bonn wird chinesischen Studenten helfen, in: dpa, 28.6.1989.

kunft der Wirtschaft hingewirkt wird³²⁵. Ebenso sprach sich der RCDS für die Abberufung des bundesdeutschen Botschafters aus³²⁶.

Trotz der raschen Zusage der Bundesregierung nach den Ereignissen auf schnelle, unbürokratische Hilfe zeigten sich die zuständigen Auslandsämter jedoch unbeweglich. Dies führte Ende Juli zur öffentlichen Kritik des RCDS und der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft (GDChF) über die schleppende Hilfe. Der RCDS richtete einen Brief an den Bundeskanzler und forderte ihn auf die Unterstützung voranzutreiben.³²⁷ Es ging dem RCDS besonders um Stipendien und die Anträge auf Arbeitserlaubnis, um sich durch eigene Leistung den Lebensunterhalt zu verdienen. Nach dem erfolgreichen Engagement, in dessen Verlauf die Stipendien durch Bundesmittel bis ins folgende Jahr verlängert wurden, konnte man im September konstatieren, dass sich „die Lage für die Studenten entspannt“³²⁸. Dieser bedingungslose Einsatz für Menschenrechte und Demokratie symbolisierte eine wichtige Wegmarke des RCDS in dem sich vollziehenden Wandel³²⁹, der die kommunistischen Staaten im Sommer 1989 ergriff.

6.2 Engagement im Wandel

Die weitere Geschichte der politischen Studentenbewegung bricht sich an diesem fundamentalen Ereignis deutscher Geschichte. Die in Jahren entwickelten Stellungnahmen bedurften angesichts der Veränderungen einer Neubetrachtung. Paradox erscheint, dass sich im Zuge der Wandlung der politischen Studentenverbände auch die Rezeption in der Studentenschaft änderte. Die Politisierung der Hochschulen kulminierte in dem großen Punkt der Vereinigungsfrage, um dann die aktiven politischen Verbände auf unterschiedliche Art in eine neue Form ihrer Engagements zu entlassen. Für die einen stellte der Freiheitskampf der Völker der kommunistischen Staaten die Aufgabe ihres eigenen Weltbildes dar. Für die anderen schien das Streben ein Beweis der eigenen Richtigkeit zu sein. In der Auseinandersetzung mit dem Prozess der Umwälzung und der Deutschen Frage fand sich dann auch zwei Stränge in der politisch aktiveren Studentenschaft wieder. Die politische Linke lehnte die „nationale Taumelei“ vorerst ab.

In dem jahrelangen Kampf um die deutsche Einigung blieb der RCDS seiner Linie aus den Gründungsjahren treu. Gerade die Überzeugung, dass aktive RCDSler aufgrund ihrer politischen Gesinnung von der sowjetischen Militäradministration verhaftet worden war, blieb immer ein starkes Argument. Die Grundausrichtung blieb jedoch immer die gleiche: die Einheit Deutschlands. Der RCDS hat „das Ziel der Wiedervereinigung nie aus dem Auge verloren. In einer Zeit, in der die Studentenverbände auf der Linken jede Beschäftigung mit Deutschlandpolitik als „restaurativ und reaktionär“ ablehnten, z. T. auch offene Sympathie für den SED-Staat bekundeten, blieb der RCDS seinen Grundsätzen treu“³³⁰.

Auf dieser Überzeugung fußend begann man zügig pragmatische Hilfe zu leisten. Bereits Anfang November 1989 richtete der RCDS ein Studententelefon zur Hilfestellung für übersiedelnde Studenten ein und stellte es am Rande des CDU-Bundesparteitages in Bremen vor. Den Übersiedlern bot der RCDS Hilfe bei der Wohnungssuche durch die RCDS-Zimmervermittlung, die Erledigung der Formalitäten und Behördengänge (Einschreibung, Versicherung, Sozialberatung), Tipps zum Studieneinstieg sowie einen persönlichen Ansprechpartner an den Hochschulen an.³³¹ Diese direkte Hilfestellung war für die Studenten aus der „DDR“ wichtig. Zu unterschiedlich hatte sich das beiderseitige Universitätsleben entwickelt.

³²⁵ Erklärung der Vorsitzenden Elmar Pieroth (MIT), Christoph Böhr (JU) und Christian Schede (RCDS) in: Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Menschenrechte verknüpfen, in: MIT 8/89.

³²⁶ Erste Todesurteile vollstreckt, in: Mindener Tageblatt, 22.6.89.

³²⁷ Wolfram Kroeber: Nur schleppende Hilfe für Chinesen, in: Hamburger Abendblatt, 24.7.1989.

³²⁸ Bangen um Aufenthalt und Arbeit, in: General-Anzeiger Bonn, 13.9.1989.

³²⁹ Zehn Jahre später gedachte und demonstrierte der RCDS als einziger bundesdeutscher Studentenverband mit den chinesischen Studenten in Bonn und machte dies zum Thema beim Evangelischen Kirchentag in Stuttgart.

³³⁰ so Festrede von Dr. Wolfgang Schäuble anlässlich des Festempfangs 40. Jahre RCDS, abgedruckt in: RCDS-Magazin 8/91, S. 11ff.

³³¹ Vgl. ausführliche Beschreibung in: Die Entscheidung 11/1989, sowie Kurzbeitrag in General-Anzeiger, 2.11.1989.

6.3 Exkurs: Elemente eines Studiums in der „DDR“

Die Vorbereitungen auf ein Studium in der DDR begannen sehr früh: im neunten Schuljahr der Einheitschule wurden etwa zehn Prozent der Schüler anhand ihrer schulischen Leistungen, ihrer (vermuteten) kommunistischen Linientreue und einer schriftlichen Bewerbung bei der Schule zum Besuch der „Erweiterten Oberschule“ (EOS) zugelassen. Parallel wurde versucht, möglichst alle potentiellen männlichen Abiturienten zu überzeugen, statt 18 Monaten 36 Monate in der Nationalen Volksarmee zu „dienen“. Am Ende der achtziger Jahre war allerdings die Angabe des Wunschberufes „Offizier“ – 25 Jahre Militärdienst – keine Garantie mehr für einen der raren Plätze an der Erweiterten Oberschule. Zu viele waren unmittelbar nach dem Abitur „erkrankt“ und konnten keinen Wehrdienst mehr ableisten. Dasselbe passierte im Übrigen mit vielen, die sich unter „freiwilligem Zwang“ zu einem dreijährigen Militärdienst bereit erklärt hatten. So setzte sich die Schülerschaft einer EOS im wesentlichen aus drei sozialen Gruppen zusammen: Abkömmlinge bürgerlicher Familien mit überdurchschnittlichen Leistungen, Abkömmlinge kommunistischer Funktionäre mit oftmals schlechten Leistungen und Karrieristen, die bereits mit 17 Jahren Kandidat der SED wurden, um umso besser in den Prüfungen abzuschneiden. Gerade Schüler aus antikommunistischen bürgerlichen Elternhäusern mussten so schon mit 15 Jahren Spitzenleistungen im Bereich der Schauspielkunst vollbringen, um diese Hürden zu überspringen. Die Verknüpfung des Militärdienstes mit der Möglichkeit des Abiturs hatte im Übrigen zur Folge, dass sich der Anteil männlicher Universitätsstudenten immer weiter verringerte.

Schon während der Schulzeit in der EOS hatte sich jeder Oberschüler für einen Studienplatz bei der Universität direkt zu bewerben: „Bei der Wahl ihres Hochschulberufes kommt es darauf an, dass Sie Ihre Interessen und Neigungen unter steter Beachtung der gesellschaftlichen Erfordernisse und Möglichkeiten entwickeln und festigen. Die Anzahl der Studienplätze in den einzelnen Fachrichtungen wird, ausgehend vom gesellschaftlichen Bedarf an Absolventen, geplant. Ziel ist es, (...) dass alle Studienplätze besetzt werden.“³³² Am beliebtesten waren Medizin und Pharmazie. Am unbeliebtesten waren der Ingenieur und der Lehrerberuf. Eine Kommission entschied, wer „angenommen“ wurde und wer „umgelenkt“, das heißt, man bekam meist einen der unbeliebten Studienplätze im Maschinenbau oder der Chemieindustrie zugewiesen. Wieder wurde mit subtilem Druck versucht, die Annahme dieses „geplanten“ Studienplatzes zu erreichen. So wurden Teilnehmer an Lateinkursen, die offiziell nicht Medizin studieren wollten, verdächtigt, einen solchen Studienwunsch zu haben. Ergebnis interner Beratungen war dann meist ein „überraschender“ Leistungsabfall des Betreffenden, der dann die offizielle Folie für die Nichtzulassung zum Medizinstudium abgeben sollte. Das Abitur wurde in der Regel bestanden. Prüflingen mit SED-Parteibuch wurden während der schriftlichen Prüfung wichtige Hinweise für die Lösung gegeben. So konnte der Beweis angetreten werden, nur die „Besten“ arbeiteten in der SED mit.

Die letzte große Hürde vor dem Studium war der Wehrdienst. Hatte man mit Geschick durchgesetzt, „nur“ achtzehn Monate dienen zu müssen, hatte man Glück. Bei den Musterungen kurz nach dem Abitur stellte sich auch oft „überraschend“ heraus, dass der Betreffende an schweren Krankheiten litt, die den Wehrdienst unmöglich machten. Darunter befanden sich viele Arztkinder. Viele, die drei Jahre dienen mussten, hatten weniger Glück. Sie waren nach ihrer Militärzeit oft nur schwer in der Lage, sich in den Universitätsalltag einzugliedern. Viele hatten gesundheitliche Probleme aus ihrer Militärzeit mitgebracht. So erlebte die Universität Jena ihre ersten Studentenproteste im September 1989 nicht etwa aufgrund der politischen Indoktrination, sondern weil die gerade entlassenen Unteroffiziere nicht mehr bereit waren, weitere Wochen ihres Lebens einer Ausbildung zum Reserveoffizier zu opfern. Mit dem Ruf „Wir unterschreiben nichts mehr!“ verließen sie eine studieneinführende Veranstaltung und ließen staunende Parteifunktionäre zurück, die sofort Konsequenzen androhten.

³³² Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (Hg.): Hinweise für Studienbewerber Direktstudium. Berlin 1987, S. 4.

Nach erfolgreicher Bewerbung erreichte den glücklichen zukünftigen Studenten im Mai ein Schreiben, in der der Studienbeginn am 1. September angekündigt wurde: „Sie erhielten von der Friedrich-Schiller-Universität die Zulassung zum Studium für das Studienjahr 1989/90. Damit wurde ihnen eine hohe Auszeichnung zuteil, zu der Sie die Leitung der Friedrich-Schiller-Universität und die FDJ-Hochschulgruppenleitung herzlich beglückwünschen. Zugleich verbinden wir damit die Erwartung, dass Sie das Studium vom ersten Tag an als einen verantwortungsvollen gesellschaftlichen Auftrag und als eine hohe Verpflichtung auffassen.“³³³ Zum Studium gehörte ein zweijähriges Pflichtprogramm in Russisch, Sportunterricht und einem vorgeschriebenen Begleitstudium „Marxismus- Leninismus- Grundlagenstudium“ (kurz ML), das in sieben Semestern die „marxistisch- leninistische Philosophie“, die „politische Ökonomie“ und den „wissenschaftlichen Sozialismus“ vermitteln sollte. Dies schätzte ein Professor der Sektion Marxismus- Leninismus an der Ost- Berliner Humboldt- Universität im Dezember 1989 wie folgt ein: „Der Staat hat diesen Kollegen [den ML-Professoren], um es überspitzt zu sagen, die Studenten bislang mit Polizeigewalt zugetrieben, ohne dass sie hätten begründen müssen wozu der wissenschaftliche Sozialismus gut sei.“³³⁴ Ab etwa Oktober 1989 wurde gerade dieser Studiengang verstärkt boykottiert.

Die Wohnraumsituation war desolat. Zwar blieb kein Student ohne ein Dach über den Kopf, doch die zur Verfügung gestellten Wohnmöglichkeiten waren schlecht: drei Leute mussten auf drei mal vier Meter in einer Bude zusammenleben, „die bei uns auch ein einzelner nur als Notunterkunft akzeptieren würde“³³⁵. Manchmal war das Wohnheimzimmer auch größer: Dann waren sechs Studenten in einem Zimmer. Der einzige Trost bestand darin, dass die monatliche Miete in der Regel zehn Mark nicht überstieg. Auch das Mensaessen war mehr als „preiswert“. In Greifswald reichten 60 Pfennige für ein Stammessen aus. Das Studentenleben wurde staatlich mit 190 Mark als Stipendium subventioniert. Dazu bestand die Möglichkeit durch „entsprechende Fachleistung und politische Eignung“ das Salär aufzustocken. Es gab aber auch oft den zufälligen Zusammenfall der Vergabe eines „Leistungsstipendiums“ und der Unterschrift unter eine Verpflichtungserklärung zu Spitzeldiensten unter Kommilitonen. Verpflichtenden Charakter hatte auch der so genannte „Studentensommer“. Nach dieser Regelung wurde jeder Hochschüler von seiner Uni im Sommer zu einem vierwöchigen Arbeitseinsatz in die „Volkswirtschaft“ geschickt werden. Zu Semesterbeginn wurden Studenten auch oft zur Erntehilfe in der Landwirtschaft eingesetzt. Trotz zehnmonatigem Studienjahr blieb damit nach Abzug der so genannten „sinnlosen Fächer“ Russisch, Sport, Marxismus und Wehrausbildung sowie den Ernteeinsätzen nur wenig Zeit für das eigentliche Fachstudium. Schon der reine Selbsterhaltungstrieb gebot daher, dieses ganze System zu gut es ging zu umgehen.

Die hier kurz skizzierte Sozialisation eines „DDR“-Studenten zeigt jedoch zum einen, warum es im Herbst 1989 nur zu reformsozialistischen Protesten kam. Nur diejenigen Studenten, die sich schon vor der Wende von 1989 als politische Akteure begriffen, hatten schon im Herbst 1989 die Möglichkeit politischer Initiativen erkannt. Das waren in der Regel Mitglieder der SED – die so genannten „Wendehälse“. Parteilose bürgerliche Studenten, die einen großen Teil der ostdeutschen Studentenschaft ausmachten, und bisher ihre Energie für die Selbstimmunisierung gegen kommunistische Ideologien aufwenden mussten, benötigten etwas mehr Zeit ihren Lernprozess, an dessen Ende die Wiedergewinnung politischer Artikulationsfähigkeit stand. Dies ist auch eine Erklärung für die Schwierigkeiten mancher RCDS-Mitglieder, die 1989 völlig unvorbereitet auf ihre ostdeutschen Kommilitonen trafen, sowie mancher ostdeutscher Studenten, die 1989 völlig unvorbereitet auf den RCDS trafen.

³³³ FSU Jena an einen der Verfasser, Jena, im Mai 1989;

³³⁴ Kurt Reumann: Scham und die Scheu vor gemeinsamer Freude, in: FAZ 19.12.1989.

³³⁵ Christian Geyer: Jede Uni in der „DDR“ gibt sich jetzt ein neues Gesicht, in: Die Welt 19.12.1989.

6.4 Von der Trennung zur Einheit

Im Jahr 1989 standen 130 000 Studenten in der „DDR“ 1,5 Millionen in der Bundesrepublik gegenüber. Unter all diesen Voraussetzungen fanden sich Studenten aus der „DDR“ und der Bundesrepublik Ende 1989 und Anfang 1990 auf zwei unterschiedlichen Studententreffen zusammen. Das eine Treffen trug den Namen „Deutsch-Deutsches Studententreffen“ und wurde vom RCDS Mitte Dezember 1989 in Berlin ausgetragen. Das andere Treffen fand Mitte Januar 1990 an der Heinrich- Heine- Universität in Düsseldorf unter Federführung der Juso- HSG statt.

In dem schnellen Transformationsprozess schien die politische Linke wie ein angeschlagener Boxer in der Ecke zu stehen und nur noch alibihaft sich zur Wehr zu setzen. Greifbar wurde dies in dem eilig organisierten „1. „DDR“-BRD-Studentenkongreß“ am letzten Januarwochenende 1990 in Düsseldorf. Dort trafen sich rund 200 Studenten aus der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland, um sich gemeinsam unter dem Motto „Wider der Vereinigung- unser Haus heißt Europa“ auszutauschen. Zu dem Kongress waren auch Studenten aus der CSSR und Frankreich angereist. Der generelle Gedankenaustausch wurde von der Düsseldorfer AStA- Vorsitzenden Kerstin Griese mit der Bemerkung eingeleitet, dass es schwierig sei, ein „Gegengewicht zur aktuellen nationalen Besoffenheit zu setzen“³³⁶. So setzte man sich zu allererst mit der „Gefahr des großdeutschen Nationalismus“ auseinander und vereinbarte sich zu einem zweiten „deutsch-deutschen StudentInnenkongress“ vom 16. bis 18. Februar 1990 in Leipzig, um in einem größeren Rahmen vor allem über eine Hochschulreform in der „DDR“ zu diskutieren. Zu diesem Kongress unter dem Motto: „Grenzenlose Zukunft statt nationale Vereinnahmung“ reisten rund 300 Studenten aus Bonn, Düsseldorf, Frankfurt/M., Hannover, Gießen und Mainz an.

Doch die Zustimmung der ostdeutschen Seite für dieses Projekt war gering. Weniger als 100 Studenten aus Leipzig und Ost-Berlin fanden sich ein. In den Arbeitsgruppen suchte man nach Argumenten gegen die Wiedervereinigung. „die ja nur dem Kapital diene, die „DDR“ zum Billiglohnland degradierte und Wohnungen zu Spekulationsobjekten mache.“³³⁷ Ein halbes Dutzend Arbeitskreise beschäftigte sich mit Themen wie Nord-Süd-Konflikt, Rechtsextremismus und Feminismus. Schnell entwickelte sich der Eindruck bei den Studenten aus der „DDR“ „nach einem beherrschenden Auftreten der Genossen aus der BRD“³³⁸. Im größten Arbeitskreis „Problem Vereinigung“ kommt es unter den 150 Teilnehmern zum Eklat. Nach der Hälfte der Sitzung muss sich die Veranstaltung die Frage stellen, ob man noch legitimiert sei, nachdem der letzte Ostdeutsche den Raum verlassen hat. So diskutieren die „Bundis“ unter sich weiter, über die Auswirkungen der Wiedervereinigung auf den „BRD-Imperialismus“ und die „Vereinnahmung der „DDR“ durch die NATO“. Als dann auch eine Demonstration gegen eine DSU- Großkundgebung mit dem CSU-Chef Theo Waigel und Eberhard Diepgen von der Bevölkerung mit den Rufen „Linke raus“ beantwortet wird, mussten die angereisten westdeutschen Studenten betroffen den Heimweg antreten. Dieses Ereignis markiert zugleich den ersten Rückschlag des Versuchs das westdeutsche Hochschulleben in die ostdeutschen Universitäten zu tragen.

Im deutlichen Kontrast zu diesem Treffen stand das erste gemeinsame „Deutsch- deutschen Studententreffen“, dass sich im Dezember in Berlin zusammenfand. Gleich zu Beginn schlugen Studenten aus Greifswald und Jena vor, den Titel in „Deutsches Studententreffen“ zu verändern. „Dabei sind keineswegs nur Studenten aus der „DDR“ angereist, die dem RCDS politisch nahe stehen. Ohne Koketterie sagen einige, sie gehörten der SED an und erfuhren nun schmerzlich, wie eng Ideale und Illusionen zusammenlügen.“³³⁹ In dieser Veränderung drückte sich die schnelle Solidarisierung der Studenten aus, die dann eine Resolution an die Adresse der Westdeutschen Rektorenkonferenz, die Kultusministerkonferenz und den

³³⁶ Thomas Meiser: Studenten wider die Vereinigung, in: taz, 29.1.1990.

³³⁷ Wolfgang Stock: Hohle Sprüche im hohlen Zahn der Karl-Marx-Universität, in: FAZ, 20.2.1990.

³³⁸ ebenda.

³³⁹ Kurt Reumann: Scham und die Scheu vor gemeinsamer Freude, in: FAZ, 19.12.1989.

Bundesbildungsminister richteten. Die wichtigsten Forderungen sind der freie Hochschulzugang „unabhängig von der politischen Einstellung des einzelnen oder seiner Familie“ sowie allgemein die „Freiheit von Wissenschaft, Forschung und der Lehre“ in der „DDR“.

- „Studenten beider deutscher Staaten muss die Möglichkeit eröffnet werden, sich unbürokratisch an jeder beliebigen Hochschule einzuschreiben oder als Gasthörer an Lehrveranstaltungen teilzunehmen. Dazu gehört auch die Benutzung universitärer Einrichtungen wie Bibliotheken und Seminare insbesondere in Berlin und den grenznahen Hochschulen.“
- „Da besonders der Zugang zu wissenschaftlicher Literatur von Studenten in der „DDR“ gewünscht wird, ist der Anschluss der Hochschulen der „DDR“ an das Fernleihsystem der hiesigen Hochschulen wünschenswert. Dies erfordert eine massive Aufstockung des Bibliothek-Etats.“
- „Als wesentlicher Bestandteil deutsch-deutschen Erfahrungsaustausches sollten spezielle Lehrveranstaltungen und wissenschaftliche Symposien zu folgenden Themenbereichen veranstaltet werden: Ökologie, Geschichte, Wirtschaftssysteme, politische Systeme, Rechtssysteme. Für die verstärkte Kooperation auf den Gebieten Wirtschaft, Umwelt und Kultur ist eine wissenschaftliche Auseinandersetzung und das Verstehen lernen die erste Voraussetzung. Dazu gehören ebenso der Dozentenaustausch wie Gastprofessuren.“
- „Die Regierungen sind aufgefordert, die im deutsch-deutschen Kulturabkommen vereinbarten Austauschquoten deutlich zu erhöhen und auf normale Studienaufenthalte auszuweiten.“³⁴⁰

Es schien, als hätten sich 40 Jahre politischen Einsatzes für die deutsche Einigung uneingeschränkt gelohnt. Dieses Gefühl kam auch bei dem zweiten deutschen Studentenforum in Jena vom 27. bis 30. April 1990 auf. Unter tatkräftiger Mithilfe des Unabhängigen Studentenbundes der „DDR“³⁴¹, der Mitveranstalter war, und zwei Jenaer Studentinnen gelang es alle Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen: „Für Samstag und Sonntag war in Bezug auf Verpflegung trotz aller Anstrengungen nichts zu machen. Hier half nur noch eine Ad-hoc-Aktion. Mit besonderer Genehmigung des Bundesministers des Innern durfte das Technische Hilfswerk aus Hof seine Zelte im Plattenhof der Friedrich-Schiller-Universität aufschlagen und die Teilnehmer des Forums bekochen.“³⁴² Der RCDS-Bundesvorsitzende Kaufmann formte den Leitsatz des Forums als er die 200 Teilnehmer begrüßte: „Freiheit, Vielfalt und Selbstbestimmung, nur dies können die drei Eckpfeiler sein, die Chancen für die Deutschen Hochschulen hervorbringen. Dies sind die Prinzipien, an denen sich eine gesamtdeutsche Hochschulpolitik zu orientieren hat.“³⁴³ So begann man in vier Arbeitskreisen über den Begriff Bildung, personelle und materielle Ausstattung der Hochschulen in der Bundesrepublik und der „DDR“, studentischer Interessenvertretung und über Berufsperspektiven zu diskutieren.

6.5 Comeback: Der RCDS gründet sich wieder

Ausdruck der Entwicklung des RCDS hin zu einem gesamtdeutschen Studentenverband war die Gründung der ersten RCDS- Hochschulgruppen in der „DDR“. In Eisenach, Greifswald und an der Humboldt-Universität Berlin fanden sich im Januar und Februar 1970 Studenten zusammen, um über RCDS-Gruppengründungen zu diskutieren.³⁴⁴ Am 1. Februar 1990 gründete sich dann die erste RCDS-Gruppe in der „DDR“ an der Universität Greifswald. Umgekehrt feierte die RCDS-Gruppe in Hannover am 8. Februar 1990 eine Premiere. Mathias Stabe, der sich nach einem vergeblichen Fluchtversuch über Prag im August 1989 in die Bundesrepublik abgesetzt hatte, wurde als Neumitglied aufgenommen und gleich zum stellvertretenden Vorsitzenden und zum Delegierten für die Bundesdelegiertenversammlung gewählt. Dies

³⁴⁰ so abgedruckt in: Christian Geyer: Jede Uni in der „DDR“ gibt sich jetzt ein neues Gesicht, in: Die Welt 19.12.1989.

³⁴¹ Der Unabhängige Studentenbund in der „DDR“ (Mitglieder überwiegend in Thüringen) ging kurze Zeit später im RCDS auf.

³⁴² Wolfgang Brenneis: Ein Stück näher am Zusammenwachsen, in: RCDS-Magazin 4/90.

³⁴³ ebenda.

³⁴⁴ RCDS-Gründung, in taz: 8.2.1990. oder: „DDR“-Studenten gründeten RCDS-Gruppe, in: Der Tagesspiegel, 11.2.1990.

stellte zwar keinen Normalfall dar, zeigt jedoch die tiefe Verwurzelung und Freude, die sich durch alle Verbandsbereiche zog.

Die neu gegründete Gruppe Greifswald wurden sofort aktiv von den RCDS-Gruppen aus Münster und München unterstützt. Bereits Ende Januar hatte die Unigruppe München zwei Druckmaschinen zu den Kommilitonen nach Greifswald gebracht, die sie auf dem deutschen Studentenforum kennengelernt hatten. Mit dieser Unterstützung wollte man ein Gegengewicht zu der bisher vorherrschenden FDJ und ihrer Nachfolgeorganisation Sozialistischer Studentenbund (SSB) bilden. Der SSB hatte die gesamte Infrastruktur von der FDJ übernommen und stellte sie den anderen Gruppierungen nur selten zur Verfügung. Am 21. Oktober 1990 wurden am Rande der Gruppenvorsitzendenkonferenz in Eichholz weitere ostdeutsche Initiativgruppen gegründet. Unter anderem erklärten die Jenenser Studenten Matthias Flamm und Tom Röthel, bis zum Jahresende eine RCDS-Gruppe in Jena gründen zu wollen.³⁴⁵ Fast genau nach 45 Jahren wurde ein zweiter Anlauf genommen.

Auch der RCDS- Bundesvorstand schaltete sich aktiv in die Unterstützung der ostdeutschen Kommilitonen ein. Der Bundesvorsitzende Christian Schede stellte den Studenten in Jena eine gespendeten Drucker nebst Papier zur Verfügung, damit dort das Wartburgfest³⁴⁶ vorbereitet werden konnten. Der RCDS-Freundes- und Förderkreis rief unter dem Motto: „Helfen Sie mit bei der Demokratisierung der „DDR!““ dazu auf, für die RCDS-Gruppen in der „DDR“ Papier, Schreibmaschinen, Büromaterialien und Kopierer zu spenden. So konnte „der stellvertretende Bundesvorsitzende des RCDS in der Bundesrepublik, Kielmannsegg zuversichtlich [sein], dass es auch an den übrigen vier Hochschulen in der „DDR“ bald zur Gründung des RCDS kommen werde.“³⁴⁷ Diese Gründungen in direkter Verbandstradition ließen nicht lange auf sich warten. Bald sprossen an der Karl-Marx-Universität in Leipzig und der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg RCDS-Gruppen aus dem Boden. So konnte der Bundesvorsitzende Christian Schede kurz vor der Bundesdelegiertenversammlung verkünden, dass die „mittlerweile 5 RCDS-Gruppen in der „DDR“ dazu beitragen wollen, dass der gesellschaftspolitische Umbruch in der „DDR“ auch an den „DDR“-Hochschulen, den Elfenbeintürmen des Marxismus-Leninismus wirksam wird.“³⁴⁸ Auch stellte der RCDS richtig, dass man die gemäßigten Kräfte in der „DDR“, insbesondere die Allianz für Deutschland, nachdrücklich unterstützen werde.³⁴⁹

6.6 Mit konkreten Aktionen zum Erfolg

Vor den ersten freien Volkskammerwahlen startete der RCDS seine erste gesamtdeutsche Aktion. Am 23. Februar 1990 stellten der RCDS- Bundesvorsitzende Christian Schede und der erste Vorsitzende des RCDS an der Humboldt-Universität Ost-Berlin, Peter Kozany die RCDS-Aktion „Deutscher Studentenaustausch“ vor. „Das bloße Voneinander-Wissen muss nun abgelöst werden durch Begegnungen, Voneinander-Lernen und Freundschaften-Knüpfen. Damit wird auch die Grundlage gelegt für die vom RCDS geforderte Solidargemeinschaft der deutschen Hochschulen. Der RCDS-Studentenaustausch ist Bestandteil umfassender Aktivitäten des RCDS, um den Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen Kommilitonen aus Ost und West zu gestalten.“³⁵⁰ An die Stelle des Wunsches nach Überwindung der Trennung traten nun Überlegungen, wie ein gemeinsames Zusammenleben der Bevölkerung der beiden deutschen Teile gestaltet werden kann.

³⁴⁵ Vgl. Thuss (1995), S. 12

³⁴⁶ In dem so genannten „Jenaer Aufruf“ wiesen die Verfasser darauf hin, dass die Wartburg in der Mitte der beiden deutschen Staaten erneut ein Symbol der guten Tradition des deutschen Volkes werden müsse. So fand im letzten Maiwochenende das Wartburgfest „Ein demokratisches Deutschland in Europa“ statt. Unter der Mitarbeit des RCDS trafen sich über 600 Studenten in 25 Arbeitskreisen bei Eisenach.

³⁴⁷ RCDS an der Ost-Berliner Humboldt-Universität gegründet, in: FAZ 8.2.1990.

³⁴⁸ Vgl. RCDS nun auch in Leipzig und Halle, in: RCDS-Pressemitteilung B 57/0001, 5.3.1990.

³⁴⁹ RCDS unterstützt Allianz, in: FAZ, 10.2.1990.

³⁵⁰ RCDS-Aktion „Deutscher Studentenaustausch“ vorgestellt, in: Deutschland-Union-Dienst, 23.2.1990.

Über die RCDS-Hochschulgruppen in der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ sowie über befreundete Kommilitonen und Studentengruppen wurde ein Aufruf unter dem Motto „Einander begegnen, voneinander lernen, Freundschaft knüpfen“ an den Hochschulen verbreitet, um Kommilitonen dazu zu veranlassen, Studenten aus der „DDR“ einige Tage bis hin zu einigen Wochen bei sich aufzunehmen und im Gegenzug diese Studenten in der „DDR“ zu besuchen. „Zu Gast bei...“ - war eine denkbar einfache aber intelligente Lösung eines schwierigen Problems der Anfangszeit. Wollten Studenten aus der Bundesrepublik für eine Zeit in der „DDR“ studieren oder den Alltag kennenlernen, ergab sich das Problem des mangelnden Zimmer- und Versorgungsangebots.³⁵¹ Umgekehrt sprengten finanzielle Rahmenbedingungen einen Aufenthalt eines „DDR“-Studenten in der Bundesrepublik. Daher sollten sich die Studenten aus der „DDR“ und der Bundesrepublik einfach privat besuchen. Der RCDS stellte sich dabei als Partnervermittler vor. Bekannt gemacht wurde die Aktion durch die überregionale Presse sowie an der Hochschule vor Ort durch Faltblätter und Plakate. In der Beschreibung dazu heißt es: „Das Faltblatt erhält einen Antwortcoupon, in dem der Student Angaben über sich machen muss, die bei der Vermittlung helfen sollen und ein Bild über seine Interessen ergeben. Diesen müssen die Studenten der „DDR“ an den Bundesvorstand zurücksenden, der in dann an die RCDS-Gruppe der gewünschten Hochschule zur Bearbeitung weiterleitet. Die Kommilitonen der Bundesrepublik müssen ihren Coupon direkt bei ihrer RCDS-Gruppe abgeben. Es ist dann die Aufgabe der Gruppe, aus den Bewerbungen zwei passende Austauschpartner zu suchen. Haben sich auf diese Weise zwei Partner gefunden, werden sie benachrichtigt und können miteinander privat Kontakt aufnehmen.“³⁵²

Diese Engagement war auch gegen die Versuche der FDJ gerichtet, sich aus dem Verkauf von Jugendeinrichtungen oder deren Etats zu finanzieren. Der „DDR“-weite Runde Tisch der Jugend³⁵³ hatte in einer einmütigen Entscheidung sich dafür ausgesprochen, das ehemalige FDJ-Zentralratsgebäude in ein für alle Jugendorganisationen offenes „Haus der Jugend“ umzuwidmen. „Einige Mitglieder der FDJ-Geschäftsführung und des Vorstandes versuchen nun, die für die Jugendarbeit bestimmten staatlichen Einrichtungen und Gelder im Millionenwert privat zu missbrauchen.“³⁵⁴ Vor diesem Hintergrund besetzten einige Jugendgruppen Mitte Februar das FDJ-Gebäude „Unter den Linden“.

In dem Start der bundesweiten Aktion fand auch das partnerschaftliche Engagement der RCDS-Gruppen seinen Ausdruck. Beispiel hierfür ist die enge Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsbereichen der Universitäten Leipzig und Erlangen-Nürnberg. Leipziger Wissenschaftler reisten auf Einladung des RCDS nach Nürnberg. Ihr größter Wunsch war es, „möglichst viel über die Marktwirtschaft zu lernen.“³⁵⁵ In einer gemeinsamen Erklärungen legten sie dann fest, dass sie gegenseitig Wochenendseminare, Intensivkurse mit Schwerpunkten Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft in Nürnberg und die gegenseitige Vermittlung von Praktikastellen anstreben. Außerdem plante man den Austausch von Lehrinhalten und Forschungsergebnisse, gegenseitige Gastprofessuren und gemeinsame Forschung als „längerfristige Maßnahmen“³⁵⁶.

Als sich die Delegierten vom 9. bis 11. März 1990 zur 43. Ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung unter dem Motto: „Sinnvoll studieren- solidarisch studieren- gemeinsam die Freiheit gestalten“ in Königs-

³⁵¹ Außerdem erhob die „DDR“ für ein Vollstudium Studiengebühren für bundesdeutsche Studenten. Bis dahin musste jeder Student bis zu 8000 Dollar für ein Studienjahr aufbringen. Diese Regelung wurde vom „DDR“-Ministerium für Bildung und Wissenschaft Mitte 1990 aufgehoben.

³⁵² Wolfgang Brenneis: Neue RCDS-Aktion „Zu Gast bei...“ - Deutsch-deutscher Studentenaustausch, in: RCDS-Magazin 2/90, S. 8.

³⁵³ An diesem Runden Tisch waren neben der FDJ 24 weitere Jugendorganisationen vertreten. Der RCDS wirkte an ihm seit Mitte Februar 1990 mit.

³⁵⁴ RCDS-Aktion „Deutscher Studentenaustausch“ vorgestellt, in: Deutschland-Union-Dienst, 23.2.1990.

³⁵⁵ Peter Oliver Loew: „Wir können viel voneinander lernen“, in: RCDS-Magazin 2/90, S. 4.

³⁵⁶ Die gemeinsame Erklärung des RCDS Nürnberg e.V. und der Vertreter der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Karl-Marx-Universität Leipzig ist abgedruckt in: RCDS-Magazin 2/90, S. 5.

winter trafen, ging es um die Aufnahme und Integration der „DDR“-Gruppen. Es herrschte „Aufbruchsstimmung“ beim RCDS, der sich „wie neu geboren“ fühlte.³⁵⁷ Dabei verbreiteten die RCDS-Gruppen in den neuen Bundesländern „die Stimmung eines frühlinghaften Anfangs“. Neben der organisatorischen Einbindung stand die Beratung um den Leitantrag „Einheit und Freiheit für Deutschland und Europa“ im Vordergrund. Nachdem Dr. Wolfgang Schäuble zu selbem Thema einen einführenden Vortrag gehalten hatte, ging es in die inhaltliche Auseinandersetzung. Angeheizt wurde diese Diskussion durch innerverbandliche Debatten über die Bedeutung und das Engagement des RCDS in der Deutschlandpolitik, die im Vorfeld im Bundesausschuss geführt und später unter dem Stichwort „Rhönkreis“ bekannt wurden.³⁵⁸ In dem Programm betonte der RCDS dabei, dass in einem vereinten Deutschland zuerst die Grundstrukturen der sozialen Sicherheit in Übereinstimmung gebracht werden müssten: Anpassung des Rentensystems, Arbeitslosenversicherung und -hilfe.

Die Aufbruchsstimmung der Studenten trugen auch die deutschen Unternehmer. Einige Firmen erkundigten sich bei der RCDS Praktikantenbörse gezielt nach „DDR“-Praktikanten, andere signalisierten auf Nachfrage ihre Bereitschaft, vorhandene Praktikantenplätze auch an die „DDR“-Studenten zur Verfügung zu stellen. Die Vermittlung von Praktikantenplätzen fiel nach dem Arbeits- und Sozialrecht der Bundesrepublik in den Zuständigkeitsbereich der Arbeitsämter. „Im Blick auf die Kommilitonen der „DDR“ wurde die Vermittlungserlaubnis aus politischen Gründen nicht erteilt. Man wolle mit der Möglichkeit eines Praktikums nicht zusätzliche Anreize für eine Übersiedlung schaffen, hieß es lapidar.“³⁵⁹ Trotzdem gelang es dem RCDS-Bundesvorstand Anfang Mai 1990 eine Vermittlungserlaubnis für „DDR“-Studenten zu erwirken. Damit war der Weg für die „DDR“-Studenten frei, wertvolle Kontakte zu knüpfen, Erfahrungen in der Sozialen Marktwirtschaft zu sammeln- „alles Notwendigkeiten, die für den Aufbau der Wirtschaft in der „DDR“ und für das Funktionieren einer gesamtdeutschen Wirtschaft unverzichtbar sind.“³⁶⁰

Dem Beispiel des Praktikantenaustausches folgend startete der RCDS 1991 unter Mithilfe der Bundesjugendministerin Angela Merkel die Aktion: „Studentensolidarität 91- Gemeinsam aufbauen..., Voneinander lernen...“. Seit Mitte Juni hatte der RCDS in einer bundesweiten Kampagne an Jurastudenten der alten Bundesländer appelliert, Praktika in Sachsen abzuleisten. An den 31 juristischen Fakultäten wurde mit Flugblättern und Plakaten dafür geworben. Die Voraussetzung für die Teilnahme war der Nachweis „über ausreichende Kenntnisse des besonderen Verwaltungsrechts“³⁶¹. Mehr als 250 Studenten meldeten sich, um bei den rund 100 sächsischen Gemeinden ein vier- bis achtwöchiges Praktikum zu absolvieren, die dem Aufruf des RCDS und des Sächsischen Städte- und Gemeindetages gefolgt waren. Letztlich nahmen 97 Studenten den Weg nach Sachsen auf sich, „um unentgeltlich für einige Wochen gleichzeitig Zeuge und Beteiligter eines historisch einmaligen Prozesses zu sein“³⁶². Die Bedeutung dieser Aktion für das Zusammenführen der Menschen darf nicht unterschätzt werden.³⁶³ Nach Umfragen hatten 1991 erst 40 Prozent der westdeutschen Bundesbürger die Gelegenheit genutzt, um in die neuen Bundesländer zu fahren.

6.7 Der RCDS ein gesamtdeutscher Verband

Im Laufe der neunziger Jahre entwickelte sich der RCDS in den neuen Bundesländern unterschiedlich weiter. Durch den schwierigen Generationenwechsel innerhalb des Verbandes kann man von einer konti-

³⁵⁷ Kurt Reumann: Beim RCDS herrscht Aufbruchsstimmung, FAZ, 12.3.1990.

³⁵⁸ zur Einschätzung des damaligen bayrischen Landesvorsitzenden Rüdiger Gerst, siehe: 50 Jahre RCDS in Bayern, S. 69f.

³⁵⁹ Wolfgang Brenneis: Grünes Licht für „DDR“-Studenten, in: RCDS-Magazin 5/90, S. 4.

³⁶⁰ ebenda.

³⁶¹ Christian Schneller: Auf nach Sachsen!, in: RCDS-Magazin 7/91, S. 8.

³⁶² ebenda, S. 9.

³⁶³ Interessant ist der Bericht der Praktikantin Julia Sauter und der Dankesbrief der Stadtverwaltung Flöha, abgedruckt in: RCDS-Magazin 7/91, S. 9f.

nuerlichen RCDS- Arbeit in den neuen Bundesländern erst richtig ab 1992 sprechen³⁶⁴. Die Normalisierung und Einbindung zeigten sich personell, strukturell und in den Aktionen. Zugleich offenbarten sie auch Probleme. Für die Einbindung der RCDS-Gruppen in den neuen Bundesländern hatte der RCDS organisatorisch auf der 44. Bundesdelegiertenversammlung vom 1.-3. März 1991 in Dresden weitere Weichen gestellt. Nach der bereits erfolgten vorläufigen Aufnahme der Gruppen auf der Bundesdelegiertenversammlung 1990, beschlossen die Delegierten folgende Gruppen endgültig aufzunehmen: Eisenach, Greifswald, Halle, Humboldt-Universität Berlin, Leipzig, Dresden, Jena, Magdeburg und Rostock³⁶⁵. Als weiteren Schritt zur Festigung von verbandlichen Strukturen beschloss man die Konstituierung der Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Letzterer war schon am 20. Dezember 1990 in Weimar formell gegründet worden.³⁶⁶

Auch dem Vorschlag, einen gemeinsamen Landesverband Berlin- Brandenburg zu bilden, folgten die Delegierten.³⁶⁷ Diese Struktur blieb über 10 Jahre unverändert bestehen. Mit der Berufung des „Koordinators für die Neuen Bundesländer“, Ferdinand Schuster, im Frühjahr 1991 versuchte der Bundesvorstand seine „Osthilfe“ zu institutionalisieren. Allerdings stieß solche Entwicklungshilfe nicht überall auf Gegenliebe. Nachdem die Einbindung des RCDS Mecklenburg- Vorpommern in den Bundesverband und die Aktivitäten der ansässigen RCDS-Gruppen immer weiter zurückgegangen waren, beschloss die Bundesdelegiertenversammlung 2001 die Zusammenführung des RCDS Berlin-Brandenburg und des RCDS Mecklenburg- Vorpommern zum RCDS Nordost. Der Erfolg dieser Aktion muss sich noch erweisen. Dennoch erschien dieser Schritt als geeignet, die dauerhafte Schwäche des RCDS in Mecklenburg- Vorpommern zu überwinden.

Vielleicht entsprach diese Entwicklung auch einem Trend, der den Verband hin zu einer Stärkung der Zentralinstanzen führte. Gerade die gewachsene Kultur der Gruppenautonomie, die sich tief im Selbstverständnis verankert hat, stand der Bedeutung schneller zentraler und im Sinne der „cooperate identity“ handelnder Einheiten manchmal im Wege³⁶⁸. Gerade für die Arbeit des RCDS in den neuen Bundesländern ließ sich ein unterschiedlicher Kurs im Vergleich zu den alten Bundesländern zeichnen. In ihrer Hochschulstruktur mit Studentenräten war und ist das System in den meisten der neuen Bundesländern stärker kooperativ organisiert. Die Suche nach dem Konsens und dem Kompromiss stehen im Vordergrund. Die über Jahrzehnte entwickelten politischen Spannungen an den Hochschulen der alten Bundesländer finden hier nur vereinzelt und temporär ihren Widerhall³⁶⁹. Besonders auch die Sozialisation der überwiegend ostdeutschen Studenten, ihr Studienverhalten und ihre Einstellung zu politischem Engagement zwangen die politischen Studentenverbände zu einem differenzierten Mix aus Serviceleistungen wie Praktikantenbörse, Studienplatztausch und Stipendieninformationen, hochschulpolitischen Debatten um BAföG und Studiengebühren sowie der Organisation von Parties und gesellschaftlichen Veranstaltungen. Die politische Arbeit des RCDS bestand neben der Organisation von politischen Veranstaltungen und Gesprächen mit Entscheidungsträgern in den neuen Ländern darin, Studenten über die Gewinnung zur

³⁶⁴ Vgl. Vermerk: Gruppen in den fünf neuen Ländern, Michael Kraft, 22.3.1991.: „Der Schwachpunkt liegt mit Sicherheit in der Personalstruktur der RCDS- Gruppen in den fünf neuen Ländern.“

³⁶⁵ Bis auf einer Enthaltung bei der Gruppe Rostock werden alle Gruppen einstimmig aufgenommen. Ebenso findet der Antrag der Gruppe Kassel positive Berücksichtigung. Vgl. Protokoll der 44.ord.Bundesdelegiertenversammlung in Dresden, TOP 8.

³⁶⁶ Thuss (1995), S. 12

³⁶⁷ Protokoll der 44.ord.Bundesdelegiertenversammlung in Dresden, TOP 9. Die Gründung des Landesverbandes Berlin-Brandenburg wird bei zwei Enthaltungen beschlossen. In Brandenburg gründete sich im Sommer 1991 die erste RCDS-Gruppe an der neu gegründeten Universität Potsdam. Damit stieg die Anzahl der RCDS-Gruppen in den neuen Ländern auf 13.

³⁶⁸ Die Frage nach der Bedeutung der Landesverbände, ihrer Neuzusammensetzung und der finanziellen Implikationen standen u.a. im Zentrum heftiger Debatten bei dem Finanz-Bundesausschuss im Januar 2000. Vgl. dazu betreffendes Protokoll.

³⁶⁹ Interessant ist der Hinweis Wolfgang Schäubles in seiner Festrede anlässlich des 40jährigen Jubiläums des RCDS 1991: „Die Jugend in den alten Bundesländern hat politische Freiheit als etwas Selbstverständliches erlebt, für deren Bewahrung es keiner besonderen Bemühungen bedurfte.“, in: RCDS-Magazin 8/91, S. 13.

gemeinsamen Mitarbeit zur politischen Mitarbeit zu „sozialisieren“.³⁷⁰ Der Erfolgsfaktor dieser Strategie ließ sich an dem Bestehen der unterschiedlichen RCDS-Gruppen in den neuen Bundesländern ablesen. Von den ersten neun RCDS-Gruppen, die 1991 endgültig in den Bundesverband aufgenommen wurden, existierten im Jahr 2001 noch sieben. Davon löste sich die Gruppe Eisenach mit ihrer Hochschule im Juli 1991 auf. Die Entwicklung in den neuen Ländern spricht für Stabilität. Der RCDS ist in den neuen Ländern verwurzelt.

Mit seinen Gruppen in den neuen Bundesländern wurde der RCDS zum stärksten deutschen politischen Studentenverband. Konkurrieren musste er dabei nur mit serviceorientierten und unpolitischen Gruppierungen. Das Verhältnis zu dem Dachverband der ostdeutschen Studentenvertretungen o.s.t. gestaltete sich je nach der Schwerpunktsetzung des Bundesvorstandes unterschiedlich. 1996 und im Mai 1999 hatte es Gespräche über eine gemeinsame Zusammenarbeit des RCDS mit o.s.t. gegeben, die sich aber später verliefen. Auch in seinen Aktionen ließ der RCDS in der zweiten Hälfte der neunziger nicht nach für das gemeinsame Zusammenwachsen zu werben. Herausragend hierfür war die 1998- Aktion: „Studieren im Osten- wo man den Professor noch persönlich kennt“.³⁷¹ Mit 3000 Informationsfaltern warb man an westdeutschen Gymnasien für ein Studium in den neuen Bundesländern. In Zusammenarbeit mit der MITROPA und dem Deutschen Studentenwerk schrieb man eine Verlosung von „Schnupperaufenthalten“ an einem Hochschulstandorten in den neuen Bundesländern aus. Leider lagen am Ende der Aktion nicht einmal genügend Bewerbungen vor, um alle zehn zur Verfügung stehenden Fahrten zu verlosen. Gerade dieses Resultat zeugt davon, dass sich der RCDS auch weiter mit seinen Mitteln für das Zusammenwachsen Deutschlands engagieren muss. Medial konnte der RCDS diese Aktion dennoch als Erfolg verbuchen. Neben einem Artikel in der SZ unter dem Titel: „Wenn Wessis weinen“, schaffte man auch den Sprung in das „Neue Deutschland“.

Während für manche angehende Studenten der Weg nach Osten manchmal zu weit schien, kam der RCDS als erster politischer Verband auch personell vollständig im vereinten Deutschland an. Bereits 1995 wurde der Jenenser Student Holger Thuss zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt und ein Jahr später in seinem Amt bestätigt.³⁷² Spätestens mit der breiten Unterstützung der Kandidatur von Mario Voigt zum ersten Bundesvorsitzenden ostdeutscher Herkunft im Jahre 1999 und der Wahl Tobias Kohls zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden im Jahre 2001 zeigte sich eine gewisse Normalität.³⁷³

³⁷⁰ Die Ausnahme bildet die so genannte „Ostkonzferenz“. Sie wird mittlerweile jährlich vom RCDS Thüringen organisiert und findet bundesweit breite Beachtung. Traditionell hält der Thüringische Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel dort den Eröffnungsvortrag. Darin findet das starke Engagement Vogels für den RCDS seinen besonderen Ausdruck. Themen der letzten Jahre waren z. B. „Elite und Hochschule“ oder „10 Jahre Deutsche Einheit- Bestandsaufnahme und Ausblick“.

³⁷¹ dazu: Dirk Eppner: „Im Osten viel Neues“, in: RCDS- Jahresbericht 1998/99, S. 20f.

³⁷² Vgl. Protokoll der 48. und 49. o. Bundesdelegiertenversammlung, Wahl des Stv. Bundesvorsitzenden

³⁷³ Im weiteren Sinn darf auch Dirk Eppner, der zum Studium nach Greifswald ging und als Landesvorsitzender des RCDS- Mecklenburg-Vorpommern zum Bundesschatzmeister gewählt wurde, als ostdeutscher Kandidat bezeichnet werden. Danach waren in vier der letzten sechs Bundesvorständen Mitglieder aus den RCDS- Landesverbänden der neuen Bundesländern vertreten.

7. Andere politische Studentenverbände im Jahr 1990

7.1 Die VDS und der fzs

Die Debatte um die Wiedervereinigung schlug sich neben der reinen politischen Auseinandersetzung in den einzelnen Verbänden besonders in der Frage der VDS wieder. Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) hatte sich als freiwilliger Zusammenschluss der Studentenschaften der Bundesrepublik und West-Berlins gegründet und setzten sich nach dem „Räte-Prinzip“ zusammen. Dies bedeutete, dass die jeweiligen Mehrheiten in den Studentenparlamenten der Hochschule ihren gewählten AStA in die VDS entsandten. So war sie auch kein repräsentatives Organ der studentischen Interessenvertretung, sondern nur eine Vertretung der Mehrheit. In dieser privatrechtlichen Form existierte die VDS seit 1975 und stand damit im Gegensatz zur „Österreichischen Hochschülerschaft“, die eine öffentlich-rechtliche Körperschaft war. Der Ein- oder Austritt erfolgte aufgrund eines Beschlusses des jeweiligen Studentenparlaments der einzelnen Hochschulen. Die VDS finanzierte sich aus so genannten projektgebundenen Zuwendungen der Mitglieds-Asten, also aus Geldern der Studentenschaften. Die Vorherrschaft in der VDS hatten 1989/90 die dogmatischen, radikalen linken Verbände SHB und MSB. Nach zwei gescheiterten Mitgliederversammlungen im Frühjahr 1990³⁷⁴ kam eine Diskussion über die Reform und die Zukunft der VDS in Gang. Einer der zentralen Debattenpunkt war dabei auch eine gemeinsame Erklärung der VDS mit dem RCDS zum Bildungsgipfel vom 13. Dezember 1989. Dazu schlug der AStA der Universität Hannover als Veränderung vor: „Grundsätzlich darf der Koordinierungsausschuss keine Erklärungen abgeben, wenn es um gemeinsame Erklärungen mit anderen geht, die eigentlich gerade nicht Partner der VDS sind (z.B. RCDS).“³⁷⁵

Die Juso-HSG stellten die Neugründung eines linken studentischen Dachverbandes in den Raum. Die Basisgruppen wandten sich gegen diesen Vorschlag, einer sozialdemokratischen Hegemonisierung³⁷⁶. Auch der SHB und der MSB äußerten ihre Unzufriedenheit mit der bisherigen VDS-Arbeit. Da sie – insbesondere im finanziellen Sinne – von der bisherigen Struktur profitiert hatten, machten sie keine konkreten Reformvorschläge.³⁷⁷ Die Liberalen Hochschulgruppen nahm eine Forderung des RCDS aus dem Jahr 1987 nach der Einführung eines Bundesstudentenparlaments auf. Ein solches Parlament sollte in allgemeinen und gleichen Wahlen von allen Studenten über Landeslisten gewählt werden.³⁷⁸ Dies waren die letzten Zuckungen der sterbenden VDS, deren Ende am 1. Oktober 1990 kam – zwei Tage vor der Deutschen Einheit. Es dauerte ganze drei Jahre, bis sich am 20. November 1993 in Hürth der „freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs)“ als Versuch eines neuen linken Dachverbandes gründete. Dieser übernahm zunächst nur das Erbe des Fachhochschulverbandes FKS. Das Gründungsvorhaben, sich weder in „zentralistische Strukturen“ noch im „Hickhack um Mehrheiten“ zu verlieren und stattdessen „pluralistisch organisiert“ und im „Klima konstruktiver Diskussion studentische Probleme anzugehen“³⁷⁹, konnte nicht eingehalten werden. Von Mitte 1999 bis Mitte 2000 stand der fzs wegen Handlungsunfähigkeit vor seiner Auflösung.³⁸⁰ Erst durch die Gründung eines Ersatzbündnisses (Aktionsbündnisses gegen Studien-

³⁷⁴ März in Bochum, Mai in Trier.

³⁷⁵ Rechenschaftsbericht der Zentralratssitzungen vom März 1989 bis Februar 1990 der VDS des AStA Uni Hannover, 20.3.1990. Der AStA Darmstadt äußerte sich in seiner Stellungnahme dazu besorgt über „diese Tendenz zum Konservatismus und die Verlagerung des „Feindbildes“ vom RCDS zum REP“.

³⁷⁶ Dazu: Gegen die Neugründung eines studentischen Landesverbandes, Stellungnahme der Basisgruppen aus Hannover, Köln, Münster, Frankfurt, Bonn, Göttingen, Darmstadt, Bamberg und anderswo, Feb. 1990.

³⁷⁷ Vgl. dazu: Thesen des SHB zur Neuorientierung von VS und VDS auf die Situation an den bundesdeutschen Hochschulen nach dem Wintersemester 1989/90 zur Vorbereitung der 15. o. VDS-Mitgliederversammlung, 14.2.1990, und: Anja Maschinsky (MSB) Diskussionspapier zu Lage und Perspektiven der VS.

³⁷⁸ Presseerklärung LHG: LHG bekräftigt Forderung nach Einführung eines Bundesstudententages, 30.5.1990.

³⁷⁹ Vgl. Ullrich Fichtner: Die Riesen betrachten die Hochschulzwerge aus der Distanz, in: Frankfurter Rundschau, 28.4.1994.

³⁸⁰ aktuell dazu: Jochen Leffers: Völker, hört die Signale, in: SZ, 5.9.2000.

gebühren) konnte er sich ein wenig stabilisieren. Seine Tage schienen aufgrund eines praxisfernen, unkonstruktiven Stils³⁸¹ und seiner organisatorischen Mängel gezählt.

7.2 MSB Spartakus, SHB und die Juso-Hochschulgruppen

Die Auflösungsstendenzen der linken politischen Studentenbewegung wurden buchstäblich im Zusammenbruch des MSB Spartakus deutlich. Der Marxistische Studentenbund Spartakus löste sich nach einem entsprechenden Beschluss im ersten Halbjahr 1990 auf. Der 1971 gegründete, mit ehemals 6000 Mitgliedern einer der größten Studentenverbände litt schon seit Jahren an Mitgliederschwund. Daneben trat der Konflikt mit der kommunistischen DKP, der der MSB vormals nahe stand. Hauptgrund für den Zerfallsprozess des MSB Spartakus waren die weggefallenen Gelder der „DDR“-Regierung³⁸², ohne die sich dieser Verband nicht hätte halten können. Bezeichnend für die politische Ausrichtung aber auch für die letzten Regungen war ein Brief des AStA der FU Berlin im Oktober 1989. Der AStA gratulierte den „in den letzten Zügen zuckenden Paradiesstaat des Sozialismus und seinem greisen Führer Erich zum 40jährigen Bestehen“³⁸³. Darin qualifizierte der AStA die „DDR“ als einen Staat, der „unter schwierigsten Bedingungen 1949 als sozialistischer und antifaschistischer Staat gegründet worden und somit den Gegensatz zur BRD die faschistische Kontinuität in Wirtschaft, Justiz und Staat durchbrochen hat“³⁸⁴. Ob die politische Linke um SBH, und MSB die endgültige Diskreditierung ihres Weltbildes nahen sah, muss daher wohl bezweifelt werden. Selbst im Spätherbst 1990 setzte man sich noch aktiv gegen die deutsche Wiedervereinigung ein. Zu tief waren die Ressentiments für ein national geeintes Deutschland, zu tief die Kluft der Wahrnehmung zwischen politischer Theorie und real existierender Praxis. Das dennoch gerade diese Praxis die beiden Verbände in ihren existentiellen Abgrund führen würde, ahnte man bereits im November 1989. Der jahrelange Kampf für eine kommunistischen Zukunft Deutschlands war von der Stasi und der SED finanziert worden. Die Parteifunktionäre wurden in Seminaren in der „DDR“ für ihren Kampf geschult. Mit dem Ende des sozialistischen Experimentes und dem Niedergang der Stasi versiegten die Geldquellen des MSB und der DKP. Neben die personelle Entwicklung trat der finanzielle Ruin. Für RCDS-Mitglieder in Bonn war insbesondere die schnelle Räumung des MSB-Büros ein angenehmer Anblick. Es mutete paradox an, dass der studentische Kampf um die Errungenschaften des Sozialismus an der einfachen Frage kapitalistischer Bilanzbegleichung entschieden wurde.

Auch die Jusos fanden sich in einer schwierigen Situation. Sie hatten zwei Optionen. Einerseits bestand die Möglichkeit einen mehr bürgerlichen Reformkurs einzuschlagen und damit aber auch Fehler in ihren Einschätzungen einzugestehen. Andererseits war der Versuch denkbar, eine Strategie der Integration orthodoxer Sozialisten zu entwickeln, um die Truppen der sich im Auflösungsprozess befindlichen MSB und SHB einzusammeln. Die JUSO- HSG formulierten dies in ihrer Vorlage für den VDS- Zentralrat vom 6. April 1990 so: „Angesichts des deutsch- deutschen Taumels gibt es für die Linke zwei Optionen: entweder sie versucht die faktisch vollzogene Vereinigung links zu definieren oder sie versucht den Widerstand der VereinigungsgegnerInnen zu organisieren.“³⁸⁵ Die Wiederwahl von Susi Möbeck auf dem Juso-Bundeskongress in München machte deutlich, „dass sie an einem klaren sozialistischen Linkskurs festhalten“³⁸⁶. Die Stellungnahme der zur so genannten Stamokap-Fraktion gehörigen, wieder gewählten Vorsitzenden zu den Bündnisperspektiven mit der PDS offenbarte dies deutlich. Möbeck lehnte es ab, sich aus

³⁸¹ Im Zusammenhang mit den Aktionswochen gegen Studiengebühren lehnte der fzs/ABS ein sachorientiertes Angebot des RCDS Anfang 2000 ab, in einem bundesweiten Bündnis gemeinsam für ein Moratorium gegen Studiengebühren zu demonstrieren. Vgl. fzs-Protokoll, 17.-19.3.2000, TOP 12: ABS-RCDS, in der Interpretation des fzs liest dies sich dann so: „Beim KO war letztes Jahr grob angedacht worden, mit dem RCDS eine pressewirksame Aktion zu machen, aber das war nicht akut. Am 10.2. hat Olaf angekündigt, dass er sich eine Woche später auf ein Bier mit dem RCDS- Bundesvorsitzenden treffen wollte, um unverbindlich anzufragen.“

³⁸² Zur Unterstützung des MSB durch das MfS siehe: Verfassungsschutzberichte Mitte und Ende der 19achtziger.

³⁸³ Wolfgang Brenneis: Links gegen Deutschland, in: RCDS-Magazin 5/90, S. 4.

³⁸⁴ so zitiert: ebenda.

³⁸⁵ Juso-HSG: Zur Selbstverständnisdiskussion- Vorlage für den VDS- Zentralrat am 6.4.1990.

³⁸⁶ Marcel Kaufmann: Flügelkämpfe und nutzlose Debatten, in: RCDS-Magazin 4/90, S. 3.

Aktionsbündnissen mit PDS-Beteiligung zurückzuziehen. Dazu passte es, dass die JUSO- Hochschulgruppe der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn Anfang 1990 mit Gregor Gysi eine Podiumsveranstaltung unter dem Thema: „Perspektiven linker Politik im geeinten Deutschland“ veranstaltete. „Die Veranstaltung soll keineswegs unsere Verbundenheit mit der SPD in Frage stellen, geschweige denn zu einer Sympathiekundgebung für die PDS werde“³⁸⁷, bemühte man sich die Bedeutung der Veranstaltung richtig zu stellen. Wenn diese Grundhaltung heute in Teilen der SPD als normaler Vorgang gesehen wird, stellte dies kurz vor der Wiedervereinigung eine Unglaublichkeit dar. Daher verwundert es nicht, dass sich die jungen „DDR“-Sozialdemokraten von Anfang an gegen eine Zusammenarbeit mit der PDS aussprachen.

³⁸⁷ so zitiert nach: Wolfgang Brenneis: Links gegen Deutschland, in: RCDS-Magazin 5/90, S. 6.

8. Der RCDS in den neunziger Jahren

8.1 Alte Probleme

Die Studentenzahlen waren im Wintersemester 1989/90 über die 1,5 Millionen-Marke gestiegen. Dies stellte einen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr von 2,7 Prozent dar. Der Anteil der Studentinnen betrug dabei 38,2 Prozent oder 577000. Die Hochschulen schienen aus allen Nähten zu platzen. Doch nicht nur die Hochschulen sondern auch die Wohnraumsituation spitzte sich mit dem Anstieg der Studenten zu. Dabei beruhigte es nur wenig, dass Anfang 1990 Hessen als letztes Bundesland auf Studiengebühren von Langzeit- und Zweitstudenten verzichtete. Mit der Begründung, dass man angesichts der überfüllten Lehrveranstaltungen nicht davon ausgehen könne, dass die Studenten die Verlängerung ihres Studium selbst zu verantworten hätten, verzichtete das Land auf 250 Mark pro Semester oder 8 Millionen Mark im Jahr.

Ein wichtiges Hochschulproblem des beginnenden Jahrzehnts war die Wohnraumsituation. Der RCDS und die WELT starteten eine Wohnraumumfrage unter den Studenten. Ausgang dafür war eine Fachtagung zum studentischen Wohnen Ende April 1990 in Bonn. Unter der Beteiligung von Experten aus den Bundesministerien für Wissenschaft und Bau, von Geschäftsführern der Studentenwerke sowie Bankvertretern und zuständigen kommunalen Beamten diskutierte man in drei Arbeitsgruppen über Formen, Bedarf und Finanzierung des studentischen Wohnungsbaus. Der RCDS machte hier sein Forderung nach einer öffentlichen Förderung von Wohnheimplätzen für mindestens 15 Prozent aller Studenten. Nach einer aktuellen DSW-Umfrage lag die Versorgung mit öffentlich geförderten Wohnraum bundesweit unter 10 Prozent. Die Teilnehmer aus den „DDR“-Gruppen hatten weitere Horrorgeschichten hinzuzufügen.³⁸⁸ Im Oktober 1991 startete der Bundeskanzler auf Initiative des RCDS einen Aufruf: „Bitte helfen Sie unseren Studentinnen und Studenten und informieren Sie die örtliche Zimmervermittlung des RCDS, wenn Sie Wohnraum zu vermieten haben“³⁸⁹. Dr. Kohl empfahl den „Mitbürgern“ die kostenlose RCDS-Wohnungsvermittlung.

In einem weiterem Feld der Sozialpolitik gab es Anfang des Jahrzehnts Veränderungen- dem BAföG. Seit Mitte der achtziger Jahre war die Zahl der Empfänger drastisch zurückgegangen. Die Ursache hierfür sahen viele Fachleute in dem so genannten „Mittelstandsloch“. Damit umschrieb man ein Phänomen, wonach besonders Familien mit mittleren Einkommen mit studierenden Kindern einerseits von den entsprechenden Steuerfreibeträgen noch nicht in ausreichendem Maße profitierten, weil der entsprechende Grenzsteuersatz noch zu niedrig lag, andererseits aber von den direkten Subventionen, wie z.B. Wohngeld, erhöhtes Kindergeld und eben auch die Leistungen nach dem BAföG, wegen der dort bestehenden Einkommensgrenzen nicht mehr erreicht wurden. Die Bundesregierung legte im Dezember 1989 nach langjährigen Forderungen besonders auch des RCDS einen Gesetzesentwurf vor, der diesen Kritikpunkten Rechnung trug. Es gab eine Verbesserung der „elternabhängigen“ Förderung. Die Förderung wurde auf einen hälftigen Zuschussanteil umgestellt und die Studienabschlussförderung eingeführt. Damit endete die Debatte um die Ausbildungsförderung jedoch nicht. Im Gegenteil zogen sich die Kritikpunkte und Verbesserung über die gesamte Amtszeit Kohl hin. Trotz mehrmaliger Ankündigung blieb das BAföG das Stiefkind der Regierung. Beispielsweise forderte der RCDS bereits 1991 die Angleichung des BAföGs in den alten und den neuen Ländern.³⁹⁰ Wenn schon die finanzielle Ausstattung ein permanenter Kritikpunkt blieb, konnte der RCDS im aktiven Einsatz dennoch manche Verbesserung herausholen.

³⁸⁸ umfassend zur Tagung siehe: Thorsten Haupts: Problem Studentenbuden, in: RCDS-Magazin 4/90, S. 4f.

³⁸⁹ Brief des Bundeskanzlers an die Bürger, vollständiger Abdruck in: RCDS-Magazin 8/91.

³⁹⁰ Vgl. dazu: „Bedingungen überall schlecht“, in: SZ .29.1.1991.

Anfang der neunziger Jahre war es erneut zu einer Krise der Mitarbeit bei EDS gekommen. Weil man mit dem Ausgang der Vorstandswahlen und einiger politischer Punkte nicht zufrieden war, stellte man die Mitarbeit ein, allerdings ohne auszutreten. Ein Projekt eines neuen Verbandes „European Student Association“ blieb schon im Ansatz stecken. Einzige größere Veranstaltung blieb eine Sommeruniversität. Die internationale Arbeit des RCDS konzentrierte sich daher in der Umbruchzeit des beginnenden Jahrzehnts auf die Länder Mittel- und Osteuropas. Auf einem internationalen Kongress in Jena 1991 konnte neben zahlreichen Teilnehmern aus Mittel- und Osteuropa auch Bundeskanzler Helmut Kohl als Hauptredner begrüßt werden. Ein weiteres Beispiel sind die Reisen vieler RCDS-Delegationen nach Kroatien, aus der sich eine jahrelange Zusammenarbeit mit dem kroatischen Verband HDZ ergab, verbunden mit dem Engagement für Menschenrechte und den Neuaufbau demokratischer Strukturen³⁹¹. Im Jahre 1992 folgte eine Spendenaktion für Bosnien und Aktionen, um auf die Übergriffe der serbischen Armee auf Bosnien-Herzegowina aufmerksam zu machen.³⁹² Im selben Jahr erreichte die neue Stellvertretende Bundesvorsitzende Tamara Zieschang auch die Reintegration des RCDS bei EDS. Tim Arnold aus Bonn wurde daraufhin in den EDS-Vorstand gewählt.

1990 erschien schließlich auch die erste intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte des RCDS. Als Dissertationschrift von dem ehemaligen Bundesvorsitzenden Johannes Weberling geschrieben, veröffentlichte der Walter Rau Verlag in Düsseldorf die breit angelegte Dokumentation „Für Freiheit und Menschenrechte“³⁹³.

8.2 In die Asten

Der RCDS schien Anfang 1990 organisatorisch gefestigt. Besonders die Erfolge bei den Studentenwahlen im Wintersemester 1989/90 führten zu einer positiven Grundstimmung. „Mit einer Ausnahme hat der RCDS überall kräftig zugelegt, in Aachen, Köln, Hagen, Mannheim und Würzburg stellt er mit liberalen Koalitionspartnern die Allgemeinen Studentenausschüsse.“³⁹⁴

In Münster gewann der RCDS 10 Sitze und machte so eine rechnerischen bürgerlichen AStA von 16 zu 15 möglich. Der deutschlandpolitische Wandel schien dabei eine untergeordnete Rolle zu spielen, da auch der MSB Spartakus sein 3 Sitze ohne Verluste halten konnte. Nach dem Ende des Hochschulstreiks zu Beginn des Jahres wurde klar, „dass die Linke an den Hochschulen thematisch abgewirtschaftet hat und ihre Aktionsformen ausgereizt sind. Die Jusos verließen im November das linke Bündnis, da ihnen die Politik nicht radikal genug war...“³⁹⁵. Das Thema des RCDS war die Wohnungsnot und „klare Konzepte auf kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene. So wie die Reformvorschläge im BAföG wurden auch die Wohnungsbaukonzepte von der Bundesregierung berücksichtigt und von der Kultusministerkonferenz begrüßt.“³⁹⁶ Die Gruppe Münster zeichnete sich auch durch eine aktive Sozialpolitik aus. Eine AIDS-Ausstellung von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wurde vom RCDS organisiert und gemeinsam mit der AIDS-Hilfe betreut. Dies fand große Anerkennung bei den Studenten. Auch entwickelte sich eine gemeinsame Kooperation mit der neu gegründeten RCDS-Gruppe in Greifswald.

Auch in Aachen, wo der RCDS bereits den AStA stellte, gab es 1990 Stimmengewinne zu verzeichnen. Mit 12 Stimmen für den RCDS, 7 für die Allgemeine Fachschaftsliste (ALFA) und 5 für die Unabhängigen Studenten (UnS) erhöhte die bestehende Koalition ihren Stimmenanteil im Studentenparlament von 21 auf 24 von 41 Sitzen. Damit unterlagen zum vierten Mal in Folge die linken und linksextremistischen Grup-

³⁹¹ Zusammen mit der Kroatischen Katholischen Mission organisierte der RCDS einen Hilfstransport mit drei Tonnen Medikamenten und medizinisch-technischem Gerät nach Kroatien. Vgl. Studenten organisieren Hilfe für Kroatien, in: FAZ, 20.9.1991, interessant hierfür ist auch der Bericht von Klaus von Lepel „(k)eine Chance für den Frieden!“, in: RCDS-Magazin 7/91, S. 3ff.

³⁹² Spendenaktion für Bosnien, in: FAZ, 7.5.1992.

³⁹³ Vgl. die Rezension von Wolfgang Stock: Die Anfänge lagen in Jena, in: FAZ, 30.8.1991.

³⁹⁴ Kurt Reumann: Beim RCDS herrscht Aufbruchstimmung, in: FAZ, 12.3.1990.

³⁹⁵ Peter Bräuer: RCDS kippt linken AStA, in: RCDS-Magazin 2/90, S. 3.

³⁹⁶ ebenda.

pen. Interessant wurden die Wahlen in Aachen, da sich hier eine Fusion stattfand, die sich auch später auf Bundesebene abspielen sollte.³⁹⁷ Der Sozialistische Hochschulbund (SHB) mit bisher 7 im SP vertreten und die Jungsozialistische Hochschulgruppe (Juso-HSG) gingen zusammen. Darin liegt eine gewisse Ironie, den ausgerechnet dem SHB war es vom SPD- Bundesvorstand³⁹⁸ aufgrund seiner linksextremistischen Politik untersagt worden, sich weiterhin als „Sozialdemokratischer Hochschulbund“ zu bezeichnen. Daraufhin ersetzte der SHB in seinem Namen das „Sozialdemokratisch“ durch „Sozialistisch“ und bestand unter der alten Abkürzung weiter.³⁹⁹ Aus den zu erwartenden 11 Sitzen für das neue linke Bündnis wurde jedoch nichts. Nur magere 8 Sitze konnten sie verzeichnen.

Diese Stimmengewinne konnten allerdings bundesweit nicht ausgebaut werden. So sank die Anzahl der RCDS-Sitze in allen deutschen Studentenparlamenten von 272 (1992) auf 248 (1994). Zum Vergleich: 1980 hielt der RCDS etwa 400 Sitze in deutschen Studentenparlamenten.⁴⁰⁰

8.3 Vierzig Jahre und kein bisschen leise

Nach den positiven Entwicklungen bedeutete Wolfgang Schäubles Aussage: „Nirgends hat mir die politische Arbeit mehr Spaß gemacht als im RCDS.“ anlässlich des Festempfangs „40 Jahre RCDS - Bundesverband“ in der Landesvertretung Baden- Württemberg in Bonn auch einen Ausdruck des Verbandsgefühls- des generationenübergreifenden „RCDS- Teamgeistes“⁴⁰¹. Über 200 Gäste gratulierten dem RCDS zu seinem 40jährigen Jubiläum. Unter den zahlreichen Gästen waren Alt-Bundespräsident Prof. Karl Castens, CDU- Generalsekretär Volker Rühle und der Staatssekretär im sächsischen Finanzministerium, Hans Reckers. Es verwunderte wenig, dass einer der exponiertesten und bekennenden RCDSler den Festvortrag hielt- Dr. Wolfgang Schäuble. Sein Engagement lässt sich nicht nur auf seine Zeit als RCDS-Vorsitzender in Hamburg und Freiburg begrenzen. Über Jahrzehnte hatte er in unterschiedlichen Funktionen wie kein anderer die Arbeit des RCDS aktiv und positiv kritisch begleitet. „Der RCDS hat politische Landschaft geprägt“, hieß sein Vortrag, mit dem er gleichzeitig Bekenntnis und Aufruf verband. Schäuble betonte in seiner Rede den Erfolg des „demokratischen Dialogs“, der praktischen Hilfe zur Selbsthilfe und des Einsatz für wichtige politische und hochschulpolitische Themen. Passend zum 40jährigen Jubiläum erschien eine Ausgabe der Vierteljahresschrift „CIVIS“ in der ehemalige Bundesvorsitzende die Geschichte des RCDS aufrollten- „zugleich ein perspektivenreicher Blick in die jüngere deutsche Geschichte“⁴⁰².

Nachdem sich die Arbeit des RCDS neben den akuten Problemfeldern des studentischen Wohnungsbaus und der Ausbildungsförderung besonders auf den Aufbau in den neuen Bundesländern konzentriert hatte, wandte man sich ab 1992 wieder stärker anderen gesamtdeutschen Problemen zu. Im Rahmen des vom Bundesbildungsminister geförderten Modellprogramms „Wettbewerb in der Hochschullehre“ führte der RCDS in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut EMNID eine Evaluation an allen wirtschaftswissenschaftlichen, medizinischen und juristischen Fakultäten der alten Bundesländern durch. Befragt wurden über 5500 Studenten an 56 Hochschulen sowie 200 Professoren an 45 Universitäten. Die WELT veröffentlichte in einer dreitägigen Serie die ersten Trends des umfangreichen Zahlenmaterials⁴⁰³. Der RCDS hatte jeweils 60 Interviews pro Fakultät geführt. Der Fragebogen enthielt erstens Fragen nach demographischen Daten, zur Wohnsituation und Finanzierung des Studiums. Ein zweiter Teil erfragte die Beurteilung von Hochschule und Hochschulort. Im letzten Part des Fragebogens ging es um die Studiensituation

³⁹⁷ Der Bundesvorstand des SHB musste Mitte 1990 Konkurs anmelden, was die Vermutung von finanzieller Unterstützung durch das MfS ebenso nahe legt.

³⁹⁸ Die SPD gründete daraufhin mit den eng an die Partei angebunden Juso-HSG nach dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und dem SHB nunmehr ihren dritten Studentenverband.

³⁹⁹ Zur Entwicklung der Kooperation ist interessant: Kurt Reumann: Beim RCDS herrscht Aufbruchstimmung, in: FAZ, 12.3.1990.

⁴⁰⁰ Diese Zahlen basieren auf den Erhebungen der WRK/HRK. Neuere Zahlen fehlen bisher.

⁴⁰¹ So zu lesen in: Festempfang 40 Jahre RCDS, in: RCDS- Magazin 8/91, S. 8.

⁴⁰² Der RCDS, Farbbeutel und BAföG, in: Die WELT, 22.11.1991.

⁴⁰³ siehe: Die Hochschul-WELT, in: Die WELT, 18.19.20.2.1992.

im jeweiligen Fachbereich. Als Gegencheck wurde die Meinung der Professoren erkundet. EMNID führte auf der Basis eines Fragebogens ausführliche Telefoninterviews.

8.4 Exkurs: Studium 1992⁴⁰⁴

„Von Bedeutung und zunehmend problematisch ist die Wohnsituation. Die Ergebnisse: 26 Prozent der Studenten leben in einer eigenen Bude, nochmals 19 Prozent in einer Wohngemeinschaft, 18 Prozent im Studentenwohnheim, 14 Prozent zur Untermiete, während 20 Prozent noch im Haushalt der Eltern wohnen.“⁴⁰⁵ Die allgemeine Wohnraumsituation wurde von den Studenten im Durchschnitt aller alten Bundesländer mit der Note 4,7 bewertet, also eher „mangelhaft“ als gerade noch „ausreichend“.

Es wurden auch Fragen zum Arbeitsverhalten gestellt. 45 Prozent der Befragten gaben an, während des Semesters regelmäßig zu jobben, die meisten (31 Prozent) während der Woche. Fast die Hälfte der Befragten sagte dazu aus, im Semester zwischen 6 und 10 Stunden wöchentlich zu jobben. Auch bei der Beurteilung von Praktika ergab sich ein komplexes Bild: „Insgesamt werden sie von 59 Prozent der Studenten als „wichtig“ eingeschätzt, doch gilt dies für 78 Prozent der zukünftigen Ärzte, aber nur für 44 Prozent der Jura-Studenten, während sich die angehenden Wirtschaftswissenschaftler in der Mitte, bei 60 Prozent, eingependelt haben.“⁴⁰⁶

Im Zusammenhang mit dem Hochschulort scheint die Tatsache interessant, dass 74 Prozent der Studenten an ihrer jeweiligen Wunschuni eingeschrieben waren- und das trotz NC, Verteilungsverfahren und Wohnungsnot. Als Gründe für den Wahl der Wunschuni wurden genannt: Nähe zur Heimatstadt (43 Prozent), Zuweisung durch die ZVS (39 Prozent) und „sonstige private Gründe“ (35 Prozent). Erst auf den hinteren Rängen folgten die fachlichen Kriterien, wie Ruf der Universität (21 Prozent).

Mit einem häufig zitierten Vorurteil räumten die Professoren in der Umfrage des RCDS/EMNID auf. Auf die Frage, worin nach ihrer Meinung der Hauptunterschied der Hochschüler im Vergleich zu früheren Generationen liege, antworteten 20 Prozent, dass die jetzigen Studenten fleißiger, motivierter und interessierter seien. 18 Prozent glaubten sogar die angehenden Akademiker seien berufsorientierter, zielbewusster und praxisbezogener. Besonders die Zielstrebigkeit sei heute im Studium ausgeprägt- 53 Prozent der Hochschullehrer gaben dies an. Diese Aussage korreliert mit der Feststellung, dass das wissenschaftliche Interesse der Studenten nicht mehr so ausgeprägt sei wie früher (44 Prozent).

Die Hochschullehrer bewerteten die Rahmenbedingungen für die Lehr- und Studiensituation nicht so katastrophal, wie man angesichts der hohen Studentenzahlen an den Universitäten vielleicht erwarten konnte. Ein Drittel beurteilte die Situation im Ganzen als „befriedigend“. 35 Prozent hielten die Ausstattung für „gut“. „Starke Zustimmung erhielten eine Reduzierung der Stofffülle in Studien- und Prüfungsordnungen, ein verstärkter Einsatz von Tutorien, eine Evaluation der Lehre durch Studenten sowie eine stärkere Berücksichtigung der Lehrqualifikation bei Berufungs- und Bleibeverhandlungen von Professoren.“⁴⁰⁷

Interessant ist auch die politische Einstellung der befragten Studenten. Nach ihrer Parteipräferenz gefragt, bezeichneten sich je 22 Prozent der Studenten als Anhänger der CDU/CSU bzw. der SPD, je elf Prozent würden FDP bzw. Grüne wählen, ein Prozent die PDS, drei Prozent eine sonstige Partei⁴⁰⁸.

⁴⁰⁴ Alle Aussagen beziehen sich auf die Untersuchung des RCDS und von EMNID, in: Die WELT, 18.19.20.2.1992.

⁴⁰⁵ Brigitte Linden: Auch im Semester wird mehr gejobbt, in: Die WELT, 19.2.1992.

⁴⁰⁶ ebenda.

⁴⁰⁷ Brigitte Linden: Die größte Not bei den Wirtschaftlern, in: Die WELT, 18.2.1992.

⁴⁰⁸ 24 Prozent der Befragten machten keine Angaben, 6 Prozent würden gar nicht wählen.

Nicht gut sah es laut Befragung auch bei der studentischen Interessenvertretung aus: „Nur schwach befriedigend“ (3,3) lautete das nach Fächern wie nach Bundesländern ziemlich übereinstimmende Urteil. Dies bestätigte auch eine Umfrage zur „Studiensituation und studentischer Orientierung“⁴⁰⁹ herausgegeben vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Über zwei Fünftel⁴¹⁰ waren an der studentischen Selbstverwaltung überhaupt nicht mehr interessiert.

8.5 Einsatz für studentische Interessen

Nachdem breiten Erfolg der Befragungsaktion setzte der RCDS auch in den Folgejahren auf die studentische Kritik als Druckmittel für eigene politische Forderungen. So fand Mitte Juni 1992 mit „Prüf-den-Prof“ die „erste bundesweite fächerübergreifende Professorenevaluation“⁴¹¹ statt.

Die Aktion „Prüf-den-Prof“ wurde in größerem Ausmaß – an 40 Hochschulen und 95 Fachbereichen – im Wintersemester 1993/94 wiederholt. Bundesweit stellten sich 546 Professoren der Fachbereiche Geisteswissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Medizin, Naturwissenschaften und Jura an 38 Hochschulen dem studentischen Urteil. Erstmals wurden in dieser Umfrage auch Hochschulen der neuen Bundesländer in die Umfrage einbezogen. Mit 30 000 ausgefüllten Fragebögen zur didaktischen Qualität der Hochschullehrer verzeichnete der RCDS eine Rekordbeteiligung. „Durch die Wiederverwendung des gleichen Fragebogens wie bei der RCDS-Aktion des Vorjahres ist eine Überprüfung der damaligen Ergebnisse möglich, und erstmals können auch Veränderungen bei der Bewertung einzelner Professoren oder Fachbereiche festgestellt werden.“⁴¹² In der Tat offenbarte der Vergleich, dass die Vorjahresergebnisse kein Zufall waren. So wurde beispielsweise die Lehrqualität an den juristischen Fakultäten im Jahr 1993 mit der Durchschnittsnote 2,6 bewertet, 1994 gaben die Studenten die Note 2,5. Mit dieser systematischen Analyse über die Lehrqualität der einzelnen Professoren wurde der RCDS zum Vorreiter und etablierte die studentische Lehrkritik als geeignetes Mittel, die Qualität der Lehre an der Hochschule zu messen.

Auf der Bundesdelegiertenversammlung 1992 beschloss man das hochschulpolitische Papier des RCDS.⁴¹³ Es zog die Grundsätze des RCDS fest. Besonders im BAföG befand sich der RCDS mit der Bundesregierung auf Kriegspfad. Im April 1992 forderte der liberale Wirtschaftsminister Möllemann Abstriche an der gegenwärtige BAföG-Regelung. Die BAföG-Stipendien sollten wieder zu 100 Prozent auf Darlehensbasis umgestellt werden, war seine Forderung.⁴¹⁴ So trat im Hochschulbereich ab Mitte 1994 das Ringen um das vom Bundeskabinett beschlossene Sparkonzept bei der Ausbildungsförderung wieder in den Vordergrund. Der RCDS lehnte sowohl ein Einfrieren der Bedarfssätze und der Elternfreibeträge bis 1996 als auch einen vorgezogenen Leistungsnachweis ab.

8.6 Eine Frau?

Die 46. Bundesdelegiertenversammlung 1993 wählte mit Tamara Zieschang erstmals eine Frau zur Bundesvorsitzenden. Sie war zuvor Stellvertretende Bundesvorsitzende gewesen. Sie blieb bis zum Jahr 2001 die einzige weibliche Vorsitzende des größten politischen Studentenverbandes. Generell darf der Anteil von Frauen im RCDS- Bundesvorstand als gering bezeichnet werden:

- in den Fünzigern: Ilse Gräfin von Rittberg und Ursel Flick⁴¹⁵,
- in den Siebzigern: Marie- Theresia von Schewick und Dorothee Buchhaas⁴¹⁶,

⁴⁰⁹ Vgl. Bargel (1992), a. a. O.

⁴¹⁰ Universitäten 44 Prozent, Fachhochschulen 41 Prozent, ebenda, S. 27.

⁴¹¹ So eine Erklärung von Eckhard Wälzholz in: Professoren kommen auf den Prüfstand, in: General-Anzeiger, 18.6.1992.

⁴¹² Tamara Zieschang: Studenten bewerten die Qualität der Vorlesung, in: Die WELT, 21.5.1994. In der Tat offenbarte der Vergleich, dass die Vorjahresergebnisse kein Zufall waren

⁴¹³ Zu der programmatischen Arbeit und den Inhalten siehe unten.

⁴¹⁴ Vgl. dazu: Erstaunen über BAföG- Vorschlag des Wirtschaftsministeriums, dpa- Bericht, 30.4.1992.

⁴¹⁵ Gräfin Rittberg wirkte als Schatzmeisterin im vorläufigen Bundesvorstand 1951 mit, später als gewählte Stellvertreterin, wovon sie im April 1952 zurücktrat. Flick ab Januar 1952 als Stellvertreterin nach dem Rücktritt von Adolf Kohler.

⁴¹⁶ Beide als Stellvertreterinnen 1972 bzw. 1974.

- in den Achtzigern: Amrei Schulte - Kellinghaus und Katja Linder⁴¹⁷,
- in den Neunzigern: Tamara Zieschang,
- 2000: Marisa van der Felden⁴¹⁸.

Die Repräsentation von Frauen im Bundesvorstand spiegelte bedingt das weibliche Engagement im Verband wider. Auf Landes- und besonders auf Gruppenebene waren Mitarbeit und Engagement von Studentinnen –auch in Funktionen- etwas besser ausgeprägt.⁴¹⁹ Inwiefern die Vorreiterrolle des RCDS gegen das so genannte Frauenquorum (insbesondere auf den CDU-Parteitag von 1994 bis 1996) sich positiv oder negativ auf die Beteiligung von Frauen im RCDS ausgewirkt hat, muss offen bleiben. Allerdings ging diese Kritik zumeist von den Frauen im RCDS aus. Erst seit etwa der Gruppenvorsitzendenkonferenz von 1994 wird übereinstimmend von damals Beteiligten von einem deutlich erhöhten weiblichen Engagement berichtet.

Neben den hochschulpolitischen Themen gewann der RCDS 1993 innerhalb der CDU Profil in der Grundsatzprogrammdebatte. In dem Satz „Wir wehren uns gegen die schleichende Sozialdemokratisierung unserer Mutterpartei.“⁴²⁰, fand die Kritik des RCDS Ausdruck. Unter dem Leitung des Staatssekretär im Justizministeriums, Reinhard Göhner, wollte die CDU eine moderne Fortschreibung des 1978 Grundsatzprogramms erreichen. Göhner hatte den Vorsitz der Programmkommission übernommen, „als Lothar de Maizière sich ins Privatleben zurückzog“⁴²¹. In einer rund vierzigseitigen Stellungnahme bewertete der RCDS unter Führung seiner Vorsitzenden Tamara Zieschang den vorgelegten Entwurf kritisch⁴²². Scharf setzte man sich mit einer vermeintlichen Neudefinition des christlichen Menschenbildes und dem Verleugnen des „seit Konrad Adenauer gültigen Bekenntnis zu einem bundesstaatlich organisierten Europa“⁴²³ auseinander. Damit kämpfte der RCDS an der Vorfront für eine stärkere Berücksichtigung der christlichen Grundwerte in dem Programm.

Die Situation in den Studentenparlamenten erwies sich für den RCDS Mitte der neunziger als kompliziert. Zwar erzielte man weiterhin stabil gute Ergebnisse, dennoch setzte sich die „linke Ausgrenzungspolitik“, die ein wichtiges Thema der achtziger Jahre gewesen war, fort. So war der RCDS Ende 1994 nur an acht ASten und Studentenräten beteiligt. „Vor allem die JUSO- Hochschulgruppen lehnten eine demokratische und sachliche Zusammenarbeit ab und gingen stattdessen Bündnisse mit linksradikalen und autonomen Gruppen ein.“⁴²⁴ Als Gegenstrategie konzentrierte sich der Bundesvorstand auf eine intensive Unterstützung der Fachbereichsarbeit.

Im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 1994 am 16. Oktober hatte der RCDS traditionell seine „Wahlprüfsteine“- Fragen zu hochschulpolitischen Themen- an alle im Bundestag vertretenen Parteien gesandt⁴²⁵. Das überraschende Ergebnis war: In den zentralen Fragen der Hochschulreformdebatte herrschte Einigkeit. Alle Parteien wollten mehr Autonomie für die Hochschulen, lehnten generelle Studiengebühren ab und sprachen sich für eine Änderung des derzeitigen Systems des Hochschulzugangs aus. „Sowohl CDU/CSU als auch die SPD versprechen bessere finanzielle Rahmenbedingungen für Studieren-

⁴¹⁷ Schulte - Kellinghaus als Stellvertreterin 1986 und Linder als Schatzmeisterin 1989.

⁴¹⁸ Sie wurde als Stellvertreterin gewählt.

⁴¹⁹ Mitte der achtziger Jahre engagierte der RCDS sich stark für die Gleichberechtigung von Frauen in Wissenschaft und Politik. Auch gründete man 1985 einen AK Frauen.

⁴²⁰ Kurt Reumann: Schleichende Gleichheit, in: FAZ, 10.3.1992.

⁴²¹ Jürgen Wahl: Verrat an Konrad Adenauer, in: Rheinischer Merkur, 3.9.1993.

⁴²² vgl. Zur Diskussion 2./93: Grundsatzprogrammentwurf der CDU, RCDS- Bundesvorstand, 24.8.1993.

⁴²³ ebenda.

⁴²⁴ So der Bundesvorsitzende Oliver Röseler in: RCDS im Schmollwinkel, in: SZ, 8.10.1994.

⁴²⁵ siehe: RCDS- Wahlprüfsteine I und II, 12. und 28.9.1994.

de“⁴²⁶. Diese Aussagen ließen auf bessere Zeiten für das Engagement im Hochschulbereich hoffen. Unterstützt wurde dies durch die in allen Sonntagsreden durchdringende Einsicht um die Bedeutung von Bildung als „Rohstoff Deutschlands“. Die Entwicklung Deutschlands sollte in der zukunftsgerichteten Bildungspolitik liegen. Eigens dafür wurde ein Zukunftsministerium eingerichtet- die Themen änderten sich in den nächsten Jahren dennoch nur geringfügig.

Vor dem Hintergrund einer schwachen Repräsentanz in den Ästen und der als übermächtig wahrgenommene Bundesregierung unter Helmut Kohl unternahmen gerade die Bundesvorstände in der Mitte der neunziger Jahre einiges, um nicht im allgemeinen Informationsstrom unterzugehen. So waren sich die Bundesvorsitzenden Oliver Rösler und Wichard von Heyden nicht zu schade, auch persönlich und bei ethisch gerechtfertigten Minderheitenthemen an Demonstrationen teilzunehmen, sahen sie die Programmatik des Verbandes berührt. So „musste“ einmal der gesamte Bundesausschuss vor der chinesischen Botschaft „antreten“, um am Jahrestag des Massakers auf dem Tian-An-Men-Platz zu demonstrieren. Chinesische Widerstandsgruppen vervielfältigten über Jahre ihre Materialien in der RCDS-Bundesgeschäftsstelle. Wichard von Heyden demonstrierte im Eisregen des Novembers 1995 mit ein paar Freunden vom Bonner RCDS vor dem CDU-geführten Bildungsministerium gegen Studiengebühren. In Presseerklärungen wurde der CDU-Minister Rüttgers angegriffen („BSE im BMBF? Rüttgers knickt beim BAFöG ein“), gegen weite Teile des eigenen Verbandes Themen wie „Studieren ohne Abitur“ positiv vertreten oder Klagen gegen das „Allgemeinpolitische Mandat“ nicht als Allheil- sondern als letztes Mittel propagiert, um die verhärteten Fronten zwischen den studentischen Verbänden aufzubrechen. Mit der Aktion „RCDS goes Gymnasium“ wurde versucht, an Aktionen der siebziger Jahre anzuknüpfen – oft erfolglos. Schließlich wurde der allzu kritiklose Übernahme „grüner“ Themen zwei ökokritische Dokumentationen vorgelegt („Greenpeace – Anspruch und Wirklichkeit“, „Klimakatastrophe – Bedrohung oder Fiktion?“). All dies führte dazu, dass der RCDS seit 1995 wieder verstärkt in den Medien zur Kenntnis genommen wurde, einschließlich eines Auftritts in einer ZDF-Spezial-Sendung zur Hochschulpolitik mit 2 Millionen Zuschauern. Durch das Konzept der offen zur Schau gestellten Unkonventionalität erreichten verhältnismäßig konservativ eingestellte RCDS-Bundesvorstandsmitglieder nicht nur ein gesteigertes Interesse der Medien, sondern erhielten auch paradoxerweise Einladungen von linken Verbänden und Zusagen dieser Verbände auf eigene Einladungen. So intensivierte man die Zusammenarbeit der Studentenverbände im AK „SES“, in dem diese gemeinsam nach Lösungen für studentische Sozialprobleme suchten.

8.7 BAföG, Studiengebühren und Hochschulrahmengesetz

Mit der Aufmerksamkeit für die hohen Quoten von Studienabbrechern an deutschen Hochschulen begann die hochschulpolitische Debatte des Jahres 1995. 31 Prozent an den Universitäten und 20 Prozent an Fachhochschulen waren ein deutliches Indiz für die Überlast des Bildungssystems und die schlechte Beratung der Studenten. 34 Prozent der Studienabbrecher fühlten sich den Anforderungen an den deutschen Hochschulen nicht gewachsen⁴²⁷. Der RCDS beschloss daher auf der 48. Bundesdelegiertenversammlung vom 3.-5.3.1995 in Freising⁴²⁸ „als Reaktion auf die miserable staatliche Studienberatung“, künftig „bereits an den Gymnasien Studienberatung in Selbsthilfe anzubieten“⁴²⁹.

Hoffnung schöpfte der Verband aus der Koalitionsvereinbarung der wieder gewählten CDU/CSU- FDP-Regierung: die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes. Zuerst musste man sich jedoch mit dem Dauerthema BAföG auseinandersetzen. Die Situation stellte sich Mitte der neunziger Jahre unverändert schwierig dar. Die geförderten Studenten erhielten je nach Einkommen der Eltern ein unverzinsliches

⁴²⁶ RCDS befragte die Parteien zur Hochschulpolitik, in: Die WELT , 8.9.1994.

⁴²⁷ Rüttgers: Bildungssystem überlastet, in: dpa-Meldung , 4.3.1995.

⁴²⁸ Zum ersten Mal seit einigen Jahren hatte man sich von Bonn gelöst und wieder an eine alte Tradition angeknüpft.

⁴²⁹ RCDS propagiert „Selbsthilfe“ bei der Studienberatung, in: dpa-Meldung , 7.3.1995.

staatliches Darlehen. Es musste innerhalb von höchstens 20 Jahren zurückgezahlt werden. Die Darlehenssumme verringerte sich um 5000 oder zumindest 2000 Mark, wenn die Ausbildung vier bzw. zwei Monate vor Ablauf der Förderungshöchstdauer erfolgreich abgeschlossen war. Um das Geld für seinen Etat zu erhöhen, verfiel der Bundesbildungsminister Rüttgers auf die Idee eines BAföG- Zinsmodells. Der BAföG-Darlehensanteil sollte auf ein Bankdarlehen mit Zinsen von 8,5 Prozent umgestellt werden. Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers erwartete dabei Einsparungen von 1,6 Milliarden Mark bis 1999.

Der damalige RCDS-Bundesvorstand ging davon aus, dass das Modell von außerhalb des Ministeriums stammte und innerhalb der CDU/CSU auf starke Widerstände stoßen würde, weil es wesentliche Inhalte der christlichen Soziallehre negierte, da es Beiträge „vom schwächsten Drittel der Studenten“ forderte.⁴³⁰ Deshalb begann man gegen dieses Modell zu protestieren. Zum Showdown dieser Diskussion zwischen dem Bildungsminister und dem RCDS kam es auf dem CDU-Parteitag im Oktober 1995. Die Delegierten folgten einem Initiativantrag von RCDS und Junger Union, der die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorschlug. Durch diesen Beschluss setzte sich der RCDS an die Spitze einer Bewegung aus HRK, DSW und Wissenschaftsrat, die alle eine Umstellung in der vorgeschlagenen Form ablehnten. Als Gegenvorschläge eröffnete der RCDS die Flexibilisierung des Bildungshaushaltes, indem nicht ausgeschöpfte Mittel dem Ministerium erhalten blieben, Leasingverfahren im Hochschulbau und eine einkommensabhängige Tilgung als Umgestaltung des Rückzahlungsmodus beim BAföG⁴³¹. Auch in den Landesverbänden überlegte man, die Situation beim BAföG zu verbessern. Der RCDS Niedersachsen schlug vor, das BAföG durch ein Niedersächsisches Finanzierungsgesetz zu ergänzen. Die Idee sah vor, dass „jeder in Niedersachsen Studierende- unabhängig vom Einkommen seiner Eltern- auf Antrag ein privates Bankdarlehen bis zur Höhe von 30 000 DM erhalten soll. Für die im Lauf der Studienzzeit anfallenden Zinsen und die Rückzahlung würde das Land eine Ausfallbürgschaft übernehmen“⁴³².

Als bis März 1996 keine Einigung über die BAföG-Vorstellungen der Bundesregierung erzielt worden war, legte der RCDS ein auf der 49. Bundesdelegiertenversammlung in Hannover beschlossenes, eigenes Modell vor⁴³³. Das neue „Vier-Körbe-Modell“ war der erste Höhepunkt einer Reihe unterschiedlicher Vorschläge des RCDS zur Ausbildungsförderung. Darin hielt der RCDS an dem Prinzip fest, BAföG abhängig vom Einkommen der Eltern nur an finanziell Bedürftige zu zahlen. Die ersten beiden Fachsemestern sollten danach mit unverzinslichem Volldarlehen gefördert werden, die folgenden vier oder fünf Semester (die Hälfte der Förderungshöchstdauer) gänzlich mit Zuschuss. Bis zum Ende der Förderungshöchstdauer sollten die Studenten dann unverzinsliche Volldarlehen erhalten. Des Weiteren schlug man vor, durch höhere Rückzahlungssummen von gut verdienenden ehemaligen BAföG-Empfängern schnell zusätzliches Geld in den Hochschuletat des Bundes zu bekommen.⁴³⁴ Von diesem Modell versprach sich der RCDS die Verwirklichung der Chancengerechtigkeit unter Berücksichtigung der vorhandenen Haushaltsmittel und stellte sich damit in Kontrast zu manch anderem Vorschlag wie dem BAFF, dem fortgeschriebenen „Drei-Körbe-Modell“ oder dem Bayern-Modell. Die Regierungschefs von Bund und Ländern vereinbarten eine einjährige Arbeitsgruppe, um einen abschließende Stellungnahme zu erarbeiten⁴³⁵. Auch der RCDS änderte in dieser Zeit seine Position. An die Stelle des „Vier-Körbe-Modell“ vertrat man nach einem Beschluss des Bundesausschuss, die Beibehaltung des existierenden BAföG- Modells unter Erhöhung der Fördersätze

⁴³⁰ Studenten-Protest gegen BAföG-Pläne geht weiter, in: dpa-Meldung, 5.10.1995.

⁴³¹ RCDS legt neues Finanzierungsmodell zum BAföG vor, in: Die WELT, 23.12.1995.

⁴³² RCDS für Landesbürgschaft als Ergänzung zum BAföG, in: FAZ, 23.1.1996.

⁴³³ Vgl. Protokoll der 49. o. Bundesdelegiertenversammlung vom 1.-3.3.1996 in Hannover, Beratung Antrag A2. Auf dieser Bundesdelegiertenversammlung wurde der Dringlichkeitsantrag D7 abgelehnt, in dem der RCDS die „International Boxing Federation“ auffordert, das „Skandalurteil im Fall Axel Schulz gegen den weißen Büffel (ausgesprochen Frans Botha) umgehend aufzuheben“, ebenda.

⁴³⁴ RCDS stellt eigenes BAföG-Modell vor, in: dpa-Meldung, 4.4.1996.

⁴³⁵ Im Juli 1997 verlängerte man diese Arbeitsgruppe bis zum 18.12.1997, wo dann die Konferenz der Ministerpräsidenten eine Erhöhung der Elternfreibeträge um 6 Prozent und der Fördersätze um 2 Prozent beschloss.

und Elternfreibeträge. Zwar stellte dies nicht das Ende der RCDS-internen Überlegungen dar⁴³⁶, doch entspricht dieser Beschluss im Groben der heutigen Beschlusslage.

Auch bei der Frage um Studiengebühren war nicht viel von den wohlmeinenden Antworten der „Wahlprüfsteine“ 1994 geblieben. Seit Anfang des Jahres 1996 existierten Überlegungen, in Berlin als erstem Bundesland Studiengebühren einzuführen⁴³⁷. Gegen die Einführung von Studiengebühren startet der RCDS im Wintersemester 1996/97 eine Kampagne. Durch das Versenden von Postkarten an die Landesministerien sollten die Studenten ihre Ablehnung von Studiengebühren deutlich machen. Als 1997 Studiengebühren für so genannte Langzeitstudenten in Baden-Württemberg beschlossen wurde, antwortete der RCDS mit einem Studiengebühren-Aktionstag, an dem sich knapp 40 RCDS-Gruppen mit Flugblättern, Infoständen und Plakaten beteiligten. Zugleich drückte der Verband in alljährlichen Beschlüssen seine Ablehnung für die Einführung von Studiengebühren aus und diskutierte auf jeder GVK mit Experten über die Problematik. Bis 2001 hat sich daran und an der angespannten Situation zu Teilen der Union in dieser Frage nichts geändert. Die dennoch relativ stabile Situation offenbart gleichzeitig den Einfluss des Studentenverbandes auf die hochschulpolitische Entscheidungsträger.

Anders gestaltete sich die Entwicklung in der Diskussion um das Hochschulrahmengesetz. Nach den Ankündigungen im Koalitionsvertrag, zweijährigen Verhandlungen und mehrfachen Forderungen der studentischen Verbände kam es im August 1997 zu einer Lösung. Viele RCDS-Forderungen fanden Einzug in die Novellierung des HRG. Die verpflichtende Einführung der studentischen Lehrevaluation⁴³⁸, die flächendeckende Einführung von Freischussregelungen, erhebliche Erleichterungen für Studienortwechsler, stärker leistungsbezogene Hochschulfinanzierung, die Möglichkeit der Flexibilisierung des Dienstrechts und die Einführung angelsächsischer Studienabschlüsse Bachelor und Master fanden unter anderem Berücksichtigung.⁴³⁹ Die Forderung nach einem bundesweiten Verbot von Studiengebühren scheiterte am Widerstand von CDU/CSU und FDP. Der RCDS unterstützte dennoch die Novelle, deren Weg verschlungen blieb. Im Blick auf die Bundestagswahlen scherte die SPD aus der Kompromisslinie zwischen BMBF, Unions- und SPD-geführten Ländern wieder aus und lehnte das Gesetz schließlich im Bundesrat ab. Nachdem sich herausstellte, dass das Gesetz gar nicht zustimmungspflichtig war, trat es im Sommer 1998 in Kraft.

8.8 Programme, Aktionen und Kongresse

Seit dem Beschluss eines hochschulpolitischen Programms des RCDS auf der 45. Ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung vom 6.-8. März 1992 in Königswinter legte der RCDS eine umfangreiche Arbeit an verschiedenen Programmen vor. Beispielfähig dafür seien Ende der neunziger Jahre genannt: 1998 das hochschulpolitische Programm, 1999 das Europapolitische Programm, 2000 das bildungspolitische Programm, 2001 das Grundsatzprogramm, 2002 das hochschulpolitische Programm (geplant).

In der Reformierung und der Neuformulierung des hochschulpolitischen Programms Ende der neunziger und Anfang 2002 drückte sich trotz der nötigen Veränderungen eine starke Kontinuität in der programmatischen Arbeit des RCDS aus. Vergleicht man die Programme und Beschlusslagen finden sich große Parallelen⁴⁴⁰ zwischen dem 1994 und dem 1999 verabschiedete Europapolitische Programm des RCDS, zwi-

⁴³⁶ Vgl. Vorlage zur GVK 1998, indem der Bundesvorstand und der PB ein Idee eines vollständig auf Stipendien umgestellte Ausbildungsförderung vorstellten.

⁴³⁷ Dies wurde später auch in abgewandelter Form als Verwaltungsgebühr getan.

⁴³⁸ „Prüf-den-Prof“-Aktionen.

⁴³⁹ Nach Hinweis von Oliver Nölken, Bundesvorsitzender 1997-98. Als Überblick veröffentlichte der RCDS eine Wandzeitung: „Das neue HRG“, siehe auch: RCDS-Doku: Das neue HRG-Text des Referentenentwurfs, Stellungnahme des RCDS, v. 13.9.1997.

⁴⁴⁰ Vgl. HPP 1998, EPP 1999, Bildungspolitisches Programm 2000 mit: Beschlussynopse – Überblick über die Bundesdelegiertenversammlung- und Bundesausschuss Beschlüsse seit 1991.

schen einzelnen bildungspolitischen Anträgen und dem bildungspolitischen Programm von 2000⁴⁴¹, und schlussendlich kann auch die Neuformulierung des 1976- Grundsatzprogramm 2001 in diese Kontinuitätslinie gestellt werden.

Nimmt man als Beispiel das hochschulpolitische Programm von 1992, so sprach sich der RCDS darin für eine möglichst weitgehende Autonomie der Hochschulen nicht nur bei der Berufung von Professoren und der Gestaltung der Studiengänge aus, sondern auch bei der Verteilung der Mittel aus. In den Mittelpunkt stellte der Verband dabei „den Globalhaushalt für jede Hochschule mit dem Recht der Übertragbarkeit von Geldern“⁴⁴². Die Überlegungen gingen soweit, dass die Hochschulen selbst entscheiden sollen, welche Fachbereiche sie neu einrichten und welche sie stattdessen abschaffen wollten. Neben dem Bekenntnis zum Prinzip des Kulturföderalismus sprach man sich für eine stärkere Differenzierung der Hochschulen aus. Nicht nur Fachhochschulen, sondern auch Berufsakademien sollten ausgebaut oder neu gegründet werden. Die Lage der Hochschulen in den neuen Bundesländern wurde darin in düsteren Farben gezeichnet, was sicherlich der Situation angemessen schien. Auf der 46., der 47. und der 48. Bundesdelegiertenversammlung wurden weitere Ergänzungen und Änderungen beschlossen.⁴⁴³ Überarbeitet wurde das Hochschulpolitische Programm zur Bundesdelegiertenversammlung 1998. Man passte es der veränderten Situation und formulierte weitere politische Forderungen.

In diesen programmatischen Kontinuitätslinien offenbart sich einerseits die tiefe Verwurzelung und Ausprägung der Grundsätze des RCDS in der konkreten programmatischen Arbeit, die trotz schneller personeller Wechsel eine gewisse Stabilität garantieren. Dies schuf ein gewisses Beharrungsvermögen auch bei unterschiedlichen innerverbandlichen Vorstellungen.⁴⁴⁴ Andererseits zeigt sich darin auch die Langsamkeit bildungspolitischer Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland. Auch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre drückte sich die Arbeit des RCDS in öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Kongressen aus, deren Erkenntnis später zumeist in die ausgeprägte programmatische Arbeit einfließen.

1995 boten 325 Hochschulen 950 000 Studienplätze für 1,9 Millionen eingeschriebene Studenten an. Dieser Notstand musste automatisch seine Wirkung auf den Zustand der Hochschulen haben. Der RCDS ermittelte daraufhin mit einer Umfrage an 30 Hochschulen rund 500 Missstände in Lehre und Verwaltung. Unter dem Motto „Das darf doch wohl nicht wahr sein!“ veröffentlichte man die 77 schlimmsten Fälle von Raumnot, maroden Gebäuden, Verwaltungsblüten und professoraler Trägheit in der „96er Hochschulpannenstatistik“. Dabei trat zutage, dass der Bürokratenwahnsinn an Deutschlands Hochschulen Methode hat.⁴⁴⁵ Den Spottpreis „Wissenschaftswarndreieck des Jahres“ verlieh der RCDS wegen folgenden Vorfalles an die Universitätsverwaltung Regensburg: Ein Theologiestudent wollte von der Uni Passau nach Regensburg wechseln. Doch die neue Hochschule akzeptierte seinen Passauer Leistungsnachweis nicht. Schroffe Begründung: Der Stempel auf dem Theologieschein sei eckig. In Regensburg erkenne man nur runde Stempel an. So musste der Student zur Korrektur 120 Kilometer zurück nach Passau reisen.

Ende 1996 machte der RCDS mit der größten hochschulpolitischen Konferenz des Jahres von sich redendem Bildungsgipfel⁴⁴⁶. Eine interessante Anmerkung zum Titel der Veranstaltung machte der Moderator des Abschlusspodiums, Karl-Heinz Reith (dpa): „Und der RCDS hat die Veranstaltung unter einen Titel gesetzt, die natürlich Erinnerungen an eine Veranstaltung weckt, die genau vor drei Jahren unweit dieses

⁴⁴¹ Interessant ist hier die Ablehnung nach der Einführung eines Semestersystems in der Schule durch die Bundesdelegiertenversammlung 2000 und die Umkehr dieses Beschlusses ein Jahr später. siehe: Kurt Reumann: RCDS will Schuljahr von zwei Semestern, in: FAZ , 10.3.2000.

⁴⁴² Kurt Reumann: Gölter: Das Abitur ist oft Betrug, in: FAZ , 10. März 1992.

⁴⁴³ Vgl. für letzte gedruckte Neufassung: Das Hochschulpolitische Programm des RCDS, April 1996.

⁴⁴⁴ Vgl. dazu die Diskussion um Studiengebühren ausgelöst durch ein eigenes Hessisches Hochschulpolitisches Programm, RCDS streitet um Grundsätze, in: SZ , 8.12.1998 und Protokoll zur 52.o.Bundesdelegiertenversammlung.

⁴⁴⁵ Vgl. Jochen Leffers: Apathie und Achtlosigkeit, in: SZ , 8.6.1996. Jürgen Marks: Täglicher Irrsinn, in: Focus 22/1996.

⁴⁴⁶ Vgl. dazu: Heinrich Awerwaser, Holger Thuss (Hrsg.): Bildungsgipfel 1996, Bonn 1997.

Hauses stattgefunden hat. Das war der Versuch eines Bildungsgipfels von Bund und Ländern, der zwei Jahre lang von den Beamten und einer Arbeitsgruppe mit verschiedenen Staatssekretären vorbereitet worden war, mit dem Ergebnis, dass die Ministerpräsidenten und der Bundeskanzler 35 Minuten darüber gesprochen haben, und dann war alles vorbei.⁴⁴⁷ Damit machte er dem RCDS ein seltenes indirektes Kompliment.⁴⁴⁸ Als Studentenverband sind langfristige Vorbereitungen äußerst selten. Dennoch war es möglich fast 500 Interessierten, darunter außer viel Hochschulprominenz etliche Minister unterschiedlicher Couleurs aus dem Bund und Ländern ins Bonner Wasserwerk zu bekommen. Um die Zukunft der Hochschulpolitik wurde u. a. in Foren zum Hochschulzugang, Studiengebühren, Bildungsstandort Deutschland, Dienstrecht und Hochschulzugang gerungen. Die Ergebnisse der Veranstaltung legte man in einem Antrag: „Vision für eine Hochschule der Zukunft“ auf der 50. Bundesdelegiertenversammlung in Berlin vor⁴⁴⁹.

Personell kam es bei dieser Bundesdelegiertenversammlung zu Differenzen, wie sie das letzte Mal bei der außerordentlichen Bundesdelegiertenversammlung 1984 in Bonn aufgetreten waren. Die beiden stellvertretenden Bundesvorsitzenden Averwieser und Thuss sowie weitere Mitglieder warfen dem Bundesvorsitzenden diverse Verfehlungen und mangelnde Arbeit vor. Offensichtlich hatte sich dieser seit dem Sommer nicht mehr an der Arbeit des Bundesvorstandes beteiligt, konnte aber dennoch seine vorzeitige Abwahl verhindern. Nach einem Antrag auf Einzelabstimmung verweigerte die Bundesdelegiertenversammlung Rasmus Tenbergen die politische Entlastung⁴⁵⁰.

Ebenso turbulent verlief das hochschulpolitische Jahr 1997⁴⁵¹. Im November traten Gießener Studenten in den Streik, weil zum wiederholten Male kein Platz in Pflichtveranstaltungen zu bekommen war. Kurze Zeit später streikten auch Marburger Studenten. Innerhalb weniger Tage breitete sich die Streik- und Protestwelle dann in alle Bundesländer aus- die größten Studentenproteste seit 1968. Den Höhepunkt bildete eine Studentendemonstration in Bonn mit über 40000 Teilnehmern. Das Ziele der Proteste waren vor allem bessere Ausstattung der Hochschulen und eine Verbesserung der sozialen Situation der Studenten. Während es den linken Gruppierungen nicht gelang, die Proteste für allgemeinpolitische Ziele zu instrumentalisieren, war die Reaktion des RCDS unterschiedlich. Je nach lokaler Erscheinungsform der Protestaktionen reagierte man von Ort zu Ort differenziert. Dabei wurden in der Regel Blockadestreiks abgelehnt, Demonstrationen und originelle öffentliche Aktionen dagegen unterstützt. Der Bundesvorstand unterstützte die Protestaktionen und die dahinter stehenden berechtigten Anliegen. Außerdem wurde er in jenen Wochen die bevorzugte Informationsquelle des BMBF bzgl. der Lage an den Hochschulen in Deutschland. Greifbare Ergebnisse dieses Streiks waren zusätzliche 80 Mio. DM für die Hochschulbibliotheken, die von Bundesbildungsminister Rüttgers auf zwei Jahre verteilt und jeweils zur Hälfte von Ländern und Bund getragen wurden, sowie zahlreiche neue Tutorienstellen besonders in Rheinland-Pfalz und Hessen.

Neben den Studentenprotesten organisierte der RCDS einen Existenzgründer- Wettbewerb. Bereits 1996 geplant, startet man eine Wettbewerb, um den kreativsten studentischen Existenzgründer zu ermitteln. Unter der Aufsicht eines Kuratoriums und der Beteiligung von Partnern aus der Wirtschaft konnte im Juni der Gewinner geehrt werden. Auch die Landesverbände traten mit Aktionen in Vorschein. So dokumentierte der RCDS NRW den „schleichenden Zerfall nordrhein- westfälischer Universitäten“⁴⁵² in einer Broschüre. Im August 1997 veranstaltet man unter der Federführung des RCDS- Bundesgeschäftsführers

⁴⁴⁷ ebenda, S. 77. Reith nimmt damit Bezug auf die Verabschiedung eines Eckwertepapiers des Bundes und der Länder.

⁴⁴⁸ Zu dieser Einschätzung siehe: Rainer Klofat: Ohne Moos doch was los, in: Rheinischer Merkur, 3.1.1997.

⁴⁴⁹ Vgl. dazu: Protokoll der 50. o. Bundesdelegiertenversammlung vom 7.-9.3.1997. Beratung zu L1.

⁴⁵⁰ Protokoll der 50. o. Bundesdelegiertenversammlung vom 7.-9.3.1997. siehe TOP 15.

⁴⁵¹ Nach Hinweis von Oliver Nölken, Bundesvorsitzender 1997-98.

⁴⁵² So Jochen Leffers: Vorsicht Steinschlag!, in: SZ, 11.10.1997.

Hans- Wolf von Koeller und des Leiters des KAS- Bildungszentrums, Norbert Beckmann- Dierkes, die erste RCDS- Sommerakademie in Wendgräben in Sachsen-Anhalt. Dort diskutierte man mit Bürgerrechtlern, Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Hochschulen über die Lage in den neuen Ländern im siebten Jahr der Einheit.⁴⁵³ Seitdem ist die Sommerakademie in Wendgräben ein fester Bestandteil des RCDS-Kalenders⁴⁵⁴.

Im Jahr 1998 trat der RCDS mit einer umfassenden Strategie zur „Internationalität des Studiums“ in den Vordergrund⁴⁵⁵. Als Schwerpunktthema bereitete der Bundesvorstand das Thema in Publikationen, Plakaten und Aufklärungsfaltern auf. Erster Höhepunkt einer Reihe von Veranstaltungen war eine Europa-Bustour. An insgesamt 10 Universitäten stellte sich der RCDS mit einem Informationsstand den Fragen der Studenten zum Thema „Auslandstudium“ und führte auch Umfragen u. a. zu den neuen angelsächsischen Studienabschlüssen Bachelor und Master durch. Die zweite wichtige Wegmarke der Auseinandersetzung mit dem Thema war der Kongress: „Studium ohne Grenzen!“⁴⁵⁶. Ungefähr 300 Gäste fanden sich am 17. Dezember 1998 im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages, dem Wasserwerk, ein. In vier Foren ging es um Auslandsaufenthalte, die Bedeutung von ausländischen Studenten an deutschen Hochschulen, Studienleistungen und Abschlüsse sowie konkreten Kooperationsprojekten. Im Zusammenhang mit dem Kongress veranstaltete der RCDS zum ersten Mal eine festlichen Weihnachtsball⁴⁵⁷. Wichtigster Programmpunkt dieser Veranstaltung war die Ehrung der internationalsten Hochschule Deutschlands. Als weiteren Punkt der Internationalitätskampagne hatte der RCDS diese 21 Fragen umfassende Umfrage gestartet. Die Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung in Koblenz gewann den Preis. Den zweiten Platz erreichte die ebenfalls private Handelshochschule Leipzig. Als erste öffentliche Hochschulen folgten die Europa- Universität Viadrina in Frankfurt/O., die TU Darmstadt und die Universität Saarbrücken. Mit dieser Umfrage konnte der RCDS seine Forderungen nach einer stärkeren internationalen Ausrichtung deutscher Hochschulen medienwirksam unterstreichen. Die breite Debatte um die Themen wie Auslands-BAFöG, fremdsprachliche Lehre und Förderprogramme für Auslandsstudien fand Eingang in die Beratungen des Europapolitischen Programms, dass mit großer Mehrheit auf der 52. Bundesdelegiertenversammlung in Oberwesel beschlossen wurde.

In der Beschäftigung mit der Internationalität des Studiums fand die langjährige Arbeit des RCDS in EDS und das Engagement sowie das Bekenntnis zu Europa seine Ausdruck. Nach den Differenzen und dem Austritt des RCDS Mitte der achtziger Jahre kann seit Beginn der neunziger von einer stetigen Festigung der EDS- Mitarbeit gesprochen werden. Dies manifestierte sich einerseits personell in zahlreichen Positionen in diesem Dachverband. So amtierten mit Tim Arnold (Vice-chairman 1992/93, Vorsitzender 1993/94), Christoph Menningen als Vorstandsmitglied (Vice-chairman, 1994/95), Rasmus Tenbergen (1995/96), Holger Thuss (Vice-chairman 1996/98, Generalsekretär 1998/2001, Executive Officer 2000/2001), sowie Marc- Michael Blum als Generalsekretär (seit 2000) seit 1993 ununterbrochen Verbandsmitglieder in wichtigen Positionen. Mit der Integration zahlreicher neuer Verbände, der Verabschiedung zahlreicher Grundsatzpapiere zur Europäischen Einigung konnte hier besonders unter dem Vorsitz von Tim Arnold, Andrew Reid (UK, 1995/96), Günther Fehliger (Österreich, 1996/98), Michalis Peglis (Griechenland, 1998/99) und Ukko Metsola (Finnland, 1999/2000) zu einer ruhigen europäischen Sacharbeit gefunden werden. Unter maßgeblicher Mitwirkung des RCDS-Bundesvorstandes gelang 1997 die An-

⁴⁵³ Vgl. Tagungsband- Sommerakademie: „Im verflixten siebten Jahr“, Bonn 1997.

⁴⁵⁴ Vgl. Tagungsbände zu den Sommerakademien 1998: „Deutschland und Polen im neuen Europa“, 1999: „Hauptstadt Berlin- Was wird aus der Bonner Republik?“, 2000: ... 2001: ...

⁴⁵⁵ Vgl. Sven Schlebes: Internationalität des Studiums, in: RCDS- Jahresbericht 1998/99.

⁴⁵⁶ Vgl. Tagungsband: „Studium ohne Grenzen“, Bonn 1999.

⁴⁵⁷ Dr. Rainer Barzel hielt den Festvortrag zum Ball. Der Weihnachtsball ist mittlerweile feste Tradition des RCDS. Vgl. Ball 1999 und 2000. Kritisch dazu berichtet das Mitglied eines vom Centrum für Hochschulentwicklung gegründeten Studentenkreises sCHEme, Stefan Sippell, Kongress der Konfirmanden, in: SZ 22.12.1998.

erkennung als offizieller Studentenverband der Europäischen Volkspartei und die Integration des Christlich-Demokratischen Verbandes United Students for Europe.

Andererseits zeigt sich das RCDS- Engagement auch in vielen Veranstaltungen unter denen besonders die EDS- Summer University 1994 in Greifswald und das Council-Meeting 1999 in Trier herausragen. In dieser Tradition stehend wird die Summer University nach einem EDS- Beschluss im Sommer 2002 wieder nach Deutschland zurückkehren. Ein weiteres Element der internationalen Arbeit des RCDS sind Gruppenpartnerschaften. Herausragend sind die teilweise seit Jahrzehnten existierenden Verbindungen zwischen dem hamburgischen Landesverband und der finnischen Organisation Tuhatkunta, zwischen dem RCDS Berlin und Fidelitas (Ungarn) oder dem RCDS Baden- Württemberg und Heimdal aus Uppsala.

8.9 Politik in wandelnden Zeiten

1998 konnte der RCDS rund 20 Beteiligungen an den jeweiligen örtlichen Studentenvertretungen aufweisen. Daraufhin richtete man einen AK ASten ein. Dieser positive Trend hatte sich bereits Mitte der neunziger Jahre angedeutet und kam nun stärker zum Tragen. Einher ging diese Entwicklung durch eine breit angelegte Kampagne mit der Gründung 100. RCDS- Gruppe am 2. Dezember 1997 an der FH Merseburg in Sachsen-Anhalt. Dennoch brachte das Jahr 1998 teilweise große Veränderung für den RCDS.

Kurz vor der Bundestagswahl 1998 machte eine Meldung die Runde, die den RCDS unmittelbar betraf. Man berichtete, dass dem RCDS der Status der Gemeinnützigkeit rechtskräftig aberkannt wurde. In der Tat hatte das Finanzgericht Köln⁴⁵⁸ im Mai 1998 eine Entscheidung des Finanzamtes Köln aus den achtziger Jahren bestätigt. Diese Entscheidung berührte den RCDS jedoch „nicht so wahnsinnig“⁴⁵⁹, da der RCDS-Bundesverband seit langem keine steuerlich absetzbaren Spenden mehr einnahm. Dennoch sorgte die dpa-Meldung: „CDU- naher Studentenring RCDS nicht mehr gemeinnützig“ zwei Tage vor der Bundestagswahl für Aufsehen. Der gemeinnützige Charakter des Bildungs- und Sozialwerkes des RCDS stand jedoch aufgrund seines weithin anerkannten Engagements in den sozialen Belangen der Studenten nie in Frage.

Am 27. September 1998 musste der Bundeskanzler Helmut Kohl seine Niederlage gegen Gerhard Schröder eingestehen. Nach 16 Jahren endete eine Periode deutscher Politik, deren Einschätzung je nach politischer Verortung zwischen „goldener Ära“ und „Stagnation“ schwankt. Dies beeinflusste auch die Verhältnisse in der Hochschulpolitik. Vor den Bundestagswahlen hatte der RCDS in die Debatte um den Kanzlerkandidaten eingegriffen. Nach der verlorenen Niedersachsenwahl forderte der bayrische RCDS- Vorsitzende Volker Ullrich offen die Ablösung Helmut Kohls als Kanzlerkandidaten der Union. Stattdessen sollte der CDU/CSU- Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble zum Kandidaten ernannt werden⁴⁶⁰. Nach der Bundestagswahl wurde zudem die gesamte Christdemokratie von Veränderungen ergriffen, deren ganze Tragweite erst knapp ein Jahr später sichtbar wurde. „Während die parteiinterne inhaltliche Diskussion in den letzten Jahren vor dem Machtwechsel erlahmt zu sein schien, befreit die Oppositionsrolle die Unionsparteien nun in gewissem Maße von der Hektik des bundespolitischen Tagesgeschäfts und [gab ihr die Gelegenheit] sich mit den Inhalten ihrer Politik etwas grundsätzlicher zu befassen.“⁴⁶¹

Trotz der Bundestagswahlen 1998 und der sich für den RCDS gewandelten politischen Situation sollte sich die positive Beteiligung des RCDS in der studentischen Selbstverwaltung auch in den nächsten zwei Jahren fortsetzen, worin sich die Eigenständigkeit und Kontinuität der RCDS-Arbeit zeigte. Dennoch wich das traditionelle Verbandsverständnis, direkten Zugriff auf bundespolitische Entscheidungsträger zu haben,

⁴⁵⁸ Dazu: Finanzgericht Köln AZ 13 K 521/93.

⁴⁵⁹ „Impulse“: CDU- naher Studentenring RCDS nicht mehr gemeinnützig, in: dpa-Meldung, 25.9.1998.

⁴⁶⁰ RCDS fordert Ablösung Kohls durch Schäuble als Kanzlerkandidat, in: dpa-Meldung, 2.3.1998.

⁴⁶¹ Stefan Fritz: Was ist bunt und passt in kein Regal? CIVIS mit Sonde, in: RCDS-Jahresbericht 1998/99, S. 29.

einer neuen Unsicherheit. „Es ist für den RCDS immer wichtig gewesen, sich an gesamtgesellschaftlichen Diskussionen zu beteiligen auch wenn wir uns vornehmlich mit Hochschulpolitik befassen. Eine dieser Diskussionen muss in der heutigen Zeit auch sein, die relevanten gesellschaftlichen Positionen zu analysieren“⁴⁶². Aus diesem Grund startete der RCDS eine verstärkte Mitgliederoffensive⁴⁶³ und begann eine inhaltliche Auseinandersetzung.⁴⁶⁴ Besonderen Wert legte der Bundesvorstand auf die Neukonstituierung der Zeitschrift CIVIS mit Sonde. Beide traditionsreiche Zeitschriften waren schon im Jahre 1995 unter einem neuem Herausgeberkreis⁴⁶⁵ zusammengeschlossen worden war. Nachdem die Zeitschrift einige Jahre erfolgreich von Johannes Laitenberger und Tamara Zieschang geführt worden war, wurde im Jahre 1998 der ehemalige Bundesschatzmeister Stefan Fritz Chef einer erneuerten Redaktion.

Die rot- grüne Bundesregierung setzte neue politische Schwerpunkte. Neben Themen wie ökologischer Steuerreform, Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse oder doppelter Staatsbürgerschaft betraf dies auch die Hochschulpolitik. In der Regierungserklärung vom 10. November 1998 kündigte der Bundeskanzler eine Erhöhung des Bildungsetats, eine Reform der Ausbildungsreform und weitere Veränderungen im Hochschulbereich an. Zu Ausbildungsreform hieß es, „der Geldbeutel der Eltern darf nicht über die Lebenschancen in unserer Gesellschaft bestimmen. Das ist der Grund, warum wir bereits 1999 mit der Reform der Ausbildungsförderung beginnen werden. Wir werden dabei alle ausbildungsbezogenen staatliche Leistungen zusammenfassen.“⁴⁶⁶ Inhaltlich war die Arbeit des RCDS daher durch die Veränderungsabsichten der neuen Bundesregierung geprägt. Doch weder HRG- Verankerung des Studiengebührenverbots, eine Reform des Dienstrechts noch geschweige denn eine grundlegende Änderung der Ausbildungsförderung erfolgte⁴⁶⁷. Einzig ein Aufstockung des Bildungsetats, die allerdings aufgrund vollmundiger sozialdemokratischer Wahlkampfversprechen kritisiert wurden, konnte verzeichnet werden.

Die erste Aktion des Jahres 1999 führte den Verband in die studentische Sozialpolitik. Die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse („630,-DM- Jobs“) und deren katastrophale Auswirkungen für Wirtschaft und Hochschule⁴⁶⁸ thematisierte der RCDS im Sommersemester mit einer bundesweiten Postkartenkampagne. Es wurden 100 000 Postkarten mit dem Motiv „Gerhard Schröder- mein Sozialberater“ verteilt. Zugleich steuerte man mit einer Bustour die Hochschulen an, um direkt über die Auswirkungen zu informieren.⁴⁶⁹

Anknüpfend an die Überlegungen direkt nach der Bundestagswahl 1998 - eine Neudefinition christlich-demokratischer Politik basierend auf tradierten Grundsätzen zu versuchen- setzte sich der Verband besonders mit den eigenen Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität auseinander. Getreu dem Motto des Grundsatzprogramms von 1971 „Nur wer seine geistigen Grundlagen ständig in Frage stellt, kann- trotz notwendiger Wertgebundenheit- eine pragmatische, offensive und vorwärtsgewandte Politik betreiben“, versuchte der Bundesvorstand durch ein Plakat, Diskussionspapiere und in zahlreichen Veranstaltungen das Nachdenken über die eigenen Grundlagen herauszufordern. Die Debatte um die geistigen Wurzeln des Verbandes führte der folgende Bundesvorstand weiter und entwickelte nach 25 Jahren ein neues Grundsatzprogramm⁴⁷⁰. Die zentrale Veranstaltung zum Thema Grundwerte wurde - neben

⁴⁶² Fabian Magerl: Das Wahljahr, in: RCDS-Jahresbericht 1998/1999, S. 13.

⁴⁶³ u.a. Neukonzeption und Verstärkung der Seminare und Informationsmaterialien.

⁴⁶⁴ „Neue Wege in Politik und Gesellschaft“, Civis mit Sonde 2/98.

⁴⁶⁵ Die Herausgeber sind: Ursula Männle, Arnold Vaatz, Christoph Böhr und Matthias Wissmann.

⁴⁶⁶ Vgl. dazu Regierungserklärung: <http://www.bundesregierung.de>

⁴⁶⁷ zu den Änderungen im BAföG vgl. Stellungnahmen des RCDS zu den BAföG- Anhörungen im Deutschen Bundestag 1997 und 2000.

⁴⁶⁸ Aufgrund neuer Belastungen fielen massive studentische Jobs weg.

⁴⁶⁹ Vgl. Mario Voigt: RCDS on Tour, in: RCDS- Jahresbericht 1999/2000.

⁴⁷⁰ RCDS- Grundsatzprogramm 2001, Berlin 2001. In gewisser Weise bejahte der RCDS damit eine Aussage von Helmut Klappheck (RCDS-Landesvorsitzender R-P 1970-74), der auf der GVK 1996 zum Grundsatzprogramm sagte: „Permanente Änderungen sind kontraproduktiv. Ein Grundsatzprogramm muss auf Dauer angelegt und uns von Konkurrenten abheben.“, in: RCDS- Doku: GVK- Bericht 1996, 5.11.1996, S. 12.

einem eigenen Symposium „Grundwerte“, wo man mit der Pressesprecherin der „Scientology-Church“, Frankfurt diskutierte- die Gruppenvorsitzendenkonferenz 1999⁴⁷¹. Nach langen Jahren stellte sich der Alt-bundeskanzler Dr. Kohl den Fragen der RCDSlern. Dieser Auftritt und die Debatte um „Werte als Orientierungsmaßstab christlich-demokratischer Politik“ war einer der letzten großen Auftritte, bevor die so genannte „Spendenaffäre“ lange Schatten auf die christlich-demokratische Bewegung warf.

Auch der RCDS sah sich den wilden Verdächtigungen der Medienvertretern gegenüber. Nachdem ein anonymes Autor auf den Internet-Seiten der CDU behauptet hatte, der RCDS habe vom früheren Schatzmeister der hessischen CDU, Prinz Casimir zu Sayn-Wittgenstein, jährlich unverbuchte Spenden erhalten, brachte die sich selbst zum „Chefaufklärer“ berufene Süddeutsche Zeitung einen halbseitigen Beitrag dazu. Nach dem Einwand des Bundesvorstandes, ehemaliger Vorstandsmitglieder und genauerer Recherche musste die Zeitung zwei Tage später kleinlaut eingestehen: „Studenten mit ‚sauberer Buchführung‘“⁴⁷². Dennoch bedeutet diese Meldung eine erhebliche Schwierigkeit für die Gruppen in den anstehenden Wahlkämpfen zu den Studentenparlamenten. Der RCDS hielt sich aus den parteiinternen und-externen Auseinandersetzungen weitestgehend heraus. Bis auf wenige Interviews auf dem Höhepunkt der „Affäre“ zur historische Leistung von Helmut Kohl versuchte sich der RCDS auf die Sacharbeit und die geplanten Veranstaltungen zu konzentrieren.

Ende des Jahres 1999 und Anfang 2000 fanden zwei Großveranstaltungen des RCDS statt. Unter der Beteiligung der CDU- Generalsekretärin Angela Merkel, dem Präsidenten der DFG, Prof. Winnacker und dreier Staatsminister veranstaltete der RCDS im Dezember den Kongress „Bildung im Aufbruch“. In mehreren Foren rangen die über 200 Teilnehmer um die Bedeutung des lebenslangen Lernens. Viele der Anregungen fanden ihren Eingang in das bildungspolitische Programm des RCDS. Um die „Zukunft der Ingenieurwissenschaften“ ging es, als sich Ende Januar fast 200 Studenten unter den Augen von Bernhard Jagoda im Festsaal der Universität Karlsruhe trafen⁴⁷³. Dies war die Auftaktveranstaltung zu einer Werbekampagne „Pro Studium Ingenieurwissenschaften“.

8.10 Neue Entwicklungen

Im Februar 2000 übernahm der RCDS Köln den AStA der größten deutschen Hochschule. Dort ergriff der spätere RCDS- Bundesvorsitzende Lars Kasischke als Referent für Bildungspolitik die Initiative, einen neuen studentischen Dachverband in direkter Konkurrenz zum fzs zu gründen. Nach zwei Arbeitstreffen konstituierte sich unter der Leitung der fast ausschließlich vom RCDS gestellten ASten der Universitäten Köln, Göttingen, Duisburg, Kiel und Bremen der neue „Bundesverband der Studierendenschaften (BVS)“ in Köln. „Offen für alle, will der neue Bundesverband sich darum auch auf hochschul- und bildungspolitische Themen beschränken, denn nur dort können die Studenten mit einer Stimme sprechen“⁴⁷⁴. Dies stellte den „radikalsten Versuch dar, den fzs an den Rand zu drängen.“⁴⁷⁵ Nach längerer Zeit erschien ein hochschulpolitisches Comeback für den RCDS greifbar zu sein.

Der RCDS versuchte außerdem, seiner Rolle als führender Studentenverband in doppelter Hinsicht gerecht zu werden. Pünktlich zum neuen Jahrtausend änderte der RCDS 1999 sein Darstellungsbild. Angelehnt an eine Idee des vorhergehenden Bundesvorstandes⁴⁷⁶ entwickelte man eine „cooperate design“ un-

⁴⁷¹ interessant: Predigt: „Die Zukunft hat schon begonnen“ von Wichard von Heyden anlässlich der GVK, in: RCDS- Jahresbericht 1999/2000, S. 55ff.

⁴⁷² Cathrin Kahlweit: Studenten mit „sauberer Buchführung“, in: Süddeutsche Zeitung, 21.1.2000.

⁴⁷³ Vgl. Helm, Thomas: „Ingenieure haben eine herausragende Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland“, in: RCDS- Jahresbericht 1999/2000, S. 17.

⁴⁷⁴ Kasischke, Lars: BVS- Ein neuer studentischer Dachverband ist gegründet, in: Hochschulreport NRW, RCDS NRW Oktober 2000, S. 2.

⁴⁷⁵ RCDS gründet neuen „Dachverband“, in: www.marxisten.de/aktuell.htm, 13.2.2001.

⁴⁷⁶ Man hatte unter dem Motto „Projekt Zukunft“ einen Wissenschaftswettbewerb geplant. Der Wettbewerb sollte dazu dienen, studentische Magister- oder Seminararbeiten zu Themen wie soziale Sicherungssysteme, Nachhaltigkeit und Gesellschaftsentwürfe durch eine prominente

ter dem Stichwort „Projekt Zukunft“. Alle Publikationen, eine neue Internetpräsentation und auch die Veranstaltungen wurden einem gemeinsamen Logo, Design und Präsentation untergeordnet. Die Diskussion um die Grundwerte und die Veränderungen in der Präsentation mündeten in dem Beschluss eine Reformkommission zu gründen⁴⁷⁷. In ihr sollten ehemalige Verbandsvertreter im Angesicht des bevorstehenden fünfzigjährigen Jubiläums über die Strukturen, Themen, Methoden und die Organisationsprinzipien des Verbandes nachdenken, um die Spitzenposition und das historische Erbe zukunftssicher zu machen.

Nachdem das Parlament bereits im September 1999 nach Berlin umgezogen war, packte auch der RCDS seine Koffer. Nach den mühsamen Jahren von Planung, von Übergangsphasen, häufigen Berlin- Aufenthalten und geteilter Geschäftsstelle, konnte der neu gewählte Bundesvorstand kurz nach der 53. Bundesdelegiertenversammlung den Umzug des RCDS vom Rhein an die Spree verkünden. Damit begann für den RCDS eine neue Herausforderung für die Vermittlung seiner Inhalte und Vorstellungen in der Medienstadt Berlin, in einem neuen Jahrzehnt⁴⁷⁸.

⁴⁷⁹Auf dem langen Weg nach Berlin sind nicht nur viele Erinnerungen in der Friesdorfer Straße in Bonn-Bad Godesberg geblieben⁴⁸⁰ – der Bundesvorstand hat sich auch dazu entschlossen, das mittlerweile 25jährige Grundsatzprogramm in den alten Gefilden zu lassen.

In dem Vierteljahrhundert hatte sich mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs und der Wiedervereinigung nicht nur politisch Vieles verändert. Gerade die Wissenschaft hatte für eine Veränderung der Lebensumstände und vor allem – Perspektiven gesorgt. Noch vor der aufkeimenden Debatte um Bio-, Informations- und Nanotechnologien hat sich der RCDS als Spitze des Fortschritts gezeigt und ist bewusst und als erste politische Gruppierung diese schwierigen Diskussionen angegangen. Gerade als Verband mit dem „C“ im Namen hat sich der RCDS seiner Verantwortung gestellt und eine Diskussion über die Zukunft des christlichen Menschenbildes und seine Grundwerte begonnen. Dies hat dazu geführt, dass das ganze Jahr über in den Gruppen, Landesverbänden und den Veranstaltungen des Bundesvorstandes ein großes Gewicht auf die Grundsatzprogrammdiskussion⁴⁸¹ und auf allgemeinpolitische Themen gelegt wurde.

Ein erster Höhepunkt und eine erste Zäsur der Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramm war die Gruppenvorsitzendenkonferenz im Oktober 2000 in Wesseling.⁴⁸² Dort konnte der RCDS mit dem ehemaligen und aktuellen Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Wolfgang Schäuble und Friedrich Merz zwei hochkarätige Referenten gewinnen. Neben den erstklassigen Vorträgen wurde auch in unterschiedlichen Foren anhand von einzelnen Teilentwürfen in die konkrete Diskussion und Arbeit eingestiegen. Auf einem großen Zukunftskongress im Berliner Reichstag mit dem passenden Titel „Szenario 20XX“ ist der RCDS noch einmal auf die anstehenden wissenschaftlichen Herausforderungen eingegangen und hat sich auf der einen Seiten von Wissenschaftlern über den aktuellen Stand der Forschung berichten lassen. Auf der anderen Seite forderten die Teilnehmer auch Politiker auf, Position zu beziehen. So kamen unter anderem der Generalsekretär der CDU, Laurenz Meyer und der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Replik und standen Rede und

Jury bewerten zu lassen und auszuzeichnen. Vgl. Christoph Ritzer: Wissenschaftswettbewerb, in: RCDS- Jahresbericht 1999/2000. Bemerkenswert ist, dass die Juso-HSGen diese Idee unter der Schirmherrschaft der Bundesbildungsministerin ein Jahr später eins zu eins kopierten.

⁴⁷⁷ Vgl. Protokoll der Bundesausschuss-Sitzung Ende Januar 2000.

⁴⁷⁸ Zum Umgang mit den neuen Medien ist folgendes interessant: Im Mai 2000 ging das virtuelle Politik- Forum „democracy online today“ (<http://www.dol2day.de>) ans Netz. Zum ersten Internet- Kanzler Deutschlands bestimmten die knapp 4000 Mitglieder Tim Peters von der Christdemokratischen Internetpartei (CIP), der im realen Leben für den RCDS im Studentenparlament der HU Berlin sitzt. siehe: Jan Sijbrandij: Student der HU gewinnt virtuelle Wahl, in: Startschuss des RCDS Berlin- Brandenburg Wintersemester 2000/01, S. 7.

⁴⁷⁹ Alles weitere nach Hinweis von Carsten Schwarz, Bundesvorsitzender 2000-2001.

⁴⁸⁰ Siehe dazu: Marc-Michael Blum „Umzug nach Berlin“ in RCDS-Jahresband 2000/2001, S. 24

⁴⁸¹ So wurde der PB-Grundsatzprogrammwurf im Rahmen der „BuVo-Grundsatztour“ in den Gruppen vorgestellt, diskutiert und beraten.

⁴⁸² Siehe dazu: Carsten Schwarz „Standort bestimmen – Kurs setzen“ in RCDS-Jahresband 2001/2001, S. 9

Antwort. Ein wichtiges Anliegen des Kongresses war es, dass man offen und optimistisch – und nicht, wie so häufig in den Medien propagiert mit Angst und Unkenntnis - auf die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte eingeht. Auf dem Kongress ist auch der Titel des neuen Grundsatzprogramms „Der Zukunft offen begegnen“ entstanden. Ein Anspruch, den die Teilnehmer nicht nur an sich selbst, sondern den sie auch an alle andere Personen stellten. Aber auch ein Anspruch, den ein politischer Studentenverband an die Politik hat.⁴⁸³

Auf der Bundesfachtagung Theologie und Medizin zum Thema „Bioethik“ im Januar wurden noch einmal die interessantesten Fragen aufgeworfen und in den bis dahin vorliegenden Grundsatzprogrammtext mit eingebracht.⁴⁸⁴ Im März 2001 wurde dann auf Kloster Banz das alte Grundsatzprogramm, das mit seinen 25 Jahren älter als die meisten Anwesenden war, in den Ruhestand geschickt. Mit großer Mehrheit nahmen die Delegierten das Programm an. Der Tagungspräsidenten Christoph Ritzer⁴⁸⁵ kommentierte diesen Moment als „einen historischen Augenblick für den RCDS“, den jeder Anwesende als solchen in Erinnerung behalten sollte. Auf dieser „Grundsatz-BDV“ wurden aber nicht nur die inhaltlichen Weichen für die nächsten Jahre gelegt, sondern auch die 113. Gruppe in den RCDS-Bundesverband aufgenommen. Ein weiteres Indiz für die Zukunftsfähigkeit des RCDS. So wurde der neue Bundesvorstand nicht nur mit einem neuen Grundsatzprogramm, sondern auch mit der Aufgabe, sich um die größte Gruppenanzahl seit 1951 zu kümmern, ans Spreuefer nach Berlin geschickt.

⁴⁸³ Siehe dazu: Marc-Michael Blum „Szenario 20XX“ in RCDS-Jahresband 2000/2001, S. 21

⁴⁸⁴ Siehe dazu: Marisa van der Felden „Bioethik“ in RCDS-Jahresband 2000/2001, S. 18

⁴⁸⁵ Bundesschatzmeister 1999/2000

Bibliographie

1. Unveröffentlichte Quellen

1.1 Archiv für Christlich-Demokratische Politik der KAS

Bestand RCDS (Lieferung 2000, ungeordnet)

Zeitungsarchiv (ZA)

Nachlass Franz Amrehn

1.2 Universitätsarchiv Jena

Bestand BB: 1945-1951

1. Zusammenarbeit mit der SMAD... 1945 - 1949

2. Zusammenarbeit mit der deutschen Zentralverwaltung Berlin... 1945 - 1950

173. Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen, Parteien... 1945 - 1952, Bd.1

205. Politisch-demokratische Vorlesungen betr. 1945-1951

Bestand C : Kuratel

15. Neuorganisation der Regierung und der Landesbehörden 1945 - 1946

172. Die Parteien betr. 1947 - 1952

315. Demokratische Erziehung und Demokratische Kurse betr. 1945 - 1950

1086. Allgemeiner Studentenausschuss I, 1903-1924

1087. Allgemeiner Studentenausschuss II, 1925 - 1940

Bestand U: Gesellschaften und sonstige Organisationen

Abteilung VII: Studentenrat der FSU

1. Allgemeines

8. Studentenratswahlen betr. 1947-50

9. Verkehr mit den Studentenausschüssen

10. Verkehr mit den Parteien und Organisationen (...)

12. Soziale Angelegenheiten betreffend

1.3 Privatarchive und Sonstiges

Archiv des RCDS-Bundesverbandes, Berlin, Restakten 1958 -2001

Privatarchiv Peter Scholz (Kopien betr. den RCDS im Besitz des Verfassers)

Privatarchiv Dieter Ibielski

Privatarchiv Joachim Schervier

Rektorat der Universität Köln, Akten betreffend die Eintragung von Hochschulgruppen in die Matrikel, RCDS

2. Veröffentlichte Quellen

2.1 Aufsätze und Artikel

Bräuer, Peter: RCDS kippt linken AStA, in: RCDS-Magazin 2/90, S. 3.

Brenneis, Wolfgang: Links gegen Deutschland, in: RCDS-Magazin 5/90, S. 6.

Erbach, Jürgen: Für einen starken RCDS - Perspektiven einer zukünftigen RCDS-Politik. 01/1985.

Feige, Hans-Uwe: Die Leipziger Studentenopposition (1945-1948), in: Deutschland-Archiv (30). 1997, S. 1057-1068.

Golücke, Friedhelm: Studentenwörterbuch. Graz etc. 1987

Grunwald, Sabine: Demokratie als Herrschaftsinstrument. Die Studentenratswahlen in der DDR 1950, in: Deutschland-Archiv (26) 1997, S. 834-841.

- Haupts, Thorsten: Problem Studentenbuden, in: RCDS-Magazin 4/90, S. 4f.
- Ibielski, Dieter: Schlaglichter aus dem RCDS-Geschehen in den Jahren 1959 bis 1961, in: Civis mit Sonde, H. 1/2001, S. 48-52.
- Kaufmann, Marcel: Flügelkämpfe und nutzlose Debatten, in: RCDS-Magazin 4/90, S. 3.
- Keller, Andreas: Das Marburger Studentenparlament 1964-1997, in: alma mater philippina, Ausgabe Sommersemester 1997, S. 8-12.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: Die studentische Selbstverwaltung an der Berliner Universität nach 1945, in: Deutschland-Archiv (30). 1997, S. 915-926.
- RCDS Leipzig (Hg.): Steinalt und doch jung. RCDS-Geschichte in Leipzig. in: (August 2001).
- Roegele, Otto B.: Rote Zellen der Gewalt, in: Rheinischer Merkur 5/2001, S. 4.
- Schede, Christian: RCDS am Ende? in: CIVIS: 40 Jahre RCDS. , S. 64.
- Thuss, Holger: RCDS Jena 1990: Wiedergründung nach der Wende, in: RCDS (Hg.): 50. Gründungsjubiläum des RCDS an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Bonn 1995, S. 12-15.

2.2 Monographien

- Adam, Heribert: Studentenschaft und Hochschule. Frankfurt am Main 1965.
- Ammer, Thomas: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Köln 1969.
- Averwenser, Heinrich/ Thuss, Holger (Hrsg.): Bildungsgipfel 1996, Bonn 1997.
- Bargel, Tino/ Sandberger, Johann-Ulrich/Ramm, Michael: Studiensituation und studentische Orientierung. Bonn 1992.
- Bargel, Tino/ Sandberger, Johann-Ulrich/Ramm, Michael: Studiensituation und studentische Orientierung. Bonn 1994.
- Buchstab, Günter (Bearb.): Adenauer: Wir haben wirklich etwas geschaffen. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953-1957. Düsseldorf 1990.
- ders.: Adenauer: „...um den Frieden zu gewinnen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957-1961. Düsseldorf 1994.
- ders.: Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1961-1965. Düsseldorf 1998.
- Civis-Sonderdruck aus Nr. 67/68, Skizzen aus 15 Jahren christlich-demokratischer Studentearbeit, (Bonn) Juli 1960.
- Deuerlein, Ernst: CDU/CSU 1945-1957. Köln 1957.
- Dollinger, Hans/ Jacobsen, Hans-Adolf: Die deutschen Studenten. München 1968.
- Elm, Ludwig: Alma Mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Jena 1979.
- Ernst, Ewald: Erinnerungen. Bad Godesberg 1992.
- Fließ, Gerhard: Die FDJ-Geschichte der Universität Jena. Jena 1981.
- Florian Weber/Arndt Regorz (Hrsg.):Entschieden demokratisch. 25 Jahre RCDS an der Universität Regensburg. Geschichte und Umfeld, Regensburg 1992.
- Fricke, Karl Wilhelm: Opposition und Widerstand. Köln 1984.
- Gradl, Johann Baptist: Anfang unter dem Sowjetstern. Köln 1981.
- Grossarth-Maticek, Ronald: Revolution der Gestörten? Heidelberg 1975.
- Hornstein, Erika von: Staatsfeinde. Sieben Prozesse in der „DDR“. Köln, Berlin 1963.
- Jaide, Walter/Veen, Hans Joachim: Bilanz der Jugendforschung. Paderborn et. al. 1989.
- John, Jürgen / Wahl, Volker/ Arnold, Leni (Hg.): Die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945. Rudolstadt und Jena 1998.
- Klein, Manfred: Jugend zwischen den Diktaturen. 1945-1956. Mainz 1968.
- Kleinmann, Hans-Otto: Die Geschichte der CDU. 1945-1982. Stuttgart 1993.
- Krause, Christian/ Lehnert, Detlef/ Scherer, Klaus-Jürgen: Zwischen Revolution und Resignation? Alternativkultur, politische Grundströmungen und Hochschulaktivitäten in der Studentenschaft. Bonn 1980.
- Krönig, Waldemar/ Müller, Klaus-Dieter: Nachkriegssemester. Stuttgart 1990.

- dies. : Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und der DDR 1945 - 1961. Köln 1994.
- RCDS (Hg.): Sommerakademie "Im verflixten siebten Jahr", Tagungsband. Bonn 1997.
- RCDS (Hg.): Sommerakademie "Deutschland und Polen im neuen Europa", Tagungsband, 1998.
- RCDS (Hg.): Sommerakademie „Hauptstadt Berlin- Was wird aus der Bonner Republik?“, Tagungsband, 1999.
- RCDS (Hg.): Jahresbericht 1998/99.
- RCDS (Hg.): Tagungsband "Studium ohne Grenzen", Bonn 1999.
- RCDS (Hg.): Jahresbericht 1999/2000.
- RCDS (Hg.): Jahresbericht 2000/2001.
- RCDS Bayern (Hg.): 10 Jahre Christlich-Soziale Studentengruppen in Bayern. München 1959.
- RCDS Bayern / Blume, Markus (Hg.): 50 Jahre RCDS. Festschrift. München 2000.
- RCDS Frankfurt /Main (Hg.): Festschrift. 40 Jahre RCDS Frankfurt. 1952-1992. Frankfurt 1992.
- Richter, Michael: Die Ost-CDU 1948-1952. Düsseldorf 1991.
- Schönbohm, Wulf: Die CDU wird moderne Volkspartei. Stuttgart 1985.
- Schönbohm, Wulf: Die Thesen der APO. Mainz 1969.
- Universität Leipzig (Hg.): Studentischer Widerstand an der Universität Leipzig 1945-1955. Beucha 1998.
- Vergangenheitsbewältigung an der FSU Jena. Tagungsband. Leipzig 1994 (ISBN 3-374-01476-3).
- von zur Mühlen, Patrick: Der „Eisenberger Kreis“. Jugendwiderstand und Verfolgung in der DDR 1953 - 1958. Bonn 1995.
- Weberling, Johannes: Deutschland- Wunsch? Verpflichtung? Wirklichkeit? Bonn 1983.
- Weberling, Johannes: Die Basisgruppen. Harmlose Alternative oder Gefährdung unserer Demokratie? Bonn 1984.
- Weberling, Johannes: Für Freiheit und Menschenrechte. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten 1945-1986. Düsseldorf 1990.
- Welsh, Helga A.: Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierung und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945 - 1948). München 1989.

Anhang

1. Liste der Bundesdelegiertenversammlungen und Bundesvorstände

Jahrgang		BDV	Funktion	Vorname	Name
1947/1948		Marburg (Lahn)	Vorsitzender des Vorbereitenden Ausschusses	Hermann	Mau
1951		Bonn	Vorläufiger Bundesvorstand	Fritz	Flick
				Ilse (Else)	von Rittberg
				Helmut	Ziegler
1951/1952	1	Bonn	Vorsitzender	Fritz	Flick
				Ernst	Benda
			bis 04/52	Ilse (Else)	von Rittberg
				Hans	Scheffel
			Schatzmeister	Franz	Gerstner
				Manfred	Hättich
				Ernst	Platner
			bis 01/52	Adolf	Kohler
			ab 01/52	Ursel	Flick
1952/1953	2	Sonthofen	Vorsitzender	Wolfgang	Brüggemann
			Schatzmeister	Eberhard	Amelung
			Stellvertreter	Hans Eberhard	Rösch
			Stellvertreter	Helmut	Kumpf
			Stellvertreter	Hans	Rühmland
			Stellvertreter	Albert	Englberger
			Stellvertreter	Johannes	Dyba
			Stellvertreter	Wolfgang	Vogt
1953/1954	3	Königstein/T.S.	Vorsitzender	Konrad	Kraske
			Schatzmeister	Eberhard	Amelung
			Stellvertreter	Dietrich	Funcke
1954/1955	4	Wilhelmshaven	Vorsitzender	Konrad	Kraske
			Schatzmeister	Gottfried	Pöhnlein
			Stellvertreter	Eberhard	Amelung
1955/1956	5	Würzburg	Vorsitzender	Konrad	Kraske
			Schatzmeister	Hans-Joachim	Moldenhauer
			Stellvertreter	Willfried	Gaddum
1956/1957	6	Essen	Vorsitzender	Willfried	Gaddum
			Schatzmeister	Martin	Stiewe
			Stellvertreter	Hermann	von Loewenich
1957/1958	7	Göttingen	Vorsitzender	Willfried	Gaddum
			Schatzmeister	Eckhard	Pfannkuche
			Stellvertreter	Robert	Fischer
1958/1959	8	Berlin	Vorsitzender	Walter	Konrad

			Schatzmeister	Dieter	Ibielski
			Stellvertreter	Dietrich	Nemitz
1959/1960	9	München	Vorsitzender	Dieter	Ibielski
			Schatzmeister	Dietrich	Nemitz
			Stellvertreter	Bernd	Jacobi
1960/1961	10	Kiel	Vorsitzender	Dieter	Ibielski
			Schatzmeister	Frank	Müller-Römer
			Stellvertreter	Martin	Ratmann
1961/1962	11	Goslar	Vorsitzender	Martin	Ratmann
			Schatzmeister	Hans-Jürgen	Vogt
			Stellvertreter - bis 11/61	Wolfgang	Kaps
			Stellvertreter - bis 07/62	Heinz	Schwörer
1962/1963	12	Berlin	Vorsitzender	Hans-Jürgen	Vogt
			Schatzmeister	Reinhold	Stanitzek
			Stellvertreter	Dietmar-Volker	Artzinger-Bolten
1963/1964	13	Kehl	Vorsitzender	Kurt	Struppek
			Schatzmeister	Gernot	Kostorz
			Stellvertreter	Hermann-Josef	Rüttgers
1964/1965	14	Königstein /TS.	Vorsitzender	Kurt	Struppek
			Schatzmeister	Hanns	Ortmanns
			Stellvertreter - bis 07/64	Günther	Schwarzmann
			Stellvertreter - ab 08/64	Gert	Hammer
1965/1966	15	Bremen	Vorsitzender	Gert	Hammer
			Schatzmeister	Wolfgang	Weltin
			Stellvertreter	Horst	Teltschik
1966/1967	16	Mainz	Vorsitzender	Gert	Hammer
			Schatzmeister	Wolfgang	Weltin
			Stellvertreter	Wulf	Schönbohm
1967/1968	17	Heidelberg	Vorsitzender	Wulf	Schönbohm
			Schatzmeister	Erich	Röper
			Stellvertreter	Joachim	Lempenau
1968/1969	18	Königswinter	Vorsitzender	Uwe-Rainer	Simon
			Schatzmeister	Hartmut	Schauerte
			Stellvertreter	Detlef	Stronk
1969/1970	19	Soest	Vorsitzender	Uwe-Rainer	Simon
			Schatzmeister	Detlef	Stronk
			Stellvertreter	Adolf-Dieter	Friedrichs
1969	ao.	Marbach	keine Wahlen		
1970/1971	20	Würzburg	Vorsitzender	Gerd	Langguth
			Schatzmeister - bis 07/70	Klaus	Hankeln
			Schatzmeister - ab 11/70	Wolfgang	Reeder

			Stellvertreter	Wolfgang	Kirsch
1971/1972	21	Oldenburg	Vorsitzender	Gerd	Langguth
			Schatzmeister	Lothar-Theodor	Lemper
			Stellvertreter - bis 08/71	Knut	Schwarting
1972/1973	22	Paderborn	Vorsitzender	Gerd	Langguth
			Schatzmeister	Peter	Hintze
			Stellvertreterin	Maria-Theresia	van Schewick
1973/1974	23	Heidelberg	Vorsitzender	Gerd	Langguth
			Schatzmeister	Peter	Hintze
			Stellvertreter	Josef	Keller
1973	24	Mainz	keine Wahlen		
1974/1975	25	Münster	Schatzmeister Stellvertreter	Detlef Adolf-Dieter	Stronk Friedrichs
			Stellvertreterin	Dorothee	Buchhaas -Birkholz
1975/1976	26	Marburg/Lahn	Vorsitzender	Hans	Reckers
			Schatzmeister	Werner	Kaldeich
			Stellvertreter	Friedbert	Pflüger
1976/1977	27	Bonn	Vorsitzender	Hans	Reckers
			Schatzmeister	Christian	Lauritzen
			Stellvertreter	Friedbert	Pflüger
1977/1978	28	Tübingen	Vorsitzender	Friedbert	Pflüger
			Schatzmeister Stellvertreter	Christian Günther	Lauritzen Heckelmann
1978/1979	29	Göttingen	Vorsitzender	Günther	Heckelmann
			Schatzmeister	Joachim	Schervier
			Stellvertreter	Stephan	Eisel
1979/1980	30	Mainz	Vorsitzender	Stephan	Eisel
			Schatzmeister	Heinz	Neubauer
			Stellvertreter	Stefan	Dingerkus
1980/1981	31	Frankfurt / Main	Vorsitzender	Stefan	Dingerkus
			Schatzmeister	Andreas	Thomsen
			Stellvertreter	Volkhard	Schreiner
1981/1982	32	Aachen	Vorsitzender	Johannes	Weberling
			Schatzmeister	Ludwig	Hennicke
			Stellvertreter	Christopher	Braun
1981	33	keine Wahlen			
1982/1983	34	München	Vorsitzender	Johannes	Weberling
			Schatzmeister	Jürgen	Clausius
			Stellvertreter - bis 12/82	Michael	Moeskes
1983/1984	35	Bonn	Vorsitzender Schatzmeister	Franz Jürgen	Dormann Clausius
			Stellvertreter	Franz	Kriegisch

1984/1985	36	Würzburg	Vorsitzender	Franz	Dormann
			Schatzmeister	Uwe	Uibel
			Stellvertreter	Christoph	Erbel
	37	Bonn	keine Wahlen		
1985/1986	38	Osnabrück	Vorsitzender	Christoph-Matthias	Brand
			Schatzmeister	Jürgen	Erbach
			Stellvertreter	Jörg	Debatin
1986/1987	39	Bonn	Vorsitzender	Christoph-Matthias	Brand
			Schatzmeister	Jürgen	Erbach
			Stellvertreter	Amrei	Schulte-Kellinghaus
1987/1988	40	Bonn	Vorsitzender	Jürgen	Hardt
			Schatzmeister	Andreas	Gogolka
			Stellvertreter	Peter	Darmstadt
1988/1989	41	Königswinter	Vorsitzender	Jürgen	Hardt
			Schatzmeister	Thorsten	Haupts
			Stellvertreter	Harm	Adam
1989/1990	42	Königswinter	Vorsitzender	Christian	Schede
			Schatzmeisterin	Katja	Linder
			Stellvertreter	Matthias	von Kielmannsegg
1990/1991	43	Königswinter	Vorsitzender	Marcel	Kaufmann
			Schatzmeister	Matthias	Boxberger
			Stellvertreter	Levin	Holle
1991/1992	44	Dresden	Vorsitzender	Christian	Schneller
			Schatzmeister	Thomas	Peters
			Stellvertreter	Klaus	von Lepel
1992/1993	45	Königswinter	Vorsitzender	Eckhard	Wälzholz
			Schatzmeister	Ulrich	Jungke
			Stellvertreterin	Tamara	Zieschang
1993/1994	46	Königswinter	Vorsitzende	Tamara	Zieschang
			Schatzmeister	Oliver	Röseler
			Stellvertreter	Christoph	Menningen
1994/1995	47	Königswinter	Vorsitzender	Oliver	Röseler
			Schatzmeister	Jürgen	Kempf
			Stellvertreter	Christoph	Holle
1995/1996	48	Freising	Vorsitzender	Wichard	von Heyden
			Schatzmeister	Stefan	Fritz
			Stellvertreter	Holger	Thuss
1996/1997	49	Hannover	Vorsitzender	Rasmus	Tenbergen
			Schatzmeister	Heinrich	Averwenser
			Stellvertreter	Holger	Thuss
1997/1998	50	Bogensee	Vorsitzender	Oliver	Nölken
			Schatzmeister	Frank	Koßack
			Stellvertreter	Christopher	Wolf

1998/1999	51	Bad Boll	Vorsitzender	Fabian	Magerl
			Schatzmeister	Dirk	Eppner
			Stellvertreter	Andreas	von Gehlen
1999/2000	52	Oberwesel	Vorsitzender	Mario	Voigt
			Schatzmeister	Christoph	Ritzer
			Stellvertreter	Konrad	Grütter
2000/2001	53	Gera	Vorsitzender	Carsten	Schwarz
			Schatzmeister	Marc-Michael	Blum
			Stellvertreterin	Marisa	van der Felden
2001/2002	54	Kloster Banz	Vorsitzender	Lars	Kasischke
			Schatzmeister	Christoph	van Lier
			Stellvertreter	Tobias	Kohl

2. Verzeichnis der Bundesgeschäftsstellen des RCDS in Bonn und Berlin

1.1. Bonn

Februar 1951 (provisorisch): Reuterstr. 155

August 1951: Poppelsdorfer Allee 17

-1960: Nassestr.1

1960-1964: Nassestr.2

1965-1968: Beethovenstr.50

1968-1969: Kaiserstr.26

1969-1972: Kronprinzenstr.29

1972-1974: Rheinweg 137

1974-1982: Jagdweg 7

1982-März 1988: Siegburger Str. 49

März 1988- 16.Juni 2000: Friesdorfer Str. 149

1.2. Berlin

seit 17. Juni 2000: Paul-Lincke-Ufer 8 B5

<i>Vorwort der Autoren</i>	<i>1</i>
<i>1. Die Vorläufer: Bis zur Gründung des Bundesverbandes</i>	<i>4</i>
1.1 Politische Hochschulgruppen in der Weimarer Republik	4
1.2 Ein schwieriger Beginn: Das Jahr 1945	9
1.3 Die Entwicklung der Gruppen in den Westzonen 1946-1950	12
1.4 Die Entwicklung der Gruppen in der SBZ und Berlin 1946-1950	14
1.5 Die Vorgeschichte des Bundesverbandes 1947-1950	29
<i>2. Aufbaujahre: Die fünfziger Jahre</i>	<i>31</i>
2.1 Die Entwicklung in der SBZ/DDR	31
2.2 Die Gründung des Bundesverbandes	32
2.3 Konsolidierung: 1953 – 1956	36
2.4 Vom ersten Programm bis zum Bau der Mauer: 1957-1961	38
2.5 Querschnitte: Studieren in den Fünfzigern	41
<i>3. Wilde Zeiten: 1961 – 1970</i>	<i>45</i>
3.1 Verband unter Druck: 1961-1964	45
3.2 Radikalisierung ohne den RCDS: 1965-1968	48
3.3 Reformen im RCDS: 1968-1970	54
<i>4. Als Opposition der Opposition: 1970-1981</i>	<i>58</i>
4.1 Die Ära Langguth: 1970-1974	58
4.2 Studentenpolitik und Grundwerte 1974-1981	61
4.3 Exkurs: Erfolge und Mißerfolge des RCDS bei Wahlen	64
<i>5. Opposition, Regierung, Revolution: Die achtziger Jahre</i>	<i>69</i>
5.1 Von der „Alternative zur reaktionären Linken“ zur „Regierungsjugend“	69
5.2 Der Regierungswechsel und die Folgen	71
5.3 Neue Wege in der Hochschulpolitik	73
5.4 Internationale Irrwege	74
5.5 „Einsatz für Meinungsppluralismus und studentische Selbsthilfe“	75
5.6 Guter Service und neue Aktionen	76
5.7 Mit Strategie zum Erfolg	77
5.8 Gewalt an den Hochschulen	79
5.9 Alte Erinnerungen und Möllemann im Visier	80
<i>6. Die Revolution in der „DDR“ und der Neuanfang im Osten</i>	<i>82</i>
6.1 Die ersten Veränderungen	82

6.2 Engagement im Wandel	83
6.3 Exkurs: Elemente eines Studiums in der „DDR“	84
6.4 Von der Trennung zur Einheit	86
6.5 Comeback: Der RCDS gründet sich wieder	87
6.6 Mit konkreten Aktionen zum Erfolg	88
6.7 Der RCDS ein gesamtdeutscher Verband	90
7. Andere politische Studentenverbände im Jahr 1990	93
7.1 Die VDS und der fzs	93
7.2 MSB Spartakus, SHB und die Juso-Hochschulgruppen	94
8. Der RCDS in den neunziger Jahren	96
8.1 Alte Probleme	96
8.2 In die ASten	97
8.3 Vierzig Jahre und kein bißchen leise	98
8.4 Exkurs: Studium 1992	99
8.5 Einsatz für studentische Interessen	100
8.6 Eine Frau?	100
8.7 BAföG, Studiengebühren und Hochschulrahmengesetz	102
8.8 Programme, Aktionen und Kongresse	104
8.9 Politik in wandelnden Zeiten	108
8.10 Neue Entwicklungen	110
Bibliographie	113
Anhang	116
1. Liste der Bundesdelegiertenversammlungen und Bundesvorstände	116
2. Verzeichnis der Bundesgeschäftsstellen des RCDS in Bonn und Berlin	120